

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

103. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 12. Oktober 1978

Tagesordnung

1. Bericht über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. Dezember 1976
2. Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. Dezember 1977
3. Änderung des Schiffsanlagengesetzes
4. Binnenschiffs-Konzessionsgesetz
5. Bundesgesetz, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden
6. Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Keimel

Inhalt

Personalien

Entschuldigung (S. 10077)

Ordnungsruf (S. 10176)

Fragestunde (64.)

Land- und Forstwirtschaft (S. 10077)

Brandstätter (523/M); Meißl, Hirscher, Helga Wieser

Dr. Hafner (624/M); Meißl, Maier, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Kern (625/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Ing. Url

Remplbauer (630/M); Kern, Dr. Stix, Kriz

Maderthaner (631/M); Helga Wieser, Meißl, Weinberger

Meißl (610/M); Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dipl.-Ing. Hanreich

Soziale Verwaltung (10086)

Dr. Feurstein (611/M); Melter, Treichl

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10088)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Nichtberücksichtigung der Familien bei der Lohnsteueranpassung (2107/J) (S. 10147)

Begründung: Dr. Kohlmaier (S. 10148)

Vizekanzler Dr. Androsch (S. 10155)

Debatte: Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 10158), Dallinger (S. 10161), Melter (S. 10165), Mag. Höchtl (S. 10168), Maria Metzker (S. 10170),

Dipl.-Ing. Hanreich (S. 10173), Staatssekretär Elfriede Karl (S. 10176), Pfeifer (S. 10178), Staudinger (S. 10180), Mühlbacher (S. 10183 und Dr. Kohlmaier (S. 10185)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Melter und Genossen betreffend Erhöhung der Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (S. 10167) – Ablehnung (S. 10186)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Anpassung der Familienbeihilfen im Zusammenhang mit der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer (S. 10170) – Ablehnung (S. 10186)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-86) über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. Dezember 1976 (1009 d. B.)
- (2) Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-122) über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. Dezember 1977 (1010 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Lenzi (S. 10090)

Redner: Dr. Mock (S. 10090 und S. 10109), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 10097), Dipl.-Vw. Josseck (S. 10099), Hellwagner (S. 10106), Steinhuber (S. 10109 und S. 10139), Dr. Taus (S. 10109), Wille (S. 10118), Peter (S. 10122), Burger (S. 10127), Fauland (S. 10129), Dkfm. Gorton (S. 10135), Wimmersberger (S. 10141), Kokail (S. 10144), Neumann (S. 10186), Brandstätter (S. 10186) und Dr. Ettmayer (S. 10188)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der verstaatlichten Industrie (S. 10096) – Ablehnung (S. 10190)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Kokail und Genossen betreffend die Weiterentwicklung der verstaatlichten Industrie in Österreich (S. 10146) – Annahme E. 35 (S. 10190)

Kenntnisnahme der beiden Berichte (S. 10190)

Gemeinsame Beratung über

- (3) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (862 d. B.): Änderung des Schiffsanlagengesetzes (955 d. B.)

Berichterstatter: Libal (S. 10191 und S. 10192)

10076

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

- (4) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (874 d. B.): Binnenschiffahrts-Konzessionsgesetz (956 d. B.)
Berichterstatte: Hietl (S. 10191)
- (5) Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (875 d. B.): Bundesgesetz, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden (957 d. B.)
Berichterstatte: Dr. Lenzi (S. 10191)
Redner: Pechtl (S. 10191)
Annahme der drei Gesetzentwürfe (S. 10192)
- (6) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten Dr. Keimel (1027 d. B.)
Berichterstatte: Dr. Gasperschitz (S. 10193)
Annahme des Ausschußantrages (S. 10193)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

- Dr. Kohlmaier, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Mag. Höchtel, Staudinger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Nichtberücksichtigung der Familien bei der Lohnsteueranpassung (2107/J)
- Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Vorgangsweise der Sicherheitsbehörden in der Angelegenheit der „Kurier“-Fälschungen vom 8. Oktober 1978 (2108/J)

- Dr. Feurstein, Hagspiel, Dr. Blenk und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Verwendung der Mittel des Ausgleichstaxfonds nach dem Invalideneinstellungsgesetz (2109/J)
- Kraft und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend schwere Mängel im Alarmierungssystem der Gendarmerie im Bezirk Braunau/Oberösterreich (2110/J)
- Steinbauer, Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Errichtung und Betrieb der Empfangsstation für deutsche Fernsehprogramme am Gaisberg durch die Kabel-TV Wien Ges. m. b. H. (2111/J)
- Weinberger, Egg, Dr. Lenzi, Dr. Reinhart, Wille und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend mehr Mittel für Lärmschutzmaßnahmen im Bereiche der Inntalautobahn Kufstein-Innsbruck (2112/J)
- Hagspiel, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Feurstein, Brunner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Verbesserung der Sonderrichtlinien Kälbermastaktion 1978 zugunsten der Bergbauern (2113/J)
- Kern, Ing. Schmitzer und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Mitgliederwerbung der SPÖ an der St. Pöltner Schwesternschule (2114/J)
- Ing. Gassner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend nicht körpergerechte Schulmöbel (2115/J)
- Helga Wieser, Steiner und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Novellierung des Bangseuchengesetzes (2116/J)
- Brunner, Kern, Hagspiel und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Kälbermastförderungsaktion (2117/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lanner.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Brandstätter (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

623/M

Welche Auswirkungen wird der von Ihnen angekündigte Abbau der Preisausgleiche für Grundnahrungsmittel auf das Einkommen der Bauern haben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Der Abbau der Preisausgleiche für Grundnahrungsmittel wird sich auf das bäuerliche Einkommen nicht unmittelbar auswirken.

Es ist aber sicher so, daß im Zusammenhang mit der Milchmarktordnung Rückwirkungen eintreten werden, denn Grundlage der Milchmarktordnung ist, daß der Konsum von Milchprodukten und Milch Auswirkungen auf die Richtmengen hat. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß höhere Stützungsaufwendungen erforderlich sein werden.

Über diese Frage finden Verhandlungen statt. Ich kann dazu abschließend noch nichts sagen, aber diese Probleme werden jetzt geprüft.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Brandstätter:** Herr Bundesminister! Sie selber sagen, daß das Einkommen der Bauern vom Verbrauch der inländischen Molke-reiprodukte abhängig ist, weil eben die Richtmengen daran gebunden sind. Es ist eine Tatsache – das ist Ihnen auch bekannt –, daß durch den Stützungsabbau 1977 – dabei hat sich der Herr Finanzminister 550 Millionen erspart – in manchen Bereichen erhebliche Absatzrückgänge zu verzeichnen waren.

Ungeachtet der Tatsache, daß der geplante Stützungsabbau einen schweren Vertragsbruch darstellen würde und daher schärfstens von uns abgelehnt wird, frage ich Sie, Herr Bundesminister, haben Sie Berechnungen angestellt, um wieviel der Trinkmilchpreis, der Preis für Yoghurt und Sauermilchprodukte und der Preis für Butter und Käse angehoben werden müßte?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Ich muß mit ebensolcher Schärfe ablehnen, daß ein Vertragsbruch vorliegt. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Daß über die Auswirkungen diskutiert und verhandelt werden muß, habe ich in meiner Anfragebeantwortung außer Streit gestellt.

Was nun das Ausmaß des Trinkmilchpreises betrifft, werden auch darüber noch Gespräche geführt. Ich könnte die Antwort definitiv gar nicht geben, weil die Preiskommission zuständig, also mein Ressort nicht kompetent ist, aber wenn Sie etwa die letzte Preiserhöhung zum Vergleich heranziehen – es mußten rund 610 Millionen Schilling bedeckt werden –, ist damals der Trinkmilchpreis um 40 Groschen erhöht worden.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Brandstätter:** Herr Bundesminister! Die schärfsten Konkurrenzprodukte, die pflanzlichen Öle und Fette, müssen importiert werden. Bekannt ist das agrarische Außenhandelsdefizit mit über 13 Milliarden Schilling. Die Preisdifferenz zwischen Butter und diesen Produkten ist in anderen Ländern wesentlich geringer als bei uns in Österreich.

Nun meine Frage: Glauben Sie, daß die Differenz – für den Fall, daß diese Vereinbarung nicht gehalten wird und diese Produkte verteuert werden müssen – zwischen Milch und Butter einerseits und diesen pflanzlichen Fetten andererseits erhöht werden wird, oder werden Sie dafür eintreten, daß das Verhältnis zumindest gleichbleibt?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Vereinbarungen werden grundsätzlich eingehalten, und ich kann Ihnen nur sagen, wenn es uns gelänge, die Ölsaatenfrage gemeinsam zu bewältigen, wäre ich der glücklichste Mensch, aber Sie kennen die Schwierigkeiten und Sie wissen sehr genau, seit wann diese Schwierigkeiten im Raum stehen.

10078

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ein Vertragsbruch ist sicher eine Frage, die zwischen ÖVP und SPÖ auszutragen ist.

Wenn schon dieser Stützungsabbau erfolgt, so scheint es ihn diesmal aus anderen Gründen zu geben, weil eben der Finanzminister kein Geld mehr hat. Man könnte jedoch im Bereich der Milchwirtschaft bestimmte Einsparungen vornehmen. Eine Reform der gesamten Milchwirtschaft erscheint uns dringend notwendig.

Meine konkrete Frage geht nun dahin: Wieweit sehen Sie hier Möglichkeiten, daß man von Ihrem Ressort aus Einsparungen durchführen könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Halden:** Ich teile Ihre Ansicht, daß Einsparungen in der Milchwirtschaft möglich sein könnten. Diese Frage ist vor allem im Milchwirtschaftsfonds zu behandeln, und vom Milchwirtschaftsfonds müßten bei den rechtlichen Verhältnissen, die wir in dieser Frage haben, auch die Initiativen gesetzt werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hirscher.

Abgeordneter **Hirscher** (SPÖ): Herr Bundesminister! Sicherlich trifft der Abbau der Preisausgleiche die landwirtschaftliche Bevölkerung. Darf ich Sie jedoch fragen: Haben Sie Erfahrungen, wie sich der Stützungsabbau auf den Konsum auswirken wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Halden:** Bei Preisänderungen von Milch und Milchprodukten tritt kurzfristig ein Rückgang im Konsum ein. Die Dauer ist nach den bisherigen Erfahrungen unterschiedlich, jedoch relativ kurz: etwa ein, zwei Monate.

Ich kann Ihnen sagen, daß im Jahr 1967 die Milchpreisstützung von 90 Groschen auf 52 Groschen, also immerhin um 38 Groschen, reduziert wurde und daß damals bei einer Erhöhung des Konsumentenpreises von 3 auf 4 Schilling, also um einen vollen Schilling, der Trinkmilchabsatz kaum nennenswert zurückgegangen ist.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete **Helga Wieser** (ÖVP): Herr

Bundesminister! Ein wesentlicher Bestandteil der Marktordnungsverhandlungen war die Zusage der notwendigen Stützungsmittel. Hätten Sie seinerzeit bei den Verhandlungen die Stützungsmittel nicht zugesagt, wäre es sicherlich zu keiner einvernehmlichen Lösung gekommen. Umso überraschter waren wir, als Sie mit dem Abbau der Stützungsmittel an die Öffentlichkeit getreten sind.

Ich frage Sie nun: Was hat Sie zu diesem angekündigten Vertragsbruch bewogen: war es Ihr schlechtes Durchsetzvermögen gegenüber dem Finanzminister, oder ist Ihr Verhältnis zur Landwirtschaft mehr denn je gestört?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Halden:** Der Vorwurf des Vertragsbruchs ist eine unerhörte Unterstellung. Ich muß das wiederholen. Die Stützungen haben bei den Marktordnungsverhandlungen nicht zur Debatte gestanden. In einer einzigen Frage wurden sie diskutiert, nämlich im Zusammenhang mit dem Milchmarkt. Ich räume ein, daß die 53 Groschen Kalkulationsfaktor bei den Berechnungen waren und daß bei den Verhandlungen von seiten der großen Opposition die Forderung erhoben worden ist, daß die 52 Groschen auch für sogenannte Übermilch zu bezahlen sind. Wenn nun diese 52 Groschen durch die Erhöhung des Konsumentenpreises um etwa 40 Groschen kompensiert werden – ich weiß nicht, was endgültig eintreten wird –, dann reduziert sich diese Frage, die Sie jetzt stellen, auf einen relativ kleinen Bereich, nämlich inwieweit die Stützungsaufwendungen steigen, die letzten Endes über die Absatzförderungsbeträge zu finanzieren sind. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ein Vertragsbruch sondergleichen! – Widerspruch bei der SPÖ.)*

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP) an den Herrn Landwirtschaftsminister.

624/M

Wie werden Sie den von Ihnen angekündigten Abbau der Preisausgleiche für die Grundnahrungsmittel durchführen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Halden:** Herr Abgeordneter! Wie sich der Abbau der Preisausgleiche auf die Grundnahrungsmittel auswirken wird, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Dies aus zwei Gründen: zum einen deshalb, weil noch Gespräche darüber geführt werden und dieses Thema noch nicht abgehandelt ist, und zum

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

zweiten deshalb, weil die Preiskommission dafür zuständig ist. Ich habe keinen unmittelbaren Einfluß auf die Festlegung dieser Preise.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dr. Hafner:** Herr Bundesminister! Der Finanzminister und Sie wollen sich also offenkundig diese 600 Millionen Schilling an Preisstützung ersparen. Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung gerade gemeint, daß es selbstverständlich nicht zumutbar ist, diesen Abbau der Preisstützung den Bauern anzulasten. Dies umso mehr, als gemäß dem jüngsten Grünen Bericht über das Jahr 1977 das bäuerliche Einkommen gegenüber den übrigen Wirtschaftsbereichen weiterhin abgesunken ist.

Nun wissen wir alle, daß gerade bei den Familien, vor allem bei den Familien mit vielen Kindern, der Milchkonsum und der Konsum von Milchprodukten überdurchschnittlich hoch ist.

Wenn Sie nun selbst andeuten, daß der Verbraucherpreis erhöht werden soll, dann möchte ich Sie fragen, Herr Bundesminister: Halten Sie eine solche Preiserhöhung angesichts der bisherigen Entwicklung des Verbraucherpreisindex, der Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbeträge für Familien mit drei und mehr Kindern für zumutbar?

Sie sehen hier die Entwicklung des Preisindex, die Entwicklung der Familienbeihilfe und die des Kinderabsetzbetrages. Wir haben bereits eine Differenz von 11 Prozentpunkten. Halten Sie eine Preiserhöhung angesichts dieser Entwicklung, angesichts des Absinkens des Standards von kinderreichen Familien für diese zumutbar?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Ich kann Sie beruhigen. Die Regierung wird sich natürlich um die kinderreichen Familien und um die Ausgleichszulagenbezieher kümmern wie bisher, Sie können da ganz ohne Sorge sein. Diese Frage wird sicher mitbeachtet werden.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Dr. Hafner:** Wenn Sie das so fest hier behaupten können, Herr Bundesminister, möchte ich Sie fragen, ob Sie sich dafür sowohl beim Herrn Finanzminister als auch beim Herrn Bundeskanzler verwenden werden.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Ich glaube, das ist gar nicht nötig, weil der Herr Bundes-

kanzler und der Herr Finanzminister von sich aus wissen, daß das eine wichtige Frage ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Meißl. Bitte.

Abgeordneter **Meißl (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es ist eine alte freiheitliche Forderung, daß die Stützungen abgebaut werden; jetzt wird es unter dem Zwang der finanziellen Situation gemacht. Wir halten diese Maßnahme für grundsätzlich richtig. Das darf aber zu keiner Verschlechterung des bäuerlichen Einkommens führen und auch nicht im landwirtschaftlichen Bereich den Konsumenten belasten. Diese Frage wurde schon erörtert.

Herr Bundesminister, ich glaube, es ist dringend notwendig, daß Sie sich entsprechend einsetzen, daß es hier wirklich zu keiner Verschlechterung kommt, daß die Mindestrentner und die kinderreichen Familien entsprechend abgegolten werden.

Darüber hinaus aber noch einmal die konkrete Frage, und zwar im Hinblick auf die große Preisdifferenz, die zwischen Erzeugerpreis und Konsumentenpreis besteht:

Sehen Sie wirklich keine konkreten Möglichkeiten, im Rahmen der Milchwirtschaft, des Milchwirtschaftsfonds einzugreifen, um hier auch Einsparungen vorzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Diese Fragen habe ich ja schon beantwortet. Ich möchte vielleicht ergänzen, daß erst kürzlich die Schulmilchenquete durchgeführt worden ist. Wir werden zu prüfen haben, wie weit die Schulmilchaktion verbessert werden kann. Es lassen sich sicher im gesamten Bereich der Milchwirtschaft Verbesserungen erzielen, etwa dadurch, daß durch eine wirksame Werbung in bestimmten Bereichen, wo wir noch Absatzchancen haben, der Absatz erhöht wird. Wir haben eine sehr erfreuliche Entwicklung des Käseabsatzes, und diesen Weg müssen wir weiter beschreiten; aber es geht in der Milchwirtschaft sicher auch um organisatorische Fragen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Maier. Bitte.

Abgeordneter **Maier (SPÖ):** Herr Bundesminister! Im Zuge des Abbaues der Preisausgleiche für Grundnahrungsmittel möchte ich Sie fragen: Wie hoch ist die Stützung für Brotgetreide, und war sie schon höher?

10080

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Halden: Die Stützung bei Normalweizen beträgt 5 Groschen pro Kilogramm, sie betrug von 1955 bis 1961 55 Groschen, von 1961 bis 1966 52 Groschen, wurde dann beim berühmten Abbau der Stützungen des Jahres 1966 auf 17 Groschen reduziert, schließlich im Jahre 1972 auf 10 Groschen, und nun beträgt diese Stützung 5 Groschen. Bei Roggen betrug die Stützung 1955 bis 1966 55 Groschen, beim Abbau 1966 erfolgte die Reduktion von 55 auf 20 Groschen, 20 Groschen beträgt sie heute noch. Beim Kontraktweizen: ebenfalls 55 Groschen bis zum Jahre 1961, 52 Groschen bis zum Jahre 1966 und seither 17 Groschen, dann kommen noch die 7 Groschen Zuschlag dazu.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben schon ausgeführt, daß der Stützungsabbau einerseits zu einer Erhöhung der Preise führt, und es wurde ja auch schon festgestellt, daß mit diesem Stützungsabbau andererseits die Konsumenten durch höhere Preise belastet werden, daß aber auch die Bauern belastet werden dadurch, daß sie für die Exportstützung der bisherigen Exporte höhere Beträge aufbringen müssen und gleichzeitig auch den zurückgegangenen Absatz im Exportwege unterbringen müssen.

Sie stellen fest, daß für kinderreiche Familien und Menschen mit geringem Einkommen ein Ausgleich geschaffen werden soll. Ich fürchte, daß damit der Effekt, den der Herr Finanzminister erzielen wollte, nämlich Gelder einzusparen, sehr gering sein wird, ähnlich wie bei der LKW-Steuer.

Meine konkrete Frage geht nun dahin: Mit welchen Beträgen an echten Einsparungen rechnen Sie, die Sie durch diese Maßnahme für das Budget 1979 erzielen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Halden: Diese Frage ist jetzt ja nicht beantwortbar. Da müßte ich ja Hellseher sein. Erst wenn die Änderung eingetreten ist, muß abgewartet werden, wie die Auswirkungen auf den Inlandskonsum sind, und dann kann man Berechnungen anstellen.

Präsident: Anfrage 3: Abgeordneter Kern (ÖVP) an den Herrn Minister.

625/M

Wie viele Bewilligungen für Massentierhaltungen gemäß § 13 Abs. 1 des Viehwirtschaftsgesetzes haben Sie erteilt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Halden: Herr Abgeordneter! Bisher sind 307 derartige Anträge, also nach dem Viehwirtschaftsgesetz, in meinem Ressort eingelangt, davon wurde einer aus einer ganz besonderen Dringlichkeit erledigt. Die übrigen Anträge wurden an die Ämter der Landesregierungen gemäß § 55 AVG mit dem Ersuchen weitergeleitet, die gemachten Angaben im Wege der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden auf ihre Richtigkeit zu prüfen und erforderlichenfalls durch die Antragsteller ergänzen zu lassen. Jedem Antragsteller wurde schriftlich das Einlangen seines Antrages bestätigt und mitgeteilt, daß eine bescheidmäßige Erledigung erst nach Abschluß des Prüfungsverfahrens möglich ist.

Präsident: Zweite Frage. Bitte.

Abgeordneter Kern: Herr Minister, meine Frage ist die: Haben Sie die Absicht im Hinblick auf die starke Ausweitung der Schweinehaltung, die ja letzten Endes auch jetzt eine Folge zum Teil der neuen Milchmarktregelung in den Flachlandgebieten sein wird, der Schweinehaltung weitere Bewilligungen zu erteilen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Halden: Herr Abgeordneter! Ich habe die feste Absicht, restriktiv vorzugehen. Aber das Gesetz sieht die Möglichkeit weiterer Bewilligungen vor. Ich kann sie also auch nicht ausschließen. Aber an sich bin ich der Auffassung, daß wir sehr restriktiv vorgehen müßten. Bitte diese Frage nicht zu verwechseln mit den bisher gestellten Anträgen. Da geht es ja um die Übergangsbestimmungen, um die bestehenden Verhältnisse zu sanieren und für bestehende Ställe Lösungen zu finden.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Kern: Herr Bundesminister! Sie wissen genauso gut wie ich, daß jede Verunsicherung am Getreidesektor, beim Getreideabsatz, beim Getreidepreis eine Verschlechterung des Getreidepreises, eine Verschlechterung des Marktes, eine Ausweitung in der Veredlungswirtschaft nach sich zieht, besonders natürlich auch gerade, ich habe vorhin darauf hingewiesen, auch eine Ausweitung der Schweinehaltung, der Schweinemast.

Kern

Haben Sie, Herr Minister, bei Ihrer neuen Getreidemarktkonzeption diese Wirkungen bedacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Es ist ja gar keine Frage, daß wir, was den Getreidemarkt betrifft, gemeinsam zu einer neuen Lösung kommen müssen. Das ergibt sich einfach auch aus dem Umstand, daß wir von einem beträchtlichen Importbedarf nun in die Exportphase gekommen sind. Und natürlich sind Auswirkungen dieser Art mit zu berücksichtigen. Deshalb hoffe ich nur, daß wir im Sinne der Vorschläge, die auch namhafte Vertreter Ihrer Partei erstattet haben, zu einer guten Lösung kommen.

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich (FPÖ):** Herr Bundesminister, die Massentierhaltung wirft erfahrungsgemäß nicht unbeträchtliche Abfallbeseitigungsprobleme auf. Es wäre interessant zu wissen, ob bei Massentierhaltungen, die Sie in Zukunft zu genehmigen beabsichtigen, darauf Wert gelegt wird, daß man sich damit auseinandersetzt, ob diese Abfälle, organischen Abfälle nicht zur Erzeugung von Biogas verwendet werden könnten.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Ich bin ja sehr froh darüber, daß das Marktordnungsgesetz in dieser Form zustande gekommen ist. Denn durch die jetzt bestehende Beschränkung der Massentierhaltung bei Schweinen haben wir erst die Grundlage dafür, daß jene Entwicklungen nicht eintreten können, die Sie nun befürchten.

Also es ist gar keine Frage, daß auch bei allfälligen künftigen Bewilligungen darauf Bedacht zu nehmen sein wird, wobei ich schon erklärt habe, daß eine restriktive Vorgangsweise für mich selbstverständlich ist. Daß hierbei Umweltfragen mit zu berücksichtigen sind, ist selbstverständlich.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Url.

Abgeordneter Ing. **Url (ÖVP):** Herr Minister! Bei der Auslegung dieser Gesetzesstelle im Viehwirtschaftsgesetz gibt es erhebliche Auffassungsunterschiede und Unsicherheiten. Im Gesetz heißt es zum Beispiel: 400 Mastplätze oder 60 Mutterschweine. Nun glauben viele,

399 Mastplätze und 59 Muttersauen kann man halten.

Oder: fünf Bauern schließen sich zusammen zu einer Gemeinschaft. Jeder bringt 399 Mastplätze ein, und sie bauen dann einen Maststall für 1995 Mastplätze.

Denken Sie daran, Herr Minister, mittels einer Verordnung diese Gesetzesstelle präziser auszulegen und, wenn ja, wann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Diese Frage werde ich prüfen lassen. Sie werden verstehen, daß ich darauf jetzt nicht antworten kann. Ich habe keine Verordnungsermächtigung. Ich nehme nicht an – aber ich werde das prüfen lassen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Remplbauer (SPÖ) an den Herrn Minister.

630/M

Welche Maßnahmen werden angesichts der zum Großteil bereits ausgelasteten Getreidelager getroffen, um die Getreideproduktion an die Absatzmöglichkeiten anzupassen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Was den Getreidemarkt betrifft, stehen wir vor folgender Schwierigkeit:

Wir hatten noch vor wenigen Jahren beträchtlichen Importbedarf beim Weizen: im Jahre 1955: 326 000 Tonnen Import, 1960: 203 000 Tonnen, das ist dann zurückgegangen, und noch im Jahre 1973 wurden 60 000 Tonnen importiert.

Wir sind durch die Produktivitätssteigerung, die wir an sich ja begrüßen müssen, nun in einer Exportphase. Das Problem liegt darin, daß wir in Österreich – und da ist Österreich wirklich eine Ausnahme – für Futterweizen und Brotweizen praktisch die gleichen Bedingungen haben, wenn ich das vereinfacht darstellen darf.

Das führt nun dazu, daß die Bauern – auch verständlicherweise, das muß ja ihr gutes Recht sein – das erzeugen, was ihnen pro Hektar den höheren Ertrag bringt, und das sind die Weizensorten, die für den Export nicht geeignet sind, die nicht packfähig sind. Wenn wir exportieren wollen, brauchen wir jenen Weizen, der auch geeignet ist. Das ist die Hauptfrage.

Natürlich geht es auch um das Problem der Finanzierung. Ich habe es daher sehr begrüßt, daß einige namhafte Vertreter des Bauernbun-

10082

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

des die Frage einer Teilung dieser Exporterfordernisse ins Gespräch gebracht haben, also daß Bund und bäuerliche Selbstbeteiligung die Exportfinanzierung tragen sollen. Wir brauchen ja derzeit pro Tonne etwa 1 100 oder 1 200 S Stützung, um überhaupt exportieren zu können.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Remplbauer: Herr Bundesminister! Zeitungsmeldungen konnte ebenso entnommen werden wie Ihrer heutigen Antwort, daß es auch Vorschläge zu einer Selbstbeteiligung der Bauern zur Sicherung des Absatzes gibt.

Ich möchte Sie fragen: Wie weit sind die Verhandlungen im Zusammenhang mit all diesen Fragen für die Ernte 1979 fortgeschritten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Die Verhandlungen werden geführt; wir hatten erst kürzlich – ich glaube, vorgestern – eine Gesprächsrunde. Sie werden fortgesetzt werden.

Erst kürzlich wurde seitens der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern bei einer Besprechung im Ressort bei mir der Vorschlag erstattet, daß, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen – das möchte ich unterstreichen –, diese Selbstbeteiligung der Bauern auf den gesamten Getreidebereich, also auch auf den Futtergetreidebereich, ausgedehnt werden soll. Ich unterstreiche noch einmal, daß daran eine Reihe von wesentlichen Bedingungen geknüpft waren.

Präsident: Weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Remplbauer: Herr Bundesminister! Es war ja im heurigen Jahr nur deshalb möglich, daß die Bauern ihre Ernte unterbringen konnten und nicht vor vollen Getreidesilos standen, weil dieser größte Export nach Polen möglich geworden ist.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Wie stehen etwa die Chancen weiterer Getreideexporte in Zukunft?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Es werden in diesen Tagen Verhandlungen mit Polen geführt. Die Preisvorstellungen differieren. Sie werden verstehen, daß diese Fragen im Parlament nicht in den Einzelheiten diskutiert werden können, aber ich hoffe, daß diese Verhandlungen zum Abschluß führen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kern.

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Bundesminister! Zunächst möchte ich festhalten, daß es ja sehr interessant ist, daß ausgerechnet bei dem Berufsstand, der am wenigsten zu den ganzen Budgetdefiziten im Laufe der letzten Jahre beigetragen hat, jetzt zunehmend zu sparen begonnen wird. Man stellt sich unwillkürlich die Frage: Wo gibt es auch in anderen Bereichen derartige Mitbeteiligungen?

Und nun zu meiner Frage: Export und Import stehen natürlich auch beim Getreide irgendwie in einem Zusammenhang. Wir können also nicht nur einseitig die Notwendigkeit sehen, einen Export zu tätigen. Wir müssen im Gesamtkonzept auch die Frage mit berücksichtigen, wie es beim Import von eiweißhaltigen Futtermitteln et cetera et cetera weitergehen soll.

Meine Frage konkret: Werden Sie die Vorschläge der Präsidentenkonferenz, die diesbezüglich schon sehr lange vorliegen und die eine Lösung des Problems beinhalten, mit verwirklichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Vorbemerkung nur eine Feststellung: Der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus hat am 8. Oktober 1966 erklärt, in diesem Budget müßten zwei mutige Schritte getan werden: der eine in die Richtung des Abbaues der Lebensmittelsubventionen, die jetzt allen zugutekommen, gleichgültig, ob Ausländer oder Inländer, ob arm oder reich. – Das nur zu Ihrer Vorbemerkung.

Mit der Präsidentenkonferenz werden Verhandlungen geführt. Das Konzept der Präsidentenkonferenz ist insofern nicht vollständig, als die Finanzierungsfrage nicht behandelt wird beziehungsweise auf eine sehr einfache Weise behandelt wird. Wir stehen jedenfalls in Verhandlung.

Präsident: Weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bei der Getreidewirtschaft interessiert mich auch das Stroh, und zwar hinsichtlich seiner energiewirtschaftlichen Verwendung.

Ich entnehme der jüngsten Publikation der ASSA – das ist eine Gesellschaft, die mehrheitlich der Republik Österreich gehört – von Herrn Professor Faninger einiges über die Möglichkei-

Dr. Stix

ten der Strohnutzung für Energiezwecke. Er schreibt wörtlich:

„In Niederösterreich mit dem größten Strohaufkommen in Österreich könnten demnach etwa fünf bis sechs 100-MW-Kraftwerke betrieben werden.“ – Zusammengefasst reicht das fast an die geplante Leistungskapazität von Zwentendorf heran.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister, lautet: Beschäftigt sich Ihr Ressort auch mit den Fragen der energiewirtschaftlichen Nutzung des Stroh, und gibt es diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit den zuständigen Ressorts anderer Ministerien?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Daß die Strohnutzung durch Verbrennung eine interessante Entwicklung darstellt, steht außer Diskussion. Ich darf daran erinnern, daß die niederösterreichische Landeslandwirtschaftskammer anlässlich der Frühjahrsmesse – wenn ich mich richtig erinnere – diese Frage in den Mittelpunkt gestellt hat.

Nur darf man sich, glaube ich, die Rechnung nicht so einfach machen. Es ist ja ein sehr schwieriges Problem, Stroh unter Kontrolle zu bringen, zu transportieren und dann entsprechend zu nutzen. Es wird also nur die kleinräumige Nutzung möglich sein.

Auch unsere Versuchsanstalten beschäftigen sich mit dieser Frage. Es besteht auch Zusammenarbeit, und diese Frage steht auf wissenschaftlicher Ebene in Diskussion.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kriz.

Abgeordneter **Kriz** (SPÖ): Herr Minister! In der heutigen Fragestunde haben Sie schon sehr viele Fragen bezüglich des Getreides beantwortet. Die Getreideernte ist nun vorbei. Es gibt verschiedene Zahlen in der Öffentlichkeit.

Ich möchte Sie daher fragen: Wie hoch ist die heurige Getreideernte auf Grund Ihrer Unterlagen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Wir hatten im Jahre 1976 eine Rekordernte mit insgesamt 3 341 000 Tonnen. Im Jahre 1977 hatten wir etwas über 3 Millionen Tonnen, und wir werden 1978 – wiederum nach den Schätzungen Ende August – 3 303 000 Tonnen haben, also im wahrsten Sinne des Wortes eine Rekordernte. – Unbefriedigend wird die Ernte allerdings beim Mais sein.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Maderthaner (SPÖ) an den Herrn Minister.

631/M

Wie hat sich, angesichts von unterschiedlichen Pressemeldungen zu dieser Frage, das bäuerliche Einkommen in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich entwickelt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft stand ja in den letzten Wochen sehr stark in Diskussion. Ich räume auch hier ein, daß die Einkommen 1977, verglichen mit 1976, nicht sehr befriedigend gestiegen sind. Das war aber zu erwarten. Das war deshalb zu erwarten, weil die landwirtschaftlichen Einkommen ja nicht nur vom Produzentenpreis und von den Betriebsmitteln und anderen Umständen abhängen, sondern ganz besonders von der Endproduktion. Die Endproduktion in der Land- und Forstwirtschaft ist von 1975 auf 1976 um 11,6 Prozent gestiegen. Daß sie nicht weiter steigen konnte oder zumindest nicht wesentlich weiter steigen konnte, war selbstverständlich. Es kann nicht in jedem Jahr Rekordernten geben; das ist nicht möglich. Daß sich die Ernte auswirkt, ist selbstverständlich, es ist ja eine logische Konsequenz, daß eine höhere Ernte zu einem höheren Einkommen führt.

Ich kann Ihnen sagen: Im Bundesmittel ist im Jahre 1976 das bäuerliche Einkommen um durchschnittlich nominell 12 Prozent, real um 4,6 Prozent gestiegen. Im Jahre 1977 ist es nominell nur um 2 Prozent gestiegen, und es gab einen realen Einkommensverlust von 2,8 Prozent. Insgesamt gab es in diesen zwei Jahren einen nominellen Einkommenszuwachs von 15,1 Prozent und auch einen realen Einkommenszuwachs von etwa 1,6 Prozent.

Allerdings ist innerhalb der Produktionsgebiete eine sehr interessante Entwicklung eingetreten, nämlich eine stark überproportionale Einkommensentwicklung in den Berggebieten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Maderthaner:** Da bekannt ist, daß sich die Einkommen in der Landwirtschaft unterschiedlich entwickeln – Sie haben ja jetzt schon angeschnitten, daß sich in den Bergbauengebieten das Einkommen besser entwickelt hat –, darf ich Sie fragen, wie sich das landwirtschaftliche Einkommen dort entwickelt hat.

10084

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Bemessen auf die Jahre 1976, 1977 – vereinfachend nehme ich die Produktionsgebiete, die typisch von Bergbauern bewirtschaftet werden, heraus –: am Alpenostrand ein nomineller Einkommenszuwachs von 35 Prozent, ein realer von 20 Prozent, im Voralpengebiet ein nomineller von 37 Prozent, ein realer von 21 Prozent, im Hochalpengebiet ein nomineller von 44,7 Prozent und ein realer von 27,8 Prozent. Das ist die Entwicklung der Bergbauern im Hochalpengebiet, und zwar real.

Und nun soll jemand aufstehen und sagen, daß sich die bergbäuerlichen Einkommen nicht gut entwickelt hätten! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Steiner: Gesamteinkommen, Herr Minister!)*

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Nur auf den Zwischenruf: Landwirtschaftliches ...!)*

Präsident: Herr Minister, bitte! – Nächste Frage!

Abgeordneter **Maderthaler:** Herr Bundesminister! Sie haben erklärt, daß sich gerade in den Hochalpengebieten das Einkommen besonders gut entwickelt hat. Welche Bereiche umfaßt dieses Hochalpengebiet, welche Bundesländer sind davon berührt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Das Hochalpengebiet umfaßt das gesamte Gebiet der Zentralalpen nach Produktionsgebieten, ja nicht nur die Zentralalpen, es reicht darüber hinaus.

Präsident: Nächste Frage: Frau Abgeordnete Wieser.

Abgeordnete Helga **Wieser** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben gerade vom Einkommen der Bergbauern gesprochen. Ich glaube, man muß hier zwischen dem Gesamteinkommen und dem landwirtschaftlichen Einkommen unterscheiden.

Schon bei der Darlegung des Grünen Berichtes haben Sie selbst mit Bedauern festgestellt, daß das Einkommen in der Landwirtschaft zurückgegangen ist. Bekanntlich betrug das landwirtschaftliche Einkommen im Jahre 1976 je Familienarbeitskraft im Monat 5 694 S, im Vergleich dazu waren es bei den Bergbauern 4 364 S. Hingegen betrug das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer – ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß wir das den Arbeit-

nehmern sehr wohl vergönnen – 10 727 S. Es ist dadurch eine sehr wesentliche Einkommensdisparität entstanden.

Durch das Landwirtschaftsgesetz, Herr Bundesminister, sind Sie verpflichtet, die Landwirtschaft wirtschaftlich gesund zu halten.

Ich frage Sie: Was wollen Sie tun, um das Einkommen zu verbessern und diese Einkommensdisparität abzubauen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe das landwirtschaftliche Einkommen und nicht das Gesamteinkommen zitiert. Um die innerlandwirtschaftliche Disparität weiter abzubauen, wird die Bergbauernpolitik fortgesetzt werden. Die Disparität zwischen landwirtschaftlichem Einkommen und außerlandwirtschaftlichem Einkommen ist seit 1970 beachtlich verringert, was daraus ersichtlich ist, daß das Einkommen real um 34 Prozent gestiegen ist. Das läßt sich nicht bestreiten.

Also ich würde sagen: die bisherige Politik fortsetzen!

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Bundesminister! „Die bisherige Politik fortsetzen“ würde heißen, daß sich nach dem Jahr 1977 das Einkommen weiter verschlechtern würde.

Ich halte auch nichts davon, Herr Bundesminister, wenn Jahre zusammengezogen werden, um noch ein besseres Ergebnis herauszubringen.

Tatsache ist, daß die Disparität zwischen den einzelnen Produktionsgebieten weiterhin besteht. Erfreulich ist die Entwicklung in den Berggebieten.

Was tut Ihr Ministerium konkret, um diese Disparitäten zwischen den einzelnen Gebieten – ich nenne beispielsweise das südöstliche Flach- und Hügelland – zu verringern beziehungsweise das Einkommen zu verbessern? Hier müßte man den Hebel ansetzen. Was tun Sie in dieser Richtung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihr Hinweis auf die Einkommensentwicklung 1977 ist unzulässig. Ich habe ja versucht, zu erklären, daß die Ernte natürlich eine Auswirkung auf das Einkommen hat. Ich freue mich schon auf die Diskussion im nächsten Jahr hier; das sage ich Ihnen jetzt

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

schon. Wenn Sie dann dieselbe Bemerkung machen, würde mich das sehr wundern. Wir werden im nächsten Jahr hier weiterzudiskutieren haben. An Hand der Einkommensentwicklung, der Ernteentwicklung, wie sie heuer aussieht, wird das Bild für 1978 ganz anders sein.

Aber nun zu Ihrer Frage: Wir werden die Bergbauern-Sonderprogramme – wir haben das zweite ab 1. Jänner 1979 – und die Grenzlandpolitik fortsetzen.

Präsident: Kollege Weinberger.

Abgeordneter **Weinberger (SPÖ):** Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit dem Einkommen wurden uns jetzt einige Prozentsätze genannt, wobei die Bergbauern besonders günstig davongekommen sind. Nur scheint mir, daß es sich im Bereich der Vertreter der Landwirtschaft und gerade der Vertreter der Bergbauern nicht herumgesprochen hat, wie hoch die Einkommen überhaupt sind.

Ich darf aus der „Tiroler Bauernzeitung“ zitieren, in der man Sie angegriffen und der Schönfärberei bezichtigt hat, also in der unter anderem stand – ich darf zitieren –: „Zur Einkommenssituation ...“ (*Abg. Kraft: Wo bleibt die Frage?*) Herr Kraft, Sie werden mir gestatten, daß ich auch einen Satz dazu sage.

„Zur Einkommenssituation der Bergbauern steigerte er“ – gemeint war der Herr Bundesminister Haiden – „sich sogar zur Behauptung, daß diese“ – also die Bergbauern – „sich wirtschaftlich erholt hätten, weil das landwirtschaftliche Einkommen im ‚Grünen Bericht‘ mit 49 250 S ausgewiesen würde und gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent zugenommen hat.“

Ich wiederhole also die Frage: Wie schaut die Entwicklung bei den Einkommen im besonderen im Bereich der Bergbauern aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Ich darf noch einmal auf das Hochalpengebiet hinweisen. Das Gesamteinkommen ist von 152 000 S auf 171 000 S gestiegen, das Betriebseinkommen von 50 000 S auf 58 000 S und das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft von 42 000 S auf über 49 000 S. Das ergibt erfreulicherweise diese ungewöhnlich starke Erhöhung der realen Einkommen im Berggebiet.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Meißl (*FPÖ*) an den Herrn Minister.

610/M

Angesichts der großen Zahl der Landwirte, die im Zusammenhang mit der neuen Milchmarktregelung um Ausnahmen angesucht haben, frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob durch die Festlegung entsprechender Entscheidungskriterien sichergestellt wurde, daß Härtefälle auch tatsächlich vermieden werden.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Für die Behandlung der Härtefälle ist der Milchwirtschaftsfonds zuständig. Das ist das Ergebnis des Marktordnungsgesetzes. Die Entscheidung hat bis 15. Dezember des Jahres zu erfolgen. Die Entscheidung in erster und letzter Instanz fällt in die Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds, in der alle Interessenvertretungen paritätisch vertreten sind.

Im Gesetz wurde für die Härtefälle in einem Ausmaß von 60 000 t Milch vorgesorgt. Entscheidungskriterien waren im Gesetz nicht vorgesehen. Diese müssen durch den Milchwirtschaftsfonds in der Verwaltungskommission festgelegt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Das ist mir sehr wohl bekannt. Es geht nur darum, ob Sie auch dafür sorgen werden, daß diese Entscheidungskriterien rechtzeitig erlassen werden. Wie sieht das aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Es finden, ich möchte fast sagen, regelmäßig Besprechungen mit Vertretern des Milchwirtschaftsfonds statt, vor allem mit der Geschäftsführung, aber ich habe keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen im Milchwirtschaftsfonds.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Eine entscheidende Rolle spielt auch die sogenannte Wahrungsklausel. Wie sieht es hier aus? Werden Sie hier tätig werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Heute nachmittag ist ein Termin vorgesehen, um diese Frage weiterzudiskutieren, um die Novelle vorzubereiten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Pfeifer.

10086

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Abgeordneter **Pfeifer (SPÖ)**: Herr Bundesminister! Es gibt Zehntausende Härteanträge. Ich hätte gerne gewußt: Wie wird die Bearbeitung dieser Anträge im Milchwirtschaftsfonds durchgeführt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Die Anträge – es handelt sich um etwa 57 000 – werden so bearbeitet, daß die wesentlichen Kriterien der Anträge durch die EDV erfaßt werden. Die Vorbereitung wird über die elektronische Datenverarbeitung erfolgen. Es werden sämtliche Angaben der Antragsteller eingegeben, die Kriterien für eine Entscheidung werden von den Anträgen her gespeichert, und neben den Personalien und dem Verlauf der Milchlieferung werden mit Hilfe von 123 Codes die Begründungen der Anträge auf Härtefälle und die Betriebsdaten des Antragstellers erfaßt. Welche Schlüsse dann der Fonds daraus zieht, kann ich heute natürlich nicht beantworten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr (ÖVP)**: Herr Bundesminister! Die große Anzahl der Härtefälle zeigt, daß der Strukturwandel in der Milchwirtschaft, in der Milchproduktion doch in den letzten Jahren wesentlich stärker war als vermutet wurde. Es ist daher auch so, daß die Schwierigkeiten bei der Erledigung der Härtefälle sehr groß sein werden. Die Schweiz hat bei der Einführung ihrer Kontingentierung nicht gekürzt, sondern zusätzliche Mengen ausgegeben, um diese Härtefälle positiv erledigen zu können.

Sehen Sie, Herr Minister, eine Möglichkeit, die Erledigung dieser Härtefälle dadurch zu erleichtern, daß eine Aufstockung jener Mengen erfolgt, die für diese Härtefälle vorgesehen sind, das heißt, daß man die 60 000 t eventuell aufstockt auf eine höhere Menge, um diese Härtefälle besser und leichter erledigen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich glaube, der Schluß ist nicht ganz zulässig, daß die Anzahl der Härtefälle durch die Strukturänderung begründet ist, weil sich doch herausgestellt hat, daß die Anträge, die mit der Begründung „Betriebsumstellung“ eingereicht worden sind, nicht jenes Maß erreichten, das man ursprünglich angenommen hatte. Das ist ja eine Frage, die jetzt noch im Fonds zu prüfen sein wird.

Die Möglichkeit der Aufstockung besteht, wenn man sich darüber einigt, aber das hätte natürlich eine Auswirkung auf die Gesamtrichtmenge und damit auch auf die Einzelrichtmenge, die dem einzelnen Milchlieferanten zugewiesen ist. Ich glaube, es ist nicht sehr sinnvoll, über eine Wahrungsklausel zu verhandeln und gleichzeitig die Richtmengen zu verändern. Ich würde das nicht begrüßen und nicht für zweckmäßig halten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich (FPÖ)**: Herr Bundesminister! Die Diskussion zu dem Thema Härtefälle zeigt, daß die neue Milchmarktordnung, die ja im Einvernehmen zwischen der Regierung und der Vertretung der Volkspartei getroffen wurde, eine Fülle von Schwierigkeiten mit sich bringt. Haben Sie den Eindruck, daß mit der Neuregelung tatsächlich eine Verbesserung erreicht worden ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich bin fest davon überzeugt, daß ein gutes Gesetz zustande gekommen ist. Bei einer so tiefgreifenden Veränderung mußten notgedrungen noch Fragen auftreten, die zu lösen sein werden. Das war uns klar. Es ist ja auch im Zuge der Verhandlungen überlegt worden, ob man diese Regelung nicht auf eine kürzere Zeit begrenzt treffen sollte, um dann im Lichte der Erfahrungen eine Anpassung vornehmen zu können. Man hat sich aber schließlich darauf geeinigt, daß das Gesetz für zwei Jahre gelten soll. Daß noch Fragen zu behandeln sein werden, mußte erwartet werden.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

611/M

Welche konkreten Maßnahmen wurden von Ihnen im Anschluß an Umschulungen zur Integration von Behinderten auf dem offenen Arbeitsmarkt gesetzt?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. **Weissenberg**: Herr Abgeordneter Feurstein! Zu Ihrer Frage möchte ich sagen, daß Umschulungsmaßnahmen beziehungsweise nachfolgende Maßnahmen voraussetzen, daß dem zuerst ein

Bundesminister Dr. Weißenberg

Kontakt zwischen der Arbeitsmarktverwaltung und dem Behinderten vorangegangen ist, der in einer eingehenden Beratung dann seinen Höhepunkt findet. Das Ergebnis dieser Beratung ist eine Umschulungsmaßnahme mit der Erwartung, den Behinderten dann auf dem offenen Arbeitsmarkt unterbringen zu können. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, vor allem kann die Arbeitsmarktverwaltung den Betrieben, die Behinderte beschäftigen, eine Prämie geben. Die Arbeitsmarktverwaltung kann auch den Betrieb unterstützen, um den Arbeitsplatz zu adaptieren. Im übrigen werden jetzt im Rahmen einer vorbereiteten Novelle zum Invalideneinstellungsgesetz noch zusätzliche Maßnahmen erwogen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Feurstein:** Herr Bundesminister! Mir sind diese Maßnahmen bekannt, aber ich glaube, man muß doch feststellen, daß diese Maßnahmen eben nicht in dem Maße eingesetzt werden, wie Sie das jetzt angedeutet haben. Sie haben auch im Behindertenkonzept darauf hingewiesen, daß Sie geschützte Werkstätten errichten werden, aber das Problem der Integration der Behinderten auf dem offenen Arbeitsmarkt wird immer mehr beiseite geschoben.

Werden Sie also zusätzliche Akzente setzen im Hinblick auf die Verwirklichung Ihres Behindertenkonzeptes, um diese Menschen wirklich auf dem offenen Arbeitsmarkt zu integrieren, denn man muß feststellen, daß derzeit nur Maßnahmen der Länder in dieser Richtung wirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, daß Sie die Situation nicht ganz richtig einschätzen, wenn Sie sagen, daß es nur Maßnahmen der Länder gibt. Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß das Behindertenkonzept davon ausgeht, daß es Primärziel ist, den Behinderten auf dem offenen Arbeitsmarkt unterbringen zu können. Dafür gibt es ja, wie ich schon vorhin darauf hingewiesen habe, verschiedene Möglichkeiten. Um aber die Unterbringung auf dem offenen Arbeitsmarkt noch besser durch Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung und auch der Landesinvalidenämter durchführen zu können, wird das Invalideneinstellungsgesetz in nächster Zeit novelliert werden. Ich hoffe, das Hohe Haus wird meinen Vorschlägen auch zustimmen. Dazu gehört unter anderem, um Unternehmungen zu animieren, mehr Behinderte, mehr Invaliden zu beschäftigen, als die Pflichtzahl es verlangt, daß in diesem Fall die Unternehmungen eine Prämie

erhalten, wenn sie über die Pflichtzahl hinaus beschäftigen. Wir wollen vor allem für die Einstellung jugendlicher Behinderter einen Anreiz liefern, indem die Jugendlichen in Zukunft auf die Pflichtzahl doppelt angerechnet werden können. Und wir wollen mit dem Invalideneinstellungsgesetz beziehungsweise der Novelle dazu auch zusätzliche Prämien für Adaptierungsmaßnahmen möglich machen, die vielleicht im bisherigen Rahmen noch nicht gegeben waren.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Feurstein:** Herr Bundesminister! Ich freue mich, daß Sie wesentliche Gesichtspunkte des ÖVP-Konzeptes zur Arbeitsplatzsicherung verwirklichen. Diese Punkte waren im ÖVP-Konzept verankert.

Nun meine ganz konkrete Frage – nachdem Sie gesagt haben, Sie wollen im verstärkten Maße diese Maßnahmen fördern. In Vorarlberg hat das Sozialministerium beziehungsweise das Landesarbeitsamt die finanziellen Mittel für die Eingliederung Behinderter in den Arbeitsmarkt von bisher einem Drittel auf ein Viertel gesenkt. Ich weiß, daß das im Widerspruch zu Ihren Intentionen war und vor allem auch im Widerspruch zu den Intentionen Ihrer Beamten im Sozialministerium. Werden Sie das Landesarbeitsamt Vorarlberg veranlassen, wieder diese mögliche Förderung von gemeinsamen Aktionen für die Behinderten im Ausmaß von einem Drittel der Gesamtkosten – wie bis Ende 1977 – zu fördern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Es freut mich, daß das ÖVP-Konzept auf das Konzept des Sozialministeriums eingegangen ist und das Konzept unterstützt.

Zu Ihrer konkreten Frage darf ich sagen, daß selbstverständlich alle Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung in den Beiräten der Landesarbeitsämter behandelt werden, und in diesem Beirat sitzen ja bekanntlich nicht nur Vertreter der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber. Ich kann Ihnen jetzt im Augenblick auf die von Ihnen konkret gestellte Frage nicht antworten, welche Intentionen in diesem Beirat beim Landesarbeitsamt bestanden haben, bin aber gerne bereit, dieser Frage noch nachzugehen und Ihnen dann, wenn Sie wünschen, eine schriftliche Antwort zu geben.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Melter.

10088

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben darauf hingewiesen, daß zur Bereinigung oder Erleichterung dieses Problems die Firmen Förderungsbeiträge erhalten und daß daran gedacht ist, je Behindertenarbeitsplatz Subventionen zu geben. Wesentlich erscheint mir aber, daß behindertengerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. Und hier bestehen ja Möglichkeiten, durch Ausstattung von Arbeitsplätzen mit technischen Hilfsmitteln für Behinderte geeignete Arbeitsplätze zu schaffen. Mir scheint aber, daß von dieser Möglichkeit bisher nur bescheiden Gebrauch gemacht wurde.

Ich würde Sie bitten, mir zu sagen, ob auf Grund des Aufwandes für die Ausstattung von Arbeitsplätzen diese Beurteilung richtig ist und wie hoch diese Aufwendungen für die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen natürlich jetzt nicht konkret die Ziffern sagen. Ich kann Ihnen einige Ziffern sagen, die aber nicht ganz Ihre Frage beantworten werden. Wir haben etwa 568 Personen in Nach- und Umschulungsmaßnahmen gehabt, 1 182 Behinderte in Erprobungs- und Trainingsmaßnahmen, um zu sehen, ob sie auf Arbeitsplätze in Betrieben überhaupt eingewiesen werden können, 2 984 Personen wurden auf einem Arbeitsplatz gefördert, wobei die Förderung auch zum Teil die Adaptierung des Arbeitsplatzes mit einschließt. Ich kann Ihnen nur nicht die Kosten sagen, die dafür aufgewendet wurden. Ich bin aber auch gerne bereit, diese Kosten dann aus den Unterlagen herauszurechnen und sie Ihnen schriftlich mitzuteilen.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Treichl.

Abgeordneter **Treichl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben bisher in Beantwortung der an Sie gestellten Fragen eine Reihe von sehr guten Maßnahmen genannt, Maßnahmen, die zweifellos geeignet sind, den Behinderten auch tatsächlich zu helfen. Denn es ist ja nicht so, wie der Herr Abgeordnete Feurstein bei einer Presseaussendung gemeint hat: Mit Ihrem Konzept, hat er damals gesagt, werden die Behinderten einfach in Gettos isoliert. (*Abg. Dr. Schimmer: Frage! Fragestunde, nicht Märchenstunde!*) Entschuldigen Sie bitte, ich darf auch etwas dazu sagen, so wie das die anderen auch gemacht haben.

Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Rehabilitationskonzeptes

sind auch Änderungen des Invalideneinstellungsgesetzes geplant. Sie haben bereits kurz darüber gesprochen. Darf ich Sie nun fragen: Können Sie mir heute schon im Detail sagen, welche Änderungen hier getroffen werden sollen, beziehungsweise, Herr Bundesminister, wann sollen diese Änderungen in Kraft treten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Weißenberg:** Herr Abgeordneter! Die Novelle zum Invalideneinstellungsgesetz ist derzeit in ministerieller Ausarbeitung. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in etwa zwei, drei Wochen diesen Entwurf in das Begutachtungsverfahren zu entsenden. Wir sind mit den Vorbereitungsarbeiten schon sehr weit.

Es wird voraussichtlich in der Novelle neben den Fragen, die ich bereits angeschnitten habe, zu gewissen Prämien kommen für die Behinderten, die in geschützten Werkstätten untergebracht werden können. Es werden auch die geschützten Werkstätten in dem Gesetz eine besondere Behandlung erfahren. Insbesondere soll dem Ausgleichstaxfonds die Möglichkeit eingeräumt werden, für geschützte Werkstätten Mittel aufzuwenden. Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß die geschützten Werkstätten, die Aufträge von Unternehmungen erhalten, dadurch besonders gefördert werden, daß diese Unternehmungen, die die Aufträge erteilen, Prämien bekommen sollten.

Im übrigen ist auch daran gedacht, die Behinderten selbst noch zu fördern, etwa in der Form – wenn ein Behinderter durch ein dramatisches Ereignis behindert wird und dadurch einen Lohnverlust in seinem bisherigen Erwerbseinkommen erleidet –, daß man ihm durch die Arbeitsmarktförderung oder durch das Invalideneinstellungsgesetz Prämien gibt, um die Höherversicherung in der Pensionsversicherung vornehmen zu können.

Das sind einige der Verbesserungen, die in der Invalideneinstellungsgesetznovelle beabsichtigt sind.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

Antrag 109/A der Abgeordneten Dr. Hafner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz; mit dem das Gutsangestelltengesetz geändert wird, und

Präsident

Antrag 110/A der Abgeordneten Wimmersberger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die authentische Auslegung des § 175 Abs. 1 ASVG

dem Ausschuß für soziale Verwaltung.

Antrag 111/A der Abgeordneten Blecha, Steinbauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung der Presse geändert wird,

dem Verfassungsausschuß.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich wie folgt zu:

Dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz) (993 der Beilagen).

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (1000 der Beilagen).

Dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 geändert wird (1001 der Beilagen).

Dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz über Ausnahmen von der Impfpflicht gegen Pocken in den Kalenderjahren 1979 und 1980 (1004 der Beilagen).

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (1005 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie geändert wird (1021 der Beilagen),

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für die Konversion von Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) und der Sondergesellschaften (1022 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Erdgasanleihegesetz 1974 geändert wird (1025 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Rechtsstellung des Dorotheums geregelt und die Gewerbeordnung 1973 geändert wird (Dorotheumsgesetz) (1026 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 1 und 2 wie auch über die Punkte 3 bis 5 der heutigen Tagesordnung jeweils unter einem durchzuführen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über alle jeweils zusammengezogenen Punkte unter einem durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? – Dies ist nicht der Fall.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, gemäß § 93 der Geschäftsordnung die in der heutigen Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 2107/J der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Nichtberücksichtigung der Familien bei der Lohnsteueranpassung vor Eingehen in die Tagesordnung dringlich zu behandeln.

Das bedeutet, daß diese Anfrage gemäß § 93 Abs. 1 der Geschäftsordnung vom Fragesteller mündlich begründet wird und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet.

Gemäß § 93 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat die dringliche Behandlung im Falle eines solchen Verlangens ohne weiteres stattzufinden.

Ich verlege die Behandlung dieser dringlichen Anfrage gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-86 der Beilagen) gemäß § 2 Abs. 2 ÖIG-Gesetz in der Fassung der ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. 12. 1976 (1009 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers (III-122 der Beilagen) über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmungen zum 31. 12. 1977 (1010 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

10090

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Präsident

Es sind dies die Berichte des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über

den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. 12. 1976 und

den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. 12. 1977.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Lenzi**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht des Bundeskanzlers gemäß § 2 Abs. 2 ÖIG-Gesetz in der Fassung der ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. Dezember 1976 (III-86 der Beilagen).

Gemäß § 2 Abs. 2 des obgenannten Gesetzes hat der Bundeskanzler am 28. Juli 1977 den gegenständlichen Bericht dem Nationalrat zugeleitet. Der Bericht gibt neben einleitenden Vorbemerkungen zunächst einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der industriellen Produktion. Er enthält weiters eine zusammenfassende Darstellung über die Lage der verstaatlichten Industrie und behandelt dann an Hand zahlreichen statistischen Materials die Entwicklung der einzelnen Produktionszweige. Am Schluß des Berichtes wird ein Ausblick auf die kommende Entwicklung gegeben.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe hat den vorliegenden Bericht in seiner Sitzung am 27. September 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Gorton, Wille, Dipl.-Vw. Josseck, Burger, Rechberger, Fauland, Kokail, Kraft, Köck, Wimmersberger, Dr. Ettmayer, Dr. Nowotny, Neumann, Teschl und Samwald sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Hellwagner und Bundeskanzler Dr. Kreisky beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers gemäß § 2 Abs. 2 ÖIG-Gesetz in der Fassung der ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. Dezember 1976 (III-86 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Weiters bringe ich den Bericht des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe über den Bericht

des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1977 (III-122 der Beilagen).

Gemäß § 2 Abs. 2 des obgenannten Gesetzes hat der Bundeskanzler am 16. Juni 1978 den gegenständlichen Bericht dem Nationalrat zugeleitet. Der Bericht gibt zunächst einen allgemeinen Überblick über die internationale Wirtschaftslage und die österreichische Wirtschaft jeweils im Jahr 1977. Er behandelt dann die Lage in der verstaatlichten Industrie, befaßt sich mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, der Höhe der Wertschöpfung in den Zweigen der verstaatlichten Industrie in den Jahren 1976/77 und den in den verstaatlichten Unternehmen aufgewendeten Investitionsmitteln für Sachanlagen in Millionen Schilling. Ferner behandelt der Bericht die Entwicklung der einzelnen Produktionszweige in der verstaatlichten Industrie. Am Schluß des Berichtes wird ein Ausblick auf die kommende Entwicklung aus internationaler, aus gesamtösterreichischer Sicht sowie im Hinblick auf die einzelnen Branchen gegeben.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe hat den vorliegenden Bericht in seiner Sitzung am 27. September 1978 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Gorton, Wille, Dipl.-Vw. Josseck, Burger, Rechberger, Fauland, Kokail, Kraft, Köck, Wimmersberger, Dr. Ettmayer, Dr. Nowotny, Neumann, Teschl und Samwald sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Hellwagner und Bundeskanzler Dr. Kreisky beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. Dezember 1977 (III-122 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, das Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus vielen Diskussionen, fachlichen Analysen und Berichtserstattungen ist uns allen bekannt, in welcher schwieriger Situation sich weite Teile unserer verstaatlichten Industrie befinden.

Vor kurzem, vor wenigen Wochen, hat dazu auch der Herr Bundeskanzler Stellung genom-

Dr. Mock

men. Und das erstaunliche für mich daran war, daß nach acht Jahren Verantwortung von Bundeskanzler Kreisky für die Entwicklung der verstaatlichten Industrie er anlässlich einer Informationstagung der ÖIAG und in einer Zeit, in der man weiß, daß auch die verstaatlichte Industrie so wie die anderen Teile der Wirtschaft einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt sind, erhöhten Investitionsbedarf haben, nichts anderes zu sagen hat als die Mitteilung: Die österreichische verstaatlichte Industrie wird keine Finanzhilfe des Bundes erhalten, sie darf jedoch hoffnungslos defizitäre Betriebe schließen.

Herr Bundeskanzler! Auch diese Feststellung widerspiegelt das Fiasko Ihrer Wirtschaftspolitik im Bereich der verstaatlichten Industrie (*Beifall bei der ÖVP*), und diese Feststellung, Herr Bundeskanzler, ist in dieser Form eine Verhöhnung der Sorge von 115 000 Arbeitnehmern, die sich natürlich Gedanken machen um ihre wirtschaftliche und soziale Zukunft.

Und dann richtet der Herr Bundeskanzler eine weitere Mahnung zur Sparsamkeit an die verstaatlichte Industrie.

Meine Damen und Herren! Der Regierungschef, der wie keiner zuvor in seiner Amtszeit die Zentralverwaltung aufgebläht hat – in sechs Jahren um mehr als 10 Prozent, wobei ich die Entwicklung bei der Polizei und bei der Lehrerschaft nicht mit einrechne –, dessen Verwaltungsreformkommission heute nur mehr eine mumifizierte Einrichtung ist, der heute nicht in der Lage ist, nicht zuletzt wegen der Aufblähung der Verwaltung, dem einzelnen öffentlichen Dienstnehmer die gleichen Einkommenszuwächse zuzugestehen, wie sie anderen Gruppen zugestanden werden, rät jetzt der verstaatlichten Industrie in dieser schwierigen Situation, sie soll doch sparen.

Herr Bundeskanzler, ich möchte dazu folgendes sagen: Sie haben ein Recht, nicht zuletzt auch als Verstaatlichungsminister, Sie haben vielleicht sogar die Pflicht, solche Ratschläge zu geben, sogar die Pflicht, zur Zurückhaltung zu mahnen. Nur, Herr Bundeskanzler, hat das nur dann einen Wert, wenn Sie einmal selbst rechtzeitig und im ureigensten Bereich mit dem guten Beispiel der Sparsamkeit vorausgehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In diesem Zeitpunkt und angesichts dieser provokanten Aussagen des Herrn Bundeskanzlers hat die Opposition im Parlament endlich die Behandlung von zwei ÖIAG-Berichten durchgesetzt, hat die Opposition sich für eine ausführliche Behandlung dieser Materie im Plenum eingesetzt und hat die Österreichische Volkspartei durch eine

Klubenquete, durch eine ausführliche Arbeitstagung, diese Beratungen auch vorbereitet. Meine Damen und Herren, wir werden heute auch diese Debatte für die verstaatlichte Industrie und als eine Debatte für die 115 000 Arbeitnehmer des ÖIAG-Bereiches führen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Volkspartei hat in der langen Zeit, aus der sie Mitverantwortung oder Alleinverantwortung für die verstaatlichte Industrie hatte, immer größten Wert darauf gelegt, daß sämtliche Unternehmungen, ob private oder verstaatlichte, von seiten der öffentlichen Hand gleich behandelt werden. Wir haben immer größten Wert darauf gelegt, daß sämtliche Unternehmungen vornehmlich aus eigenen Erträgen oder auch unter Zuhilfenahme des Kapitalmarktes ihre Investitionen finanzieren.

Herr Bundeskanzler! Wir haben aber auch in schwerer Zeit der verstaatlichten Industrie die Hilfe der öffentlichen Hand nie verweigert. Das möchte ich heute mit aller Deutlichkeit unterstreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben als zuständiger Ressortchef für die verstaatlichte Industrie eine Gesamtverantwortung für diesen Bereich der Wirtschaft; gerade auch für die finanzielle Stützung. Aus dieser Gesamtverantwortung werden wir Sie nicht entlassen. Man könnte viele Beispiele aufzählen, wo Sie dieser Gesamtverantwortung nicht gerecht wurden.

Wo sind, Herr Bundeskanzler, die 2 Milliarden Schilling, die Sie anlässlich der Fusion von VÖEST und Alpine diesem neuen Konzern versprochen haben? Nachher hieß es, das seien keine öffentlichen Mittel gewesen. Nachher mußte die ÖIAG durch Umverteilung von Gewinnen anderer verstaatlichter Betriebe, durch einen wachsenden Verschuldungsgrad ihr Wort einlösen.

Herr Bundeskanzler! Das ist nur ein Beispiel. Ich möchte Ihnen zu diesem Kapitel nur eines sagen: Die glatte Verweigerung jeder Hilfe in dieser schwierigen Zeit, die Erlaubnis zum Zusperrern ist ein billiges, hilfloses Konzept, das Ihrer Verantwortung als Regierungschef nicht gerecht wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich als zweiten Bereich zur ordnungspolitischen Frage. Für uns ist das Leitmodell für die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik die soziale Marktwirtschaft. Was bedeutet das für uns modelltheoretisch, und was bedeutet das für uns praktisch?

Modelltheoretisch verstehen wir darunter jenes Wirtschaftsordnungssystem, das eine Wettbewerbsordnung sichert, das die freie

10092

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Mock

Arbeitsplatzwahl, die freie Konsumwahl garantiert, das die dezentrale Investitionsentscheidung und Produktionsentscheidung garantiert und das eine immer breitere Eigentumsstreuung in der Hand des einzelnen Bürgers und auch den sozialen Ausgleich ermöglicht.

Um mit Müller-Armack, einem der Väter der sozialen Marktwirtschaft, zu sprechen, verstehe ich darunter, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden.

Was bedeutet soziale Marktwirtschaft praktisch? Es bedeutet jene wirtschafts- und finanzpolitischen Verhaltensweisen, Herr Bundeskanzler, die durch viele Jahrzehnte ein Maximum an persönlicher Freiheit und sozialem Fortschritt gesichert haben.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet für mich, die marktwirtschaftlichen Mechanismen in den Dienst des sozialen Fortschritts zu stellen.

Damit wird auch ein anderes Problem in einem hohen Ausmaß gelöst. Mit Recht wird diskutiert: Wie steht es um die Kontrolle der politischen Macht in der Demokratie, wie steht es um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht?

Gerade durch die Dezentralisierung, durch die Vielzahl der im Wettbewerb stehenden Unternehmen wird ja auch ein Ausgleich, eine Aufteilung wirtschaftlicher Macht gesichert und wird auch in einem hohen Ausmaß eine gegenseitige Kontrolle sichergestellt. In diesem ordnungspolitischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft hat sich unserer Auffassung nach auch die Entwicklung der verstaatlichten Industrie zu bewegen. Für uns ist die soziale Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, der dritte Weg zwischen dem liberalen Kapitalismus und allen Mischformen sozialistischer Wirtschaftsmodelle.

Es hat sich ja auch gezeigt, Herr Bundeskanzler, je mehr dieser ordnungspolitische Rahmen durch übersteigerten Zentralismus, durch einen belastenden Bürokratismus, durch betriebsfremde Interventionen verletzt wird, umso nachteiliger ist das auch für die verstaatlichte Industrie.

Meine Damen und Herren! Die dreißigjährige Geschichte der verstaatlichten Industrie hat folgendes gezeigt: Immer dann, wenn es einen verstärkten Einfluß der SPÖ gegeben hat, waren die Tendenzen stärker in Richtung Zentralismus, in Richtung zentraler Verwaltungswirtschaft, in Richtung unmittelbarer Eingriffe einzelner Regierungsmitglieder in die verstaatlichte Industrie, auch in betriebswirtschaftliche Problemstellungen.

Diese dreißigjährige Geschichte hat gleich-

zeitig gezeigt: Immer dann, wenn die Volkspartei die Verantwortung hatte – ich erinnere an die Schaffung der Industrie- und Bergbaugesellschaft, an die Schaffung der ÖIAG –, bedeutete dies immer mehr Selbstverwaltung der verstaatlichten Wirtschaft durch eine Dachgesellschaft, bedeutete immer mehr Eigenverantwortung der einzelnen Unternehmensleitungen, bedeutete immer mehr Eigenverantwortung des Managements und auch der Personalvertreter bei Investitions-, Produktions- und Verkaufsentscheidungen.

Die Menschen, Herr Bundeskanzler, in der verstaatlichten Industrie haben die gleiche Qualifikation, haben die gleiche Ausbildung wie in anderen Industriezweigen. Wenn die Probleme größer geworden sind, wenn die Situation, meine Damen und Herren, der verstaatlichten Industrie schwieriger geworden ist, so deswegen, weil neben der schwierigeren internationalen Situation die Probleme der verstaatlichten Industrie viel größer wurden auf Grund der finanziellen Belastungspolitik der sozialistischen Alleinregierung und auf Grund der Abwesenheit einer industriellen Strukturpolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben, Herr Bundeskanzler, durch diese Mängel die rahmenwirtschaftlichen Bedingungen der verstaatlichten Industrie substantiell verschlechtert. Wie steht es mit der Belastungspolitik, die die Gesamtwirtschaft getroffen hat? Ich habe gesagt, sie ist ein wichtiger Faktor für die wachsenden Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie.

Herr Bundeskanzler, Sie haben im Jahre 1970 eine verstaatlichte Industrie übernommen mit überwiegend positiven Bilanzen der einzelnen Unternehmen. Sie haben zweitens eine verstaatlichte Industrie übernommen mit bescheidenen, aber sehr nützlichen Kapitalreserven und Sie haben drittens eine verstaatlichte Industrie übernommen, Herr Bundeskanzler, mit einem sicheren Beschäftigungsstand, der sich zuerst positiv fortentwickelte und seit 1970 kontinuierlich abnimmt. Das war das, was wir Ihnen, was die Österreichische Volkspartei Ihnen übergeben hat.

Wo stehen wir heute, meine Damen und Herren, acht Jahre später? In weiten Bereichen der verstaatlichten Industrie – ich nenne hier vor allem den Stahlsektor, Nichteisenmetalle, Chemieindustrie – haben wir seit ein bis drei Jahren negative Jahresbilanzen, Jahresverluste... *(Abg. Dr. Fischer: Können Sie über die Grenzen Österreichs nicht hinausblicken? Das glauben Sie ja selber nicht!)*

Ich habe vorhin gesagt – Herr Abgeordneter Fischer, wenn Sie nicht zugehört haben –, daß

Dr. Mock

durch diese Belastungspolitik der sozialistischen Alleinregierung die schwierige Situation, die auch außenwirtschaftlich bedingt ist, noch schwieriger gemacht wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Klubobmann Fischer, wenn Sie das mir nicht glauben, dann glauben Sie es wenigstens den Managern der verstaatlichten Industrie. Ich komme darauf noch zu reden. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Schauen Sie sich doch die marktwirtschaftliche Stahlindustrie in Italien an oder sonstwo!)*

Ich weiß schon, Herr Klubobmann, das tut Ihnen weh, wenn ich Ihnen sage, was wir übergeben haben und wo Sie die Entwicklung hingeführt haben. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Sie waren ja immer gegen die Verstaatlichung! Drei Wahlkämpfe haben Sie gegen die Verstaatlichte geführt!)*

Wir haben Wahlkämpfe geführt gegen eine miese Verwaltung der verstaatlichten Industrie, aber nicht gegen die verstaatlichte Industrie. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir haben Wahlkämpfe geführt gegen das „Die Verstaatlichte gehört uns“ vom Minister Waldbrunner, so wie Sie sagen, die Arbeiterkammer gehört uns und der Staat gehört uns. Dagegen haben wir angekämpft. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Reprivatisieren wollten Sie! Jetzt nehmen Sie die Kurve, weil es sich bewährt hat!)*

Herr Bundeskanzler, allein in diesen drei Bereichen, die ich genannt habe, erwartet man sich bis zum Jahre 1980 kumulativ einen negativen Jahresabschluß von rund 3½ Milliarden Schilling.

Was die Reserven anbelangt, Herr Bundeskanzler, muß ich sagen, in vielen Betrieben gingen sie oder gehen sie 1978 zu Ende, wie zum Beispiel bei den Vereinigten Edelmühlwerken; ich komme darauf noch zu reden.

Die Verschuldung ist enorm gestiegen, und die Beschäftigungssituation, Herr Bundeskanzler, konnten Sie teilweise nur mehr mit Zwangsurlaub und Einkommensverlust halten.

Herr Bundeskanzler, ich kann nur jeder zukünftigen Regierung, die diese Erbschaft sanieren muß, raten, eine klare Übernahmebilanz zu machen, um festzustellen, wer für diese Entwicklung die Verantwortung trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ob man sich nun mit den Jahresergebnissen der Betriebe beschäftigt, mit dem Spielraum der Selbstfinanzierung, mit der Dividendenleistung, mit der Entwicklung des Eigenkapitals, mit der Entwicklung des Sozialkapitals oder mit der Investitionskraft dieser Betriebe, wenn ich die Jahre 1966 bis 1971 nehme und sie mit den Jahren 1971 bis

1977 vergleiche, komme ich immer wieder zu dem Ergebnis, daß sich alle diese Daten ab 1971 verschlechtert haben, nur die Beschäftigungssituation erst seit dem Jahre 1974, denn, Herr Bundeskanzler, man kann eine Zeitlang zuerst schlecht wirtschaften, Schulden machen, Reserven aufbrauchen, um die Beschäftigung zu halten. Aber dann kommt das auch letztlich, wenn man schlecht wirtschaftet, bei der Beschäftigungssituation zum Tragen.

Meine Damen und Herren, man könnte nun zu jedem dieser Einzeldaten - Finanzkraft, Dividendenleistung, Eigenkapital, Sozialkapital, Verschuldung - Graphiken aufzeichnen. Natürlich ist die Verschuldung immer dann größer, wenn man die ÖMV nicht dazurechnet. Wenn man die ÖMV dazurechnet, die bekanntlich auf Grund außerösterreichischer Entwicklungen eine besonders günstige Bilanz und Abschlüsse hat, wird das etwas gemindert. Ob man es nominell nimmt oder ob man es real nimmt, immer wird die Verschuldung größer. Wenn man die Entwicklung der Selbstfinanzierungskraft nimmt, ob nominell oder real, immer wird die Selbstfinanzierungskraft schwächer. So könnte man mit Tafeln jedes dieser einzelnen Daten und ihre Verschlechterung untermauern.

Ich habe vorhin gesagt, man könnte eine Reihe konkreter Beispiele erwähnen. Ich habe die Vereinigten Edelmühlwerke genannt, meine Damen und Herren: 1977 minus 373 Millionen Schilling. Bei der Bilanzpressekonferenz wurde bekanntgegeben, die Reserven sind aufgebraucht. Und, Herr Klubobmann Fischer, weil Sie nur auf das Ausland verwiesen haben, dort wurde zum Beispiel vom Sprecher des Vorstandes bekanntgegeben, unser Problem Nummer eins ist die Währungspolitik des Herrn Finanzministers. Wenn wir beim Kurs vom 1. 1. 1976 geblieben wären und nicht die überharte Währungspolitik betrieben hätten bei einem Unternehmen, das zu knapp 80 Prozent exportiert, wäre das Betriebsergebnis im Jahr 1977 um 517 Millionen Schilling besser gewesen. Das ist ein Bereich, wo sehr klar die Verantwortung der Bundesregierung zu sehen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hier möchte ich noch ein anderes ... *(Abg. Dr. Fischer: Das müssen Sie dem Prof. Koren sagen!)*

Herr Klubobmann Fischer! Koren hat sehr eindeutig kritisch Stellung genommen zu einer überharten Währungspolitik. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Dann soll er es sagen!)* Er hat es auch gesagt, Herr Bundeskanzler, Sie brauchen nur nachzulesen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Er macht die Währung!)* Beauftragen Sie den Bundespressdienst.

10094

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Mock

Bitte, ich habe vom Jahre 1977 geredet, und seitdem der Präsident Koren in der Nationalbank ist, haben wir uns auch vorsichtig und vernünftig – nicht zuletzt wahrscheinlich durch seinen Einfluß, vielleicht hat der Herr Finanzminister ausnahmsweise etwas gelernt – vom harten D-Mark-Kurs etwas abgehängt. Das ist auch eine positive Bilanz des Präsidenten Koren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein anderes Beispiel. Ich habe vom Sozialkapital gesprochen. Als es nicht mehr ging, griff man auch auf die Rücklagen im Interesse der Beschäftigten, auf freiwillige Rücklagen für Pensionisten und andere Sozialleistungen.

Und wie man hier vorgeht, zeigt sehr klar ein Beispiel. Es werden Erklärungen im Nationalrat, ganz gleich wie die Situation ist, Gegenerklärungen entgegengesetzt, um hier links und rechts und vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, da sagt der eine das und der andere sagt jenes.

Wenn man dann schriftliche Anfragen nachbringt, wo man es mit der Wahrheit doch etwas genauer nehmen muß, wird dann der eigene Standpunkt bestätigt, aber das geht ja ohnehin in der Fülle des Papiers unter. So genau nimmt man es mit der Wahrheit und mit den Interessen der Arbeitnehmer und des Managements der verstaatlichten Industrie.

Ein praktisches Beispiel, meine Damen und Herren. Sie erinnern sich, im Zusammenhang mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz war ein massiver Zugriff des Finanzministers auf das Sozialkapital vorgesehen. Daraufhin mußten eine Reihe von Unternehmen erklären, unter diesen Umständen können wir die Verpflichtungen nicht mehr halten. Ja da konnte man die Stimme des sozialistischen Gewerkschaftsbundpräsidenten vernehmen: Na, da werden wir schon sehen, da wird es halt einen Streik geben.

Daraufhin haben wir hier im Nationalrat gefragt: Ja wo war denn der Herr sozialistische Gewerkschaftsbundpräsident, als bei den Aluminiumwerken Ranshofen – mit einem sozialistischen Zentralbetriebsrat – die rechtliche Verpflichtung, Sozialkapital zu bilden, Pensionsrücklagen zur Verfügung zu stellen, aufgehoben, beseitigt wurde?

Ich habe hier am 5. Oktober 1977 gesagt: Wo bleibt der sozialistische Herr Gewerkschaftsbundpräsident, als der Rechtsanspruch von 5 200 Arbeitnehmern der Aluminiumwerke Ranshofen auf betriebliche Sozialleistungen rückgängig gemacht wurde? Da hat man nichts von Streik gehört, da hat man nichts von einer Aktion gehört gegen die Werksleitung, gegen die ÖIAG, gegen den zuständigen Bundeskanzler. Beim Streiken muß man sich überlegen, ob

es auch politisch opportun ist oder nicht, und nicht primär im Interesse der Arbeitnehmer.

Und dann meldete sich, meine Damen und Herren, der Abgeordnete Hellwagner, seines Zeichens Zentralbetriebsratsobmann, zu einer tatsächlichen Berichtigung, um eine „falsche“ Information berichtigen zu können, und erklärte: Diese Behauptung ist unwahr, sie ist unrichtig, sie geht an die Grenze der Verleumdung. Der Rechtsanspruch war nicht gegeben, erklärt er.

Natürlich fügte sich danach der Herr Abgeordnete Wille an und sagte: Das ist alles eine Streitfrage, das kann nur so gedeutet werden, wie es Hellwagner darstellt. Das war die Debatte.

Daraufhin bringen wir zwei schriftliche Anfragen an den Bundeskanzler und an den Herrn Finanzminister ein. Und da mußten beide Herren feststellen: Die betrieblichen Zusatzpensionen beruhen auf Richtlinien, die den Arbeitnehmern der Vereinigten Metallwerke Ranshofen Berndorf AG nach abgabenrechtlicher Beurteilung bis zu dieser Änderung einen Rechtsanspruch auf solche Zusatzpensionen gewähren.

Auch der Herr Bundeskanzler hat das mitgeteilt.

So wird die Geschäftsordnung bewußt benützt, um eine faktisch wahre Darstellung in den Augen der Öffentlichkeit zu verdrehen. So ernst nehmen Sie es mit den Interessen der Arbeitnehmer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir werden als kontrollierende Opposition dafür sorgen, daß die Dinge draußen bekannt werden, daß all das bekannt wird, was ich hier aufgezählt habe: die Verlustwirtschaft, die Schwächung des Eigenkapitals, die Verschuldung, die für mich einfach die roten Markierungen einer achtjährigen Wirtschafts- und Finanzpolitik sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich zum nächsten Teil übergehen. Ich habe gesagt, wir führen diese Debatte mit der Absicht einer kritischen Analyse, aber für die verstaatlichte Industrie und für die Arbeitnehmer dieses Bereiches. Wir treten dafür ein, daß die ÖIAG streng als Finanzholding geführt wird, die sich primär um die Beschaffung zusätzlicher Finanzmittel bemüht.

Der Bundesparteibeamte der ÖVP Dr. Taus hat bei unserer Klubenumfrage erklärt, ein zusätzlicher Kreditrahmen von 1,5 Milliarden Schilling ist möglich und eine jährliche Hilfe von 100 Millionen Schilling durch fünf Jahre seitens der öffentlichen Hand ist notwendig und gleichfalls möglich.

Dr. Mock

Wir treten ein für eine möglichst autonome Führung der einzelnen Mitgliedsbetriebe der ÖIAG, aber auch der einzelnen Töchterbetriebe innerhalb der ÖIAG-Konzerne. Die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen sollen im Betrieb vom Management und im Zusammenwirken, wenn Sie wollen, im partnerschaftlichen Zusammenwirken zwischen Management und den Personalvertretern, den Belegschaftsvertretern, gefällt werden.

Wir treten ein, Herr Bundeskanzler, für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der verstaatlichten Unternehmen, so wie wir das immer auch für den Bereich der Privatwirtschaft vertreten haben. Denn Betriebe mit starker Eigenkapitalbasis sind investitionskräftiger, sind wettbewerbskräftiger, sie liegen auch kostengünstiger, weil sie natürlich weniger mit Kreditkosten und ähnlichen Dingen belastet sind.

Wir glauben, Herr Bundeskanzler, daß die Stärkung der Eigenkapitalbasis vor allem auch über die vermehrte Bildung von Sozialkapital erfolgen soll, weil hier einerseits die innere Kapitalkraft der Betriebe gestärkt wird und andererseits die Belegschaft auch an der Vermögensvermehrung teilnimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind, Herr Bundeskanzler, für eine Sicherung der politischen Gesinnungsfreiheit am Arbeitsplatz und für eine Personalpolitik, die sich weniger am Parteibuch orientiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir sind, Herr Bundeskanzler, für eine Verschärfung und Verbreiterung der Ausschreibungsbedingungen für das Management und für führende Positionen.

Das sind einige Punkte. *(Abg. Zingler: Terror!)*

„Terror“, Herr Abgeordneter Zingler. Erinnern Sie sich noch? *(Abg. Zingler: Weise ich Ihnen teilweise nach!)* Bringen Sie mir's! Da haben Sie – notariell beglaubigt – über 30 Fälle. Der Herr Bundeskanzler hat seinerzeit in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung ... *(Abg. Zingler: 200!)*

Meine Damen und Herren! Der Zwischenruf verlangt eben ... *(Abg. Zingler: 300 bringe ich sofort!)*

Meine Damen und Herren: Erinnern Sie sich noch, daß der Herr Bundeskanzler am 25. April 1966, Herr Abgeordneter Zingler, erklärt hat: Wir werden jeden einzelnen, der politisch verfolgt wird, der aus politischen Gründen seinen Posten verliert, im Parlament nennen, und wenn wir Stunden um Stunden nur Listen verlesen.

Wann hat der Herr Bundeskanzler eine einzige Liste, eine einzige Stunde in vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung hier verlesen? Kein einziges Mal! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen jetzt als steirischer Abgeordneter etwas erzählen. Wie war es mit dem Betriebsterror bei den Graz Köflacher Bergwerksbetrieben, der dann repariert wurde? Ich anerkenne das, man hat die Kollegen, die gefeuert wurden, weil sie für die Fraktion christlicher Gewerkschafter kandidiert haben, wieder eingestellt. Man sollte vorsichtiger sein mit Zwischenrufen, Herr Abgeordneter Zingler. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zingler: Ich nicht, ich habe die Beweise! – Rufe bei der ÖVP: Her damit!)*

Meine Damen und Herren, ich gehe doch noch ganz kurz darauf ein, das sind die abgeleiteten Propagandawalzen. Die ÖVP ist gegen die verstaatlichte Industrie und ähnliches mehr.

Eine Betriebszeitung der sozialistischen Fraktion in der VÖEST-Alpine ist eine Fundgrube für diese seit 30 Jahren abgenutzten Aussagen. Sie wirken Gott sei Dank, ich muß das anerkennen, heute oft nicht mehr bei sozialistischen Vertrauensleuten, wenn man mit ihnen unter vier Augen spricht. Da heißt es: ÖVP immer gegen verstaatlichte Industrie, ÖAAB ist in Wirklichkeit nichts anderes als der Kitt zwischen Wirtschafts- und Bauernbund, ÖAAB Anhängsel an den ÖVP-Wirtschaftsbund, Unternehmer und ähnliches mehr.

Ich war vorigen Dienstag bei einer Betriebsgruppenversammlung der VÖEST-Alpine, wo man mir das gegeben hat. Die Redakteure der sozialistischen Betriebszeitung lesen anscheinend sehr schlecht die Richtlinien der eigenen Parteizeitung, der „AZ“, wo es am gleichen Tag geheißen hat: „Vor dem Hintergrund“ – die Klubquete in der verstaatlichten Industrie ist nämlich durchgeführt worden – „des wachsenden Einflusses des ÖAAB und der schwindenden Macht der Wirtschaftsbündler finden solche Aussagen ihre politische Erklärung.“

Einmal so, einmal so – beides ein Unsinn. Sie werden uns in unserer Solidarität in keiner Weise erschüttern, weil wir für die gleichen grundsatzpolitischen und gesellschaftspolitischen Ziele eintreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch hier auch noch ein Wort sagen, weil wir Betriebsratswahlergebnisse hatten. Die Betriebsratswahlergebnisse im Gesamtbereich der VÖEST-Alpine sind meiner Auffassung nach sowohl für die Fraktion christlicher Gewerkschafter wie auch für den Arbeiter- und

10096

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Mock

Angestelltenbund der Volkspartei ein glatter und deutlicher Vertrauensbeweis.

Sie sind weiter eine klare Widerlegung dieser abgenützten und abgedroschenen SPÖ-Propagandaphrasen. Sie sind aber darüber hinaus – auch das möchte ich mit allem Nachdruck sagen – eine Verpflichtung für uns, auch für diese Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie konkret und glaubwürdig einzutreten. *(Beifall bei der ÖVP)* und klar eines Tages unter Beweis zu stellen: Weil wir besser wirtschaften, sind wir auch in der Lage, Arbeitsplätze und den sozialen Fortschritt besser zu sichern. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Diese Betriebsratswahlsergebnisse sind für mich auch ein weiterer Schritt auf dem Weg der Österreichischen Volkspartei, noch stärker als bisher die natürliche politische Heimat der österreichischen Arbeitnehmer zu werden. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben uns erlaubt, einen Entschließungsantrag einzubringen, der auch in seiner Einleitung wesentliche Feststellungen ... *(Abg. Dr. Reinhart: Faschingsscherz!)* Ja, Herr Reinhart, so wie der Wiener Fasching. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Reinhart, jetzt sage ich Ihnen etwas ganz offen: Andere bei Ihnen denken anders. Das sind die gefährlicheren politischen Gegner für uns, die realistisch zur Kenntnis nehmen, daß man Niederlagen in der Demokratie sehr wohl zu beachten und nicht mit dem überheblichen Ton zu reagieren hat, wie Sie das machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! So kann ich mir natürlich auch vorstellen, und dem möchte ich gleich vorbeugen – Herr Bundeskanzler, Sie finden ja den Schuldigen immer sehr rasch –, daß es eines Tages auch heißt, man wird das Management zur Ordnung rufen und ähnliches mehr, so wie Sie das in Wien getan haben, wo man im nachhinein auf einmal all das bei Ihrer Pressekonferenz hören konnte, was vorher Kollege Dr. Busek und die Wiener Österreichische Volkspartei als kritische Analyse vertreten haben.

Da konnte man auf einmal lesen, auch in sozialistischen Zeitungen wie der „Neuen Zeit“, Schlampereien, Unüberlegtheit bei Personalfragen, Summierung von Oberflächlichkeit, Gewohnheit und zu großer Sicherheit, Herr Abgeordneter Reinhart.

Bitte, das schreiben die Sozialisten, das sind für uns die Gefährlicheren, weil sie Realisten, aber auch stärkere Demokraten sind: sie

nehmen Wahlergebnisse zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Präsident! Wir stellen daher den folgenden Entschließungsantrag:

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die Wirtschaftspolitik wieder an den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft zu orientieren;

2. für die Herstellung eines positiven Wirtschaftsklimas in Österreich zu sorgen;

3. auf Basis dieses Klimas Maßnahmen zur Einleitung einer dritten Industrialisierungswelle zu setzen, um die erforderlichen Arbeitsplätze in Gegenwart und Zukunft zu sichern;

4. umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalstruktur der ÖIAG und ihrer Unternehmungen unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse zu ergreifen;

5. neue Finanzierungsquellen für die ÖIAG-Gruppe zu eröffnen und den Haftungsrahmen der ÖIAG zu erhöhen;

6. weitere Belastungen für die Wirtschaft – also auch für die verstaatlichte Industrie – hintanzuhalten, um die Exportsituation der Unternehmungen nicht weiter zu schwächen;

7. Umstrukturierungsbestrebungen durch Förderungsmaßnahmen für die betriebliche Forschung und Entwicklung zu erleichtern;

8. die Sicherheit der politischen Gesinnungsfreiheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten und das Arbeitsklima in der verstaatlichten Industrie durch einen Ausbau der individuellen Mitarbeiterrechte – insbesondere die Direktwahl der Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsrat – zu verbessern;

9. die Eigenverantwortung der zuständigen Organe der einzelnen Unternehmen in allen Fragen der Betriebsführung zu stärken, die Koordination und Zusammenarbeit im gesamten Bereich der verstaatlichten Industrie und innerhalb einzelner Konzernunternehmungen durch die Gesellschaftsorgane sicherzustellen sowie obrigkeitsstaatliche Eingriffe in Managemententscheidungen auszuschalten;

10. mehr Effizienz bei der Führungskräfteauswahl durch Verbesserung der Ausschreibungsbestimmungen herbeizuführen;

11. Voraussetzungen zu schaffen, daß den Grundsätzen der Subsidiarität, Dezentralisation und Betriebsnähe wieder stärker als seit der Fusion Rechnung getragen werden kann.

Dieser Entschließungsantrag bringt wesentliche politische Intentionen der Österreichischen

Dr. Mock

Volkspartei zum Ausdruck und widerspiegelt auch das, was ich einleitend gesagt habe. Wir wollten die Klubenuete, wir wollen aber auch diese parlamentarische Debatte für die verstaatlichte Industrie und für die Arbeitnehmer führen.

Herr Bundeskanzler! 114 000 Arbeitnehmer, die mehr als 20 Prozent der Industrieproduktion sicherstellen, verdienen mehr Hilfe als die Feststellung: Finanzielle Unterstützung gibt es keine, hoffnungslos defizitäre Betriebe dürfen zusperren. Wir haben Sie mit kritischen Analysen, aber auch mit positiven Vorschlägen an Ihre Verantwortung als Regierungschef erinnert und werden Sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Hohes Haus! Während vieler Jahre sind der verstaatlichten Industrie Vorwürfe gemacht worden, daß sie nur durch den Einsatz von Steuermitteln am Leben erhalten werden kann. Es hat diese Vorwürfe in der Zeit der großen Koalition vom großen Koalitionspartner immer wieder gegeben. Es war die einzigartige historische Leistung des Ing. Waldbrunner, daß er gegen den Widerstand der ÖVP - und das habe ich miterlebt in der Koalition - die verstaatlichte Industrie aufgebaut hat, groß gemacht und stark gemacht hat, ohne die wir kein moderner Industriestaat geworden wären. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich war dabei, meine Damen und Herren, als in Verhandlungen über ein neues Koalitionsabkommen uns von seiten der Herren der ÖVP gesagt wurde, man werde sich auch mit dem Gedanken abfinden müssen, zur Aufstockung des Kapitals in der verstaatlichten Industrie auch Besitzer aus dem Ausland hereinzuholen.

Ich will nicht sagen, daß die Österreichische Volkspartei nicht mitgestimmt hätte damals, als die Verstaatlichungsgesetze gemacht wurden, aber in den Jahrzehnten nachher ist von Ihnen vieles geschehen, um das wieder rückgängig zu machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich auch die Tendenz in den Ausführungen des Herrn Klubobmanns Dr. Mock nicht überhört habe, daß auch in Zukunft über die verstaatlichte Industrie in nüchterner und sachlicher Weise zwischen uns Gespräche geführt werden sollen - ich wiederhole: ich habe sie nicht überhört -, so möchte ich dennoch sagen,

daß er sich jedenfalls auf falsche Quellen stützt, wenn er hier Behauptungen über meine Rede widergibt, die ich nicht gemacht habe.

Herr Abgeordneter Mock! Hier liegt vor mir das vollständige Transkript der Rede, die ich gehalten habe. Sie ist zwar in einem begrenzten Kreis gehalten worden, aber ich fürchte mich nicht, Ihnen diese ganze Rede im vollen Wortlaut zur Verfügung zu stellen. Hätte ich genügend Zeit, so würde ich sie hier vorlesen, weil ich zu jedem Satz, den ich hier gesprochen habe, stehe. Darf ich einige der relevanten Stellen hier nur wiederholen:

„Ich kann mir vorstellen, daß in der Diskussion der eine oder andere aufsteht und sagt: Warum zahlt die österreichische Regierung nicht so wie andere, sogar konservative Regierungen in die verstaatlichte Industrie, warum geben die nicht aus dem Budget sehr viel mehr her“ - also aus den Steuermitteln - „für die verstaatlichte Industrie. Dazu ist vieles zu sagen. Ich möchte hier einiges anführen. Zuerst einmal muß man sich klar darüber sein, daß einer Regierung alle Arbeiter und alle Angestellten prinzipiell gleich viel wert sein müssen.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

„Ich halte es für unvertretbar“ - damit habe ich mich nicht populär gemacht bei meinen Zuhörern -, „das sage ich in aller Offenheit, daß etwa eine bestimmte Arbeiter- oder Angestelltengruppe deshalb, weil sie in Unternehmungen arbeiten, die dem Staat gehören, von vornherein privilegiert sein sollten, mehr als sie es durch den Umstand sind, daß sie in Unternehmen arbeiten, in denen sie sehr viel mehr mitzureden haben, wie Sie alle wissen.“

Und dann habe ich dargelegt, warum eine Regierung allen Betrieben gleichermaßen die hilfreiche Hand bietet; ich sagte wörtlich:

„Jeder Arbeitsplatz, der in Österreich erhalten werden kann, muß erhalten werden. Und hier kann man nicht bestehen, wenn man hier Unterschiede nach der Eigentumsstruktur des Unternehmens macht.“

Ich habe niemals gesagt, Herr Abgeordneter - Sie können das nachlesen -, daß man Betriebe zusperren muß, sondern ich habe gesagt: Wir haben in den schweren Krisenjahren der Vergangenheit, in Jahren, in denen die Eisen- und Stahlwirtschaft Europas sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit befindet, mit gigantischen Verlusten arbeitet - da hat der Abgeordnete Fischer schon recht -, uns sehen lassen können, so negativ sie an sich sind: Frankreich zum Beispiel, wo man zu einer Quasi-Verstaatlichung der Stahlindustrie kommen muß, wo das sogar eine konservative, eine rechtskonservative Regierung tun muß.

10098

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Ich habe weiters gesagt, daß man in einer solchen Situation sehr wohl die Reserven eines Unternehmens zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Anspruch nehmen muß. Denn diese Reserven sind ja in guten Zeiten auch mit Hilfe der Arbeiter und Angestellten geschaffen worden. Sollen sie nur herangezogen werden für die Sicherung und Erhaltung ihrer Arbeitsplätze! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

„Aber“, so meinte ich, „die Vertreter der Arbeiter und Angestellten müßten wissen, daß das dort eine Grenze hat, wo die Reserven dann nicht mehr vorhanden sein werden.“ Und ich habe dann angeführt, was alles seitens des Staates für die verstaatlichte Industrie geschieht, denn jede Milliarde, Herr Dr. Mock, die die ÖIAG der verstaatlichten Industrie zur Verfügung stellt, kann sie nur zur Verfügung stellen, wenn hierfür der Staat die Haftung übernimmt. Das ist genauso wie eine Verpflichtung des Staates. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie gesagt, die Rede steht zur Verfügung, und vom schonungslosen Zusperrn defizitärer Betriebe ist nirgends auch nur mit einer Silbe die Rede, hier steht sie zur Verfügung und das Tonband dazu.

Sie müssen sich auch einigen auf irgendeine Sprachregelung, meine Herren. Die Herren der Wirtschaft können uns nicht vorwerfen, wir hätten die Vollbeschäftigung nur erhalten, weil wir Leute mit Gewalt in den Betrieben, vor allem in den verstaatlichten Betrieben gehalten haben und andererseits die Herren vom ÖAAB uns vorwerfen, wir hätten sie nicht gehalten, was ja gar nicht der Wahrheit entspricht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Mock, nur in Parenthese: Sie sagen, je länger es in Österreich eine sozialistische Regierung gibt – so ungefähr –, desto mehr Zentralismus gibt es. Darf ich Ihnen eines sagen: Als es wieder einmal große Budgetprobleme gegeben hat – das ist ja keine Neuheit – und damals der Finanzminister Klaus in seiner großen ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, Finanzminister Klaus, den hat es auch gegeben, in seiner großen Not ... *(Abg. Dr. Taus: Das war eine gute Zeit!)*

Hören Sie mir nur zu, nicht unvorsichtig sein, Herr Dr. Taus! Ich kenne das alles, hören Sie mir bitte noch ein bisserl, eine halbe Minute zu: Als dem Herrn Dr. Klaus keine andere Lösung und keine andere Möglichkeit mehr einfiel, hat er sich um ein Notopfer an die Länder gewendet, und dieses wurde ihm auch gewährt. Wir haben uns bis heute nicht um ein Notopfer bemüht, sondern wir haben die Zuschüsse an die Länder, wie Sie das vom Spitalsfonds her kennen, wesentlich erhöht. *(Beifall bei der SPÖ. –*

Zwischenrufe des Abg. Dr. Mock.) Sie werden mich doch ausreden lassen müssen. Da haben nun die Länder ... *(Abg. Kern: Die Sorgen des Klaus möchte der Androsch haben!)*

Damals hat sich Dr. Klaus und die ganze Regierung verpflichten müssen, den Bundesländern neue Kompetenzen zu geben. Es sind viele Jahre vergangen. Erst diese Regierung hat durch eine große Verfassungsnovelle den Ländern einen Teil der Kompetenzen gegeben, die seinerzeit die Regierung unter dem Finanzminister Dr. Klaus den Bundesländern versprochen hat. Es gibt heute sehr viel mehr kooperativen Bundesstaat, als es damals gegeben hat, als Sie die Hauptverantwortung getragen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da ich annehme, daß auch noch andere Herren reden werden, will ich zu einzelnen Problemen, die hier zu konkreten Fragen der verstaatlichten Industrie aufgeworfen wurden, erst dann später Stellung nehmen. Ich nehme an, daß es zu einer Fortsetzung der vielen Diskussionen kommen wird, die ich mit dem Herrn Dr. Taus in der Vergangenheit zu führen hatte, und werde mir vorbehalten, darauf zu antworten. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich behalte mir vor, dann noch darauf zu antworten.

Was aber die Währungspolitik betrifft, so kennen Sie meinen Standpunkt, denn ich habe es geäußert. Ich bin ein entschlossener und entschiedener Anhänger, sagte ich vor zwei Jahren – die Reaktion war sehr heftig, meine Herren; Sie haben gesagt: Darüber redet man nicht! –, ich bin ein entschiedener Anhänger einer harten Währung, weil ich weiß, was das für die Stabilitätspolitik bedeutet. Aber das bedeutet nicht, daß wir in allem und jedem den Höhenflug der Mark mitmachen müssen. *(Abg. Dr. Mussil: Vor allem nicht im Blindflug, Herr Bundeskanzler! – Heiterkeit.)*

Und siehe da, was sagt der Präsident der Nationalbank Dr. Koren laut „Presse“, einem Organ, das ihm gewiß nahesteht, wie Sie wissen:

„Die Fortsetzung der Hartwährungspolitik unter Orientierung am DM-Kurs, aber ohne sklavische Bindung an die deutsche Währung bezeichnete ...“ *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* – Moment, Sie haben mich ja angegriffen, weil ich das damals gesagt habe! – „... bezeichnete Notenbankpräsident Koren Sonntag in einer ORF-Diskussion als Leitlinie der Zentralbank.“

Das ist dazu, weil Sie mich seinerzeit wegen genau der gleichen Formulierung so heftig bekämpft haben. Bitte, nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn der Herr Notenbankpräsident, der ja

Bundeskanzler Dr. Kreisky

an der Spitze jenes Institutes steht, dem nach dem Gesetz in erster Linie die Währung anvertraut ist, diesbezüglich ernste Bedenken anmelden und ernste Wünsche namens der Nationalbank vertreten wird, so werden sie sicherlich nicht in den Wind geschlagen werden. Das ginge gar nicht, weil das zu einem echten Konflikt führen würde. Nehmen Sie das, bitte, in der Form, in der ich das gesagt habe, zur Kenntnis. Sollte die oberste Währungsinstanz in Österreich hier echt begründete Wünsche vertreten, so werden sie nicht ignoriert werden können. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Und so möchte ich nur noch ein Wort sagen – alle anderen Fragen sollen nicht mißachtet werden, sie sind als Argumente von Bedeutung, sie werden aber noch einmal verwendet werden, und ich möchte die Diskussion nicht präjudizieren –, ich möchte nur eines noch sagen:

Sie sprachen von der sozialen Marktwirtschaft. Sie haben damit Ihrer Rede einen prinzipiellen Aspekt verliehen, den ich auch nicht bagatellisieren möchte.

Aber der große Unterschied zwischen uns im Haus ist doch der, daß wir erstens einmal der Meinung sind, daß zwar – und das drücken wir in unserem Programm ja auch aus – der Markt ein wichtiger Regulator in der Wirtschaft ist, aber die Wirtschaft als Ganzes sich am Marktgeschehen nicht orientiert. Wichtige und allerwichtigste Waren haben keinen oder kennen diesen Markt nicht, sondern orientieren sich in ihren Preisen an Außermarktfaktoren, etwa Energierohstoffen und ähnlichem. Sie wissen ganz genau, daß man heute auch daran arbeitet, für viele Rohstoffe, die aus den Entwicklungsländern kommen, einen anderen Mechanismus zu erarbeiten als den reinen Marktmechanismus.

Es gibt also den Markt, es muß ihn geben, es soll ihn geben, vor allem deshalb, weil man die Freiheit des Konsumenten so am besten schützt, aber wir sind uns klar darüber, daß es den Markt in vielen Bereichen, in wichtigen Bereichen nicht gibt und daß wir beim besten Willen nicht in der Lage sind, der Marktwirtschaft, so begrenzt sie ist, das Attribut „sozial“ geben zu können. *(Abg. Dr. Mussil: ... wiederherstellen!)* Und zwar sage ich Ihnen auch, warum: weil es diese soziale Marktwirtschaft ja in Wirklichkeit heute in den modernen Industriestaaten gibt, und das Resultat sind 20 Millionen Arbeitslose. Und deshalb lehnen wir diese Wirtschaft als Sozialordnung ab. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich bin gerne bereit, Ihnen nachher dann noch auf alle konkreten Fragen im Zusammenhang mit der Verstaatlichten ausführlich zu antwor-

ten. Ich fürchte, es wird Ihnen zu ausführlich sein. Da Sie aber diese ausführliche Diskussion wünschen, soll sie stattfinden, und ich sage noch einmal: Ich wäre froh und glücklich, wenn wir diese Probleme in dem gleichen Geist weiterführen könnten, wie das in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt durch die Grundhaltung, die Sie in diesen Fragen eingenommen haben, der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf auf die letzten Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers ganz kurz eingehen und eine Feststellung treffen.

Wenn sich der Herr Bundeskanzler gegen die soziale Marktwirtschaft ausgesprochen hat, dann darf ich, Herr Bundeskanzler, aber auch ausdrücklich festhalten, daß wir uns auch gegen eine Formulierung vehement wehren, nämlich die Formulierung, die der Herr Minister Staribacher anlässlich der Eröffnung der Rieder Messe gebraucht hat, indem er gesagt hat: In Österreich gibt es eine sozialistische Marktwirtschaft. – Und die lehnen wir genauso ab, Herr Bundeskanzler! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben sehr pathetisch begonnen, Herr Bundeskanzler, und haben gesagt, daß allgemein Kritik vorherrscht, daß nur der Einsatz von Steuermitteln die verstaatlichte Industrie am Leben hält. Und dann haben Sie jede Antwort darauf offengelassen. Bedeutet das, daß Sie nicht bereit sind, aus öffentlichen Mitteln der staatlichen Industrie zu helfen?

Aber wenn ich schon beim Kritisieren bin, dann noch einige Kritik, die Ihre Person und auch Ihre Aussagen betrifft, Herr Bundeskanzler.

Im Ausschuß selbst wurde mit Recht der Vorwurf erhoben, daß einer der Berichte, über die heute diskutiert werden soll, der Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat über die Lage der verstaatlichten Industrie zum Stichtag 31. 12. 1976, erst nach einundviertel Jahren hier zur Diskussion stehen soll. Sie haben im Ausschuß so quasi gesagt, Herr Bundeskanzler, das sei nicht Ihr Kaffee, das ist die Frage des Parlaments, dafür seien Sie nicht verantwortlich.

Ich habe eher den Verdacht, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich um die Diskussion über eine sehr heikle Materie herumgedrückt haben, vielleicht auch in der Hoffnung, daß sich vielleicht die Lage der verstaatlichten Industrie vom Vorjahr auf heuer bessern wird, vielleicht

10100

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Vw. Josseck

auch deswegen, weil damals gerade auch die Ablöse Ihres Staatssekretärs in diesen Berichtszeitraum hineingefallen wäre, sicherlich ein Moment, das Sie in Ihre Überlegungen miteingebaut haben, denn Sie können mir nicht erzählen, daß es, wenn Sie mit dem Parlament über den Bericht über die verstaatlichte Industrie diskutieren wollen, nicht jederzeit möglich gewesen wäre, einen Termin zu bekommen.

Und ein weiterer Vorwurf, den ich in dem Zusammenhang, daß hier ein Jahr oder zwei Jahre zur verstaatlichten Industrie nicht diskutiert wurde, anbringen will, Herr Bundeskanzler:

Wirtschaftsfragen, Herr Bundeskanzler, lassen sich halt nicht so wie vielleicht tagespolitische Aussagen aus dem Handgelenk schütteln. Und Wirtschaftsfragen, Herr Bundeskanzler, lassen sich auch nicht so wie die Außenpolitik rein nach dem Gefühl richten. Bei der Außenpolitik kann ich mich, wenn ich nach Gefühl entscheide, nachher noch entschuldigen, etwas, was Sie aber in der Wirtschaftspolitik nicht können. Daher ist es höchste Zeit, daß über die verstaatlichte Industrie in diesem Forum diskutiert wird.

Ich teile aber auch nicht, Herr Bundeskanzler, Ihre Aussage im Ausschuß, wo Sie gesagt haben, Sie seien ja nicht Eigentümer, warum alle Vorwürfe hinsichtlich der Verstaatlichten an Sie herangetragen werden, Sie seien ja nur Eigentumsvertreter und Sie seien auch nicht zureichend informiert – so habe ich wörtlich mitgeschrieben –, und die Fragen wären besser an den Chef der ÖIAG zu richten gewesen.

Herr Bundeskanzler! So geht es ja wirklich nicht. Sie sind für uns der zuständige Ressortchef und dadurch auch der allein Verantwortliche und daher müssen Sie gestatten, daß wir die Fragen, wenn sie auch nicht immer bequem sind, an Sie richten.

Wir Freiheitlichen sind von großer Sorge getragen um die 115 000 Mitarbeiter in der verstaatlichten Industrie, denn mit den Angehörigen ergibt sich hier eine Bevölkerungsgruppe von weit über 300 000 Personen, und die verdienen es, daß man sich für sie einsetzt.

Hier möchte ich auch ausdrücklich betonen, daß wir Freiheitlichen uns die ganzen Jahre hindurch zur verstaatlichten Industrie bekannt haben. Daher soll sie auch unsere Unterstützung erfahren.

Mein Vorredner, der Herr Dr. Mock, hat sehr richtig ausgeführt, daß selbstverständlich die verstaatlichte Industrie, zu der wir uns alle hier im Haus bekennen, die Hilfe der Allgemeinheit

in einer Situation wie der jetzigen dringend notwendig hat.

Was ich in dem von Ihnen erstellten Bericht zu kritisieren habe, Herr Bundeskanzler, ist so etwas wie – ich will nicht sagen Oberflächlichkeit – gewollte Irreführung. Denn wenn alles, die Statistiken und die Graphiken immer wieder auf der Frage des Umsatzes in der verstaatlichten Industrie aufgebaut sind und jeder Vergleich immer wieder auf den Umsatz bezogen ist, so ist das echt irreführend.

Es ist auch irreführend, wenn hier in dieser Graphik sehr schön dargestellt ist, wie der Auftragsstand in den letzten drei oder vier Jahren gestiegen ist.

Herr Bundeskanzler! Das Entscheidende ist die Frage der Ertragslage. Ich sehe ein, daß Sie sich unter Umständen persönlich sehr in der Frage der Erhaltung der Arbeitskräfte engagieren und daß Sie auch so weit gegangen sind, seinerzeit in der VÖEST beim Generaldirektor Koller anzurufen und zu sagen: Daß d'ma ja kan entlaßt!

Aber hier hat sich dann etwas aufgetan, woran eben heute die VÖEST zu nagen hat, nämlich, daß in dieser schwierigen Zeit des Vorjahres, des vorjährigen Winters die Arbeitskräfte mit herübergeschleppt wurden. Aber gerade deswegen verdient es die VÖEST, daß sie jetzt auch von Ihrer Seite die volle Unterstützung bekommt. Denn Arbeiten hereinzunehmen, Aufträge um jeden Preis anzunehmen, wie es leider Gottes vielleicht zu stark praktiziert wird, das hat ja keinen Sinn und ist ja auch nicht zielführend. Denn immer wieder wird die Frage auftauchen: Und was bringen uns die Aufträge?

Es ist auch irreführend zu sagen: Es ist immer wieder nur um die Erhaltung der Arbeitsplätze gegangen. Denn letzten Endes wird uns das ja irgendwohin zurückfallen müssen. Hier wird aus öffentlichen Mitteln die verstaatlichte Industrie das zu bekommen haben, was sie braucht, und sei es auch – wie man schon gehört hat, wie man es nennt – eine sehr teure Arbeitslosenunterstützung.

Aber ein Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie bedingt auch ein Ja zu dieser Frage.

Sie haben vorhin, Herr Bundeskanzler, gesagt, Sie hätten sich – ich weiß nicht, wie das in die „Presse“ kommt – nicht so geäußert und gesagt, die österreichische verstaatlichte Industrie werde keine Finanzhilfen des Bundes bekommen. Darüber hinaus sagten Sie, die Vollbeschäftigungspolitik dürfe nicht jene Grenze überschreiten, wo Betriebe ins Mark getroffen würden.

Dipl.-Vw. Josseck

Das ist eine Formulierung, die man sich sicher nicht so ohne weiteres aus den Fingern gezogen hat. Es wäre doch nicht uninteressant zu wissen und an Sie die Frage zu richten, ob Sie nicht vielleicht eine ähnlich formulierte, nicht im Konzept verankerte Aussage getätigt haben.

Hier nun ein gewisser Vorwurf auch an die Führung der verstaatlichten Betriebe, natürlich im wesentlichen aber an Sie als verantwortlichen Ressortchef: Es war doch seit Jahren zu erkennen, daß gerade die verstaatlichte Industrie und auf Grund der Standortorientierung in Österreich speziell die Stahlindustrie in eine gewisse Schwierigkeit kommen wird.

Die Standortfrage für die Preisentwicklung ist nun einmal bei diesen Produkten, die sich hauptsächlich als transportintensiv darstellen, wie etwa Kohle und Erz, miteintscheidend. Es ist kein Wunder, daß heute die großen Stahlwerke unmittelbar am Meer stehen.

Aber das war ja seit Jahren zu erkennen. Hier wurde nach meiner Meinung falsch gehandelt. Es war daher doch klar, daß gerade die Förderung der Forschung Vorrang haben muß, weil es uns darauf ankommen muß, die intelligenten Artikel zu erzeugen. Denn in bezug auf die Grundstoffindustrie und mit den billigen Arbeitskräften kann das die dritte Welt heute schon billiger.

Eine Zeitung schreibt ganz richtig, daß Österreich, was die Produktpalette und die Technologie betrifft, aber auch das Management, international weit hinten ist. Ich glaube, auf diesem Gebiet hätte man rechtzeitig Schwerpunkte setzen müssen.

Daß die ÖIAG nicht von sich aus reagieren kann, das ist eine Frage, auf die ich dann noch zurückkommen werde. Ich glaube, in diesem Fall hätte von seiten der Bundesregierung und von Ihrer Seite, Herr Bundeskanzler, mehr getan werden müssen.

Der Fehler war sicher – da kann sich auch die einzelne Betriebsführung nicht herausreden – die falsche Investitionspolitik, weil – offensichtlich auch aus Traditionsdenken heraus – in Österreich der Schwerpunkt die ganzen letzten Jahre noch immer auf der Grundstoffindustrie gelegen ist. Diese wurde zum Teil sogar noch ausgebaut, ja bestenfalls rationalisiert.

Darin sehe ich einen gewissen Fehler, denn schon Anfang der siebziger Jahre war doch erkennbar, daß die Niedriglohnländer auf diese Art und Weise niemals abgehängt werden können. Das traditionsverhaftete Denken der Stahlkoher, der Hüttenleute ist mit ein Grund,

warum es in Österreich zu dieser – vielleicht kann man doch sagen – Fehlentwicklung gekommen ist. •

Eine erfolgreiche Investitionspolitik hätte längst einsetzen müssen, wie ich vorhin schon sagte, um gerade auf intelligente Produkte umzusteigen.

Für diesen Zweck – Sie haben uns im Ausschuß eine Zahl genannt, die mir augenblicklich nicht gegenwärtig ist – müßten eben mehr Mittel eingesetzt werden; für die Forschung, für die Entwicklung, für Marketing – ein sehr heikler Punkt – und vor allem auch für moderne Managementmethoden.

Dazu braucht aber die verstaatlichte Industrie jene flankierenden Maßnahmen, Herr Bundeskanzler, die Sie seinerzeit bei der Fusion in der Verstaatlichten so groß angekündigt haben. Wo bleiben diese flankierenden Maßnahmen, sprich: die Finanzhilfe?

Mir fehlt auch ein längerfristiges Finanzierungskonzept von Ihrer Seite. Man kann nicht von der Hand in den Mund leben und heute sagen: Na ja, wenn's der Androsch genehmigt, wird halt die verstaatlichte Industrie eine Zinsenhilfe von vielleicht 2,7 Milliarden Schilling – ich glaube, die Zahl ist im Raum – bekommen. Aber nur mit der Auflage der Überbrückung und dem Erreichen der Gewinnzone in den kommenden Jahren wären diese Beträge wieder zurückzuzahlen. Auf der anderen Seite hört man dann wieder, es werde verlorene Beträge geben.

Was nun, Herr Bundeskanzler? Wie soll das Finanzierungskonzept aussehen? Wie sind Ihre Überlegungen zu dieser Frage? Denn die Verstaatlichte im gegenwärtigen Zustand schafft es allein sicher nicht.

Wenn Sie sagen, Herr Bundeskanzler, die ÖIAG habe ja noch lange nicht ihren Kredit – ihren Finanzierungsrahmen ausgeschöpft, dann muß ich ehrlich sagen: Das klingt fast wie ein Witz, denn bei der Dividende, über die die ÖIAG verfügt, die sich ja nur um wenige Hundert Millionen bewegt, wie sollen da die Milliardenkredite ohne große Schwierigkeiten aufgebracht werden? Natürlich steht der Staat dahinter, wenn die ÖIAG Kredite aufnimmt.

Hier, glaube ich, Herr Bundeskanzler, wollen Sie sich um etwas herumdrücken: Wenn die Finanzierung über das Budget erfolgt, dann liegt es schwarz auf weiß auf; Ihnen fehlen im Budget die Mittel, und die Schuldaufnahme im Rahmen des Budgets hat natürlich eine viel breitere Wirkung, als wenn ganz verdeckt irgendwo eine Organisation – in diesem Fall die ÖIAG – von sich aus die Finanzierung schafft und Schulden

10102

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Vw. Josseck

aufnimmt, die natürlich letzten Endes auch wieder von staatlicher Seite gedeckt werden müssen.

Ich glaube, das ist Ihre Überlegung, aber das soll man halt dann auch offen und laut sagen.

Wenn ich auch an der Unternehmensführung Kritik anbringe, so möchte ich sagen: Ich glaube, man hat der ÖIAG in der derzeitigen Form nichts Gutes getan. Ich betrachte sie als eine Fehlkonstruktion, weil man – ich spreche nicht für eine Ausweitung von Befugnissen bei der ÖIAG – einfach nicht in der Lage ist, eine Koordination innerhalb der verstaatlichten Industrie herzustellen. Ich glaube, das wäre die wesentliche Aufgabe dieser Holding. Es müßte ihr gelingen, die Leute an einen Tisch zusammensetzen, Zielvorstellungen über diverse Investitions- und Finanzierungsprogramme und -projekte zu erarbeiten.

Ich frage mich, woran es liegt, daß es hier nicht klappt. Vielleicht ist ein Moment darin zu sehen, daß sich die Herren Vorstandsdirektoren, ja selbst innerhalb der einzelnen Betriebe die Direktoren gar nicht so gerne zusammensetzen und an einem Strang ziehen, weil in der verstaatlichten Industrie die große Koalition nach wie vor fix verankert ist: Dein schwarzer Direktor, mein roter Direktor, dein roter Chauffeur, mein schwarzer Chauffeur!

Das gibt es in der verstaatlichten Industrie nach wie vor. Daher ist mir auch nicht ganz klar – aber darauf werde ich noch zurückkommen –, worauf die ÖVP im Entschließungsantrag hinaus will und warum gerade die ÖVP die Sicherheit der politischen Gesinnungsfreiheit am Arbeitsplatz fordert. Wenn wir Freiheitlichen diese Forderung aufstellen, dann ist sie berechtigt, aber ich sehe die Berechtigung bei der ÖVP überhaupt nicht, denn da gibt es doch noch immer die gewissen Absprachen.

Aber das ist ein Hemmnis, und das sieht man auch wieder daran, daß zum Beispiel Herr Generaldirektor Grünwald, ein gelernter Arbeiterkammersekretär, einen Vertrag hat, der bis 1980 läuft. Dann kam in den ÖIAG-Vorstand Herr Vorstandsdirektor Brauneis. Er, ein gelernter Betriebsrat, hat nun einen Vertrag bekommen (*leise Bemerkung des Abg. Dr. Kreisky*) – ich sage das ohne Wertung –, der bis 1983 läuft.

Und nun auf einmal die Diskrepanz: Wieso der eine schon bis 1983? Jetzt sind Bestrebungen im Gange – sie werden sicher zum Tragen kommen, und hier sind sich ÖVP und SPÖ völlig einig: Es werden ohne weitere Ausschreibungen die rückhängenden Verträge einfach aufgefettet und nachgezogen, und damit der Brauneis nicht draufzahlt, weil er einen Vertrag ohnehin schon

bis 1983 hat, werden vermutlich die gesamten Verträge bis 1985 ohne weitere Ausschreibung durchgezogen. Sowohl von SPÖ- als auch von ÖVP-Direktoren beschlossen!

Sie ersehen daraus, meine Damen und Herren, daß eine Kritik daran, daß hier nach wie vor die große Koalition am Werk ist, durchaus angebracht ist.

Ich frage mich aber: Wie soll sich die Situation in der Verstaatlichten und besonders im Rahmen der ÖIAG verbessern, wenn die Herren nicht bereit sind, sich zusammensetzen und miteinander zu sprechen? Mir kommt das so vor – aber das will man offensichtlich nicht erkennen –: Die verstaatlichte Industrie sitzt in der Arche Noah, alle gemeinsam, und da gibt es kein Aussteigen und da gibt es keine Extrawürstel, wie man bei uns in Österreich so schön sagt.

Da heißt es, um überleben zu können, sich zusammensetzen und gemeinsam über die Probleme zu sprechen.

Hier muß es Produktionsabgrenzungen, da muß es Investitionsschwerpunkte geben. Es heißt zum Beispiel: Von der öffentlichen Hand, von seiten des Bundes, gibt es jetzt soundso viele Millionen oder Milliarden. Davon bekommt angenommen die VÖEST 1 Milliarde. – Dann schreien die anderen: Nach dem Proporz stehen mir 300 Millionen und dem anderen 600 Millionen zu. – So geht es nicht! Ich glaube, hier sind echte Finanzierungsschwerpunkte zu setzen.

Vor allem aber die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung liegt im argen. Dazu einige krasse Beispiele.

Alle sitzen doch in einem gemeinsamen Boot, wenn ich auch einschränkend sagen darf, daß natürlich jeder Vorstandsdirektor und Leiter eines solchen Betriebes bis zu einem gewissen Grad auf seinen Betrieb schaut. Aber es fehlt die Koordination von oben her, von Ihnen, Herr Bundeskanzler, und von der Seite der ÖIAG. Ein Beispiel:

Aluminium Ranshofen ist es in den letzten drei, vier Jahren gelungen, Forschung und Entwicklung sowie Verkauf im Rahmen der Sonnenenergie, Sonnenkollektoren und so weiter voranzutreiben. Nun beginnt gleichzeitig die ÖMV ebenfalls zu forschen, zu entwickeln und zu verkaufen auf genau demselben Gebiet, sprich Sonnenkollektoren! Ich frage mich: Ist es denn à la longue gesehen und für die Zukunft wirtschaftlich so notwendig, daß die ÖMV, die ohnehin auf zwei gesunden Beinen steht, die etwas notleidende Alu Ranshofen innerhalb des Bootes Arche Noah konkurrenziert?

Dipl.-Vw. Josseck

Hier gehört einfach eine starke Hand, der starke Mann her, der sagt: So nicht, meine Herren von der verstaatlichten Industrie!

Oder: Die VÖEST hat eine sehr potente Hochbauabteilung, hier muß ich fast sagen, leider, denn sie bringt natürlich die kleinen und mittleren Baubetriebe im Raume Oberösterreich in arge Bedrängnis, weil sie bei den Ausschreibungen ganz andere Möglichkeiten hat. Die VÖEST – ich erlebe das ja immer wieder, wenn Kindergärten, Schulen, Hallenbäder gebaut werden – bekommt den Auftrag, nicht weil sie Bestbieter ist, sondern weil sie ganz andere Finanzierungsvorschläge macht. Wenn heute eine Gemeinde in Oberösterreich mit der VÖEST ein Hallenbad baut, braucht sie die erste Rate erst 1981/82 zu zahlen, Rest zahlbar bis 1986. Das kann ein Privater nicht. Also den Vorsprung ... *(Abg. Fauland: Es kommt darauf an, daß man das Kapital hat!)* Sie glauben, daß die VÖEST das Kapital noch hat? Herr Kollege! Das müßten Sie besser wissen als ich.

Das gesamte Sozialkapital ist doch auf Grund der Verluste der VÖEST aufgebraucht worden. Wenn der Herr Bundeskanzler sagt: Das haben sich die Arbeiter erarbeitet, muß ich sagen: Fragen Sie den Arbeiter in der VÖEST! Die Antwort ist ja für Sie leider, für uns Gott sei Dank, in der VÖEST gekommen: daß das Sozialkapital, das sich die Arbeiter erarbeitet haben, nämlich die Abfertigungsrücklagen, die Pensionsrücklagen, aufgebraucht wurde. Und das tut Ihnen weh und hat Ihnen jetzt in den letzten zwei Tagen doch einen Stich gegeben.

So errichtet die VÖEST sehr gute Bauten und macht zum Beispiel auch die Aluminiumverkleidung, die Fassadenverkleidung. Dazu macht die VÖEST selbst die Alu-Rahmen. Aber das wäre ja nicht einmal das Schlimmste. Sie geht her und kauft die Aluminiumfassadenverkleidung nicht bei einer Schwesterfirma, wenn man es so bezeichnen darf, bei der Schwesterfirma Ranshofen, sondern kauft zum selben Preis, wie Ranshofen angeboten hat, die Aluminiumplatten in der Bundesrepublik. Da frage ich mich: Das ist verstaatlichte Industrie, wo alle in einem Boot sitzen? Das sind eben diese krassen Beispiele, die man anführen muß.

Ich darf mir noch erlauben, einige Probleme, die die verstaatlichten Bereiche betreffen, anzuführen. Es kommt immer wieder darauf hinaus: Es muß Hilfe einsetzen, Hilfe und Unterstützung der öffentlichen Hand.

Wenn die VÖEST berechtigt sagt, sie habe in den letzten Jahren ihr gesamtes Geld statt in die

Strukturbereinigung in das Investitionsmuß Obersteiermark hineinstecken müssen, so ist das sicher erfreulich, weil auch die Kollegen dort hervorragende Arbeit leisten und modernere Anlagen brauchen. Aber wenn sich die VÖEST-Alpine Linz dieser Aufgabe unterzieht, Obersteiermark mitnimmt und neu ausstattet, dann bedarf es eben in diesen Krisenmomenten der Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Für 1978 kalkuliert die VÖEST einen Verlust von 800 Millionen Schilling, und zwar jetzt einmal echt ausgewiesen und nicht so wie in den letzten Jahren, in denen man noch immer wieder auf Rücklagen zurückgreifen konnte, weil diese nun aufgebraucht sind. Und hier wird es heikel! Hier wird es heikel! Wenn Pensionsrücklagen, Abfertigungsrücklagen, also alle Rücklagen aus dem sozialen Bereich, in den Betrieb hineinfließen, um über die Runden zu kommen, dann, glaube ich, Herr Bundeskanzler, ist das nicht die richtige Art, die verstaatlichten Betriebe zu finanzieren beziehungsweise von sich aus finanzieren zu lassen.

Daß eine gewisse Strukturbereinigung notwendig ist, habe ich schon angeführt, weiters das Standortproblem für unsere Grundstoffindustrie und daß die Rationalisierung vordringlich ist. Nun eine Bitte beziehungsweise ein Appell an unsere Freunde und Stahlkocher: Ich glaube, daß von dem Traditionsdenken etwas abgegangen werden muß, und ich meine vor allem auch, daß die Leute bereit sein müßten, sich umschulen zu lassen. Ich glaube, daß die Frage der Umschulung ein Thema ist, das man nicht breit genug ausdehnen kann, denn ein Beispiel, wie man es nicht machen soll, hat uns ja im vergangenen Jahr die VÖEST-Linz vorexerziert, wo einfach vier Wochen Umschulung über den Rundfunk gelaufen sind. Die Leute konnten zu Hause sitzen und vormittags einen Fragenkatalog auf Grund dieser Rundfunksendungen beantworten. Das ist keine Umschulung. So bringen wir die Leute nicht weg. Gerade in der Grundstoffindustrie, die harte Arbeit erfordert, die einen schweren Mann mit schweren Händen erfordert, müssen wir dem Arbeiter Gelegenheit geben, daß er sich echt umschult. Hier muß ein Umdenken stattfinden, und es geht einfach nicht und ist nicht ausreichend, daß man vier Wochen hindurch eine Stunde vormittags Radio hören läßt.

Wenn dort und da einige Dinge nicht voranzutreiben sind, liegt das sicher auch an der Personalpolitik. Wenn auch insgesamt in der Verstaatlichten weniger Personal zu verzeichnen ist und keine Neuaufnahmen vorgenommen werden, so hat sich doch die Verwaltung wieder aufgebläht. Schreibtische werden mehr, produk-

10104

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Vw. Josseck

tiv arbeitende Leute werden weniger. Das ist auch ein ungesundes Verhältnis. Ich sage Ihnen eine Zahl, falls Sie sie nicht kennen, Herr Kollege: In der VÖEST-Linz sind insgesamt 549 Personen weniger, aber 105 Schreibtische mehr. Das muß man auch dazusagen.

Hier fehlt es eben auch sehr viel an Koordination, an Zusammenarbeit. Wenn bei drei Vorstandsdirektoren drei Einkaufsabteilungen bestehen und jede Einkaufsabteilung getrennt für sich arbeitet und wenn als Folge davon festzustellen ist, daß zwei Einkaufsabteilungen ein und derselben Firma zu zwei unterschiedlichen Preisen eingekauft haben, dann ist doch irgendwo etwas faul. Der Grund ist offensichtlich, weil sich halt der schwarze Direktor nicht mit dem roten Direktor zusammensetzen will und weil jeder seinen Machtbereich dort haben, dort weiter vertreten und ausbauen will. Es ist auf die Dauer unmöglich, wenn es zu einer Vorstandsdirektionssitzung in der VÖEST-Alpine geht, daß sich vorher die Fraktionen sozusagen im Kaffeehaus treffen. Ich glaube, hier müßte man Wirtschaftspolitik echt von Tagespolitik trennen. Hier müßte man sich zusammensetzen und an einem Strang ziehen und nicht zuerst vorher sein politisches Süppchen kochen.

Eine Zahl, die gerade bei der VÖEST-Alpine sicher irreführend ist, bezüglich der Frage des hohen Exportanteiles: 58,1 Prozent Exportanteil wird uns im Bericht des Bundeskanzlers bekanntgegeben. Da wäre es aber dringend notwendig, auch mit zu erfahren, wie diese Exportaufträge ausschauen, wie die Ertragslage aus diesen Exportaufträgen ist. Auf die Dauer wird das so nicht gehen, und dann wird es eben zwangsläufig zu Schließungen kommen müssen, wenn nicht endlich Abhilfe geschaffen wird.

Wenn der Herr Bundeskanzler – in welchem Zusammenhang auch immer – von Teilschließung gesprochen hat, so, glaube ich, müßte man bei dieser Gelegenheit doch anmerken, daß nicht alles, was unproduktiv arbeitet, zu schließen ist. Es gibt einfach übergeordnete Gesichtspunkte, die arbeitspolitischer Natur sind, aber natürlich auch militärischer, sprich wirtschaftliche Landesverteidigung. Das darf man nicht außer acht lassen, und ich möchte es hier besonders betonen, weil man fallweise von außen hört: Na schließt doch das „Werkel“ zu, es bringt ja nichts. – Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man auch solche Betriebe nach Prüfung weiter mitlaufen lassen muß, und zwar eben aus diesen übergeordneten Gesichtspunkten wie regionale Arbeitsplatzsicherung aber auch wirtschaftliche Landesverteidigung.

Interessant ist auch, aus dem Bericht herauszulesen, daß die Chemie in Österreich, von der man doch eigentlich erwarten müßte, daß sie gut liegt, gar nicht einmal so gut liegt. Eine Ausnahme ist die ÖMV – das habe ich schon erwähnt –, die, was natürlich konjunkturbedingt ist, gut liegt und wirtschaftlich noch eine der wenigen ist, die große Dividenden auswerfen können. Nicht uninteressant ist der Vermerk in dem Bericht, daß von 1970 bis heute der Erdölverbrauch in Österreich nur um 1 Prozent gestiegen ist. Sicherlich ist das darauf zurückzuführen, daß gerade zum Heizen auch in den Industrieanlagen Erdgas verwendet wird. Der Schrei, uns werde das Erdöl zuwenig, müßte einem im Mund verstummen, wenn man liest, daß die Steigerung von 1970 bis heute nur 1 Prozent beträgt.

Nun auch ein gewisser Vorwurf an die Industrieführung der Chemie-Linz: Völlig darnieder liegen die Massenkunststoffe. Die Kunststoffindustrie ist aber auch ein Zweig, wo doch zu erkennen war, wohin gerade er führen wird. Daß die Düngemittel auf einmal nicht mehr gehen, hat sicher weit über Österreich hinaus politische Gründe. Wenn die Oststaaten und die Entwicklungsländer für Düngemittel kein Geld haben, weil sie lieber Waffen kaufen, so ist das weltpolitisch bedenklich und für uns sehr bedauerlich.

Aber noch ein Fall der Chemie-Linz, den ich vom Anfang an verfolgt habe und wozu ich daher mit Recht auch heute eine kritische Anmerkung machen darf: Vor Jahren hatte ich Gelegenheit, die Acrylfaseranlage Chemie-Linz zu sehen und damit auch die Teppichstraße. Und ich habe seinerzeit vermerkt, ob man damit nicht die doch schon stark auf einen harten Konkurrenzkampf treffende Privatindustrie zusätzlich belaste. Aber offensichtlich hat man auch dort versucht, irgendwelche zusätzliche Standbeine ohne Rücksicht auf die private Wirtschaft zu errichten, und das ist genau danebengegangen. Denn das ist sicherlich mit schuld, daß eine namhafte Teppichfirma – auch wenn der Herr Bundeskanzler sagt, hier seien noch andere Momente zu betrachten – nicht über die Runden kam, weil die Konkurrenz im Inland selbst zu groß wurde. Auch in Oberösterreich gibt es eine Teppichfirma mit einer hohen Ausstoßmenge und mit hoher Qualität, die natürlich die Textilstraße der verstaatlichten Industrie sehr stark spürt.

Auch hier taucht die Frage auf: Soll man und muß man nicht bei Gesprächen im Rahmen der Holding der ÖIAG solche Momente mit ins Kalkül ziehen, indem man sagt: Was tun wir damit, wenn wir wohl vielleicht in dem einen

Dipl.-Vw. Josseck

verstaatlichten Zweig auf einen gesunden Fuß kommen, aber damit so und so viele andere Private umbringen oder an die Grenze des Umbringens bringen?

Es gibt erfreulicherweise neben der ÖMV auch noch einige andere, etwa die Simmering-Graz-Pauker-Werke und die Elin, die recht gut dastehen. Das kann man positiv vermerken. Dies ist so dank der Aufträge, die sie von der öffentlichen Hand bekommen, beispielsweise die Simmering-Graz-Pauker durch das Waggonbauprogramm der Bundesbahnen. Es war ja wirklich schon höchste Zeit, daß hier etwas geschieht; das tut der Simmering-Graz-Pauker gut. Das Entwicklungsprogramm in der Post-, Telefon- und Nachrichtentechnik hilft der Elin. Es ist nur die Frage, wie lange es möglich sein wird, mit diesen Staatsaufträgen auch diese Betriebe so gut über Wasser zu halten.

Ein Vermerk noch zur Aluminium Ranshofen. Mir erscheint manches unverständlich, wenn man die Personalpolitik verfolgt. Nach jahrelangem Tief in Ranshofen ist es nun gelungen, aus dem Ausland einen sehr dynamischen Direktor nach Österreich zu bekommen. Man hat dann auch gehört, in Ranshofen ist nichts weitergegangen, weil die drei dort sitzenden Direktoren offensichtlich nicht gut genug waren. Aber typisch österreichische Konsequenz: nicht daß man nun gesagt hat, die zwei, die weniger gut sind, müssen gehen, man hat einfach zusätzlich einen vierten hereingenommen.

Der Mann kommt mit neuen Ideen, und eine seiner Überlegungen war, zwangsläufig, weil er vom amerikanischen Markt kommt, daß er festgestellt hat, in Österreich werden noch sehr wenig Aluminiumdosen für die Verpackung verwendet. Dazu seine Aussage: In Amerika werden Aluminiumdosen dreimal umgesetzt, dreimal verwendet, recycling wird auf dem Sektor groß geschrieben, das wäre für Österreich möglich, für die Pfadfinder, für das Rote Kreuz, 10 S pro Kilo gebrauchter Aluminiumdosen.

Kaum hatte dieser Manager seine Überlegung ausgesprochen, läutete schon das Telefon, es meldete sich Staribacher und sagte: sind Sie verrückt, fangen Sie mir nichts an mit den Dosen, die liegen dann in der Gegend herum. Ich bin jetzt gerade dabei einzugreifen, damit die Einwegverpackungen eingeschränkt werden.

Ich glaube halt, bevor man ans Telefon geht und sagt: Machen Sie das nicht, muß man sich auch hier zusammensetzen. Es bedarf eben dann von der öffentlichen Hand her einer gewissen Aufklärung, um dann den Rücklauf zu erreichen.

Aber hinzugehen, wenn ein potenter Zweig sich anbahnt, den Direktor zu mahnen und zu sagen: Das machen Sie mir ja nicht!, so, glaube ich, kann man Wirtschaftspolitik nicht betreiben. Ich habe dieses kleine Beispiel zur Beleuchtung der Situation gebracht.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren: Man muß mehr Beweglichkeit im Rahmen der Verstaatlichten in den Führungsgremien und vor allem aber bei den politisch Verantwortlichen verlangen. Es ist notwendig, rechtzeitig mitzudenken. Da der Herr Bundeskanzler gesagt hat, er wird sich künftig weniger mit Außenpolitik und mehr mit Innenpolitik beschäftigen, so nehme ich an, daß er sich auch mit der Lage der verstaatlichten Industrie und der Wirtschaft befassen wird. Es ist ja zu hoffen, daß es etwas besser wird.

Aber innerhalb der Konstruktion der verstaatlichten Industrie wird es notwendig sein, daß die zum Teil beinharte Konkurrenz innerhalb der verschiedenen Zweige abgebaut wird, daß auch die Konkurrenz innerhalb des einzelnen Betriebes jeweils abgebaut wird.

Sicher ist auch – das erlaube ich mir zu sagen –, daß halt einige Positionen von Leuten besetzt sind, die sich mehr als Beamte als als Unternehmer fühlen, vielleicht aus der Mentalität heraus: Wenn er etwas aus Eigeninitiative tut, dann läutet sowieso das Telefon und es ruft der Kanzler an oder der Handelsminister. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Nein, nein!*) Das kommt vor, Herr Bundeskanzler. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Bei Direktoren?*) Beim Generaldirektor Koller haben Sie sicher des öfteren angerufen. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ein Anruf, aber keine Einmischung in den Betrieb!*)

Ich glaube, diese Mentalität von solchen „Managern“ – unter Anführungszeichen – ist halt auch zu überprüfen. Aber es darf halt die verstaatlichte Industrie nicht Versorgungsstelle sein für Personen, die sich weniger durch ihr fachliches Können ausgezeichnet haben als vielleicht durch das richtige Parteibuch.

Ich glaube auch, daß mehr Mut zur Führung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gehört, wirklich privatwirtschaftlichen Überlegungen und nicht, wie der Bundeskanzler einschränkend sagt, nach sozialen marktwirtschaftlichen Überlegungen. Ich glaube doch, Herr Bundeskanzler, wenn sich ein Manager entwickeln will, dann muß man ihm auch die Möglichkeit einräumen, nach den vielleicht Ihnen nicht immer ganz genehmen Gesichtspunkten seine Überlegungen anzustellen.

Nachdem alle Parteien ja sagen zur verstaat-

10106

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Vw. Josseck

lichten Industrie, glaube ich, wird es höchst an der Zeit sein, Herr Bundeskanzler, wenn wir an die 115 000 Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen von rund 230 000, 250 000 Personen denken, daß wir alle zusammen – Sie im besonderen – für diese verstaatlichte Industrie etwas tun. Die Wahlergebnisse, Herr Bundeskanzler, möchte ich gar nicht anziehen. Vielleicht ist gerade Ihr Zögern für dieses für die SPÖ negative Ergebnis schuld. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hellwagner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hellwagner (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ schrieben am 28. September dieses Jahres in großer Aufmachung auf der Seite 1: „Verstaatlichte wird Wahlkampf anheizen, Mock hortet Munition.“ Damit, so glaube ich und so möchte ich beginnen, helfen Sie nicht den verstaatlichten Betrieben. Das wollen Sie wahrscheinlich im Ernst gar nicht, und das ist auch Ihre wahre Gesinnung der verstaatlichten Industrie gegenüber. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Als langjähriger Betriebsrat eines verstaatlichten Unternehmens und Dienstnehmer, der bereits 33 Jahre in einer verstaatlichten Industrie arbeitet, möchte ich feststellen, daß die verstaatlichte Industrie keine geeignete Sache für die innerstaatliche Auseinandersetzung ist. Wir sollten es nicht erlauben, so meine ich, daß das Ansehen der verstaatlichten Industrie in der Öffentlichkeit und damit auch im Ausland herabgesetzt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die verstaatlichte Industrie in Österreich – insbesondere was den Metall- und Chemiebereich betrifft – ist nicht schlechter als die Industrie in den anderen Industriestaaten. Die Aufbauleistung der verstaatlichten Industrie soll voll anerkannt werden. Die Bemühungen, die Struktur zu verbessern, sollten anerkannt werden. Vorwürfe wie zum Beispiel „Vollbeschäftigungsprotzerei“ oder ein anderer hoher Funktionär der ÖVP hat gemeint, „künstliche Beschäftigungstheorie“, sollten unterbleiben. Sie dienen nicht der verstaatlichten Industrie und sie helfen auch nicht der Belegschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist besonders an die ÖVP gerichtet.

Sie machen bei jeder sich bietenden Möglichkeit der Bundesregierung, insbesondere dem Bundeskanzler, Vorwürfe, daß zu wenig Positives für die verstaatlichte Industrie getan wird. Sie haben das ÖIAG-Gesetz geschaffen, Sie haben damals erklärt, daß die Verstaatlichte aus dem politischen Sog herausgenommen werden muß. Sie haben im Gesetz festgelegt, daß die

verstaatlichte Industrie bis 1974 branchenweise zusammengefaßt werden muß. Das war Ihr Wille.

Sie sind, was die verstaatlichte Industrie betrifft – ich bin mir auch des Vorwurfes voll bewußt –, doppelbödig, doppelzüngig. Sie machen nämlich heute die Bundesregierung für alles verantwortlich, obwohl sie überhaupt auf die Unternehmungen keinen Einfluß nehmen kann, das wissen Sie. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Auch besonders an die ÖVP gerichtet: Sie haben bei allen bisherigen Entscheidungen gleich stark mitgewirkt. Sie haben bis heute keine einzige Alternative – weder in der ÖIAG noch in den Unternehmungen – angeboten. *(Ruf bei der ÖVP: Da haben Sie geschlafen!)* Sie tragen voll mit die Verantwortung. Sie haben auch an den Erfolgen Ihren Anteil genommen. Sie haben bei allen Investitionen in den Unternehmungen mitgewirkt, Sie haben in den Betrieben gleichen Einfluß wie auch wir Sozialisten. Das soll in aller Deutlichkeit hiermit ausgesprochen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie geben lediglich vor, und dies von der politischen Bühne aus, daß Sie sich Sorgen um die verstaatlichte Industrie machen. Mithin! Ich billige dies vielleicht noch den einzelnen Betriebsratsmitgliedern Ihrer Fraktion, die in den Betrieben tätig sind, zu, nicht aber der ÖVP und auch nicht allen Führungskräften, die in den Organen der verstaatlichten Industrie tätig sind. *(Abg. Dr. Mock: Das ist nett von Ihnen!)* Ich möchte weiters zu ähnlichen Vorwürfen Stellung beziehen, die heute hier vom Klubobmann der Österreichischen Volkspartei gemacht worden sind.

Aber zuerst möchte ich noch gerne das bestätigen, was der Herr Bundeskanzler bereits erwähnt hat, und zwar das damalige Opfer für die schlechten Finanzen der damaligen ÖVP-Bundesregierung. Ich war selbst mit dabei, als der damalige Finanzminister an die Verstaatlichte appelliert hat und auch verlangt hat, daß den Bundesfinanzen kräftig geholfen wird. Seinerzeit waren eingeladen die Vorstände der verstaatlichten Unternehmungen und auch die Zentralbetriebsratsobmänner. Das, was hier der Herr Bundeskanzler gesagt hat, kann ich nur vollauf bestätigen. *(Abg. Dr. Taus: Das haben Sie nicht genau in Erinnerung!)* Das habe ich genau in Erinnerung; ich habe auch noch die Protokolle.

Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Abgeordneter Mock, hat mir hier neuerlich Vorwürfe gemacht, ich hätte auf ein großes Recht der Belegschaft verzichtet, und zwar

Hellwagner

bezüglich der Werkspension im Aluminiumkonzern Ranshofen-Berndorf AG.

Ich darf ganz kurz noch einmal auf die Entwicklung zurückkommen. In der alten Regelung der Pensionsrichtlinien hat es gelaute:

Die Vereinigten Metallwerke Ranshofen Berndorf AG gewährt unter bestimmten Voraussetzungen und im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten ihren ehemaligen Dienstnehmern beziehungsweise deren Angehörigen betriebliche Zusatzpensionen gemäß der tieferstehenden Regelung. Die VMW behält sich vor, die zugesagten Leistungen zu kürzen oder einzustellen, dies jedoch nur dann, wenn sich ihre wirtschaftliche Lage nachhaltig so wesentlich verschlechtert hat, daß ihr die Aufrechterhaltung der zugesagten Leistungen auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht mehr zugemutet werden kann.

Und dann ging es weiter, es kam ein Antrag an den Aufsichtsrat. Der Antrag des Vorstandes an den Aufsichtsrat hat gelaute: Änderung der Richtlinien über die Gewährung betrieblicher Zusatzpensionen bei den VMW.

Die Vereinigten Metallwerke Ranshofen AG gewährt unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten ihren ehemaligen Dienstnehmern ... und so weiter ... die tieferstehende Regelung. Die VMW behält sich vor, die zugesagten Leistungen zu kürzen oder einzustellen, dies jedoch nur dann, wenn sich ihre wirtschaftliche Lage nachhaltig so wesentlich verschlechtert hat, daß ihr die Aufrechterhaltung der zugesagten Leistungen auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht mehr zugemutet werden kann.

Der Vorstand ist zur Auffassung gelangt, daß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Sinne der oben zitierten Präambel eingetreten ist, und hat Verhandlungen mit den Belegschaftsvertretern mit dem Ziel einer Änderung der Richtlinien aufgenommen.

Also es wurde bereits der Antrag an den Aufsichtsrat gestellt, aber nicht bloß, eine Veränderung des Grundvertrages herbeizuführen, sondern auch eine Verschlechterung der Leistungen herbeizuführen. Ich darf hier noch hinzufügen: Die Verhandlungen mit dem Zentralbetriebsrat haben nicht sozialistische Vorstandsmitglieder geführt, sondern, ich darf es hier aussprechen, wenn ich es schon offen darlegen soll, es waren die beiden ÖVP-Mitglieder des Vorstandes, der Herr Direktor Schobersberger und der Herr Dr. Peterzell. Diese beiden waren die Verhandlungspartner, und der Betriebsrat hat es durchgesetzt. *(Abg. Dr. Taus: Das war ganz anders: Ich war auch dort!)*

Herr Bundesparteibeamter! Die Belegschaftsvertretung hat durchgesetzt, daß keine Kürzungen der Pensionen vorgenommen werden. Die neue Regelung besteht fast zwei Jahre, und bis heute hat jeder Pensionist die gleichhohe Pension ausbezahlt bekommen, es wurde bei keinem Pensionisten eine Kürzung vorgenommen, und jedes Belegschaftsmitglied, das heute ausscheidet, bekommt die Pension voll bezahlt. Eine Schlechterstellung ist überhaupt nicht eingetreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann möchte ich noch ganz kurz zum Herrn Abgeordneten Josseck einiges sagen, weil Abgeordneter Josseck von der Freiheitlichen Partei gemeint hat, die sozialistische Fraktion hätte sich um den Termin dieser Debatte herumgedrückt. Er hat gemeint, 1977 wäre der Termin wohl besser gewesen.

Ich bestätige das gerne, denn 1977 wäre die allgemeine Situation besser gewesen. Wir haben uns nicht herumgedrückt, sondern es war eben in der Präsidielle nicht möglich, einen Termin für diese Debatte zu vereinbaren. Nicht der Bundeskanzler bestimmt die Debatte hier im Haus, sondern das bestimmt letzten Endes der Nationalrat über Vorschlag der Präsidielle. Also dieser Vorwurf geht daneben.

Dann hat auch noch der Kollege Josseck die Personalpolitik im Unternehmen, die neuen Ideen mit der Aluminiumdosenfabrik erwähnt. Ich muß auch hier den Kollegen Josseck informieren, daß er nicht den letzten Wissensstand besitzt. Die einzige Dosenfabrik, die es in Österreich gibt, hat leider vor kurzer Zeit geschlossen beziehungsweise ist ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt worden. Ich möchte den Namen nicht nennen; ich glaube, das sollte ich hier nicht tun.

Außerdem möchte ich jetzt noch die ÖVP an etwas erinnern, weil sie heute so betont, wie positiv sie zur verstaatlichten Industrie steht. Im Jahre 1956 – ich muß so weit zurückgreifen – war es ein einziger Wahlkampf, ein einziger Wahlkampf gegen die verstaatlichte Industrie! Ich könnte heute noch eine ganze Tasche voll Broschüren gegen die verstaatlichte Industrie hier aufzeigen, die seinerzeit an die Bevölkerung gegangen sind, außerdem eine grundsätzliche Meinungsäußerung von Seiten der Österreichischen Volkspartei. Und ich werde einiges jetzt bringen müssen, weil hier der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei so getan hat, als ob jetzt der einzige Wahrer der verstaatlichten Industrie die ÖVP wäre.

Entscheidend – so heißt es in einer Feststellung – für die eher negative Einstellung der ÖVP zur verstaatlichten Industrie war aber vor allem die Tatsache, daß in den Jahren nach dem

10108

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Hellwagner

Weltkrieg von den führenden Männern dieser Partei in der Wirtschaft ein ideologischer Kurs gesteuert wurde, in dem für die verstaatlichte Industrie kein Platz war.

Wie überall in Europa vollzog sich ja auch in Österreich der wirtschaftliche Wiederaufbau nach neoliberalen Grundsätzen. Der Raab-Kamitz-Kurs, der auf diesen Grundsätzen aufbaute und der sich erst in der Folge zur sozialen Marktwirtschaft mausern sollte, mußte konsequent gegen die verstaatlichte Industrie sein.

Dann heißt es weiter: Dem Neoliberalismus war und ist die verstaatlichte Industrie ein Fremdkörper, sie war und ist artfremd. Eine typisch österreichische Ausnahme, die in das so erfolgreich praktizierte System nicht hineinpaßte.

Und gerade weil das Rezept des Raab-Kamitz-Kurses so prächtig stimmte, wurde von der ÖVP-Wirtschaftspolitik die verstaatlichte Industrie zunächst bedenkenlos liegen gelassen. – So hieß es seinerzeit; ich stelle Ihnen das gerne zur Verfügung.

Minister Bock hat unter anderem erklärt – auch das möchte ich zur Verlesung bringen –: Was also muß geschehen? Die Antwort ist genug einfach. Die verstaatlichte Wirtschaft muß auf die Grundstoffindustrie beschränkt bleiben. Die Ausweitungsversuche in die Finalfertigung sind zu unterbinden. Dazu muß aber eine quantitätsmäßige Beschränkung kommen. Die Ausweitung auch im Bereiche der Grundstoffindustrie darf die Grenzen vernünftiger, voraussehbarer Kapazitäten nicht überschreiten.

Sie haben heute, Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, dem Herrn Bundeskanzler den Vorwurf gemacht, man tue zu wenig aus dem Budget heraus. Diesen Vorwurf haben Sie auch an den Finanzminister gerichtet. In Ihrem Programm haben Sie selbst seinerzeit zur verstaatlichten Industrie folgendes geschrieben: „... im Rahmen der Marktwirtschaft drängen, um die Wirtschaftlichkeit und damit die Arbeitsplätze in diesen Unternehmungen zu sichern. Aus diesem Grund wird sie alle partei- und machtpolitischen Ambitionen der Sozialisten auf diesem Sektor zurückweisen. Vor allem bei den unterkapitalisierten Betrieben werden alle Möglichkeiten des Kapitalmarktes wahrzunehmen sein.“

Sie haben damals also nicht gesagt, daß aus dem Budget Mittel zugeführt werden sollen, sondern Sie haben bis jetzt immer erklärt: Die Verstaatlichte sollte sich das Geld über den üblichen Geldmarkt holen, aber nicht aus dem Budget.

Auch Dr. Weissmann, der lange Zeit hier im

Parlament Sprecher der Österreichischen Volkspartei gewesen ist, wenn es in der Debatte um die verstaatlichte Industrie gegangen ist, hat hier die Meinung vertreten: „Für den österreichischen Bürger hat sich die Verstaatlichung als ein schlechtes Geschäft erwiesen. Bisher haben uns diese Betriebe in ihrer Gesamtheit immer nur Kosten verursacht und nichts gebracht.“

Und dann geht es weiter: „Das Märchen von den ‚Preisopfern‘“.

Ich möchte auch auf den Vorschlag des Vizekanzlers Withalm hinweisen, der auch gemeint hat, man muß eben Aktien verkaufen, wenn die verstaatlichte Industrie Geld braucht. Keine Rede davon, daß Geld aus dem Budget kommen sollte.

Eine ähnliche Meinung – jetzt muß ich den Kollegen Josseck nochmals ansprechen – hat auch die FPÖ seinerzeit vertreten. Ich habe auch Aussagen im Parlament vom damaligen Abgeordneten Kindl. So schaut die Wirklichkeit aus. Heute hier vorzugeben, die Österreichische Volkspartei wäre der große Anwalt der verstaatlichten Industrie, das ist ein Märchen, das ist Märchenerzählung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber nun einiges zu den Leistungen der verstaatlichten Industrie. Die Entwicklung: Die Umsätze sind von 1973 mit 57 Milliarden Schilling bis 1977 auf mehr als 100 Milliarden gestiegen. Die Exportleistung wurde in diesen Jahren von 17,3 Prozent auf 36,2 Prozent gesteigert. Der Umsatz pro Kopf der Beschäftigten stieg in diesen fünf Jahren von 498 000 S auf 869 000 S. Die Investitionen, die in den verstaatlichten Betrieben geleistet worden sind, waren durchschnittlich im Schnitt 7 Milliarden Schilling pro Jahr. Der cash flow entwickelte sich fast durchlaufend pro Jahr fast einheitlich zwischen 6 und 9 Milliarden Schilling. Summe der Bilanzsumme und Zahl der Beschäftigten, weil hier gesagt wurde, die Beschäftigtenzahl hätte sich so stark verringert: In einzelnen Betrieben etwas, ja, aber nicht in allen Betrieben. 1973 gab es 114 572 und 1977 waren es 115 006 Beschäftigte.

Ich möchte auf die einzelnen Dinge nicht mehr eingehen, sondern nur darauf hinweisen: Gerade die Leistung, die die verstaatlichte Industrie erbracht hat, nicht bloß für die Beschäftigten dieser Industrie, sondern für alle Menschen in Österreich, sollte entsprechend gewürdigt werden. Man soll nicht das Parlament dazu verwenden, um Negatives über die verstaatlichte Industrie zu sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend möchte ich noch mit aller Leidenschaft und mit aller Überzeugung feststellen: Man sollte die verstaatlichten Betriebe

Hellwagner

in Ruhe arbeiten lassen. Man sollte die Betriebe nicht gegenseitig aufhetzen. Ich bin überzeugt, daß die verstaatlichten Betriebe auch die schwierige Zeit, die es derzeit in der gesamten Welt gibt, meistern werden. Helfen wir mit, daß die verstaatlichte Industrie diese Schwierigkeiten gut überwinden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Mock gemeldet. Ich weise darauf hin, daß er die Fünf-Minuten-Grenze einzuhalten hat, und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hellwagner hat zu meinen Ausführungen in der Frage, ob ein Rechtsanspruch auf die Betriebspensionen bestand, ja oder nein, festgestellt, ich glaube, vorgelesen, daß diese Zusage nur für den Fall gemacht wurde, und ich zitiere: „... wenn sich ihre wirtschaftliche Lage“ – nämlich von Ranshofen – nicht „nachhaltig so wesentlich verschlechtert hat, daß ihr die Aufrechterhaltung der zugesagten Leistungen auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht mehr zugemutet werden kann“.

Sie untermauern offensichtlich, Herr Abgeordneter, damit, daß es eben doch kein Rechtsanspruch war, weil er durch diese Aussage bedingt war. Und Sie haben ja auch seinerzeit im Jahre 1977 gesagt, es war kein Rechtsanspruch. *(Abg. Hellwagner: Ich habe vorgelesen, ich habe keinen Kommentar dazu gegeben!)*

Ich darf Ihnen daher aus der Antwort des Herrn Finanzministers vorlesen: „Nicht nur, daß es sich hier um einen Rechtsanspruch handelt,“ – was ich vorhin schon vorgelesen habe – „sondern solche Klauseln“ – nämlich das wird nur bezahlt, wenn es gut geht – „bewirken nach der derzeitigen Verwaltungspraxis nicht, daß einer solchen Zusage die Rechtsverbindlichkeit aberkannt wird.“

Das heißt, sie waren bis zu jenem Zeitpunkt, wo das geändert wurde, rechtsverbindliche Zusagen. Ich bleibe daher bei dieser Aussage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Steinhuber gemeldet. Ich verweise auch hier auf die Einhaltung der 5-Minuten-Grenze und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Steinhuber** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Klubobmann der ÖVP, der Herr Abgeordnete Dr. Mock, hat in seiner Rede zum Ausdruck

gebracht, daß seit 1970, seit eben eine sozialistische Regierung ist, die Beschäftigungszahlen in der verstaatlichten Industrie rückläufig sind. *(Abg. Dr. Mock: Seit 1974, habe ich gesagt!)*

Sie haben gesagt, seit 1970. *(Abg. Dr. Mock: Nein, seit 1974!)*

Herr Doktor, lassen Sie mich berichtigen: Sie haben gesagt, seit 1970, etwas ansteigend bis 1974, dann abfallend. Das heißt, als ob jetzt weniger Beschäftigte wären. Das ist unrichtig, das ist unwahr. Es waren damals beschäftigt 110 760, und heute sind beschäftigt 115 006.

Das müssen wir feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst eine Feststellung zu der Bemerkung des Herrn Abgeordneten Steinhuber, denn sonst steht hier Berichtigung gegen Berichtigung. Ich nehme hier nur den letzten Jahresbericht der ÖIAG. Kollege Dr. Mock hat sich darauf bezogen. Im Jahr 1974 hatte nach diesem Bericht die verstaatlichte Industrie 118 731 Beschäftigte, 1977 hatte sie 115 006 Beschäftigte. *(Abg. Dr. Fischer: Und 1970?)* Das kann ich Ihnen auch sagen. Ich habe es jetzt nicht da stehen, aber 1970 hat sie jedenfalls etwas weniger, 110 000 Beschäftigte, gehabt. Dr. Mock hat deutlich gesagt, daß ab 1974 ein Rückgang der Beschäftigten der verstaatlichten Industrie zu verzeichnen ist. Und das ist ja der Fall. Kennen Sie die letzte Beschäftigtenziffer? Die liegt schon wieder erheblich unter 115 000, die liegt jetzt schon an die 114 000. Streiten Sie doch nicht um des Kaisers Bart. Hier ist klar zum Ausdruck gebracht worden, und alle Zahlen sagen, daß in der verstaatlichten Industrie eben auch die Beschäftigung zurückgeht. Und genau darauf hat Mock hingewiesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun einige Feststellungen zu den Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers, damit nichts im Raume stehen bleibt und sich als historische Unwahrheit verfestigt.

Das erste sind einmal die Vorwürfe gegenüber der Österreichischen Volkspartei, daß sie eigentlich immer ein entschiedener Gegner der verstaatlichten Industrie gewesen sei. Der Herr Bundeskanzler hat hier gemeint, daß von der ÖVP immer so argumentiert worden wäre, daß die verstaatlichte Industrie überhaupt nur unter Einsatz von Steuermitteln am Leben erhalten worden wäre. Es ist der Eindruck entstanden, als sei die gesamte verstaatlichte Industrie in

10110

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Taus

Österreich allein eine Schöpfung der Sozialistischen Partei Österreichs.

Im Jahre 1946, als in Österreich verstaatlicht wurde, hatte die Sozialistische Partei in diesem Hause keine Mehrheit, sondern es gab eine absolute Mehrheit der Österreichischen Volkspartei in diesem Hause. In dieser Zeit ist aus einer ganz bestimmten historischen Situation heraus – die jeder, der sich mit den Fragen beschäftigt, kennt – verstaatlicht worden, und zwar einstimmig, mit den Stimmen aller in diesem Hohen Hause 1946 vertretenen Parteien. Das ist die historische Wahrheit. An der kann man nicht herumkonstruieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zum zweiten Argument, das hier gebracht wurde und das dann auch im Raum stehengeblieben ist: Die Persönlichkeit des Herrn Ministers Dipl.-Ing. Waldbrunner. Ich stehe hier nicht an, die Persönlichkeit, die politische Persönlichkeit und auch das Fachwissen des Herrn Ministers Dipl.-Ing. Waldbrunner anzuerkennen. Das zu sagen stehe ich nicht an.

Aber nun kommt die politische Auseinandersetzung. Sie werden sich noch erinnern an die Diskussion um das „Königreich Waldbrunner.“ Nun kommt die Gegenposition der Österreichischen Volkspartei, die sich bis heute hier gehalten hat: Wir brauchen kein Königreich verstaatlichte Industrie, wir wollen eine starke, wachstumskräftige verstaatlichte Industrie haben, aber keine politische Spielwiese für eine Partei! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Darum ging ja damals die Diskussion. Ich akzeptiere durchaus die Auffassung des Sozialisten Waldbrunner, daß er in der verstaatlichten Industrie etwas Besonderes sah, daß er in der verstaatlichten Industrie gewissermaßen den Kern einer planwirtschaftlichen Entwicklung sah. Das hat er oft genug – oft genug! – ausgedrückt. Es ist völlig logisch, daß eine Partei, die auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft steht, gegen eine solche Entwicklung ist und immer gegen eine solche Entwicklung sein wird. Wir sind der Auffassung: Die verstaatlichte Industrie soll keine Vorteile und keine Nachteile haben, für uns ist sie genauso eine Industrie wie jede andere, die es in Österreich gibt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das einmal zu diesen Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers.

Zu dem Transkript der Rede mit der „Zusperrpause“: Ich kenne natürlich die Rede nicht; sie ist ja vor einem kleinen Kreis gehalten worden; ich habe hier gar nichts anderes zur Verfügung als eine Äußerung des Herrn Bundeskanzlers, die in der Zeitung „die Presse“ am 13. September 1978 wiedergegeben wurde, wo die

Überschrift lautet: „Kreisky: Keine Finanzhilfe für die verstaatlichte Industrie.“ Und dann geht es weiter:

Die österreichische verstaatlichte Industrie wird keine Finanzhilfen des Bundes erhalten, jedoch hoffnungslos defizitäre Betriebe schließen dürfen. Die Vollbeschäftigungspolitik dürfe nicht jene Grenze überschreiten, wo Betriebe ins Mark getroffen werden.

Das ist die Äußerung, die hier in der Zeitung steht. Eine andere Quelle stand ja auch dem Kollegen Mock nicht zur Verfügung, und die hat er zitiert. Wenn das unrichtig ist, Herr Bundeskanzler, dann ist das vielleicht in der Zeitung falsch zitiert worden. Da müssen Sie dann sagen, daß das nicht stimmt. Aber das ist ja Ihre Angelegenheit. Uns stand ja nur dieses zur Verfügung.

Nun eine weitere Frage, um die es hier geht, und zwar das Problem der Hilfe für die verstaatlichte Industrie. Ich bin der Meinung, daß es Situationen geben kann, wo man eben wirtschaftspolitisch Hilfestellung leisten muß. Das paßt ja durchaus auch in das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Es ist ja nicht so, daß man keine Hilfestellung gibt, wenn Betriebe aus Gründen in Schwierigkeiten kommen, wo man sagen kann: Es ist vertretbar, daß man Hilfe gibt, damit sie aus diesen Schwierigkeiten damit wieder herauskommen können. Das widerspricht überhaupt keinen marktwirtschaftlichen Prinzipien, jedenfalls keinen Prinzipien, wie wir Marktwirtschaft verstehen. Das haben wir oft gesagt.

Aber lassen Sie mich nur ein paar Sätze dazu sagen, weil hier auch der Eindruck entstehen könnte, daß Sie die Auffassung oder die Meinung vertreten: Na ja, diese ÖVP meint das ja nie so, es ist immer unehrlich und unernst, wenn sie etwas im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie sagt. – Der Herr Abgeordnete Hellwagner hat das ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er gesagt hat: Alles, was die ÖVP macht, ist unernst, ist unehrlich; für die Verstaatlichte hat sie nie etwas übrig gehabt.

Ich wiederhole: Wir haben für die Verstaatlichte genauso viel übrig wie für jede andere Industrie. Ich sage Ihnen nur ein Beispiel aus der Zeit, in der Sie in Opposition gewesen sind und die Österreichische Volkspartei allein regiert hat. Da ging es damals der Elin sehr schlecht, sie piff also sozusagen am letzten Loch. Die Elin-Sanierung war damals eine meiner ersten Tätigkeiten als Staatssekretär. Ich bin hier in dieses Hohe Haus mit einem Ministerratsbeschluß gekommen – und mußte ihn dann vertreten –, der der Elin 400 Millionen Schilling

Dr. Taus

Staatsgarantie geben sollte, um die ärgsten Schwierigkeiten von dem Unternehmen abzuhalten. Selbstverständlich hat die Österreichische Volkspartei diese 400 Millionen Schilling beschlossen. Das war damals der Beginn, die Basis der Elin-Sanierung, die ja heute so erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hat, daß schon jeder Redner über die gute Situation – wir wollen es nicht übertreiben; aber über die immerhin akzeptable Situation – der Elin hier diskutiert. Aber da hat es eine große Fraktion . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)* Gleich, Herr Abgeordneter Nowotny; gleich sage ich Ihnen etwas.

Da hat es eine zweite große Fraktion in diesem Haus gegeben, die Sozialisten. Man müßte doch meinen: Bei Ihrer Liebe zur verstaatlichten Industrie hätten Sie damals mit Freuden zugestimmt. O nein! Abgelehnt haben Sie damals die Garantie. Abgelehnt! Absaufen hätten Sie die Elin lassen, wenn es nach Ihnen gegangen wäre. Das ist Ihre Ehrlichkeit gegenüber den verstaatlichten Industriebetrieben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun aber – auch um der historischen Wahrheit die Ehre zu geben –: Die berühmte Kleßheimer Tagung, bezüglich der hier zum Ausdruck kam, als hätte die verstaatlichte Industrie damals der Republik Österreich, vertreten durch den Finanzminister Dr. Klaus, ein Notopfer zahlen müssen. Das war ganz anders. Ich war damals Konsulent im Finanzministerium und habe das aus nächster Nähe mitgemacht. Damals hatte die Verstaatlichte Industrie sehr große Steuerrückstände. Sehr große; ich kann es nicht mehr genau sagen; der Betrag war jedenfalls über 1 Milliarde Schilling; ich habe es nicht mehr genau im Kopf; aber man kann ja nachschauen. Damals ging es darum, daß die Unternehmungen Steuerrückstände bezahlen. Das war der Inhalt der Kleßheimer Tagung. Der Finanzminister Dr. Klaus hat mit dem damaligen Vizekanzler Dr. Pittermann, der für die Verstaatlichte verantwortlich war, ein Abkommen geschlossen, daß die Unternehmer in Raten ihre Steuerrückstände bezahlen.

Das war die Kleßheimer Tagung. Es ist den Staatsfinanzen durch die Verstaatlichte nicht geholfen worden, sondern man hat ein Agreement getroffen, daß sie ihre Steuerrückstände in einem bestimmten Rhythmus abdecken sollen. Das war die Situation damals. Nur um der Wahrheit die Ehre zu geben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist zwar heute nicht das Thema – aber der Herr Bundeskanzler hat es angeschnitten und ich möchte es nicht unwidersprochen lassen –, die Frage des sogenannten kooperativen Bundesstaates, wie Sie das nennen. Wie ist denn das

heute? – Sie haben das auch so dargestellt, Herr Bundeskanzler, als wäre die jetzige Situation so, daß die Länder nun ungeheure Kompetenzen haben. Aber in Wahrheit spielen sich doch die Dinge ganz anders ab: Der Bund ist ja auf Grund seiner Budgetsituation überhaupt nicht mehr in der Lage, die ihm kompetenzmäßig zustehenden Aufgaben zu erfüllen. Also zum Beispiel der Bundesstraßenbau, der Autobahnbau, der Schulbau und so weiter. Ich kann Beispiele noch und noch anführen.

Was geschieht jetzt? – Nachdem der Bund kein Geld hat, geht er zu den Ländern – obwohl es eine Aufgabe des Bundes wäre – und sagt: Du Land kriegst die Straße, kriegst die Schule unter einer Voraussetzung: du mußt sie vorfinanzieren, du mußt Beiträge leisten, obwohl das gar nicht Aufgabe der Länder ist.

Meine Damen und Herren! Der sogenannte kooperative Bundesstaat ist ja im Augenblick nichts anderes als ein Versuch des Bundes, Aufgaben, die ihm zustehen, weil seine Kassen leer sind, abzuwälzen auf die Länder, die besser gewirtschaftet haben als er. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da muß man schon bei der Wahrheit bleiben, dann sieht man, daß die Situation etwas anders aussieht. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)* – Heiterkeit bei der ÖVP. – *Ruf bei der ÖVP: Der Herr Professor ist zu spät gekommen!* Ich komme auf Sie, Herr Professor, noch zurück.

Es kommt nur noch eine Frage, ich möchte keine währungspolitische Diskussion hier haben. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)* Nein, nein. Sie wissen genau, daß manche Ihrer Gesinnungsfreunde im Ford-Institut ja gar nicht so sehr davon überzeugt sind, daß der Bund einen konjunkturpolitischen Beitrag überhaupt geleistet hat, aber bitte, setzen Sie sich einmal mit denen auseinander, dann kommen Sie wieder hierher und erzählen Sie das weiter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur währungspolitischen Frage ist erst in diesen Tagen eine Arbeit erschienen. Herr Bundeskanzler, ich weiß, Sie haben im vergangenen Sommer eine riesige Diskussion provoziert, indem Sie eine andere Meinung vertreten haben, als Sie sie, glaube ich, jetzt im Augenblick vertreten, aber da müßte ich jetzt wieder nachschauen. Der Finanzminister hat auch wieder eine andere Meinung vertreten, und der Notenbankgeneraldirektor Dr. Kienzl hat auch wieder eine andere Meinung vertreten in der Währungspolitik.

Das ist eben Ihre Art von Meinungsvielfalt, nur in der Währungspolitik sollte man sich die nicht leisten. Da leidet die Wirtschaft unter der

10112

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Taus

Meinungsvielfalt der Sozialistischen Partei. Steuern Sie einen geraden und klaren Kurs, das Beste, das Sie tun können. Das haben Sie bisher noch nicht fertiggebracht, das möchte ich auch hier festhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun die Stellungnahme zu der Frage Soziale Marktwirtschaft. Ich habe eine schriftliche Äußerung von Ihnen, Herr Bundeskanzler, vor Augen. Ich könnte auch andere zitieren, aber diese ist mir gerade geläufig, ich habe die Unterlage nicht da. Sie haben einmal einen Briefwechsel zwischen Ihnen, dem Herrn Brandt und dem Herrn Palme veröffentlicht, und darin steht von Ihrer Feder geschrieben der Satz: Es wird zu einer Renaissance der Planwirtschaft kommen. – Ich hoffe, es kommt zu dieser Renaissance der Planwirtschaft nicht, und die sozialistischen Parteien werden hoffentlich nicht mehr stark genug sein, um diese Renaissance der Planwirtschaft durchzuführen; auch ein Faktum, das ich hier festhalten möchte.

Nun zur Sozialen Marktwirtschaft: Natürlich, man kann über jedes ökonomische System diskutieren. Wir bekennen uns zu dieser Sozialen Marktwirtschaft, und bei Ihnen ist das hie und da einmal ein halbes Lippenbekenntnis. Sie reden hie und da einmal, wenn es Ihnen gerade in den taktischen Kram paßt und Sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, davon, daß es auch einen Markt geben soll. Und jetzt haben Sie hier ein Beispiel angeführt, Herr Bundeskanzler, nämlich gerade im Bereich der Rohstoffe, das man an sich überhaupt nicht anführen kann in diesem Zusammenhang, denn hier geht es ja um etwas anderes. Hier geht es darum – ob es dazu kommt, ist ja eine andere Frage –, daß gegenüber den Ländern, die diese Rohstoffe produzieren, das sind in der Regel Länder der Dritten Welt, über den Weg eines Rohstoffpools eine Art von Beitrag, von höherem Beitrag zur Entwicklung geleistet wird, als das derzeit der Fall ist. Das hat im Augenblick mit den marktwirtschaftlichen Systemen der westlichen Welt überhaupt nichts zu tun, sondern das wird unter einem ganz anderen entwicklungspolitischen Aspekt diskutiert. Ich bitte das hier zu berücksichtigen, sonst kommt man zu völlig falschen Schlüssen.

Und dann kommt immer die klassische Meinung von Ihnen: Da gibt es eben soundso viele Arbeitslose. Sie sind da sehr schnell mit 20 Millionen im Hause. Das ist eine gewaltige Zahl, und jeder von uns weiß, am liebsten ist es uns, wenn es keinen Arbeitslosen gäbe. Keinen, das weiß jeder. Es gibt, glaube ich, niemanden in diesem Hohen Haus, den man verdächtigen soll, daß er Arbeitslose wünscht.

Aber jetzt möchte ich Ihnen auch etwas sagen. Das ist eine unangenehme Zahl, ob es jetzt 16,

15, 14 oder 20 oder 21 sind. Ganz gleichgültig, sie ist zu hoch, wir wollen sie wegbringen. Aber ich sage Ihnen: Dieser Teil der westlichen Welt, in dem wir leben – Gott sei Dank –, ist jener Teil der Welt, in dem es die geringsten Arbeitslosigkeiten relativ zur Bevölkerung überhaupt gibt. Denn ich sage Ihnen, in den Entwicklungsländern ist überhaupt nicht feststellbar, wie hoch die Arbeitslosigkeit ist; dort gibt es versteckte Arbeitslosigkeit, Hunger. Aber auch in den sozialistischen Planwirtschaften des Ostens, meine Damen und Herren; Sie glauben doch nicht, daß dort eine Vollbeschäftigung herrscht, wie wir sie verstehen. Das heißt, trotz Beschäftigungsproblemen im Westen, die schwierig sind, die jeder weg haben will und von denen wir auch glauben, daß sie wegzubringen sein müssen, ist trotzdem die westliche Welt noch immer in einer ungleich besseren Situation als alle anderen Teile dieser Erde. Und das, bitte, ist ein Verdienst des marktwirtschaftlichen Systems und nicht der von Ihnen vertretenen Planwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun einen Satz auch noch zum Herrn Abgeordneten Hellwagner, der meinte, daß wir das Ansehen der verstaatlichten Industrie herabsetzen. Wenn Sie das so pauschal sagen, ich fühle mich nicht betroffen, weil ich mich nicht erinnern kann, daß ich irgendwann und irgendwo einmal das Ansehen der verstaatlichten Industrie herabgesetzt hätte. Das müssen Sie mir erst nachweisen, daß ich das getan habe. Aber: Ich kann das Ansehen von Unternehmungen ja überhaupt nicht herabsetzen, es sei denn, ich sage irgendwelche Gerüchte oder ähnliches über sie, wenn sie eine gute Bilanz, gute Produkte und hohe Gewinne haben. Wie soll ich das herabsetzen? Soll ich sagen, die sind so schlecht, weil sie hohe Gewinne haben und weil sie gut beschäftigt sind und ähnliches mehr? Wie soll man das machen?

Wann beginnt denn die Diskussion? Die Diskussion beginnt doch immer erst dann, wenn Unternehmungen Schwierigkeiten haben. Sie werden heute von mir kein Unternehmensdetail hören. Ich werde mich nur an Zahlen halten, die veröffentlicht sind, obwohl man ja viel sagen könnte.

Gleich einmal zum ersten Punkt: Wir haben die Verstaatlichte herabgesetzt. Jetzt möchte ich auch hier etwas dezidiert festhalten: Wenn die Verstaatlichte in einem solchen Zustand wäre wie im Jahre 1970, als wir die Mehrheit in diesem Hohen Haus verloren haben, dann, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, könnten Sie voll zufrieden sein. Daß wir heute darüber diskutieren, daß es nicht so ist, das ist immerhin in Ihrer Regierungspe-

Dr. Taus

riode passiert, und es war für keine Industrie lustig.

Nun lassen Sie sich noch eine Zahl nennen, und das ist eine entscheidende Frage.

Sie wissen, meine Meinung ist, daß Österreich in dem Industrialisierungsprozeß, in dem wir stehen, noch lange nicht am Ende ist, das heißt, ich leugne, daß für Österreich so etwas wie eine postindustrielle Periode schon begonnen hat. Ich leugne es. Ich bin der Überzeugung, daß es bei uns noch, ich bin kein Prophet, 10, 15, 20 Jahre Industrialisierung geben muß und weiter geben wird.

Was ist aber in den letzten vier Jahren passiert? Wir haben in unserem Land mit ein paar statistischen Korrekturen und mit dem Nachhause schicken von Gastarbeitern immer imposante Beschäftigtenzahlen ausgewiesen. Wo sind diese imposanten Beschäftigtenzahlen? Bitte, nicht in der Industrie. Da haben wir eine ganz schlechte Entwicklung. Wir haben eine Spitze der Industriebeschäftigten Ende 1973 gehabt, Oktober oder November, ich habe es jetzt im Detail auch nicht im Kopf, da haben wir 686 000 Industriebeschäftigte gehabt, das war für Österreich damals die Spitze nach unseren Statistiken. *(Abg. Hellwagner: Aber doch nicht nur in Österreich! Auf der ganzen Welt! Man kann doch den Markt 1970 nicht mit 1978 vergleichen!)* Moment, lassen Sie mich ausreden, ich gebe Ihnen gleich die Antwort darauf.

Wir haben also 686 000 Beschäftigte gehabt, und wir haben jetzt, wenn es hoch geht, noch 618 000 oder 617 000. Ich habe die letzte Zahl nicht mehr genau im Kopf. Das heißt, wir haben rund 70 000 Industriearbeitsplätze innerhalb von vier Jahren im Land verloren.

Sie zucken mit der Schulter, Herr Hellwagner! Doch gerade die Industriepolitik war das Anliegen Ihrer Regierung. Na, wenn ich jetzt um mehr als 10 Prozent Industriebeschäftigte weniger habe als 1973, dann hat offensichtlich in der Industriepolitik Ihre Regierung versagt, sonst hätten wir nämlich viel weniger Arbeitsplätze verloren. Das war die entscheidende Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher reden wir ja von der dritten Industrialisierungswelle, daher reden wir ja davon, meine Damen und Herren, und jetzt kommen wir zum Entscheidenden, daß wir das Investitionsklima in diesem Lande verbessern wollen. Glauben Sie, es investiert jemand in einem Land, in dem die Steuerpolitik alle fünf Minuten geändert wird, in dem die Währungspolitik alle fünf Minuten geändert wird? Glauben Sie, es investiert jemand? *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: O ja: BMW, Philips, alle investieren!)*

Wunderbar, jetzt komme ich gleich darauf zu sprechen.

Herr Bundeskanzler! Ich freue mich darüber, daß das zustande kommt, ich kenne die Projekte, ich freue mich darüber, es ist Gott sei Dank kein Austro-Porsche gewesen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, die entscheidende Frage: Von den Leuten investiert ja keiner mehr, denn keiner sagt, herrlich, dort kann man investieren. Da muß man doch vorher weiß Gott welche Belege hinlegen, damit sie überhaupt den Finger rühren, das ist doch das schlechte Investitionsklima, das ist doch das Problem. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das machen alle Staaten!)*

Nein, das machen nicht alle Staaten, Herr Bundeskanzler. Das müssen Sie mir nachweisen, daß das so wie bei uns gemacht wird. Bitte, ich warte darauf. Ich bin bereit, eine neue Diskussion darüber zu haben, hier in diesem Hohen Haus oder wo immer Sie wollen.

Das bedeutet, unser Investitionsklima ist schlecht. Warum ist es schlecht? *(Abg. Dr. Fischer: Durch Reden wie Ihre!)* Doch nicht, weil Sie eine so gute Wirtschaftspolitik machen, sondern einfach deshalb, weil die Leute verunsichert sind. Das ist doch das zentrale Problem, um das es hier geht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt nur noch eine technische Frage. Wir diskutieren heute Ihren Bericht, Herr Bundeskanzler, an den Nationalrat, der wie üblich zusammengestellt ist. Sie wissen ja, daß gemäß § 2 des ÖIAG-Gesetzes, der damals von Ihrer Partei verlangt wurde, dieser Bericht jährlich diskutiert wird, und ich bin durchaus dafür, daß das geschieht, da die verstaatlichte Industrie in der ÖIAG zusammengefaßt ist.

Ich hätte nur einen Hinweis, da Sie ja doch hie und da sagen, wir müssen sparen. Eigentlich könnten Sie sich diese Arbeit sparen. Der Bericht, ich will ihn nicht kritisieren, ich weiß, er wird gemäß einer langen Übung erstellt. Es ist nur ein Vorschlag, eine Anregung, wir hätten das in früheren Jahren auch schon sagen können, der Bericht ist so ein bisserl im Stil des Berichtes über den VEB, Eisen und Stahl, abgefaßt. Also das muß ja nicht sein, schade um die Arbeit.

Die ÖIAG hat einen wirklich guten Geschäftsbericht. Der ist gut. Da steht viel mehr drinnen, der ist viel informativer, diskutieren wir über diesen Bericht, da gibt es nur einmal eine Arbeit, die ÖIAG muß dies ohnedies machen, man kann ja noch Erläuterungen dazu geben, und wir ersparen uns die administrative Arbeit einer ganzen Reihe von sicherlich braven Leuten. Da steht viel mehr drinnen.

10114

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Taus

Damit komme ich also jetzt zu den Problemen der verstaatlichten Industrie, die wir heute einmal diskutieren sollten. Denn da drinnen steht ja das, was man braucht: Bilanzzahlen. Drüben steht der Zustandsbericht. Die Bilanzen und die zahlenmäßigen Unterlagen sind ja nichts anderes als das in Ziffern festgehaltene Bild eines Unternehmens. Und da sind wir halt im verstaatlichten Konzern, im ÖIAG-Konzern, zurzeit in einer schlechten Lage.

Ich gehe jetzt nicht her und mache die Unternehmungen schlecht, ich sage auch gar nicht, daß keine Finanzhilfe des Staates gegeben werden soll. Ich sage das nicht der öffentlichen Hand. Ich möchte Ihnen nur ein paar Hinweise geben, unsere Meinung.

Ich nenne Ihnen ein paar Punkte, Vorschläge, über die man reden könnte.

Wir wollen ja darüber reden. Wir wollen ja haben, daß die Leute in der Verstaatlichten ihren Arbeitsplatz haben und daß die sich entwickelt, ertragsstark, wachstumskräftig wird.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich schlafe viel ruhiger, wenn ich ein paar Hundert Millionen Gewinne habe, als wenn ich ein paar Hundert Millionen Verluste habe. Da schlafe ich viel ruhiger. Nicht wahr? Eine schöne Sache. Da muß man schauen, daß man wieder hinkommt, daß man wieder hinkommt, nicht wahr. Und jeder von uns will einen ruhigen Schlaf haben. Wir wünschen auch dem politischen Gegner keinen unruhigen Schlaf, so sind wir ja nicht, wir sind ja immer eine großzügige Partei gewesen. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Am liebsten wäre es Ihnen, wenn wir viel schlafen!)* Herr Bundeskanzler, natürlich wäre es uns am liebsten, wenn Sie viel schlafen, da täten Sie ja viel weniger anrichten können. Wir gönnen es Ihnen ja. *(Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Gratuliere zum Niveau!)*

Herr Dr. Fischer! Sie haben gerade vom Niveau gesprochen. Wie niveauvoll haben Sie gesprochen, Herr Dr. Fischer? Den Unterschied möchten Sie Klavier spielen können, oder wie ist das. *(Abg. Dr. Fischer: Ist ein alter Spruch!)* Ich weiß es, ungeheuer niveauvoll. Aber das macht nichts.

Meine Damen und Herren, jetzt noch ein paar Punkte zur Verstaatlichten. Zunächst einmal zur Eisen- und Stahlindustrie. Ich bin der Überzeugung, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie aus den Schwierigkeiten, in der sie sich, wie auch andere Stahlindustrien in der westlichen Welt, befindet, herauskommen kann.

Ich glaube auch - ich bin überzeugt davon -, daß man ihr dabei helfen muß, und zwar Zug um Zug, das heißt in dem Moment, wo vom

Management das Konzept vorliegt, welches man braucht, um wieder in die schwarzen Zahlen hineinzukommen, weg von den roten Zahlen. Dann muß man ihnen die Finanzmittel dafür geben. Sie haben ihnen ja erklärtermaßen die zwei Milliarden, die Sie versprochen haben bei der Fusion, nicht gegeben. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: O ja!)*

Ich bin neugierig, wie Sie es nachweisen, Herr Bundeskanzler, daß sie es gekriegt haben. Kredite haben sie gekriegt, Anleihen, aber sonst haben sie nichts gekriegt.

Jetzt darf ich folgendes dazu sagen: Wir, die Österreichische Volkspartei, sind bereit, wenn es hier darum geht, die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie, die zurzeit in einem beinhalten internationalen Konkurrenzkampf steht, wieder in den Ertrag zu bringen. Aufgabe des Managements, der Organe ist, daß diese Richtung wieder stimmt, man wieder in die schwarzen Zahlen kommt, wieder Erträge macht.

Wenn das schnell geht und Sie noch an der Regierung sind, dann werden wir Ihnen dabei helfen, werden Sie nicht im Stich gelassen werden, wenn Sie es nicht allein machen. Ich sage Ihnen das, weil das für uns zu wichtig ist. Da geht es um einen harten Kern der österreichischen Industrie, von dem leben wir ja alle, da leben ja Hunderttausende von Menschen davon. Da leben ja nicht nur die 80 000 Beschäftigten und ihre Angehörigen oder die 75 000 oder wie viele es jetzt sind davon, sondern da leben ja... Was weiß ich? Das ist ein Multiplikator von wahrscheinlich acht bis zehn. Das ist eine entscheidende Frage.

Nur, Herr Bundeskanzler, eines ist auch klar: Verstaatlichte Industrie so als Spielwiese für ideologische Experimente zu machen, da werden wir mit Ihnen nicht mitgehen, sondern die verstaatlichte Industrie hat genau nach dem gleichen erwerbswirtschaftlichen Prinzip anzutreten wie alle anderen Industrien auch. Wenn man das nämlich nicht tut und irgendwelche gemeinwirtschaftlichen Träumereien in diese Industrie hineinbringt, dann werden wir sie trotz Finanzhilfen, trotz Finanzunterstützungen nicht herausziehen können, überhaupt nicht herausziehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Herr Bundeskanzler. Nur ein paar Gedanken noch dazu. Sie diskutieren - das ist Ihre Sache - um weitere Belastungen, die dem Konsumenten oder wem immer dann noch auferlegt werden, unter anderem diskutieren Sie also auch über eine Erhöhung der Bundesmineralölsteuer um 30 Groschen. Diskutieren Sie das, aber wir haben eine einzige fette Kuh in der verstaatlichten Industrie, die letzte fette Kuh - auf Siemens

Dr. Taus

komme ich noch zu sprechen, Herr Professor Dr. Nowotny –, die letzte fette Kuh, das ist die ÖMV.

Wir sind froh darüber, daß die ÖMV eine fette Kuh ist, sie hat selber gut gewirtschaftet, natürlich, als Energieunternehmen steht sie auch in der Sonne, das ist ja jedem zu gönnen, so etwas gibt es im Leben eben auch.

Das ist die einzige, die Dividenden größeren Ausmaßes zahlt, ich habe mir das jetzt hergenommen. Die ÖMV hat immerhin im Jahre 1976 135 Millionen Dividenden bezahlt, 180 Millionen Dividenden für das 1977. In Wahrheit ist die ÖMV also die letzte große Dividendenzahlerin in der verstaatlichten Industrie. Das muß man wissen.

Jetzt ist eine Frage, über die man halt diskutieren kann ...

Herr Bundeskanzler, es ist nur eine Anregung, ich weiß, da gibt es juristische Schwierigkeiten, aber so was kann man ja regeln.

Und wenn die SPÖ also jetzt hergeht und um 30 Groschen die Bundesmineralölsteuer erhöht – ich habe es mir nicht ausgerechnet und auch die Unterlagen jetzt gar nicht gehabt, ich habe auch mit niemandem von der ÖMV geredet, die hätten mir sicher sagen können, was das kostet.

Also ich weiß nicht, über den Daumen gepeilt sind es 300, 400, 500 Millionen, je nach Absatz, also so zwischen 300 und 500 Millionen, schätze ich, wird das kosten.

Nun bin ich immer auf dem Standpunkt gestanden, daß man gute Unternehmungen nicht ausnehmen darf wie eine Weihnachtsgans, weil das nur schlecht ist. Das soll man nicht tun. Ich habe mich auch immer gewehrt, daß die guten Unternehmungen ausgeplündert werden, sondern ganz im Gegenteil, ich war immer dafür, daß die guten Unternehmungen forciert werden, daß sie noch besser werden, weil das ja für die Wirtschaft und für alle das beste ist. Aber in dem Fall, überlegen Sie doch einmal, dort drinnen haben Sie genau die Mittel, einen Teil der Mittel, die Sie in anderen Bereichen zur Sanierung brauchen. Dort nehmen Sie ihnen 300, 400, 500 Millionen, ich weiß es nicht, vielleicht sind es 550, vielleicht sind es nur 350, ich weiß es nicht, weg.

Ich weiß schon, der Straßenbau ist wichtig, aber Ihr Budget ist desolat, das leugnen Sie ja selber nicht mehr, aber da gibt es eine Chance.

Aber da gibt es ja eine Chance, etwas zu tun für die übrigen, vor allem für die Eisen- und Stahlindustrie. Kollege Hellwagner paßt jetzt sehr genau auf, denn die VMW ist ja auch in keiner rosigen Situation.

Aber jetzt geht es einmal um die Stahlindustrie. Überlegen Sie, ob da nicht eine Chance besteht. Das ist ja die Funktion auch einer Holding, einer Finanzholding, wie wir es verstehen in der Österreichischen Volkspartei, da muß es schon einen Mitteltransfer zwischen den Unternehmungen geben können, ohne daß man die guten Unternehmungen in ihrem Wachstum bremst. Das war die Grundidee der ÖIAG seinerzeit. Daher überlegen Sie, was Sie hier tun. Sie haben eine absolute Mehrheit, zwar nur hauchdünn, aber Sie können alles durchziehen; da gibt es in dieser Grundüberlegung eine Chance für die Verstaatlichte.

Wie gesagt, es ist die einzige und letzte fette Kuh, die wir haben. Daher sollte man sie doch ein bißchen dazu verwenden, um anderen zu helfen, damit sie auch wieder gut werden, damit sie wieder aus den roten Zahlen herauskommen. Eine ganz einfache Überlegung, die jede Finanzholding der Welt macht.

Aber weil ich jetzt schon x-mal Finanzholding gesagt habe: diese Diskussion um das Weisungsrecht, Gott sei Dank, ist es jetzt ruhiger darum geworden. Herr Bundeskanzler, es gibt keine stärkere Position, die einer haben kann, als hundertprozentiger Aktionär. Wenn er sich da nicht durchsetzt, dann stimmt irgend etwas nicht. Denn der hundertprozentige Aktionär setzt sich eben durch mit seinen Ideen. Er wird nur nicht so unklug sein und wird sagen, ich mische mich in die Betriebsführung hinein, sondern er wird schauen, daß es ein gutes Management gibt, und er wird schauen, daß das Management seinen Aufgaben nachkommt, daß die Organe gut besetzt sind.

Ich war daher immer dafür, Herr Bundeskanzler, wie Sie wissen, daß viele ÖIAG-Vertreter in die Aufsichtsräte gewählt werden, weil das ihre Funktion mit ist und ihre Verantwortung, für die sie auch haftbar gemacht werden können, wenn es schiefgeht; das war immer mein Konzept. Und es war immer unser Konzept, daß man hier die Finanzholding mit ihrem hundertprozentigen Aktienbesitz agieren lassen kann.

Ihre Aufgabe, Herr Bundeskanzler: Sie sind wieder hundertprozentiger Aktionärsvertreter der ÖIAG. Daher sagen Sie nicht, Sie haben dort nichts zu reden, der hundertprozentige Aktionär kann dort alles, vor allem personalpolitisch durchsetzen, was er für richtig und für zweckmäßig hält. Daher haben Sie natürlich einen Durchgriff. (*Abg. Dr. Kreisky: Das werde ich mir merken!*) Sie können sich das ruhig merken. (*Abg. Dr. Gruber: Er weiß es „eh“ schon lange!*)

Aber Sie wissen doch, Herr Bundeskanzler: Nicht nur die Sozialistische Partei hat gute

10116

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Taus

Leute, auch andere haben gute Leute. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Jetzt sind wir gleich bei den guten Leuten, Sie haben mich auf eine Idee gebracht. Ich werde Ihnen ein paar personalpolitische Fragen sagen, mit denen ich nicht einverstanden gewesen bin, weil ich sie für falsch gehalten habe.

Ich beginne gleich einmal bei einer so schwierigen Unternehmensgruppe wie der VEW. Die Fusion der VEW hat immerhin bedeutet, daß sich Böhler, Schoeller und die Styria zu einer Gruppe zusammenschließen; das war für das Management dort eine ungeheure Aufgabe, denn jeder, der die drei Unternehmungen vorher gekannt hat, der weiß ja, was dort los war und wie unterschiedlich die Betriebe waren.

Wir haben Ihnen damals, ich selber, Herr Bundeskanzler, habe Ihnen damals gesagt, ich glaube, daß in diesen Vorstand zwei Techniker hineingehören, mindestens zwei, habe ich sogar gesagt, weil das ein technisch schwieriger Betrieb ist; er ist metallurgisch schwierig, und er hat auch einen großen Finalbereich. Und es kam dann nur ein Techniker hinein, der gar nicht aus den fusionierten Unternehmungen kam, und zwar aus politischen Gründen. Ich habe überhaupt nichts gegen den Herrn Oberdorfer, Sie wissen, daß ich gegen den nichts habe. Es kam der zweite nicht hinein, ich habe sogar Namen gesagt, gar keinen ÖVP-Mann, Plöckinger habe ich gesagt. Aber wissen Sie, warum Sie es nicht gemacht haben? (*Abg. Dr. Kreisky: Wollen Sie hier wirklich Namen diskutieren?*) Überhaupt nicht.

Wissen Sie, warum Sie es nicht gemacht haben, Herr Bundeskanzler? Weil Sie damit unter Umständen nicht die Mehrheit im Vorstand gehabt hätten. Eine politische Überlegung war es, warum die jetzt einen Techniker zu wenig im Vorstand haben. Das soll auch einmal hier festgehalten werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nur deshalb, weil Sie Ihre politische Macht nicht aus der Hand geben wollten, nur deshalb! (*Abg. Dr. Kreisky: Herr Dr. Taus! Sie wollen hier wirklich Personenfragen diskutieren?!*)

Keine Personenfrage, es ging um den zweiten Techniker im Vorstand, sonst gar nichts anderes; keine Personenfrage, kein schlechtes Wort über den Herrn Oberdorfer. Er ist gut, habe ich gesagt. (*Abg. Dr. Kreisky: Auf der Ebene wollen Sie diskutieren?*)

Ja, ich bin gerne bereit, wenn Sie's wollen. Ich tue es nicht, ich schneide es von mir aus nicht an, aber das ist eine grundsätzliche Frage. Sie haben aus politischen Gründen den Vorstand dort so besetzt, daß dort ein Techniker fehlt. (*Abg. Dr. Kreisky: Ihr Mann ist doch der Vorstand bei dem schlechtesten Unternehmen,*

das wir haben; der soll sich durchsetzen!) Das ist ein guter Mann, das ist ein ausgezeichnete Mann. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ja!*)

Ein zweiter Techniker gehört in den Vorstand hinein, nur damit Sie die Mehrheit haben, weil Sie drei Sozialisten drinnen haben, aber es ist der nicht dazu gekommen. Na das soll einmal in die Öffentlichkeit, wie dort agiert wird. Ich weiß schon, das ist Ihnen unangenehm, aber es soll Ihnen ja unangenehm sein. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Kreisky: Das ist eine bodenlose Gemeinheit!*)

Nun komme ich zum Herrn Abgeordneten Nowotny.

Herr Abgeordneter Nowotny, Sie haben gerade das Wort „Siemens“ in die Diskussion geworfen. Ich nehme an, Sie haben die Unterlagen nicht genau gelesen. Wissen Sie, wer der zweitgrößte Dividendenzahler in der Verstaatlichten ist? Von 43,6 Prozent – so hoch ist der Anteil der ÖIAG an Siemens – kriegen die fast 40 Millionen Dividenden. (*Abg. Dr. Nowotny: Sonst hätten sie sie von 100 Millionen bekommen!*) So hätten sie überhaupt keine bekommen, weil die Betriebe fertig waren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Professor, ich hoffe, das lehren Sie Ihre Studenten nicht. Ich fürchte sehr um die Armen und um ihre Ausbildung. Sie wissen doch, wie die WSW und wie die Starkstromwerke dastanden, oder wenn Sie es nicht wissen, bin ich bereit, es Ihnen aufzuzeigen. Nicht einen Schilling hätten Sie bekommen, hineingesteckt hätten's dort Geld und jetzt bekommen Sie 40 Millionen. Nicht schlecht, nicht schlecht! (*Abg. Dr. Nowotny: Herr Dr. Taus, glauben Sie noch immer, daß wir auf die Deutschen warten müssen? Glauben Sie nicht an das österreichische Management? – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich glaube schon daran, aber mit Ihren Wirtschaftsprinzipien geht das nicht. Das ist die entscheidende Frage. Sie hätten ja das Gegenteil beweisen können, Sie haben ja lange genug die erste Geige in der verstaatlichten Industrie gespielt. Sie hätten ja etwas aus der Elektroindustrie machen können. Was haben Sie denn gemacht? – Verlustbetriebe haben Sie daraus gemacht, und jetzt sind diese aktiv und haben mehr Arbeitsplätze. Das ist der Unterschied! (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Gruber: Herr Professor Nowotny, im Parlament schauen eben die Dinge anders aus als auf der Universität Linz!* – *Abg. Fachleutner zum Abg. Dr. Nowotny: Geben Sie gefälligst die Hände aus der Hosentasche, Sie stehen ja da wie ein Halbstarker!* – *Abg. Dr. Fischer: Herr Präsident, einen Ordnungsruf für den Ausdruck*

Dr. Taus

„Halbstarker“! – Abg. Dr. Gruber: „Wie ein Halbstarker“ hat er gesagt!) Er kann sie ruhig drinnen lassen. Das sind ein paar Punkte, die ich herausgreifen möchte. (Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.)

Herr Abgeordneter Nowotny, seien Sie so nett und wiederholen Sie das, was Sie vorher gesagt haben. Wie ist das mit dem Ausverkauf, oder so irgendwas habe ich im Ohr gehabt? (Zwischenrufe. – Abg. Dr. Nowotny: Gegen Ihr Argument, wir kriegen jetzt deshalb soviel Dividende, weil wir vorher soviel abverkauft haben, gegen das möchte ich mich wehren! Das würde heißen, als Sanierungsrezept schlagen Sie Ausverkauf vor!) Ich komme gleich darauf zurück.

Wir haben also zwei Betriebe gehabt. Wenn Sie schon in die Geschichte hineingehen, so bin ich gerne bereit, Herr Professor, das hier gleichfalls zu tun. Wir haben gehabt die Wiener Schwachstromwerke und die Wiener Starkstromwerke. Die waren immer technisch von Siemens abhängig, wie Sie wissen, die konnten sich nie lösen in den ganzen 20 oder 25 Jahren oder wie lange das war. (Abg. Dr. Nowotny: Warum eigentlich?) Wahrscheinlich deswegen, weil also das Wirtschaftssystem, das Ihre Partei vertritt, ihnen diese Möglichkeit nicht gegeben hat. (Zustimmung bei der ÖVP.) Aber die entscheidende Frage, also jedenfalls eine Dividende haben wir von der WSW nie gesehen.

Wissen Sie auch, Herr Professor Nowotny, wie viele Leute in den beiden Betrieben damals beschäftigt waren? (Ruf bei der ÖVP: Jetzt ist es schmähst!) Also jetzt sind es 6 000 mehr. 6 000 mehr Beschäftigte in einem Unternehmensbereich, rund 6 000 mehr, wo wir insgesamt in Österreich 70 000 Industriebeschäftigte weniger haben, halte ich für einen Vorteil für Österreich. Aber ich weiß, Sie waren immer gegen diese Lösung. (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.) Die führen die Betriebe gut, ich kann Ihnen ja nicht helfen, die führen sie wirklich gut. Und unter Ihrer Führung hat es nicht geklappt, das ist der Unterschied. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Ich traue uns Österreichern viel zu, Mangel an Selbstbewußtsein gibt es bei mir nicht, ich glaube, wir können das machen, aber die Lösung damals war gut, die war gut, weil es die beste Möglichkeit war. (Abg. Fachleutner zum Abg. Nowotny: Setzen Sie sich nieder!) Es ist erlaubt, stehen zu bleiben.

Nun kommen wir zur zweiten Frage, und zwar zur Frage der ÖIAG, meine Damen und Herren. Ich wiederhole den Vorschlag, den ich gemacht habe, ich weiß schon, was er bedeutet. Ich glaube, daß die ÖIAG einen größeren Finanzie-

rungsspielraum benötigt. Wir sind ebenfalls bereit, darüber mit uns reden zu lassen. Das heißt, Sie werden hier in der Frage, wenn Sie das einbringen, auf keine tauben Ohren stoßen. Das möchte ich dezidiert hier sagen.

Ich habe gesagt, also eine Milliarde, höchstens zwei Milliarden höherer Haftungsrahmen. Ich halte es im Moment für notwendig für die ÖIAG. Ich habe zweitens gesagt: Ich bin sogar bereit, wenn man sagt, wofür und wo es hineingeht, 100 bis 200 Millionen Grundkapitalerhöhung der ÖIAG.

Das ist der Vorschlag gewesen, weil die ÖIAG im Interesse dieser Industriegruppe wieder manövrierfähig werden muß. Ich wiederhole diesen Vorschlag hier in diesem Hohen Haus, weil wir ja etwas Positives machen wollen! Das hat ja keinen Sinn, daß wir hier herumstreiten und daß jetzt in diesem Hohen Haus darüber diskutiert wird, daß die Siemens-Lösung schlecht gewesen ist. Das ist etwas, von dem ich glaube, daß es nicht vernünftig ist. Man sollte sich davon lösen.

Und nun möchte ich ein paar Fragen stellen. Die entscheidende Frage für mich ist: Ich glaube, man sollte darauf dringen zu fragen, was im Chemiebereich passiert. Mehr möchte ich nicht sagen. Man sollte darauf dringen und fragen, wie es dort weitergeht. Wie geht es im Chemiebereich weiter? – Ich will nicht mehr tun, als diese Frage hier zu stellen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Nun eine zweite Frage. Ich möchte auch fragen, wie es bei der VMW weitergeht. Die VMW hängt nach wie vor an Ranshofen. Ist es dort positiv oder negativ, dann ist es eben positiv oder negativ. Alle anderen Betriebe rundherum aus der Fusion heraus bringen, bitte schön, keine Erträge. Wie geht es dort weiter? Das ist die zweite Frage. Eine entscheidende und wichtige Frage: Wie geht es dort weiter? – Mehr will ich auch hier in diesem Hohen Hause dazu nicht tun.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, zum Ende kommen. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind durchaus bereit, hier zu bestätigen, daß für uns die verstaatlichte Industrie, wie das der Kollege Mock gesagt hat, weder etwas ganz Besonderes noch etwas ganz Schlechtes ist. Wir sehen keinen Unterschied zwischen privaten und staatlichen Unternehmungen. Staatliche Unternehmungen dürfen daher – das ist unsere Meinung – im Vergleich zu anderen Unternehmungen weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Und die gesamte Politik der Österreichischen Volkspartei, von der Schaffung der ÖIAG angefangen bis zu den Möglichkeiten für

10118

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Taus

verstaatlichte Unternehmungen, neue gewinnbringende und damit arbeitsplatzsichernde Produktionen aufzunehmen, war von diesem Grundgedanken getragen.

Ich bin stolz darauf, daß es gerade unter unserer Mehrheit war, daß der verstaatlichten Industrie das Tor aufgemacht wurde und daß sie es nützen konnte, wenn sie es fertiggebracht hat, und sie hat es Gott sei Dank in manchen Bereichen fertiggebracht. Aber ich glaube, wir können es uns nicht leisten, die verstaatlichte Industrie zum Spielplatz für politische und wirtschaftliche ideologische Spielereien jedweder Couleur zu machen. Ich kann mich daher auch mit Formulierungen nicht einverstanden erklären, die nichts anderes sagen, als daß sie ein Experimentierfeld für sozialpolitische Experimente sei.

Wir sind ein außenhandelsabhängiges Land, wir haben eine einzige Chance: mit unserer Wettbewerbsfähigkeit den wirtschaftlichen Fortschritt in diesem Land weiter zu forcieren. Wenn wir nicht wettbewerbsfähig sind, können wir diskutieren und reden, was immer wir wollen und wo immer wir wollen, wir werden nicht weiterkommen.

Daher kann es für uns, meine Damen und Herren, nur eine einzige vernünftige Möglichkeit geben, und diese vernünftige Möglichkeit muß und darf nur lauten: Die verstaatlichte Industrie muß wettbewerbsfähig sein, sie muß wachstumsstark sein, sie muß Erträge machen, sie muß Gewinne machen, dann sind die Arbeitsplätze sicher und unter gar keinen anderen Umständen. Dann ist das Selbstbewußtsein der Unternehmungen groß, und dann werden sie Leistungen erbringen können, wenn sie in diesem Bereich wieder drinnen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen auch hier sagen, daß wir in Österreich zu dem nächsten Sprung in der Industriepolitik ansetzen müssen. Ich weiß, das ist nicht leicht. Das wird kein leichter Weg sein, aber es ist einfach eine Faszination für die jetzt aktive Generation und auch für die kommenden Generationen, diesen Sprung durchzuführen. Und dazu ist es notwendig – ich sage das auch –, daß das Apparatschik-Denken bekämpft wird, wo immer es auftritt, daß selbstbewußt und dynamisch vorgegangen wird und daß wir einfach auch, Herr Professor Nowotny, auf die Kraft unseres Volkes vertrauen können.

Wir können darauf vertrauen. Denn die Wirtschaft, meine Damen und Herren, die wird von Menschen für Menschen gemacht. Und die Zukunft, die vor uns liegt, der technologische Sprung, den wir zu bewältigen haben, der übt

auf mich, und ich weiß, auch auf viele andere Menschen, eine faszinierende Wirkung aus.

Verluste zu finanzieren ist eine tödliche Angelegenheit und schafft eine Sklavenmentalität. Neue Ideen, neue Produkte dürfen an der Finanzierung in Österreich nicht scheitern. In dieser Hinsicht können alle wirtschaftlich Tätigen zur Österreichischen Volkspartei Vertrauen haben.

Wir werden diesen Sprung in die Zukunft schaffen! Auch in der verstaatlichten Industrie, meine Damen und Herren! *(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich feststellen, daß ich mir wegen des Wunsches nach einem Ordnungsruf das Stenographische Protokoll vorlegen lasse und nachher entscheiden werde.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Es ist grundsätzlich sehr erfreulich, von den beiden Oppositionsparteien zu hören, daß sie gewillt sind, uns bei der Finanzierung der verstaatlichten Unternehmungen hilfreich zur Seite zu stehen. Was uns aber bei der Behandlung dieser Frage so mißtrauisch macht, ist vor allem die Tonlage, mit der diese Hilfe angetragen wird, wie der Hinweis, daß es andere Finanzierungsquellen geben könnte, die wir allerdings seit 20 Jahren erörtern.

Herr Kollege Taus! Wenn Sie sagen, daß heute eine Hilfestellung beispielsweise in der Stahlindustrie vertretbar erscheint, dann schließe ich mich dieser Auffassung vorbehaltlos an. Die größte Kapitalzuführung, die je in einem Industrieunternehmen erfolgt ist, wird in Bälde durchgeführt. Wenn Sie dazu aber heute ja sagen und morgen dem Österreicher wieder erklären, ihm bliebe vom Einkommen nur ein Taschengeld, weil der Staat den Menschen verstaatlicht, und wenn Sie bei jeder Gelegenheit die sogenannte Belastungsquote in den Vordergrund stellen, ohne zu sagen, daß der Bund seit 1970 nicht stärker geworden ist, daß die Belastungszunahme auf die Länder, auf die Gemeinden und auf die Sozialversicherungsträger zurückzuführen ist, dann wirkt das Ganze eben nicht genügend glaubwürdig. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.)*

Wir sind gerne bereit, mit Ihnen darüber zu reden, wo der Staat auch weiterhin, auch künftig eingreifen soll. Wir sind auch gerne bereit, darüber zu reden, wo man auf eine staatliche

Wille

Hilfe verzichten kann, wenn wir diese Fragen in Ruhe diskutieren. Wenn Sie aber sagen: Zwei Tage arbeiten wir wöchentlich für den Staat!, und unter „Staat“ immer wieder den Bund meinen, dann werde ich skeptisch. Wenn wir auf einmal hören: Wir sind bereit, 1 Milliarde der verstaatlichten Industrie zuzuführen, wir verlangen zudem Steuerermäßigungen für Forschung und Entwicklung und wir verlangen zudem eine Reihe von rechtlichen Veränderungen in der Arbeitsverfassung auch für Fragen, die überhaupt kein Problem darstellen, die nur bürokratisch so gesehen werden können, dann verstärkt das unsere Skepsis. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Ich möchte das einmal dazu gesagt haben: Wir freuen uns, wenn Sie bereit sind, einer Finanzierung der verstaatlichten Industrie zuzustimmen, aber nicht immer wieder mit dem Hinweis: Wir haben zuviel Staat! Denn das erzeugt Widersprüche beim Staatsbürger, die schließlich nur zu einer Verdrossenheit und nicht zu einer positiven Einstellung führen können.

Ein zweites: Auch Kollege Taus hat gemeint, wir müßten die unnütze Frage diskutieren, ob wir uns denn zu irgendeinem kapitalistischen System oder zu einer Planwirtschaft im Sinne der zentralistischen Verwaltungswirtschaft bekennen. Ich glaube, es ist hinlänglich bekannt, daß die sogenannte „Soziale Marktwirtschaft“ ein von Ihnen besetzter Begriff für Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen, zweifellos nicht allzuweit entfernt davon ist, was wir unter „Gemischter Wirtschaft“ verstehen, unter der Symbiose zwischen Planung und Freiheit, weil wir genau wissen: ohne Freiheit keine sinnvolle Wirtschaft, ohne Freiheit keine sinnvolle Entwicklung des Menschen. Aber Freiheit kann ja nicht das bedeuten, was wir heute sehen.

Nehmen Sie doch die Weltpresse zur Hand: „Frankreichs Stahlriesen geben klein bei. – Verbindlichkeiten des Staates in Milliardenhöhe“. „Frankreichs Stahlindustrie – Letzter Akt des Dramas“. – In der „Frankfurter Allgemeinen“: „Das Debakel der französischen Stahlindustrie – Riesige Verluste und Schulden“. – „Lästige Begleitmusik für Sanierung der europäischen Stahlindustrie“. Saarland.

Das gleiche Problem. Wohin Sie sehen, Sie sehen eine riesige katastrophale Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige. Diese ist ja nicht darauf zurückzuführen, daß wir die Fähigkeit gehabt hätten, die wirtschaftliche Entwicklung oder die Stahlindustrie planmäßig voranzutreiben.

In Frankreich steht ein Stahlwerk, das noch

keinen Tag gearbeitet hat. In Italien wurden Gärten gerodet, um ein Stahlwerk zu bauen, aber es wurde kein Stein hingesezt. So schaut die Entwicklung heute aus!

Und Sie haben dann den Mut – und das ist eben das Entsetzliche! – in Ihren Unterlagen, die Sie der österreichischen Öffentlichkeit anlässlich Ihrer Enquete vorgelegt haben, eine Reihe von Berechnungen anzustellen, die alle negativ für die verstaatlichte Industrie ausgehen. Sie haben diese weltweite Tendenz natürlich nicht in Ihre buchhalterische Berechnung eingebracht. (*Abg. Dr. Taus: War das falsch?!*) Ja, aber natürlich, denn wenn ein Buchhalter die Investitionen addiert, ohne zu berücksichtigen, was auf dem Gebiete der Investitionen weltweit passiert ist, dann muß ich sagen: Das sind Buchhalter, aber keine Unternehmer. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Ich verwahre mich gegen die Abwertung der Buchhalter! – Heiterkeit.*)

Darf ich Ihnen das am Beispiel der Investitionen darlegen. Die ÖVP behauptet in ihrem Papier zur Enquete, daß die Investitionen während der ÖVP-Regierungszeit um 50 Prozent zugenommen, während der SPÖ-Regierungszeit aber um 20 Prozent abgenommen hätten.

Wie verhält sich das aber wirklich? Von 1966 bis 1970 wurden rund 3 Milliarden investiert, von 1971 bis 1977 rund 7 Milliarden. Natürlich kann man daraus errechnen, daß das auch ein Rückgang wäre. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Schaut man dagegen allerdings nach, wie hoch denn der Anteil der Investitionen der verstaatlichten Industrie an den Industrieinvestitionen war, dann sieht man, daß es von 1974 ansteigend bis 1978 36 Prozent waren.

Ich glaube, es ist doch eine andere Darstellung sinnvoll: Wieviel investiert die verstaatlichte Industrie heute, wieviel investiert heute die Konkurrenzindustrie und wieviel investiert die Industrie insgesamt?

Zu Ihrem Argument, die Zahl der Industriebeschäftigten wäre in den letzten Jahren rückläufig gewesen oder hätte nicht den Stand erreicht, den wir uns alle wünschen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist auch meine Auffassung. Mir wäre es sehr recht, wenn wir 50 000, 60 000, 70 000 Menschen insgesamt mehr in der Industrie hätten, aber das bezieht sich natürlich nicht nur auf die verstaatlichte Industrie. Denn es ist Ihnen ja schon gesagt worden, daß die Beschäftigtenzahl in der verstaatlichten Industrie – das wissen Sie ja zu genau, wir waren ja schon auf nur rund 100 000 Beschäftigten und liegen jetzt bei 115 000 – insgesamt, langfristig gesehen, als sehr positiv zu bewerten ist.

In Europa gibt es 6 Millionen Arbeitslose, in

10120

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Wille

Österreich gibt es keinen, weil sie im dritten Wirtschaftszweig untergekommen sind... (Abg. Dr. Taus: *Nicht übertreiben!*) Wir können darüber philosophieren, ob man bei 2 Prozent Arbeitslosen von Arbeitslosigkeit sprechen kann; darüber können wir auch philosophieren... (Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.) Ja, ja! Sie sind ja gegen die Bürokratie – nicht? – und gegen bürokratische Darstellungen. Zweifellos gibt es in Österreich 2 Prozent Arbeitslose, aber eine Arbeitslosenrate von 2 Prozent zählt eben in allen zivilisierten Ländern nicht nur zur Vollbeschäftigung, sondern eher noch zur Überbeschäftigung. Auf jeden Fall haben wir kein Problem Arbeitslosigkeit. (Abg. Dr. Taus: *Vorsicht!*) Ja, „Vorsicht“! Natürlich Vorsicht, da gebe ich Ihnen sehr recht. Vorsicht – aber die Vorsicht soll uns verbinden und nicht auseinanderbringen. (Abg. Dr. Mussil: *Wenn Sie gegen die Buchhalter sind...!*)

Aus diesem Grunde meine ich: Wenn erstmalig 2 800 000 unselbständig Erwerbstätige in Österreich in diesem Sommer beschäftigt waren, dann ist es doch zweifellos ein wirtschaftlicher Erfolg.

Und dann fragen Sie: Wer investiert denn in Österreich? In Österreich investiert man ja nur, wenn jemand was hinlegt – no na – wie jetzt in Oberösterreich 120 Millionen bei der Motorenproduktion; vielleicht 20 oder 30 Millionen die Stadt.

Herr Kollege Taus, Sie wissen doch zu gut, daß sogar das Ruhrgebiet um Investitionen bemüht ist und sie in hohem Maße begünstigt.

Und wenn Sie alle Defizite, die die Stahlindustrie heute weltweit hat – von Spanien über Jugoslawien über ganz Europa nach Schweden –, verfolgen, dann frage ich Sie: Was ist denn das anderes als Staatshilfe für Unternehmungen? Sie brauchen das, um weitere Investitionen zu begünstigen.

Ich möchte auch zu den Ausführungen des Kollegen Mock einiges sagen, bevor ich dann noch auf die Leistungen der verstaatlichten Industrie, die es ja auch in hohem Maße gibt, eingehen werde.

Wenn vor allem zur Sparsamkeit in der Stahlindustrie oder Staatsindustrie die Meinung vertreten wird: Sparsamkeit wird unterstützt, wir brauchen diese in allen anderen Bereichen, aber der Staat hat nicht einmal das Geld, um die notwendigen Gehälter der Staatsbeamten zu bezahlen!, ... möchte ich halt dazu auch sagen: Wo ist da die bürokratische Auffassung, wo ist die Tintenburg?

Herr Bundesparteiobermann Taus! Der Bund bietet den Beamten für ein Jahr 4,2 Prozent an –

doch für 340 000 Arbeiter und 150 000 Angestellte im Bereich der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und der Gewerkschaft der Privatangestellten wurde mit 3,6 Prozent abgeschlossen. (Abg. Dr. Taus: *Sie wissen, daß hier eine ungleiche Behandlung vorliegt, bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes! Das wissen Sie als Gewerkschafter genau!*) 4,2 Prozent sind abgelehnt worden (Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.) Ich weise Sie nur darauf hin, daß die Vertreter von zirka 500 000 Beschäftigten in der Industrie, die wirklich eine weltweite Konkurrenzsituation und zudem gar nicht die Gewißheit hat, daß es heute oder morgen nicht zu Kündigungen kommt, genötigt waren, mit 3,6 Prozent auf 12 Monate abzuschließen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.) Darf ich Ihnen sagen, daß diese Ungleichbehandlung uns sofort zu einem Streik veranlassen könnte. Wir Arbeiter sind genötigt, seit Jahren zuzusehen, daß die Angestellten einen Jahresbezug als Abfertigung kriegen, doch die Arbeiter haben ihn noch immer nicht!

Veranlaßt uns das in einer so schwierigen Situation, mit einem Streik zu drohen? – Wir kämen nicht auf die Idee. (Abg. Dr. Taus: *Da macht man halt nicht so eine ungleiche Behandlung!*) Die Ungleichbehandlung haben wir in vielen Zweigen. Die gleiche Behandlung zu erzielen, ist ein Weg, der über Jahre zu gehen ist. (Zwischenruf des Abg. Dr. Taus. – Abg. Dr. Fischer – zu Abg. Dr. Taus: *Jetzt haben Sie so lange geredet, jetzt lassen Sie ihn einmal reden!* – Abg. Dr. Taus: *Das ist ein Zwischenruf! Zwischenrufen darf man ja!*) Also, das möchte ich einmal gesagt haben.

Das weitere ist aber, ich frage mich... (Abg. Dr. Gruber: *Beim Nowotny haben Sie sich nicht aufgehoben, als er dauernd dreingeredet hat!*)

Herr Kollege Taus! Ich frage auch, was Sie, wenn Sie gegen die Apparatschiks von hier aus zu Felde ziehen und dabei immer die Tintenburg in den Mund nehmen, meinen. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu folgen. Ich kann Sie nicht verstehen. Ich möchte das vielleicht daran demonstrieren.

Ein Zentralbetriebsratsobmann eines großen verstaatlichten Unternehmens versucht, unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem Vorstandsmitglied, das Sie nominiert haben – ob nun der Rechtszustand so oder so auszulegen ist, ist für mich jetzt völlig zweitrangig –, die Lösung eines Problems zu finden, weil dem Unternehmen Hunderte Millionen fehlen. Tausende Mitarbeiter warten darauf. Und dieser Zentralbetriebsratsobmann regelt, mit dem Vorstand und mit dem zuständigen

Wille

Vorstandsmitglied, das Sie nominiert haben, das ist ja der größte Witz, das offene Problem.

Wissen Sie, was dann passiert? Dann kommt jemand vom Apparat, dann kommt einer aus der Tintenburg – das gebe ich Ihnen zurück, und ich meine den Kollegen Mock – und beleidigt in unerhörter Weise diesen so ehrlichen Mitarbeiter Kollegen Hellwagner, der seit Jahren in der Industrie nur bemüht ist, ein einvernehmliches, anständiges Verhältnis zwischen Vorstand und Betriebsrat herbeizuführen. *(Beifall bei der SPÖ.) – (Abg. Dr. Taus: Wo hat er ihn beleidigt?)* Indem man ihm vorwirft, er hätte die Interessen der Arbeiter nicht vertreten. *(Abg. Dr. Gruber: Da ist es um die Frage des Rechtsanspruches gegangen!)* Herr Kollege Gruber, ich schätze Sie viel zu sehr... *(Abg. Dr. Gruber: Es ist um die Frage des Rechtsanspruches gegangen!)* Wissen Sie, daß die Frage des Rechtsanspruches heute in dutzenden Betrieben gestellt wird? Wenn man die Frage des Rechtsanspruches nur vor dem Gericht und nicht auf Grund wirtschaftlicher, ökonomischer Fakten löst, dann ist das eine Tintenburg-Gesinnung! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Kollege Hellwagner hat behauptet, es bestünde kein Rechtsanspruch, und das Ministerium hat etwas anderes festgestellt!)*

Wir leben heute allen Ernstes in einer Gesellschaft, in der die Gewerkschaften oft schon mehr Verantwortung tragen müssen als die anderen.

Wie komme ich dazu, frage ich mich, das überhaupt so zu sagen? Sollte ich nicht einfach auf dem Standpunkt stehen: Recht ist Recht und Ökonomie ist Ihre Sache!? Wir vertreten und verlangen vor den Gerichten das, was irgendwann einmal so oder so vereinbart worden ist. *(Abg. Dr. Taus: Sie sitzen doch im Management! Sie sind auch Arbeitgeber! Auch das ist Ihr Problem!)* Natürlich ist das unser Problem. Aber Ihr einziges Problem scheint es zu sein, auf der Seite der Opposition zu stehen und nicht die Rolle des Staates zu sehen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Und deshalb meine ich weiter: Auf die von Ihnen dargestellten verschlechterten Ergebnisse muß man gar nicht eingehen. Am Beispiel der Investitionen ist so deutlich dargestellt worden, was Sie damit meinen.

Wenn eine Unternehmensgruppe in fünf Jahren nahezu 40 Milliarden investiert und den Großteil aus dem Cash-flow finanziert, dann wird man doch nicht sagen können, wir haben schlecht gewirtschaftet, noch dazu, wenn Sie wissen, wie es in anderen Ländern aussieht. Ich möchte Ihnen das mit einigen Ziffern sagen:

Allein die Verluste in der europäischen

Stahlindustrie haben 1977 72 Milliarden Schilling, das sind 720 S pro Tonne, betragen. Die Verluste in der europäischen Stahlindustrie, in der EG-Stahlindustrie, betrugen in einem Jahr 72 Milliarden Schilling! Allein von 1975 bis 1977 verringerte sich dort die Zahl der Beschäftigten um 55 000.

Aber das ist noch nicht aus, das geht dort weiter. Man rechnet damit, daß bis 1980 weitere zirka 120 000 Beschäftigte aus der Stahlindustrie abzubauen sind. Warum sagt man das nicht? Warum berücksichtigt man das nicht, wenn man die Erträge errechnet? Und das habe ich gemeint. Es ist eine Frage, ob man einen Buchhalter oder einen Unternehmer diese Frage beurteilen läßt.

In der Chemiefaserindustrie oder in der Nicht-Eisen-Metallindustrie ist es ähnlich.

Nun ein Beispiel dafür, wie die Firma Krupp ihre Probleme bewältigt hat. Natürlich gibt es die Möglichkeit, Aktien zu verkaufen oder neue aufzulegen und auszugeben. Krupp hat das so gelöst, indem nun der Iran gleich an zwei Gesellschaften mit 26 Prozent beteiligt ist. Aber es ist ja der Sinn einer Staatsindustrie, daß der Staat und nicht die erdölfördernden Länder die Industrie führt.

Weiter: Die französische Stahlindustrie hat seit 1975 einen Verlust von 36 Milliarden Schilling.

Und wie geht es uns? Wir haben Schwierigkeiten, beträchtliche Schwierigkeiten, und diese werden nicht geringer werden. Aber uns geht es doch gemessen an dieser internationalen Entwicklung recht gut. Diese Umweltbedingungen sind von Ihnen einfach nicht berücksichtigt worden.

Sie haben zur Ihrer Enquete ein Material ausgegeben, in dem Sie auch die Öffnung neuer Finanzierungsquellen verlangen.

So überzeugend das ausschauen mag, muß ich sagen: Herr Kollege Taus, Sie wissen ja, einmal kann man etwas verkaufen, aber dann ist es aus! Für ein Unternehmen, das ständig wächst und neue Aktien dazu ausgibt – noch dazu, wenn es sich beispielsweise um eines der großen multinationalen Unternehmen handelt –, ist das ein sehr praktischer Vorgang.

Aber wie lange hält denn die Diskussion darüber, daß wir die Aktien verkaufen sollen, schon an? Hätten wir die Aktien verkauft, als die Idee das erste Mal öffentlich vertreten worden ist, hätten wir heute keine verstaatlichte Industrie mehr. Ich gebe Ihnen aber natürlich recht, daß es ökonomisch gesehen nahezu gleichgültig ist, ob man 51 beziehungsweise 76 oder 100 Prozent hat.

10122

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Wille

Aber wenn der Staat genötigt ist zu verkaufen, um mit seinen Problemen fertig zu werden: Ja wie oft werden wir da verkaufen und wie oft werden wir auf diese Weise sanieren können?

Ich vertrete hier schon die Auffassung: Bleiben wir dabei, strengen wir uns da eher einmal gründlicher an, schauen wir, daß wir die Finanzierung in Ordnung bringen und bleiben wir bei den Eigentumsstrukturen, die wir haben! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Das, glaube ich, kann ein Punkt sein, über den wir uns doch einigen. Wenn ich mir überlege, daß einmal die ÖMV die österreichische Milchwirtschaft finanzieren mußte und ein anderes Mal die Anteile der verstaatlichten Banken verkauft wurden, damit die Gehälter der Staatsbeamten finanziert werden können, muß ich sagen: Das ist doch eine Ausverkaufspolitik!

Wenn man Geld braucht, dann soll man den Mut haben... *(Abg. Brandstätter: Ins Ausland zu gehen und Schulden aufzunehmen!)* Natürlich kann man auch Schulden machen. Das wissen Sie doch, Sie sind ein Bauer. *(Heiterkeit. - Abg. Brandstätter: Aber ich weiß auch, daß man Schulden zurückzahlen muß!)* Ja, natürlich: Schulden muß man zurückzahlen! Darauf lege ich großen Wert.

Wenn Sie sich die Verschuldung unseres Staates anschauen, dann kommen Sie drauf, daß wir international gesehen ganz gut liegen.

Ich möchte schließlich noch etwas zu Ihrem Papier sagen. Sie werfen uns nämlich Bürokratie vor. Tatsächlich wird von Ihnen eine Änderung der Arbeitsverfassung verlangt, in der folgendes geregelt werden soll:

Der einzelne Arbeitnehmer soll nicht nur die Möglichkeit, sondern auch das Recht haben, seine betrieblichen Probleme mit dem Betriebsrat vertraulich beraten zu können.

Das soll eine Rechtsnorm werden. Ich frage mich: Was soll denn das? Das kann doch wirklich nur ein Bürokrat geschrieben haben, der aus einer Tintenburg kommt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist aber nicht die einzige Bestimmung. Es stimmt natürlich, daß ihre weitere Forderung sogar in der deutschen Arbeitsverfassung steht: der Arbeitnehmer hat Anspruch auf eine Erklärung, wie er denn seine 1 000 oder 2 000 Mark verdient hat. Ihm muß also der Lohnzettel vom Unternehmen erklärt werden. Darauf hat er einen „Rechtsanspruch“. Ja, da möchte ich schon sagen: Wir brauchen so etwas bei Gott nicht.

Wenn wir so weit sind, daß wir den Menschen so entmündigt anschauen, daß er nicht einmal

fragen kann: Ja was steht denn auf meinem Lohnzettel drauf?, dann, glaube ich, gehen wir wirklich den Weg der Tintenburgen und der Bürokratie!

Das lehnen wir ab, weil das zu viel Staat bedeutet. Zuviel Staat lehnen wir ab. Wir wollen nur das notwendige Ausmaß. So viel Staat wie notwendig und nicht mehr! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Damit, glaube ich, kann ich schon zum Schluß kommen und möchte abschließend zum Ausdruck bringen:

In den letzten fünf Jahren, von 1972 bis 1977, hat die verstaatlichte Industrie nicht nur den Umsatz von rund 50 auf rund 100 Milliarden erhöht und die Exportquote von 31 auf 36 Prozent gesteigert, sie hat 37 Milliarden Schilling Investitionen in diesem Zeitraum bewältigt. Es gibt ein genaues mittelfristiges Investitionskonzept – so ist das ja nicht, daß die Unternehmen nicht wissen, was sie wollen –, das pro Kopf Investitionen von 320 000 S vorsieht.

Was diese Industrie braucht, ist zweifellos eine finanzielle Unterstützung. Was sie aber noch braucht, sind Arbeiter und Angestellte als Mitarbeiter, die bereit sind, mit dem Vorstand die ganzen Risiken zu tragen und die sich nicht auf rechtliche Bestimmungen allein verlassen. Hoffentlich haben alle den Mut, die Zeichen der Zeit zu sehen, und hoffentlich haben alle den Mut, sich nicht nur bürokratisch von bestimmten Vorstellungen einfangen zu lassen.

Die Partnerschaft, der Weg der Zusammenarbeit, den wir gegangen sind, und auch die Ausklammerung aus dem politischen Tageskampf sollte anhalten. Wir begrüßen es, daß Sie sich heute vorbehaltlos zur verstaatlichten Industrie bekennen, aber wir bitten Sie auch: Lassen Sie das im Ton der Diskussion und in den restlichen Behauptungen erkennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war wieder einmal außerordentlich interessant, dem Herrn Abgeordneten Wille zuzuhören, und zwar auch dann, wenn man selbst eine andere grundsatzpolitische Position einnimmt als er. Ich nehme an, daß der Satz, den ich jetzt aus der Wille-Rede zitiere, auch auf die verstaatlichten Unternehmen anzuwenden ist. Der Herr Abgeordnete Wille sagte, daß nur so viel Staat obwalten soll, als unbedingt notwendig ist.

Dieses Prinzip, auf den Bereich der verstaatlichten Unternehmungen übertragen, ist genauso richtig, wie es im Bereich der Privat-

Peter

wirtschaft angewendet wird. Hier trennen uns nicht nur keine Welten, sondern hier argumentieren wir von ein und derselben Grundlage aus. Dieser Satz lautet vollständig: Nur so viel Staat, wie unbedingt nötig, aber so viel Freiheit, wie nur irgendwie möglich. Er stammt von Müller-Armack, einem der geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft.

Ich teile die Ansicht, daß man zum Bereich der verstaatlichten Unternehmungen nicht in einer Art und Weise Stellung nehmen soll, als handle es sich hier um Betriebe, die keine Ahnung von Leistung haben und nur Defizite machen würden. Jeder von uns ist sich darüber klar, welche Leistungen die verstaatlichten Unternehmungen in den zurückliegenden drei Jahrzehnten des Bestandes der Zweiten Republik Österreich erbracht haben. Diese Leistungen verdienen gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Situation wie der jetzigen eine besondere Erwähnung und eine entsprechende Unterstreichung.

Das kann aber nicht bedeuten, meine Damen und Herren, daß es nicht eine Fülle von ungelösten Problemen in diesem Wirtschaftsbe- reich gäbe, wobei wir uns auch der Tatsache bewußt sind, daß die Lösung dieser schwerwie- genden offenen Probleme außerordentlich schwierig ist.

Sicher ist es eine Realität, daß in diesem oder jenem Bereich der verstaatlichten Industrie unseres Landes die ungelösten Probleme größer oder kleiner sind. Es gibt Branchenschwierig- keiten. Es gibt Strukturschwierigkeiten. Es gibt Schwierigkeiten von weltweiter Bedeutung, die von außen auf unser Land zukommen. Es gibt aber auch Schwierigkeiten, die aus dem inneren Bereich der Unternehmungen selber kommen. Sie und ihre Bewältigung sollen im Rahmen dieser Diskussion einen entsprechenden Stel- lenwert einnehmen.

Ich möchte, meine Damen und Herren, eingehen auf das Verhältnis der Mutter einer- seits zu den Töchtern und Enkeln andererseits, also auf das Verhältnis der ÖIAG zu den Tochter- und Enkelgesellschaften.

Wenn man das tut, sollte man von jener Management-Philosophie ausgehen, die der neue Generaldirektor der ÖIAG sozusagen in seiner Regierungserklärung im April dieses Jahres vertreten hat.

Herr Generaldirektor Dr. Grünwald meinte, die ÖIAG solle überzeugen statt anordnen. Er führte weiter aus, die Verstaatlichte solle Geld verdienen, die Verstaatlichte solle gesamtwirt- schaftliche Aufgaben erfüllen, und die damit zusammenhängenden Kosten müßten von den einzelnen Unternehmungen getragen werden.

Darüber hinaus, so meinte Generaldirektor Dr. Gründwald, hat der Staat einzuspringen.

Ich glaube, man muß einmal darüber debattie- ren, ob die verstaatlichten Unternehmungen genug Geld verdienen und, wenn nein, warum dies derzeit nicht möglich ist. Man muß ebenso darüber diskutieren, ob der Staat dort zeitge- recht – ich betone: zeitgerecht – eingesprungen ist, wo der Staat für dieses Einspringen zuständig ist.

Hier habe ich aus der Sicht der freiheitlichen Abgeordneten eine Kritik zu wiederholen, die sich durch alle Jahre der Debatte zieht, nämlich daß der Eigentümer Staat seiner Verpflichtung hinsichtlich der Kapitalausstattung nicht ausrei- chend und zeitgerecht nachgekommen ist. Wenn verschiedentlich Strukturprobleme in den ein- zelnen Bereichen der verstaatlichten Unterneh- mungen nicht gelöst werden konnten, so geht das zum Teil sicher darauf zurück, daß die Kapitalausstattung dieser Unternehmungen bis heute verhältnismäßig mangelhaft und unzurei- chend ist.

Wir werden dies immer wieder aus freiheitli- cher Sicht vermerken, weil wir uns der Tatsache bewußt sind, daß der Staat leider immer säumig sein und bleiben wird. Ebenso wirft sich die Frage auf, ob der Eigentümer Staat immer das richtige Verständnis und die richtige Beziehung zu den einzelnen Unternehmungen gehabt und gepflogen hat.

Ich glaube, daß zwischen der Mutter einer- seits und den Töchtern sowie Enkeln anderer- seits noch ein Problem gegeben ist, das bis zur Stunde nicht bewältigt werden konnte. Bis heute hat meines Erachtens die ÖIAG vergebens gegen den Betriebsnationalismus und gegen den Betriebsegoismus dort angekämpft, wo dieser über tolerierbare Grenzen hinausgegan- gen ist.

Ich möchte zwei Gedanken in Erinnerung rufen; der eine stammt vom früheren Generaldi- rektor der ÖIAG Dr. Geist, und der andere scheint der Taktik des derzeitigen Generaldi- rektors Dr. Grünwald zu entsprechen. Herr Dr. Geist versuchte, manchmal lautstärker und manchmal weniger lautstark, ein verstärktes Weisungsrecht für die ÖIAG zu bekommen. Herr Generaldirektor Dr. Grünwald scheint mir eine andere Taktik eingeschlagen zu haben, nämlich mehr am Verhandlungstisch, vielleicht sogar auf Samtpfoten zum Ziel zu kommen. Ich stehe nach wie vor unter dem Eindruck, daß diese Problematik zwischen der ÖIAG einerseits und den Töchtern und Enkeln andererseits im Sinne des Weisungsrechtes ungelöst ist.

Wahrscheinlich versucht Herr Generaldirek-

Peter

tor Dr. Grünwald, weiter den von ihm proklamierten Weg, die ÖIAG solle überzeugen statt anordnen, zu beschreiten. Es bleibt abzuwarten, wie groß das Verständnis ist, das ihm von den einzelnen Unternehmensleitungen entgegengebracht wird. Die Meinungen gehen hier weit auseinander: Die einen sind der Auffassung, die ÖIAG habe eine sinnvolle Aufgabe zu erfüllen, und die anderen meinen, man brauche sie ja nicht unbedingt. Der Weg wird wahrscheinlich in der Mitte liegen und dann erfolgreich zurückgelegt werden können, wenn hier klarere Verhältnisse geschaffen werden, als sie heute zwischen der ÖIAG einerseits und den Töchtern und Enkeln andererseits gegeben sind.

Mit einem Grundsatz des Herrn Generaldirektors Dr. Grünwald muß ich mich auch auseinandersetzen. Er sagte: „Die Unternehmensführung wird sicher demokratischer sein als früher.“ – Dieser Satz des neuen Generaldirektors der ÖIAG bedarf einer Interpretation. Mir ist nicht klar, wie er ihn gemeint hat. Ist mit der „Unternehmensführung“ die ÖIAG gemeint, oder charakterisiert der Begriff „Unternehmensführung“ die Leitungen der einzelnen Betriebe? Auf der einen Seite spricht sich Generaldirektor Dr. Grünwald für eine demokratischere Unternehmensführung aus, um dann Zug um Zug zu sagen: Wenn notwendig, werden wir die aktienrechtlichen Möglichkeiten stärker als bisher ausschöpfen. Dr. Grünwald mußte präzisieren, um nicht Gefahr zu laufen, mißverstanden zu werden.

Ich zeige diese Gedanken des Generaldirektors Dr. Grünwald auf, möchte aber, weil für mich vieles unklar ist, keine Interpretation wagen. Ich hänge schon gar keine Polemik daran, ersuche aber um Präzisierung dessen, was man meinte.

Manchmal allerdings unterliegt man dem Eindruck, daß die ÖIAG „für die Katz“ sei. Was meine ich damit? – Manchmal ereignen sich im Bereich der Unternehmungen Dinge, die einfach unverständlich sind. Manchmal bezieht sich das nicht nur unmittelbar auf die verstaatlichten Unternehmungen, sondern es gibt hier Berührungspunkte und Überschneidungen zwischen verstaatlichten Unternehmungen einerseits und Konzernbetrieben der verstaatlichten Banken andererseits.

Ich stelle gerade als oberösterreichischer Abgeordneter fest, daß es zwischen verstaatlichten Unternehmungen und Konzernbetrieben der verstaatlichten Banken oft Reibungsflächen gibt, die weder dem einen noch dem anderen Betrieb guttun. Es gibt aber kein Instrument der Kooperation und kein Instrument der Koordination, um diese Reibungsflächen auszuschalten.

Hier ließen sich viele Beispiele zwischen der Chemie-Linz AG und der Chemiefaser-Lenzing aufzeigen. Gerade diese beiden Betriebe haben ja im Bereich der Acrylfaser ihre ganz besonderen Probleme und ihre ganz besonderen Sorgen.

Mich würde die Meinung des Regierungschefs interessieren, wie er das Problem beurteilt, das ich eben aufgezeigt habe. Wenn die Generaldirektoren dann in Bilanzpressekonferenzen zum Problem Stellung nehmen, so kommt oft nicht allzu Überzeugendes heraus.

Ich bedaure außerordentlich, daß gerade im Bereich der Chemie-Linz im Zusammenhang mit der Bilanzpressekonferenz Vorstellungen des Herrn Generaldirektors zutage getreten sind, die mich persönlich hinsichtlich der zukünftigen Produktion ganz und gar nicht befriedigen. Ich entnehme zu diesem Thema den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 30. Juni 1978 folgenden Hinweis:

Zur Frage, welche weiteren petrochemischen Produkte in Enns zukunftsfruchtig wären, kam folgende Antwort: Weitere Produkte in Enns, vor allem in petrochemischer Hinsicht. Welche? Wir sind noch am Suchen. Ferner könnten diverse Kleinprodukte ins Auge gefaßt werden, soweit, schränkte der Generaldirektor ein, Forschungsergebnisse vorliegen.

Eine so unbefriedigende Erklärung eines Generaldirektors eines verstaatlichten Unternehmens wie diese habe ich schon lange nicht mehr gelesen!

Zu der äußerst schwierigen Problematik Acrylfaser-Lenzing einerseits, Chemie-Linz andererseits entnehme ich ebenfalls den „Oberösterreichischen Nachrichten“:

„Die Fabrik in Enns fährt derzeit voll, obwohl weltweit eine Überkapazität besteht. Buchner jedoch: ‚Warum nicht, schließlich ist es die modernste Anlage der Welt.‘“

Wenn ich die Produktion nicht verkaufen kann, sie aber in der modernsten Anlage der Welt erzeuge, dann, meine Damen und Herren, ist das doch keine Begründung dafür, daß ich auf Vollkapazität produziere. Und da, glaube ich, wären jetzt echte Ansatzpunkte für die Mutter, einzugreifen, zu überzeugen oder anzuordnen, je nachdem, wie der Vorstand der ÖIAG dies für notwendig erachtet, um das Ziel zu erreichen, derartige Entwicklungen zu verhindern und sie in konkretere, das heißt, positivere Bahnen zu lenken.

Herr Generaldirektor Dr. Grünwald! Offen sind die Fragen: Welche konkreten Ergebnisse sind bei der Reduktion im Chemiebereich bis jetzt erzielt worden? Welche Erfolge sind bei der

Peter

Umstrukturierung im Öl- und Raffineriebereich bis jetzt sichergestellt worden? – Die Antworten auf Probleme wie diese sind offen. Ich weiß, daß mit einer nur oppositionellen Kritik die Probleme nicht lösbar sind, aber es ist die Pflicht einer Oppositionspartei, die Verantwortlichen immer wieder auf diese offenen Probleme hinzuweisen und ihnen zu sagen: Gebt endlich Antwort darauf, wie sie gelöst werden könnten.

In diesem Sinne ist für mich das Unternehmenskonzept des neuen Generaldirektors der ÖIAG auf weiten Strecken leider nicht überzeugend. Es wäre allerdings verfrüht und daher verfehlt, wollte man in dieser kurzen Zeit schon ein allgemeingültiges Urteil wagen. Daher wäre eher der Wunsch, die Bitte, die Forderung anzubringen, zu ergänzen und zu präzisieren. Hier lägen Ansatzpunkte, wie man zu Strukturbereinigungen, so schwer sie auch sein mögen, auf der einen Seite und zu mehr Koordination und Abstimmung auf der anderen Seite kommen könnte.

Wir erleben doch immer wieder, daß Investitionen hier und Investitionen dort vorgenommen werden und daß solche Investitionen im Ergebnis einander oft konkurrenzieren. Das ist mir unverständlich. Hier müßten meiner Meinung nach von der ÖIAG Auswege aufgezeigt werden.

Man spricht auch davon, daß die Fünf-Jahres-Planung der verstaatlichten Unternehmungen zu großen Erfolgen geführt hätte. Wie schaut aber bitte dann, Herr Bundeskanzler, die Bilanz dieses Fünf-Jahres-Planes aus? So sind Erfolge auf die Fahnen des ÖIAG-Vorstandes geheftet worden, die bei näherer Prüfung nicht immer als Erfolge gewertet werden können. Das Strukturbereinigungskonzept der ÖIAG scheint mir noch zu sehr im Diskutierstadium zu sein. Es gibt ungelöste Probleme. Gemeinsam, meint der Generaldirektor der ÖIAG, könne man mehr erreichen, wenn man koordiniert und es richtig macht. Wenn man koordiniert und es richtig macht, wenn man die Strukturbewältigung richtig ansetzt und wenn man koordiniert!

Gestatten Sie mir die Frage, Herr Bundeskanzler: Wird ausreichend koordiniert in der ÖIAG? Ich bin manchmal nicht sehr davon überzeugt. Ist die ÖIAG in der Lage, Vorsorge zu treffen, daß grundsätzlich richtig und intensiv genug geforscht wird in den verstaatlichten Unternehmungen unseres Landes? Ich glaube, daß mit der Fusionierung und der Konzernierung etliches erreicht worden ist, und zwar nicht Negatives, sondern Positives. Aber manches ist auch im negativen Sinne aus dieser Entwicklung

heraus registrierbar, nämlich, daß die Organisation da und dort schwerfälliger geworden ist.

Herr Bundeskanzler, mich schreckt, daß die Bürokratie im Konzernbereich der verstaatlichten Unternehmungen Österreichs zu wuchern begonnen hat. Ich gehe in die Zeit des Generaldirektors Hitzinger zurück. Das Verwaltungsgebäude war das Bescheidenste. Schauen Sie sich heute im Konzernbereich um, wie – der Ausdruck ist heute strapaziert worden – die „Tintenburgen“ nicht nur im Bereich der öffentlichen Verwaltung, sondern auch im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen wachsen. Ich bedaure diese Entwicklung.

Nun zur Organisation der VÖEST-Alpine AG. Sie erscheint mir zu schwerfällig, sie erscheint mir zu aufwendig, sie erscheint mir zu bürokratisch und sie erscheint mir angesichts der zu bewältigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu teuer. Wer ist bitte für die Lösung dieser offenen Probleme verantwortlich? Der Generaldirektor der ÖIAG (die Mutter) oder der Generaldirektor der VÖEST-Alpine AG (die Tochter)? Das muß diskutiert werden. Hier bieten sich Ansatzpunkte für eine Kritik aus freiheitlicher Sicht.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit Sie, Herr Bundeskanzler, dafür sorgen, daß die ÖIAG entsprechende Impulse gegenüber den Unternehmungen setzt und auch darauf drängt, daß die bürokratischen Wucherungen beseitigt werden.

Nun muß ich ein Thema anschneiden, meine Damen und Herren, bei dem wir Freiheitlichen eine abgesetzte Stellung und Haltung gegenüber den beiden anderen Parteien des Hauses haben und leider auch haben müssen. Auf Grund der Reden der Herren Abgeordneten Dr. Mock und Dr. Taus stand ich unter dem Eindruck, daß wir heute über einen reinen sozialistischen Machtbereich, nämlich die verstaatlichten Unternehmungen, diskutieren. Dem, meine Damen und Herren, ist nicht so. Wir diskutieren über einen hochleistungsfähigen Wirtschaftsbereich, der einen zweigeteilten politischen Machtbereich darstellt: einen solchen der Sozialistischen Partei und einen solchen der Österreichischen Volkspartei. Das ist jener Bereich, in dem sich nichts geändert hat, seit es keine Regierung der Großen Koalition mehr gibt. Dort obwaltet nach wie vor der rot-schwarze Proporz mit roten Führungsrollen. Wann immer aber Druck auf einen Nichtsozialisten oder Druck auf einen nicht dem Arbeiter- und Angestelltenbund angehörenden Betriebsangehörigen ausgeübt wird, erleben wir Freiheitlichen, wie in der VÖEST in Linz, nicht selten, daß der Druck nicht nur vom sozialisti-

10126

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Peter

schen Generaldirektor, sondern ebenso vom Generaldirektor-Stellvertreter kommt, der allerdings von der Österreichischen Volkspartei gestellt wird.

Ich kann Ihnen hier dicke Akten über einen Arbeitsgerichtsprozeß auf den Tisch des Hauses legen, wo man einen Freiheitlichen in der VÖEST mit der Begründung, er habe das Unternehmen finanziell geschädigt, fristlos nach mehr als 20 Jahren treuer Dienste entlassen hat. Ich habe sogar beim Herrn Bundeskanzler interveniert. Der Herr Bundeskanzler hat mir Hilfe versprochen, aber nicht einmal die Einflußmöglichkeiten des Herrn Bundeskanzlers reichten aus, um nach dem Rechten zu sehen. Es war dann das Arbeitsgericht, das die Dinge wieder ins Lot brachte. Diese fristlose Entlassung, die ein sozialistischer Generaldirektor und ein ÖVP-Generaldirektor-Stellvertreter ausgesprochen haben, mußte zurückgenommen werden. Was man aber diesem Mann an Ansehen, an Gesundheit und an Nervenkraft genommen hat, meine Damen und Herren, hat auch der gewonnene Arbeitsgerichtsprozeß nicht gutzumachen vermocht.

Druck, Machtpolitik, Parteidiktat obwalten leider Gottes heute noch immer in den verstaatlichten Unternehmungen. Man kann hier nur dringend ersuchen, der Demokratie auch in den verstaatlichten Unternehmungen unseres Landes jenen gebührenden Platz einzuräumen, den sie in anderen Bereichen in unserem Lande hat.

Ich habe immer gewürdigt, da es bis zum Jahre 1970 keinen höheren Beamten im Ministerialdienst gegeben hat, der aus dem freiheitlichen Lager kam, daß dies seit dem Jahre 1970 möglich ist. Aber was seit 1970 möglich ist, nämlich daß auch ein Freiheitlicher bei gleicher Qualifikation Ministerialrat werden kann, das, meine Damen und Herren, ist leider in einem verstaatlichten Betrieb Österreichs auch im Jahre 1978 noch immer nicht möglich. Es wird also notwendig sein, mit der Entpolitisierung der verstaatlichten Unternehmungen in unserem Lande endlich zu beginnen. *(Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Treichl: Herr Kollege Peter! Drehen Sie das einmal um! Nehmen Sie die Arbeiterkammer Vorarlberg! Dort ist es auch nicht möglich, daß eine Schreibkraft, die nur den Anhauch hat, als Sozialistin zu gelten, in die Kammer eingestellt wird!)*

Herr Abgeordneter Treichl! Wenn das zutrifft, dann habe ich dem nichts hinzuzufügen. Ich kenne die Verhältnisse dort nicht. Wenn es mich betreffen würde, so würde ich mich dagegen wehren.

Nun zum Verhältnis Manager zum Arbeitnehmer in den verstaatlichten Unternehmungen. Auch zu diesem Thema hat Herr Generaldirektor Dr. Grünwald am 14. April dieses Jahres Stellung genommen, als er meinte, in den letzten Jahren habe man sich zuwenig um die Sorgen und Meinungen der Belegschaft gekümmert. Das sagt nicht ein Freiheitlicher, sondern das sagt der neue Generaldirektor der ÖIAG.

Weiter führte Herr Generaldirektor Dr. Grünwald aus, man habe den Kontakt mit den Beschäftigten vernachlässigt. Das scheint wahr zu sein. Darin sehe ich einen der Gründe dafür, warum die Freiheitlichen bei den gestrigen Betriebsratswahlen in der VÖEST so gut und die Sozialisten so schlecht abgeschnitten haben. Es gibt heute eine gewisse „Bonzokratie“ im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen. Es ist leider eine Realität, meine Damen und Herren, daß verschiedenen Managern das Verständnis für den kleinen Mann innerhalb der verstaatlichten Betriebe verlorengegangen ist. Es ist halt heute leider eine Realität, daß der kleine Mann vom großen nicht immer so gehört wird, wie es eigentlich in einer Demokratie selbstverständlich sein müßte.

Ich gehe von der Annahme aus, daß wir derzeit im Management des größten Konzerns, der VÖEST-Alpine AG, das richtige Konzept haben: durch Divisionierung, Rationalisierung, durch den Trend zum Finalprodukt und durch den Trend zur Dienstleistung. Ich glaube, daß die Richtung an und für sich stimmt. Dennoch, die Schwierigkeiten sind groß, und wir sollten uns die Frage vorlegen: Sind die inzwischen erzielten und erarbeiteten Ergebnisse zufriedenstellend? Ich werfe die Frage auf, beantworte sie aber nicht, weil ich dazu nicht berufen bin, aber die Antwort, Herr Bundeskanzler, müßte dazu von der Regierungsbank kommen.

Ist das Einsparungs- und Strukturverbesserungsprogramm der Vereinigten Edelstahlwerke für Sie befriedigend? Für mich nicht. Das wäre ein weiteres Problem, dem die ÖIAG besondere Aufmerksamkeit zuwenden müßte. Ein Einsparungs- und Strukturverbesserungsprogramm, das zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat vereinbart worden ist, hat das Schicksal erlitten, daß der Zentralbetriebsrat plötzlich, nachdem er es vorher akzeptiert hat, in Opposition dazu gegangen ist. Wo stimmt es bitte da nicht? Ist da etwas auf Seite des Betriebsrates passiert, oder ist da etwas auf Seite der Unternehmensleitung passiert? Eine Antwort muß aber darauf gegeben werden, denn unbeantwortet kann dieses ungelöste Problem

Peter

meiner Meinung nach nicht im Raume stehen bleiben.

Ich schließe mit der Frage, ob die ÖIAG auf der Grundlage der heutigen Rechtssituation ihre Aufgabe so erfüllen kann, wie dies in der derzeit schwierigen Situation notwendig ist. Gemessen am Beispiel der Chemie Linz und der ÖMV bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich der Petrochemie bin ich eigentlich der Meinung, daß die Aufgabe, bis zur Stunde zumindest, nicht erfüllt werden konnte. Der „Betriebskaiser“ des einen Betriebes und der „Betriebskaiser“ des anderen Betriebes wollten oder konnten bis jetzt nicht zusammenkommen. Ich bitte um Entschuldigung: Dabei gleicht die ÖIAG einem Greis, der sich nicht zu helfen weiß. So scheint es dem Außenstehenden. Auch hier wird das Problem seit Jahren hin- und hergeschoben, ohne daß es gelöst werden konnte.

Herr Bundeskanzler! Unterliegen wir im Chemiebereich einer Götterdämmerung oder nur einer „midlife crisis“ hinsichtlich der Chemiekonjunktur? Was sagen Sie, was meint der zuständige Generaldirektor der Chemie-Linz über die Zukunft unseres derzeitigen Chemieangebotes? Wie ist die Meinung des Generaldirektors der ÖIAG zu diesem offenen Problem?

Ich gehöre nicht dem Ausschuß für verstaatlichte Unternehmungen an, war aber bei den Ausschußberatungen ein aufmerksamer Zuhörer. Das Ergebnis der Ausschußberatungen war für mich hinsichtlich der vom Herrn Bundeskanzler erteilten Antworten unbefriedigend. Ich bin der Meinung, daß Zusatzantworten heute von der Regierungsbank notwendig sind und ersuche um dieselben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Burger.

Abgeordneter **Burger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß feststellen, daß von meinen Fraktionsvorrednern über die Lage der verstaatlichten Industrie Entscheidendes gesagt worden ist, und ich halte es einfach für notwendig, daß man über diesen großen Wirtschaftsbereich grundsätzlich und grundlegend diskutiert. Deshalb ist es für mich kaum verständlich, daß man nicht jedes Jahr diesen ÖIAG-Bericht dem Hohen Haus hier vorlegt, sondern daß wir heute über zwei Berichte diskutieren müssen. Und selbst diese Diskussion, die heute abgeführt wird, mußte förmlich gegen die Regierungsmehrheit am 7. 7., bei der letzten Sitzung vor der Sommerpause, erzwungen werden.

Meine Damen und Herren! Ich muß deutlich fragen, ob dieser Industriebereich, unsere verstaatlichte Industrie, unserer Regierung nicht mehr bedeutet, als daß man nunmehr nur mehr alle zwei Jahre über diesen großen Wirtschaftsbereich diskutiert, in dem 150 000 Menschen beschäftigt sind, ein Industriebereich, der über 100 Milliarden Schilling durch die einzelnen Betriebe als Umsatz ausweist. Die Feststellung, daß dieser Wirtschaftsbereich in der Gesamtwirtschaft einen großen Bereich darstellt, ist heute schon getroffen worden.

Das ist etwa so, meine Damen und Herren, wie beim Budget. 1969, im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung, hat ein sozialistischer Abgeordneter – er ist jetzt nicht hier im Hause – heftigst darüber geklagt und gewettert, daß nur 168 Millionen Schilling im Budget für die verstaatlichte Industrie ausgewiesen wurden. Ich sage heute, nach achtjähriger Erfahrung mit dieser Regierung, daß diese 168 Millionen Schilling bei einer Budgethöhe von 98 Milliarden Schilling ein großer Betrag, ein bedeutender Betrag waren, der der verstaatlichten Industrie vom Budget her ausgewiesen wurde. Unter der sozialistischen Alleinregierung regt sich von der SPÖ niemand auf, daß die verstaatlichte Industrie – inzwischen wird die Budgethöhe heuer auf etwa 300 Milliarden Schilling steigen – gänzlich aus dem Bundeshaushalt verschwunden ist.

Die Bergbaubetriebe sind dann im Nachtragsbudget berücksichtigt. Und wenn die Österreichische Volkspartei dieses Nachtragsbudget ablehnt, dann pflegen die Betriebsräte draußen zu sagen: Schaut her, schaut her, sie sind dagegen!

Ich möchte hier deutlich sagen, daß ich keinen Grund sehe, daß man bei einer derartigen Budgethöhe wie bei den letzten Bundeshaushalten einfach nicht versteht, daß im Bundeshaushalt für die verstaatlichte Industrie nichts enthalten ist und daß dieser Posten förmlich verschwunden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In den Berichten ist fast auf jeder Seite das Wort zu lesen: weltweit. Das scheint die einzige Ausrede zu sein, um die Lage der verstaatlichten Industrie den Belegschaftsmitgliedern und allen anderen Interessierten schmackhaft zu machen. „Weltweit“ ist die Krise, „weltweit“ ist die finanzielle Lage und „weltweit“ ist die Ertrags-situation. „Weltweit“ ist einfach alles. Ich kann mich erinnern, daß man früher einmal – ich denke an 1968, wo wir auch von einer kurzen Krise befallen waren – als wir sagten, hier spielt die Weltwirtschaftssituation mit eine Rolle, bei den verschiedensten Veranstaltungen und Betriebsversammlungen gehört hat: Was geht

10128

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Burger

uns das Ausland an, wir leben in Österreich, nur eine falsche Regierung haben wir!

Das hörte man immer wieder. Deshalb ist es für mich schwer zu verstehen, wenn man auf jeder Seite „weltweit“ liest und noch einmal das Wort „weltweit“ verwendet, um irgendwelche Dinge zu rechtfertigen.

Ich bin aber nicht so, meine Damen und Herren. Ich gebe gerne zu, daß die weltweite Situation an uns nicht spurlos vorübergeht. Ich will nichts anderes behaupten, weil es eben so ist. Wenn das stimmt, dann müßte gerade jetzt von seiten der Bundesregierung den notleidenden Betrieben finanziell geholfen werden.

In den westlichen Ländern – und das ist heute hier noch nicht besprochen worden – wird die Eisenindustrie regelrecht mit großen Beträgen gestützt, und diese Industrie ist nicht verstaatlicht. Bei uns wartet man aber offensichtlich bis zu jenem Zeitpunkt, wo alle Rücklagen aufgebraucht sein werden. Wir fragen uns mit Recht – und ich tue das hier als Betriebsrat -: Was geschieht dann, wenn die Rücklagen, wenn die Reserven aufgebraucht worden sind? Diese Frage stellt auch die Belegschaft, und man weiß ihr keine Antwort zu geben. Allein die Hoffnung, daß es wieder besser wird, scheint nicht auszureichen.

In dieser Situation beginnt man dann mit Strukturbereinigungen, von der die Obersteiermark ganz besonders hart betroffen ist. Ich sage das als obersteirischer Abgeordneter, weil auch aufgezeigt werden muß, daß wir von dieser Strukturbereinigung besonders betroffen sind. Fohnsdorf wird geschlossen. Man pflegt gern zu sagen, daß man 4 000 Ersatzarbeitsplätze dafür geschaffen hat. Ich habe es nicht geprüft. Aber es wird ein historischer Betrieb geschlossen, weil er defizitär war. Das Stahlwerk in Judenburg, die Gießerei in Donawitz, die Gießerei und weitere Betriebe in Kapfenberg, Kindberg und Krieglach.

Wenn man sich diese Strukturveränderungen als Belegschaftsführer vor Augen führt, dann kann man wohl sagen: Wir werden dafür sorgen, daß niemand entlassen wird, obwohl man gelegentlich eine gewisse Zahl ausspricht, daß so und soviel Tausende Arbeitskräfte zuviel sind. Und wegen dieser Strukturbereinigung, die nunmehr gemacht wird, gebe ich gern zu, daß es schwer ist, einen Zeitpunkt für die Strukturbereinigung zu finden: In der Hochkonjunktur, wo man jeden Hammer und jedes Walzwerk braucht, werden die Strukturveränderungen nicht durchgeführt; in der Krise sind die Arbeiter zuviel, und man weiß nicht, wohin mit ihnen.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen zu

sagen: Ich persönlich habe gehofft, daß das Dieselmotorenwerk in die Obersteiermark kommt. Es geht bei uns um die strukturelle Not. Ich gebrauche das Wort „Not“ ganz bewußt. Wir sind von dieser Strukturnot befallen in der Obersteiermark. Wenn dann die Presse schreibt: Hätte man dieses Werk in die Obersteiermark gegeben, hätte man eine neue Gießerei bauen müssen!, so frage ich: Hat denn die Presse nicht gewußt, daß wir zwei Gießereien schließen, daß wir bei einer kleinen Umstellung alle Produkte hätten erzeugen können, die ein solches Werk braucht?

Also man weiß letztlich nicht, wohin mit den Arbeitern. Ich gebe aber gern zu, daß man alles unternehmen wird – und das ist unsere gemeinsame Pflicht –, von unserer Stammsbelegschaft niemanden arbeitslos zu machen. Aber als Betriebsrat weiß man: Wenn ein Arbeiter seinen Arbeitsplatz wechseln muß, beginnt er nicht vorne, sondern muß hinten anfangen; mit Lohnverlusten und mit anderen Nachteilen, die ein Arbeitsplatzwechsel eben mit sich bringt.

Deshalb habe ich vor einiger Zeit an den Herrn Sozialminister die Anfrage gerichtet, man müßte immer mehr und immer deutlicher prüfen, ob man die Schwerst- und Schichtarbeiter nicht etwas früher in Pension gehen lassen könnte. Diese Nachtschichtarbeiter und Schwerstarbeiter haben eine kürzere Lebenserwartung. Das ist nachgewiesen. Unser Gesundheitssprecher Dr. Wiesinger hatte Gelegenheit, in Donawitz persönlich mit den Augen des Arztes festzustellen, was diese Menschen zu leisten haben. Daher der Wunsch: Gebt diese bedauernswerten Mitarbeiter früher in Pension.

Ich weiß, daß das viel Geld kostet. Das braucht man mir nicht zu sagen. Das weiß man. Aber haben diese Schwerst- und Schichtarbeiter in der heutigen Zeit nicht denselben Anspruch wie der Bergmann oder wie der Eisenbahner?

Letzten Endes – und das spürt man – ist der alte Arbeiter im Weg, hat die Jugend Aufnahmepersperre. Unsere Kinder können das Werk nicht mehr betreten, haben dort keine Arbeit. Das alles sind Gründe, daß man sagt: Macht den Platz frei für jüngere Menschen, bevor unsere Betriebe veraltern und einen Leistungsabfall haben.

Was ist die Ursache dieser Krise am Stahlmarkt? Darüber ist heute viel gesagt worden. Aber eines möchte ich hier feststellen: Es ist nicht Aufgabe der Arbeiter, darauf hinzuweisen, daß wir nicht den Wettlauf mitzumachen brauchen mit den Stahlgiganten, mit den Strukturgrößen und mit den Kapazitäten. Nachdem die Kriegsschäden bereinigt sind, sind diese Kapazitäten überflüssig. Wir aber sind im

Burger

Wettlauf mitgegangen, und kein Mensch kann sagen, wie wir die Zukunft auf dem Gebiete des Stahlmarktes werden bewältigen können, bis auf den Hinweis: Wir brauchen Geld.

Die Stahlfusion sollte den Sinn einer besseren Rentabilität gehabt haben. Man wirft mir persönlich als Betriebsrat immer wieder irgendwo vor: Du warst auch gegen die Fusion. – Hohes Haus! Die gesamten sozialistischen Betriebsräte haben für die Fusion nur unter der Bedingung zugestimmt, daß der Herr Bundeskanzler die 2 Milliarden Schilling flüssig macht. – Siehe Betriebsrätekonferenz in Linz.

Der Sinn der Fusion, daß wir rentabel sind, hat sich nicht erfüllt. Denn merkwürdigerweise ausgerechnet fünf Jahre nach der Fusion ist es spürbar, daß wir in bestimmten Bereichen immer weiter in die roten Ziffern hineinkommen. Es ist nicht Aufgabe der Arbeiter zu planen, auch nicht im Zeitalter einer Mitsprache und der Mitverantwortung. Dafür hat man die gutbezahlten, höchsten Angestellten. Sie sind für diese Entwicklung verantwortlich. Sie sind verantwortlich gegenüber der Belegschaft. Und eines muß man hier deutlich sagen: Müssen es denn immer wieder die Arbeiter und Angestellten sein, die den Preis für eine Fehlplanung zu bezahlen haben? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Mitbestimmung der Betriebsräte im Direktions- und im Vorstandsbereich hat zur Folge, daß die Belegschaftsvertretung für die Belegschaft nicht mehr kämpft, wie sie es früher getan hat, als es noch eine Koalitionsregierung oder eine ÖVP-Alleinregierung gegeben hat. Ich möchte diese Behauptung beweisen.

Ein Abgeordneter hat 1966 handschriftlich – ich bitte den Herrn Präsidenten, daß ich zitieren darf – folgenden Brief nach Judenburg geschickt:

„Aus Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze im Gußstahlwerk richte ich an Dich diese Zeilen.

Bei der kommenden Betriebsratswahl geht es nicht sosehr für oder gegen eine Liste, sondern es geht darum,

daß der Bestand und die Weiterentwicklung des Gußstahlwerkes innerhalb der Alpine und damit die Erhaltung aller Arbeitsplätze gesichert wird,

daß der ÖVP-Unternehmerregierung bewiesen wird, daß die Arbeiterschaft sich die ständigen Preiserhöhungen nicht gefallen läßt,

und daß die Arbeiterschaft nicht zusehen wird, wie einerseits Steuergeschenke an Reiche gemacht werden und andererseits die ÖVP den sozialistischen Antrag auf Lohnsteuersenkung abgelehnt hat.

Diese Betriebsratswahlen müssen Protestwahlen sein!“ – So 1966. –

„Protestwahlen gegen Preiserhöhungen –

Protestwahlen gegen den Bauskandal –

Protestwahlen gegen den ÖVP-Regierungskurs!

Unterstütze die Interessen aller arbeitenden Menschen in unserem Lande, indem Du die

Liste der sozialistischen Gewerkschafter wählst!“

Bitte, meine Herren, ich habe nichts gegen diesen Brief. Aber warum werden solche Briefe nicht auch heute an die Bundesregierung geschrieben, damit wir die Arbeitsplätze erhalten? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe den Namen dieses Abgeordneten absichtlich nicht gesagt, weil ich nichts davon halte, daß man Mitglieder dieses Hauses irgendwie ausspielt. Ich bin hier tatsächlich zu viel Gewerkschafter, als daß ich einen anderen Kollegen der Öffentlichkeit ausliefere.

Aber es ist genug, wenn man weiß, wie damals gekämpft worden ist um jeden Arbeitsplatz und wie man heute leichtfertig darüber hinweggeht und schweigt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wie hat sich doch unsere Arbeitswelt verändert!

Anstatt in allen Belangen für die Belegschaft da zu sein, verteidigt man Betriebsschließungen, die nicht notwendig sind. Ja man sagt sogar, wenn ihr nicht der Schließung des Stahlwerkes in Judenburg zustimmt, bekommt ihr keine Investitionen im Bereiche des Felbern-Stahlwerkes. Das ist ein – gelinde gesagt – unerhörter Zwang, den man der Belegschaft auferlegt.

Ich möchte hier sagen: Wahrscheinlich werden wir es noch einmal bedauern, daß wir heute Betriebsstätten schließen. Denn unsere ureigentliche Aufgabe wäre es ja, in kleineren Kapazitäten mit größeren Qualitäten zu arbeiten und die Marktlücken, die in Europa und in der ganzen Welt sind, zu erschließen und dort hineinzuproduzieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn so viel von den roten Ziffern gesprochen wird, dann möchte ich eine Randbemerkung meines Sitznachbars, des Dr. Moser sagen, der mit Recht feststellte, wenn wir aus den roten Ziffern herauswollen und wenn wir wieder schwarze erreichen wollen, dann wird eine schwarze Regierung notwendig sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Worte kommt der Herr Abgeordnete Fauland.

Abgeordneter **Fauland** (SPÖ): Herr Präsident!

10130

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Fauland

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Bevor ich in meine Ausführungen über die Stahlindustrie in Österreich eingehe, möchte ich doch auch einige Antworten an die Herren der ÖVP richten und hier besonders an Herrn Dr. Mock, weil zuerst Herr Dr. Mock gesprochen hat. Er hat es eigentlich so herausgestellt, als hätten Sie seinerzeit, als Sie in der Alleinregierung gewesen sind, die Verstaatlichte gesunderhalten und gesund übergeben und erst jetzt, seit die SPÖ-Alleinregierung ist, die Verstaatlichte in einem Stadium, wo sie immer Defizite macht und in Schwierigkeiten gekommen ist.

Herr Dr. Mock! Ich möchte Sie daran erinnern, daß Sie in der Zeit von 1966 bis 1970 die Zeit gehabt hätten, seinerzeit schon, wenn Sie sich getraut hätten, die Fusion der Alpine und der VÖEST vorzunehmen. Hätten Sie seinerzeit, Herr Dr. Mock, von Ihrer Partei aus, von der Regierungspartei den Mut gehabt, dann wäre heute das Dilemma in diesen Betrieben der VÖEST-Alpine, Herr Dr. Mock, nicht so groß. Es würden rechtzeitig Investitionen getätigt worden sein, es würde heute die Möglichkeit sein, konkurrenzfähiger zu sein und dementsprechend Produkte auf den Markt zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Darf ich Ihnen eine Antwort geben?)* Herr Dr. Mock, bitte Sie können das sofort machen.

Vergessen Sie eines nicht: Sie haben gesagt, strukturpolitisch ist die Wirtschaft negativ belastet seit ein bis drei Jahren; wir haben sie ganz großartig übergeben. *(Abg. Dr. Mock: Ich habe gesagt: Wir haben sie mit Problemen, aber kapitalmäßig und ertragsmäßig in einem guten Zustand übergeben! Probleme gibt es!)*

Herr Dr. Mock! Darf ich Ihnen eines sagen: Haben Sie aber auch hineingeschaut, wie es in den Betrieben der Alpine ausgeschautes hat, wo Sie den Vorstand, den Generaldirektor gestellt haben, die unter der schwarzen Führung gestanden sind, unter erzkonservativer Führung? Es wurden dort fast keine Investitionen getätigt. *(Abg. Gorton: Gar nicht wahr!)*

Denken Sie doch nach, Herr Gorton!, Herr Abgeordneter Gorton! Ich selbst bin in Donawitz als Arbeiter schon 30 Jahre tätig, als Betriebsrat tätig und jetzt als Betriebsratsobmann. Ich weiß, Herr Gorton, was bei uns seinerzeit unter Generaldirektor Oberegger immer gesagt wurde: Wir brauchen nichts zu exportieren, wir sind für das Inland da, wir verkaufen Schienen in Österreich, einen Torstahl und Draht in Österreich, mehr brauchen wir nicht, was sollen wir viel investieren? Das lassen wir die anderen machen, wir arbeiten, und so war es auch.

(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.) Darf ich Ihnen noch eines sagen, Herr Dr. Mock, bitte. Nur eines noch!

Sie haben gesagt, Sie und die öffentliche Hand sind bereit gewesen, jederzeit einzugreifen und zu helfen. Ich habe einen Zeugen da, der vorher da gestanden ist, den Herrn Abgeordneten Burger, ein Kollege von mir und Betriebsrat in Donawitz. Fragen Sie, wie es in den Jahren 1967 und 1968 war. Wo waren seinerzeit die öffentliche Hand und Ihre Regierung, als es bei uns in Donawitz geheißen hat, 700 Arbeiter sind zu viel?

Wir Betriebsräte mußten uns kümmern, mußten rausmarschieren zum Vorstand und Generaldirektor. Der Generaldirektor, von Ihrer Seite gestellt, mußte damals gehen. Wir haben uns selbst geholfen, daß die 700 Leute, die Kollegen nicht gekündigt wurden. Auch von Ihnen, von der Regierung kam keine Hilfe. Wir selbst sind das gewesen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Auch Ihr Kollege war dabei, Herr Doktor, er kann es bestätigen. *(Abg. Dr. Mock: Sie haben hier nur etwas zu früh gesprochen! Ich habe zwar vorhin gesagt, daß wir immer die Mittel zur Verfügung gestellt haben, nur war das ein Zitat des Herrn Bundeskanzlers! Dr. Kamitz hat immer die notwendigen Mittel in schweren Zeiten zur Verfügung gestellt. – Abg. Dr. Schwimmer: Glauben Sie Ihrem Bundeskanzler nicht? Wollen Sie Kreisky Lügen strafen?)*

Aber Sie selbst haben auch gesagt, ausdrücklich, Herr Dr. Mock, daß Sie jederzeit auch von Ihrer Seite aus bereit waren, etwas zu tun. Ich muß Ihnen eines sagen. Wie war es bei der LAKOG, Herr Dr. Mock, was haben Sie seinerzeit mit der LAKOG gemacht? Haben Sie Ersatzarbeitsplätze geschaffen?

Schauen Sie sich heute Fohnsdorf an. Es ist traurig, und der Kollege Burger hat es gesagt. Sicher ist es immer leicht, Betriebe zu schließen. Aber es ist die Notwendigkeit gegeben und es ist dafür gesorgt worden. Es sind nicht nur dementsprechende Abfertigungen für diese Kollegen dort gefunden worden, sondern es sind ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen worden. Schauen Sie sich das Projekt Aichfeld-Murboden an. Ich glaube, es ist bewiesen worden, daß diese Regierung alles macht und alles unternimmt, daß die Arbeitsplätze gesichert sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genauso ist hier das Kapitel Sozialkapital angeschnitten worden, daß die Abfertigungen nicht mehr gesichert sind, das Geld in der Stahlindustrie nicht mehr vorhanden wäre. Auf die Treuepension komme ich noch zu sprechen. Da gibt es ja so ein schönes Flugblatt seitens des ÖAAB, das ausgegeben worden ist zu den Betriebsratswahlen in der VÖEST Linz.

Ich kann immer nur sagen: Ich glaube immer noch unseren Vorstandsvorsitzenden, unserem

Fauland

Vorstand, unserem Zentralbetriebsrat. Alle Zentralbetriebsräte, wie sie hier sitzen, und auch der Kollege Wimmersberger ist ein Mitglied des Zentralbetriebsrates. Wir waren dabei, als gesagt wurde, daß für uns für zehn Jahre hindurch die Abfertigung, die Treuepension, die Rücklagen vorhanden und gesichert sind. Zu dem steht der Vorstand, das weiß auch der Kollege Wimmersberger.

Aber was macht man heute? (*Abg. Dr. Mock: In Ranshofen war es anders!*) Aber, Herr Dr. Mock, und was macht man von seiten der Kollegen? Zwei Tage, drei Tage vorher geht man hinaus, nimmt ein schönes Zetterl und sagt, 147 000 Schilling für eine Untersuchung, ob die Treuepension überhaupt sicher sein wird. Du weißt ganz genau, Herr Abgeordneter und Kollege Wimmersberger, daß diese Sicherheit ja gegeben ist.

Aber eines ist klar: Wenn man ständig so wie du, Herr Abgeordneter und Kollege, mit Zeitschriften draußen schon monate- und jahrelang seit der Fusion immer wieder auftritt und sagt, ja, liebe Kollegen in Linz: Eines sage ich euch, wenn wir nicht fusioniert hätten, wenn wir das Anhängsel da in der Steiermark, diese Alpine-Betriebe – es ist nachzuweisen, das weißt du ganz genau – nicht hätten, hätten wir euch eine Prämie ausbezahlen können, wir würden viel besser dastehen. Ich war immer gegen die Fusion. Aber jetzt ist es ja geschehen. Die bösen Sozialisten haben das Vernünftigste gemacht, damit heute die Betriebe lebensfähig sind. Wenn man so jeden Tag hineingeht und Monate hineingeht in die Belegschaft, ist es ganz klar, daß man versucht zu verunsichern, um dadurch dann irgendwelche Erfolge zu erzielen.

Aber das dürfen Sie sich nicht einbilden, Herr Dr. Mock, daß das Ergebnis der Betriebsratswahl, weil es zum Beispiel in Linz ein besseres Ergebnis gegeben hat, der Erfolg davon ist, daß die Leute nicht mehr unserem Herrn Bundeskanzler oder der Bundesregierung glauben, sondern das sind diese Marschrouten, weil man glaubt, mit solchen Dingen verunsichern zu können. Nicht daß die Leute nicht wissen, daß ihre Arbeitsplätze in der Verstaatlichten sicher sind, sondern solche Dinge machen oft unsicher, führen zu einer gewissen Unsicherheit. Das hat man bezweckt, und dann kommen solche Wahlergebnisse. Aber nicht weil die Bundesregierung ... (*Abg. Dr. Mock: Eine hohe Unsicherheit bei 11 Prozent!*) Die Bundesregierung hat alles unternommen und hat die Arbeitsplätze gesichert. (*Abg. Dr. Mock: Also bleibt weiter auf diesem Weg!*) Wir bleiben auf diesem Wege. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wurde auch noch die Betriebsratswahl von Ihnen, Herr Dr. Mock, angeschnitten und gesagt:

Schauen Sie auf das Ergebnis. Es wird niemand bestreiten ... (*Ruf bei der ÖVP: Habt ihr sie vielleicht gewonnen?*) Lassen Sie mich bitte etwas sagen. Ich werde Ihnen gleich etwas sagen, Sie werden staunen.

Wer redet von gewinnen, wer von verlieren. Schauen Sie sich an, wie die Ergebnisse sind. Für die Steiermark, wo wir die größten Schwierigkeiten haben, möchte ich klar und deutlich sagen: Auch in meinem Betrieb ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Sie können sagen, was Sie wollen, auch in meinem Betrieb ... (*Neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Schauen Sie, 18 : 5 : 2 ist es gestanden ...

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner reden zu lassen.

Abgeordneter **Fauland** (*fortsetzend*): In meinem Betrieb, wo ich Betriebsratsobmann bin, ist es mir seinerzeit gelungen, sechs Mandate auf einen Schlag dazuzugewinnen, und ich weiß ganz genau, daß ich damals ein Mandat meinem Kollegen Burger weggenommen habe; er hatte damals drei Mandate, bekam dann zwei Mandate, er hat damals sogar einen Stimmenüberhang von 140 oder 150 Stimmen gehabt, das dritte Mandat war also fast abgesichert. Diesmal ist es gelungen, das eine Mandat in Donawitz zurückzugewinnen, und jetzt steht es nicht mehr 18 : 5 : 2, sondern 17 : 5 : 3. Es gibt ein demokratisches Wahlrecht, es ist gewählt worden. Das eine Mandat ist wieder zurückgegangen, es ist nichts einzuwenden. Aber das besagt noch lange nicht, daß es deswegen zurückgegangen ist, weil die Kollegen in diesen Betrieben verunsichert sind, weil man gewisse Parolen hineinstreut, wo heute der Kollege Burger ja selbst davon gesprochen hat, die Leute zu verunsichern. Die Leute wissen ganz genau – ich sage es noch einmal –, daß sie in den Betrieben ihre Arbeitsplätze haben und diese sicher sind.

Schauen Sie die anderen Betriebe an. Schauen Sie nach Kindberg. Da ist es dem ÖAAB oder der KPÖ nicht einmal gelungen, eine Liste aufzustellen: 14 : 0 für die sozialistischen Gewerkschafter. Schauen Sie nach Krieglach: 8 : 0 für die sozialistischen Gewerkschafter. Sehen Sie nach Eisenerz zum Erzbergbau, wo die größten Schwierigkeiten sind, wo die meisten Rationalisierungsmaßnahmen getroffen wurden: 14 : 1 : 1. Die KP ist verschwunden. (*Beifall bei der SPÖ.*) Schauen Sie zu VEW nach Kapfenberg: 25 : 0. Schauen Sie nach Zeltweg, das gleiche Ergebnis. Schauen Sie nach Liezen, wo der ÖAAB ein Mandat verloren hat. Zeigen Sie die richtigen Tatsachen auf! (*Abg. Dr. Mock: Bleiben Sie auf diesem Weg, das ist gut für uns!*) Wir bleiben auf diesem Weg, Herr Dr.

10132

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Fauland

Mock. Unsere Kollegen in den Betrieben wissen das auch. Wir bleiben auf diesem Weg, und die Mehrheit schenkt uns nach wie vor das Vertrauen. Ich glaube, wenn man 70 Prozent oder 65 Prozent der Stimmen hat, ist das immer noch die Mehrheit des Vertrauens.

Aber eines muß ich doch sagen. Ich sage immer wieder, unter Ihrer Führung, Herr Dr. Mock, in den vier Jahren wäre es möglich gewesen. Und ich bin froh, daß die Fusion vonstatten gegangen ist und daß die Fusion 1973 durchgeführt wurde. Wäre das nicht gewesen, wäre es heute wahrscheinlich nicht möglich, in den ehemaligen Alpine-Betrieben diese Beschäftigtenzahl zu haben, wie wir sie heute haben, weil alle nötigen Produktionsmittel bei uns veraltet gewesen sind und nichts investiert wurde. Auf die Investitionen werde ich heute noch genauer eingehen, wenn ich meine Ausführungen dazu mache.

Ich habe noch ein Wort von Herrn Dr. Taus zu zitieren, der gesagt hat, ertragsstark und nicht ertragsschwach müssen wir durch die Fusion werden. Ich sage noch einmal: Herr Dr. Taus, auch Sie hätten die Möglichkeit gehabt, 1966 bis 1970 eine dementsprechende Fusion durchzuführen, und die Betriebe wären heute nicht ertragsschwach, sondern wären ertragsstark geblieben. Das haben Sie unterlassen und haben Sie seinerzeit nicht gemacht.

Der Kollege Burger spricht hier – der Herr Abgeordnete Burger, ich darf aber Kollege sagen, weil wir ja im Betriebsrat gemeinsam wirken und arbeiten – von Schwierigkeiten in der Obersteiermark. Sicher wissen wir, daß es in der Obersteiermark Schwierigkeiten gibt. Aber eines müssen wir heute ganz eindeutig sagen – darauf komme ich auch noch zurück –: daß wir alle es gewesen sind, im Betriebsrat wie im Zentralbetriebsrat, in der Belegschaftsvertretung der VÖEST-Alpine, die gefordert haben, daß die Investitionen, wie sie seinerzeit im mittelfristigen Programm schon entwickelt und vorgelegt wurden, durchgeführt werden, damit unsere Arbeitsplätze in Zukunft gesichert sind.

Wir haben auch gewußt, daß es zu Strukturereinigungen und zu Rationalisierungen kommt. Aber heute kann man nicht hergehen und aufzeigen und sagen: Judenburg, Donawitz; die Gießerei in Donawitz, wobei man genau weiß, daß Donawitz eine kleine Gießerei ist, die 78 Beschäftigte hat, die nur auf den Kokillenguß ausgerichtet ist, wo man genau weiß, daß das Martin-Stahlwerk bei uns eingestellt worden ist, das nur mehr ein LD-Stahlwerk ist, daß nun eine Stranggußanlage errichtet wird auf Grund der Investitionen, die von unserem Vorstand geplant wurden, worauf ich noch eingehen werde, und dadurch natürlich der Kokillenguß zurückgeht

und keine Ersatzmöglichkeiten vorhanden sind. Man weiß und liest ja, daß die Gießereien in der Welt geschlossen werden, daß die Gießereien Schwierigkeiten haben und daß wir keine Ersatzprodukte für unsere Gießerei bekommen werden. Wir haben das genau ausgesprochen und auch alles getan, damit unsere Kollegen einen entsprechenden Arbeitsplatz im Werk finden, auch eine entsprechende Entlohnung erhalten und keine Lohneinbuße haben.

Weiters hat Herr Dr. Taus heute aber auch gesagt, daß es auf jeder Seite gute Leute gibt. Es gibt gute Leute von der ÖVP im Management, es gibt gute Leute bei der sozialistischen Fraktion. Daher wundert mich eines, Herr Dr. Mock, und darauf möchte ich Sie ansprechen, weil der Dr. Keimel nicht anwesend ist.

Herr Dr. Keimel hat in einer Zeitung, in der „a 3 bau“ 3/78, eine Vorschau gegeben; da heißt es:

„Abgeordneter Dr. Otto Keimel, Bauten- und Wirtschaftssprecher der VP, reist derzeit mit einem von seiner Seite verständlicherweise schwarz eingefärbten Verstaatlichten-Witz: ‚Wir Tiroler haben einen eigenen Begriff von Relativität. Wenn die VÖEST zum Beispiel‘ – und jetzt hören Sie bitte her, Kollege Wimmersberger, hör du genau zu und auch Kollege Burger – „nur vier Flaschen Roten im Keller hat, ist relativ wenig, wenn Sie aber vier rote Flaschen im Vorstand hat, ist das relativ viel.“

Ich glaube, es ist doch eine Gemeinheit, ein Urteil abzugeben über ein Management, über einen Vorstandsdirektor, über einen Generaldirektor Apfalter, der ein anerkannter Wirtschaftsmann ist und in der Krisenzeit bewiesen hat, daß er es wohl versteht, für unsere Belegschaft die Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Solche Methoden macht man ringsherum, man geht in die Bundesländer und verunglimpft den Vorstand und die Spitze eines Unternehmens. (*Abg. Mondl: Das kostet den Kollegen Kraft nur ein Lachen!*)

Bitte, so steht es da. Bitte, da habe ich es, Herr Abgeordneter, es ist abgelenkt, Sie können das jederzeit anschauen, es steht so wörtlich hier.

Ich darf aber jetzt, Hohes Haus, auf meine Ausführungen eingehen und zur Stahlindustrie einige Worte sagen.

Verehrte Damen und Herren! Es liegen uns heute die Berichte der verstaatlichten Industrie für die Jahre 1976 und 1977 vor, die bereits im Ausschuß für verstaatlichte Betriebe behandelt und so wie vorgelegt einstimmig zur Kenntnis genommen worden sind.

Diese Berichte, wertere Damen und Herren, zeigen aber eindeutig, daß die Bundesregierung

Fauland

und der Bundeskanzler Dr. Kreisky diese Krisen besser zu bewältigen vermochten als je ein anderer Staat der westlichen Welt. Ich glaube, die Ausführungen wurden ja eindeutig von meinen Vorrednern dazu schon gebracht.

Erlauben Sie mir daher auch, als Betriebsratsobmann eines Betriebes der VÖEST-Alpine AG zur gegenwärtigen Situation in der Eisen- und Stahlindustrie Stellung zu nehmen. Sie wissen alle, daß sich die wirtschaftliche Situation sowie die Auftragssituation der Eisen- und Stahlindustrie der westlichen Welt seit der Rezession im Jahr 1975 – wir sind bereits vier Jahre in der Krise – beim Stahlbedarf kaum geändert hat.

Bezüglich des Produktionsrückganges der Eisen- und Stahlerzeugung darf ich Ihnen folgende Vergleichszahlen nennen. Wenn Sie daraus ersehen können, daß in der EG der Neun im ersten Halbjahr 1974 noch eine Erzeugung von 52 Millionen Tonnen und im gleichen Zeitraum 1978 eine solche von 45 Millionen Tonnen gewesen ist, dann zeigt das, in welchen Schwierigkeiten sich die Stahlindustrie befindet.

Die gleichen Vergleichszahlen kann man auch noch sehen bei den USA, wo 1974 noch im ersten Halbjahr 45 Millionen Tonnen produziert wurden und 1978 nur mehr 38 Millionen Tonnen. So geht das auch weiter bis nach Japan.

Und wenn ich dann vergleiche, wie gut sich Österreich gehalten hat, daß im ersten Halbjahr 1974 in Österreich 1,5 Millionen Tonnen noch produziert und im ersten Halbjahr 1978 1,4 Millionen Tonnen erzeugt wurden, dann bedeutet das bloß nur ein Minus von 5 Prozent, bei den anderen Staaten kann man feststellen, daß der Rückgang fast bei 14 und 15 Prozent liegt.

Derzeit wissen wir, daß in der westlichen Welt und in westlichen Staaten bei der Stahlindustrie ein Kapazitätsüberhang besteht – und das wird immer wieder bestätigt –, der ungefähr zu 30 bis 25 Prozent vorhanden ist.

Dazu muß man aber auch sagen, daß die Experten und die Wirtschaftsfachleute voraussagen, daß man in der Mitte der achtziger Jahre nur mit einer Produktionszunahme rechnen kann, die ungefähr 4 Prozent oder 5 Prozent sein wird.

Trotz einer leicht positiven Tendenz, meine Damen und Herren, in der mengenmäßigen Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie und bei der Eisen- und der Stahlnachfrage ist noch keine entscheidende Besserung der finanziellen Situation in den Stahlunternehmen zu erwarten.

Die internationale Stahlindustrie wird wahrscheinlich auch in den kommenden Monaten mit Verlusten arbeiten und produzieren. In der EG

der Neun schätzt man einen Verlust – das wurde auch bereits von meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Wille, angeführt –, von rund 72 Milliarden Schilling. Dazu kommt noch ein Beschäftigungsabbau von rund 55 000 Personen von 1975 bis 1977, während bis 1980 mit einem weiteren Abbau von rund 100 000 Mitarbeitern zu rechnen sein wird.

Für das Jahr 1978 erwartet die EG eine geringfügige Stahlverbrauchsteigerung, die kaum einen nennenswerten Abbau der Lagerbestände verursachen wird, und die Ausnützung der Produktionskapazität dürfte in der EG nach wie vor aber nur bei 60 oder 70 Prozent im Jahresdurchschnitt liegen.

Die kaum feststellbare Besserung der Rohstahlproduktion hat einen Niederschlag aber auch sofort bei der Beschäftigungslage in der Industrie gefunden. Während in den ersten Jahren der EG 1977 und 1976 noch rund 150 000 Kurzarbeiter gewesen sind, sehr verehrte Damen und Herren, sind es jetzt in der zweiten Hälfte 1978 dankenswerterweise, da die Produktion etwas angelaufen ist, nur mehr 52 000.

Dazu vergleichen Sie jetzt Österreich, wir hatten keine Kurzarbeiter, nur einige Schulungsmaßnahmen, wir wurden vor der Rezession eigentlich verschont.

Da darf ich auch sagen, das konnte nur verhindert werden dank der Fusion der VÖEST-Alpine AG, die 1973 von der jetzigen Bundesregierung unter der Führung unseres Bundeskanzlers Dr. Kreisky vorgenommen wurde.

Und verglichen mit den von mir aufgezählten Industrieländern hat das die Beschäftigung in Österreich in der Eisen- und Stahlindustrie aufrechterhalten, die Arbeitsplätze konnten gesichert werden.

In einzelnen Betrieben – das wissen wir als Betriebsräte – kam es zu Schwierigkeiten. Aber wir konnten uns helfen, indem wir die Überstunden abgebaut, Sonntagsschichten eingeschränkt haben. Ich muß auch hier wieder dankenswerterweise sagen, daß für die Schulungsmaßnahmen, die getroffen wurden, auch unser Herr Bundesminister Weißenberg Verständnis gezeigt und seitens der Arbeitsmarktförderung die dementsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat. *(Abg. Dr. Haider: Macht eine Rundumbelobigung!)*

Darf ich eines sagen, Herr Abgeordneter, warum soll man das nicht machen. Die Belegschaft weiß das draußen, die Belegschaft anerkennt das draußen. Selbstverständlich. *(Abg. Dr. Haider: Das hat man gesehen!)*

Wie wollen Sie das sagen? Ich habe es

10134

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Fauland

gesehen. Ich habe ganz deutlich gesehen, die Belegschaft anerkennt das. Es ist nichts schiefgegangen, es hat keine größeren Schwierigkeiten gegeben. *(Abg. Dr. Haider: Es gibt noch mehrere Ministerien, Sie können in Ihrer Belobigung fortfahren!)*

Wir haben nur zwei, die haben etwas damit zu tun gehabt, das war das Bundeskanzleramt und das Sozialministerium, Weißenberg. Ich bin zufrieden, Herr Abgeordneter.

Aber unabhängig davon möchte ich feststellen, daß die Fusion zur VÖEST-Alpine AG den Betrieben der seinerzeitigen Alpine nur Vorteile gebracht hat. Nicht nur die Arbeitsplätze konnten dadurch gesichert werden, sondern auch die Investitionstätigkeit ist in verstärktem Ausmaß vorgenommen worden.

Im gesamten VÖEST-Alpine-Konzern beträgt derzeit die Beschäftigtenanzahl rund 79 000 Kollegen, die Mutter hat 41 000 Mitarbeiter.

Der Jahresumsatz 1978, werte Damen und Herren, wird voraussichtlich im Gesamtkonzern geschätzt mit 50 Milliarden Schilling sowie für die Mutter mit 29 Milliarden Schilling.

Weiters möchte ich aber auch erwähnen, daß die VÖEST-Alpine AG der größte Industriebetrieb Österreichs ist, das sieht man an der Beschäftigtenzahl als auch am Umsatz, mehr als 12 Prozent der Industriebeschäftigten Österreichs arbeiten in diesem Konzern, werte Damen und Herren.

Bei Annahme eines Personalstandes von rund 79 000 Beschäftigten und einer durchschnittlichen Familiengröße von drei Personen ergibt sich eine Anzahl von 240 000 Personen, zuzüglich der Pensionisten von rund 23 000 mit einem Multiplikator von 1,5 ergibt das rund 35 000, insgesamt eine Summe von rund 275 000 Personen, die in wirtschaftlicher Hinsicht unmittelbar mit der VÖEST-Alpine im Zusammenhang zu sehen sind.

Als sehr interessant, verehrte Damen und Herren, möchte ich heute hier aufzeigen, daß der Anteil des VÖEST-Alpine-Konzerns am Export 26,9 Milliarden Schilling beträgt. Im Vergleich zum gesamten österreichischen Export, der im Jahre 1977 161 Milliarden Schilling betrug, sind das rund 17 Prozent. Und im gleichen Zeitraum wurden 1977 von der VÖEST-Alpine 9,6 Milliarden Schilling importiert, gemessen am österreichischen Import 1977 mit einer Summe von 234 Milliarden sind das 4 Prozent.

Aber interessant ist diese Vergleichsziffer darum, verehrte Damen und Herren, weil bei einem Außenhandelsdefizit von 70 Millionen wir einen Export von 26,9 Milliarden Schilling

und einen Import von 9,6 Milliarden Schilling hatten, ein Plus von 17 Milliarden Schilling. Ich glaube, daß damit sehr viel Positives dazu beigetragen wurde gegenüber dem Außenhandelsdefizit.

Weiters dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß die VÖEST-Alpine jährlich Inlandsaufträge im Ausmaß von weit über 5 Milliarden Schilling an Unternehmen im Inland vergibt.

Wir haben heute eine Gehaltssumme, die rund 12 Milliarden Schilling beträgt beim Alpine-Konzern und bei der Alpine-Mutter rund 7,1 Milliarden.

Gestatten Sie mir, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, daß ich auch noch kurz auf die Investitionstätigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie eingehe.

Von 1974 bis 1978 wurden im VÖEST-Alpine-Konzern 16,9 Milliarden Schilling investiert, in diesem Zeitraum stand der VÖEST-Alpine AG ein Betrag von 12 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Ich darf Ihnen einige Projekte anführen, folgende Großprojekte kann ich noch nennen.

Die Erzvorbereitung in Linz wurde 1976 mit 608 Millionen Schilling für die Erweiterung der Sinterkapazität errichtet.

In dem Hochofen in Linz wurden von 1974 bis 1977 2,7 Milliarden Schilling investiert.

LD-Stahlwerk Linz III: 1 200 Millionen Schilling im Zeitraum von 1971 bis 1976.

Das LD-Stahlwerk in Donawitz wurde ebenfalls 1975 mit 534 Millionen Schilling erweitert.

Eine Knüppelstranggußanlage in Donawitz, voraussichtliche Inbetriebnahme 1979, mit 360 Millionen Schilling.

Die Bereitbandstraße in Linz: 1976 mit 870 Millionen Schilling.

Eine Grobblechstraße in Linz mit 445 Millionen Schilling.

Ein Kaltwalzwerk 2 in Linz von 1971 bis 1975 mit 1 184 Millionen Schilling.

Knüppeladjustage Donawitz 1977 220 Millionen Schilling.

Die Drahtstraße in Donawitz, voraussichtliche Inbetriebnahme 1979, 1,4 Milliarden Schilling.

Das Nahtlosrohrwerk in Kindberg, voraussichtliche Inbetriebnahme 1980, 1,6 Milliarden Schilling.

Für den Stahlbau Linz von 1970 bis 1976 275 Millionen Schilling.

Für die Finalbetriebe in Zeltweg, voraussicht-

Fauland

liche Fertigstellung 1981, 600 Millionen Schilling.

Maschinenbau in Linz 239 Millionen Schilling.

Ich glaube, daß diese Ziffern für sich sprechen, daß von dieser Regierung und auch von dem Vorstand dieses Unternehmens alles gemacht wurde, um die Arbeitsplätze in Zukunft auch in diesen Betrieben im Bereich der Stahlindustrie zu sichern.

Wenn man bedenkt, daß diese Investitionen gemacht wurden in einer Zeit, wo die Stahlkrise bereits eingetreten ist, kann man nur sagen, daß sich dieses Unternehmen etwas getraut und auch Mut bewiesen hat, daß man in einer Zeit richtig investiert, wo es abwärts geht, damit man dann wieder, wenn es aufwärts geht, entsprechend gerüstet ist und die Produkte an den Mann bringt.

Ich darf aber erwähnen, was in der Steiermark für mich sehr interessant ist, daß allein für die VÖEST-Alpine-Betriebe in der Steiermark in den Jahren von 1973 bis 1977 4,2 Milliarden Schilling an Investitionen zur Verfügung gestellt worden sind, während vor der Fusion von 1968 bis 1972, ebenfalls in einem Zeitraum von fünf Jahren, nur 2 Milliarden Schilling an Investitionen in diesen Betrieben aufgewendet wurden.

Weiters ist im Rahmen des mittelfristigen Investitionskonzeptes des VÖEST-Alpine-Konzerns für die Jahre 1978 bis 1982 für Sachanlagen-Investitionen ein Aufwand von rund 18,3 Milliarden Schilling präliminiert, wovon allein zirka 10 Milliarden Schilling für die Betriebsstätten in der Steiermark vorgesehen sind. Von diesen werden allein zirka 6 Milliarden Schilling für Investitionen zur Strukturbereinigung aufgewendet. Das bedeutet für die Arbeitnehmer in den steirischen Betrieben der VÖEST-Alpine AG die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und nicht so, wie es vorhin den Anschein hatte, wie der Kollege Burger seine Ausführungen gemacht hat.

Es ist auch interessant, und das möchte ich auch hier erwähnen, verehrte Damen und Herren, daß mit diesem Investitionsprogramm ebenfalls 5 500 Arbeitsplätze in diesen fünf Jahren in der Investitionsgüterindustrie gesichert sein werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird aber unumgänglich erforderlich sein, daß der Bund, um das vorgesehene Investitionsprogramm von 1978 bis 1982 verwirklichen zu können – dazu stehe ich genauso wie alle Redner heute, die hier am Rednerpult schon gestanden sind –, das wesentlich zur Strukturbereinigung dient, der VÖEST-Alpine eine Kapitalzuführung für die nächsten fünf Jahre gewährt.

Die Bundesregierung, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, hat bereits in der Ministerratssitzung vom 26. 9. dieses Jahres beschlossen, für Investitionen in der Steiermark Zinsstützungen für 3,6 Milliarden Schilling vorzunehmen.

Ich erlaube mir daher, Hohes Haus, abschließend festzustellen, daß es bisher dem VÖEST-Alpine-Konzern gelungen ist, die Verluste der Jahre 1975, 1977, 1978 aus eigenen Mitteln abzudecken. Leider zeichnet sich aber in der Zukunft auch im VÖEST-Alpine-Konzern auf Grund der weltwirtschaftlichen Krise auf dem Eisen- und Stahlsektor keine Besserung ab. Es wird daher das Zusammenwirken aller Kräfte erforderlich sein, um auch weiterhin wie bisher die Arbeitsplätze in der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben zwar heute schon einmal darauf hingewiesen, ich möchte es aber doch noch einmal festhalten, daß so wie vor zwei Jahren von der derzeitigen sozialistischen Nachmehrheit dieses Hauses diesmal wieder erwirkt wurde, daß der vom Gesetzgeber vorgeschriebene Verstaatlichtenbericht des Herrn Bundeskanzlers nicht jährlich hier im Hause zur Behandlung gelangte, sondern der Bericht über das Jahr 1976 anscheinend gezielt längere Zeit aufs Eis gelegt wurde, sodaß wir erst heute gemeinsam mit dem 1977er Bericht diese ganzen Fragen behandeln können.

Meine Damen und Herren! Wenn ich auch grundsätzlich der Auffassung zuneige, mich über aus dem Haus geschiedene Abgeordnete nihil nisi bene zu äußern, das heißt, ihnen nichts Schlechtes nachzusagen, so kann ich doch dem heuer im Frühjahr vom Betriebsobmann plötzlich zum ÖIAG-Vorstandsdirektor und für Rechtsangelegenheiten Zuständigen avancierten ehemaligen Abgeordneten Brauneis den Vorwurf nicht ersparen, als langjähriger Vorsitzender des Verstaatlichtenausschusses diese Berichte immer wieder verzögert zu haben. Ich möchte heute von dieser Stelle aus dem neuen Vorsitzenden Hellwagner sehr nahelegen, künftig unter Beweis zu stellen – in dieser Legislaturperiode wird er wahrscheinlich nicht mehr viel Gelegenheit haben, aber falls er wieder einmal Vorsitzender werden sollte –, daß er durch rasche und damit auch aktuelle Behandlung der Berichte mit seiner Fraktion bereit ist, über diese Sorgen und Fragen unserer verstaatlichten Unternehmungen rechtzeitig im Parlament zu beraten.

Meine Damen und Herren! Sofern es in der –

10136

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Dkfm. Gorton

wie ich gesagt habe – auslaufenden Legislaturperiode nicht mehr der Fall sein sollte, was auf Grund des Herbstwahltermins nächsten Jahres fast anzunehmen ist, ist dies heute die letzte große Verstaatlichtendebatte, vor allen Dingen über diese Periode der auslaufenden nochsozialistischen Regierung.

Es erscheint mir daher auch angebracht, auf diese Fragen kurz zurückzublicken, dies umso mehr, als der Herr Bundeskanzler, der im Augenblick nicht anwesend ist, im Verstaatlichtenausschuß zum Ausdruck gebracht hat, daß quasi die Verstaatlichte in vergangenen Zeiten schmafu behandelt worden wäre.

Diese Schmafu-Behandlung veranlaßt uns, auch hier rückblickende Vergleiche anzustellen. Nachdem der Herr Abgeordnete Fauland als mein Vorredner sich hier zum Teil in Historien ergangen ist, wobei er zum Ausdruck brachte, daß von 1966 bis 1970 die ÖVP Fusionen hätte durchführen können und so weiter, und da er geglaubt hat, an der damaligen Verstaatlichtenpolitik unter unserer Bundesregierung Kritik üben zu müssen, muß ich hier doch an einiges erinnern.

Ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Fauland es selbst nicht für richtig gehalten hat, wenn er hier gesagt hat, vor 1970 wäre nichts investiert worden. Zum Beispiel bezüglich Donawitz darf ich daran erinnern, daß das ganze LD-Stahlwerk, daß die Blockstraße, die Profilstraße, die Knüppelstraße mit den Nebeneinrichtungen der Stromversorgung, daß riesige Investitionen unter einem ÖVP-Generaldirektor, wenn Sie die Generaldirektoren auch politisch einstufen wollen, geleistet wurden und daß er selbst sicherlich heute nicht hier säße, wenn nicht auch damals in der Österreichischen Alpine Montan-Gesellschaft gewaltige Leistungen vollbracht worden wären. Auch das, muß hier festgestellt werden, Herr Abgeordneter Fauland. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich kann es gar nicht verstehen, daß Sie als Betriebsangehöriger hier diese Periode sozusagen schlecht machen wollten.

Aber, meine Damen und Herren, da wir schon zurückblicken und hier Tatsachen aufzeigen wollen und da der Herr Abgeordnete Fauland hier sagt, die ÖVP hätte schon die Fusion herbeiführen können: Wir haben zwischen 1966 und 1970 zunächst mit der ÖIG und dann mit der ÖIAG die Voraussetzungen geschaffen, daß die verstaatlichte Industrie und die verstaatlichten Unternehmungen unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Fauland, ich muß Sie daran erinnern, daß am 27. Jänner 1970, also in

der letzten Phase unserer ÖVP-Regierung, mit einem Beharrungsbeschluß erst die ÖIG-Gesetz-Novelle hier im Haus beschlossen werden konnte, damit die Grundlagen vorhanden waren, daß heute Ihre Regierung groß tun kann, mit der ÖIAG eine Politik für die verstaatlichte Industrie zu führen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wie sie geführt wird, auch das wird hier noch dargelegt werden müssen.

Wir haben diese Grundlagen geschaffen, und wir haben damals, das ist unbestritten, den Auftrag des Gesetzgebers für die sinnvolle Zusammenführung gleichgearteter Branchenbetriebe der verstaatlichten Unternehmungen festgelegt. Ihrerseits wurde dann diesem Auftrag auch erst im Jahre 1973 entsprochen, wobei wir, wenn wir ein Historicum machen, uns damals gegen dieses Gesetz ausgesprochen haben, weil wir der Auffassung waren, daß gesellschaftsrechtlich richtige andere Wege auch hätten beschritten werden können, die eine sinnvollere Koordinierung und Zusammenführung bewirkt hätten.

Ich glaube, Sie selbst wissen, daß gerade die Betriebe innerhalb des VÖEST-Alpine-Konzerns zum Teil sehr stark geächtet haben unter dieser gewaltsamen Zusammenführung, denn zweifellos ist auch die organisatorische Frage, die hier zugrundegelegt wurde, die heute die Basis ist, mit dem Divisionalprinzip nicht richtig angewendet worden. Wenn man das Divisionsprinzip angewendet hätte, wären zweifellos andere interne Lösungen, die zum Teil nicht vom personalpolitischen Überlegungen getragen waren, zustandegekommen.

Ich möchte also nicht so sehr in die betrieblichen Probleme eingreifen, glaube aber doch, daß man, wenn man zurückblickt und Vergleiche anstellt, folgendes feststellen muß: Der Herr Abgeordnete Wille sagt hier, es wären buchhalterische Vergleiche gewesen, die wir im Klub angestellt haben, ich muß Ihnen sagen: Wenn auf der einen Seite Sie die Vergangenheit kritisieren, wenn der Herr Bundeskanzler sagt, daß die Verstaatlichte früher einmal schmafu behandelt worden wäre, dann muß man sich auch gefallen lassen, daß man hier Vergleiche anstellt; da gibt es nicht nur Ausreden auf die gesamte weltpolitische Lage, sondern hier sprechen die Zahlen sicherlich ein beredtes Bild.

Wenn ich hier die Vergleichszahlen zwischen 1966 und 1971 auf der einen Seite und auf der anderen Seite zwischen 1971 und 1977, also während der sozialistischen Periode heranziehe, so zeigen diese Vergleiche – bitte, diese Zahlen müssen natürlich, wenn man sie vergleicht und in perzentuelle Gegenüberstellung bringt, auch die Geldentwertung entsprechend richtig erfassen – zweifellos die Tatsache, daß in der Periode

Dkfm. Gorton

von 1966 bis 1971, in der die ÖVP-Alleinregierung maßgebend war, die Jahresergebnisse insgesamt – unter Einschluß des Ölbereiches, der ja bei diesen Vergleichszwecken in der späteren Periode einen gewaltigen Aufschwung erwirkt hat durch den Windfall-Profit, der gerade der ÖMV natürlich auch zum Teil jetzt zugute gekommen ist – sich um 140 Prozent verbessert, während von 1971 bis 1977 ein Abfall um 82 Prozent zu registrieren ist.

Meine Damen und Herren! Die Selbstfinanzierung wuchs 1966 bis 1971 um 56 Prozent und hat dann bis 1977 einen Abfall um 31 Prozent erlitten.

Die Investitionen stiegen in der ersten Periode um 71 Prozent an und bis 1977 lagen sie wieder um 17 Prozent unter den Werten des Jahres 1971. *(Zwischenruf des Abg. Wille.)*

Die Dividendenleistungen – Herr Wille, ich weiß, daß Sie mich jetzt als Buchhalter bezeichnen werden. Aber wenn von Schmafu-Behandlung gesprochen wird und wenn Ihr Kollege Fauland hier solche Vergleiche anstellt, dann werden Sie mir das auch gestatten, Herr Abgeordneter Wille. Das ist mein Recht und das ist sicherlich Ihr Recht, die Sachen dann anders zu betrachten. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Wille: Herr Kollege Gorton! Es ist natürlich die Berechnung falsch, wenn Sie nicht die konjunkturelle Situation miteinbeziehen! Das ist alles unglaublich!)*

Herr Kollege Wille! Wenn Sie sich immer nur auf die konjunkturelle Situation berufen wollen, dann können Sie wahrscheinlich überhaupt keine Vergleiche anstellen, weil natürlich die Konjunkturentwicklungen in verschiedenen Perioden immer auch verschieden sein können. Aber die reine Vergleichsmöglichkeit ist zweifellos hier in der Form gegeben. Wenn Sie Vergleiche anstellen, so werden Sie es uns nicht vorenthalten können, daß wir das selbstverständlich auch machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe die Dividendenleistungen noch nicht für diese Zeiträume erwähnt, ich möchte aber auch hier sagen, daß es seinerzeit 199 Prozent Erhöhungen waren, sie liegen jetzt wieder um 65 Prozent unter diesem Wert.

Wenn man die Ölentwicklung außer acht lassen würde, so sind das noch ganz andere Vergleiche. Ich möchte aber jetzt davon absehen, auf diesem Gebiet hier noch weitere Ziffern zu bringen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Was brachte also die sozialistische Periode für die verstaatlichten Unternehmungen und wie stehen wir heute auf diesem, für die gesamte

österreichische Wirtschaft so bedeutenden Sektor da? – Ich möchte vorausschicken, daß wir immer der Auffassung waren, daß wir in Österreich nur eine Industrie kennen, und daß selbstverständlich unsere verstaatlichten Unternehmungen mit den gleichen Vor-, aber auch natürlich Nachteilen ausgestattet sein sollen, oder sagen wir, unter den gleichen Verhältnissen arbeiten wie die gesamte übrige Industrie.

Ich möchte fragen: Wo steht die ÖIAG mit ihrer Aufgabenstellung heute als Eigentümerholding, um für die langfristigen Finanzierungsnöwendigkeiten ihrer Tochtergesellschaften entsprechend Sorge zu tragen?

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat also vor einigen Monaten hier von der Regierungsbank aus bekanntgegeben, daß von 1979 bis 1982 60 Milliarden Schilling für die ÖIAG-Töchter und weitere 6 Milliarden Schilling für deren Töchter, also für die Tochterbetriebe der verstaatlichten Unternehmungen, insgesamt also 66 Milliarden Schilling in diesen vier Jahren an Investitionsmitteln aufzubringen sein werden.

Der Herr Bundeskanzler hat nicht gesagt oder konnte es anscheinend nicht sagen, wie diese Mittel aufzubringen sein würden. Bei der sonstigen Gesprächigkeit des Herrn Kanzlers kann ich mir seine heutige Schweigsamkeit zu solchen Fragen sicherlich auch erklären, denn er hatte doch seine seinerzeitige Zusage aus dem Jahr 1972, für die 1973 durchgeführte Stahlfusion, 2 Milliarden Schilling der VÖEST-Alpine an Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, zunächst lange Zeit nur zum geringsten Maße und, wie aus den Beantwortungen der letzten Ausschusssitzung hervorgeht, in der letzten Tranche erst im heurigen Jahr erfüllen können, wobei es sich hier nicht zweifellos um direkte Eigenkapitalmittel handelt.

Also sechs Jahre danach ist dieses sogenannte Versprechen, ich möchte sagen, teilrealisiert worden. In diesen Fragen hat zwar der Herr Bundeskanzler in der Früh angekündigt, daß er sich noch äußern wird; in seiner ersten Stellungnahme hat er dazu jedenfalls nicht gesprochen.

Ich möchte aber sagen, die derzeitige Bundesregierung stellte im Gegensatz zur ÖVP-Alleinregierung auch in Zeiten guter Wirtschaftslage außer eines Teiles der abgeführten Dividenden kein Eigenkapital zur Verfügung, und sie drängte damit zweifellos die Gesellschaft, die ÖIAG und auch die ihr nachgeschalteten Tochterbetriebe auf den Weg der Verschuldung. Die Eigenkapitalsituation, die doch wesentlich ist für einen gesunden Betrieb, hat sich von Mal zu Mal verschlechtert. Ich habe auch bereits darauf hingewiesen.

10138

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dkfm. Gorton

Meine Damen und Herren! Währenddem die ÖVP-Alleinregierung die Verwendung von Gewinnen für Investitionen gegenüber der Verwendung für Konsumzwecke durch steuerliche Investitionsbegünstigungen forciert hat, hat zweifellos die sozialistische Regierung durch zahlreiche gesetzliche Änderungen dieser Finanzierungsinstrumentarien auch die Investitionsentscheidungen der Unternehmungen nachhaltig verunsichert.

Ich glaube also, daß in dieser Situation zweifellos eine der Hauptaufgaben für die Zukunft es sein wird, der ÖIAG die entsprechende Finanzierung ihrer Tochterunternehmungen zu ermöglichen. Hier möchte ich sagen, daß die bisherige Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung jedenfalls zu einem wachsenden Mißverhältnis zwischen Eigen- und Fremdmittel, Eigen- und Fremdkapital bei den Unternehmungen geführt hat, die deren Voraussetzungen zum Durchstehen auch in einer Stagnationsperiode gewaltig verschlechtert hat.

Es trifft natürlich auch für die verstaatlichten Unternehmungen zu, und ich glaube, daß man hier, wie es unser Bundesparteiohmann und auch unser Klubobmann zum Ausdruck gebracht hat, sich ernstlich wird zusammensetzen müssen, um hier neue Wege und auch neue Möglichkeiten zu erschließen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das Rezept des Herrn Bundeskanzlers lautete kürzlich auch – und das hat er im Ausschuß geäußert –, daß er einerseits mit keinerlei Kapitalerhöhungen seitens des Bundes hier mit Versprechungen aufwarten kann, das Budget gibt ihm keine Möglichkeit, daß man es aber andererseits den verstaatlichten Unternehmungen auch nicht zumuten kann, unrentable Betriebe weiterzuführen. Also das wäre die Alternative: Betriebe schließen, der wir uns in der Art und Weise, wie sie hier in den Raum gestellt wurde, nicht anschließen können.

Wenn der Herr Bundeskanzler im Ausschuß vor zwei Wochen eine neue Version einer Finanzierungshilfe für die ÖIAG in den Raum gestellt hat, so hat dies folgendermaßen gelaute: Die ÖIAG soll für weitere Fremdmittelaufnahmen – und die Problematik besteht ja darin, daß die ÖIAG bisher festverzinsliche und hochverzinsliche Fremdmittel aufgenommen hat, die sie zum Teil als Eigenmittel weitergegeben hat, wofür sie aber natürlich von ihren Tochterunternehmungen keine Dividendengarantien bekommen konnte – aus dem Budget Zinsstützungen erhalten, die später einmal aus Dividendenleistungen zurückzuzahlen wären, also sozusagen einen zinslosen Zinsstützungskredit auf unbestimmte Zeit. Das war das

Rezept, das ich aus der Antwort des Herrn Bundeskanzlers entnehmen konnte. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich möchte aber dazu feststellen, daß es sich hier für die ÖIAG auch wiederum nur um eine Fremdkapitalkrücke handeln würde, die keineswegs zu einer Verbesserung der Kapitalstruktur beitragen kann.

Meine Damen und Herren! Wenn der Staat seiner Aufgabe als Monopolkapitalist der ÖIAG und auch aller Tochterbetriebe aus welchen Gründen auch immer nicht mehr nachkommen kann, dann wird er eben zweifellos auch andere Finanzierungsquellen, die nicht gleichzeitig eine totale Verschuldung bedeuten, zu suchen und zu finden haben.

Meine Damen und Herren! Wenn das von Herrn Abgeordneten Wille sehr kritisch in den Raum gestellt wurde und er von einem „Ausverkauf“ oder von solchen Möglichkeiten gesprochen hat, so glaube ich doch, daß zur Verbreiterung des Eigenkapitals eben auch Wege zu finden sein werden, die bei Wachstumsmöglichkeiten auch inländischen interessierten Anlegern, vor allen Dingen den Mitarbeitern der Unternehmen Beteiligungsmöglichkeiten bieten.

Meine Damen und Herren! Wenn Herr Abgeordneter Wille hier von „Ausverkauf“ gesprochen hat, wenn es zu einer Verbreiterung der Eigenkapitalbasis mit meinetwegen Minderheitspartnern kommen sollte oder hier solche eingeladen werden, sich besonders bei wachstumsfähigen Produktionen und deren notwendigen Investitionen an denselben zu beteiligen, so glaube ich, daß das keineswegs als Ausverkauf zu betrachten wäre. Ich würde darin keinen Ausverkauf sehen, Herr Abgeordneter Wille, sondern ein Ausverkauf wäre sicherlich erst dann, wenn die verstaatlichten Unternehmungen, und auch das ist da und dort schon eingetreten, durch Betriebsstillegungen gezwungen sind, dann diese alten und nicht mehr benötigten Anlagen abzustoßen oder zu verkaufen.

Wir haben selbst bei uns in Kärnten so einen Fall, wir sind dort in der unglücklichen Lage. Beim Bergbau Hüttenberg zum Beispiel, der stillgelegt wurde, gelangen zweifellos Anlagegüter zum Abverkauf. Das ist sicherlich ein Ausverkauf.

Aber wenn in wachstumsfähigen Branchen, und in solche wollen wir mit den verstaatlichten Unternehmungen auch hineinwachsen, eine breitere Eigenkapitalbasis gesucht werden soll, so ist das keineswegs ein Ausverkauf, so ist das höchstens eine sinnvolle Zusammenarbeit. Wir haben ja auf anderen Gebieten auch von den

Dkfm. Gorton

verstaatlichten Unternehmungen her Zusammenarbeit und Kooperationen mit in- und ausländischen Unternehmungen.

Ich glaube also, daß hier sicherlich gemeinsam Wege zu suchen und zu finden sein werden, um auch für unsere verstaatlichten Unternehmungen im Rahmen einer entsprechenden Wachstumsmöglichkeit nicht nur Produktionen entsprechend auszubauen, sondern vor allen Dingen auch die Eigenkapitalbasis für diese Unternehmungen zu verbreitern.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte doch noch einige Fragen in den Raum stellen. Ich schließe mich da dem Herrn Abgeordneten Peter an, der vorhin gefragt hat, wie sich der Herr Bundeskanzler als der Oberste der verstaatlichten Unternehmen zu den einzelnen Problemen hier stellt. Wir haben von ihm noch keine Stellungnahme gehört, er hat hier noch nicht aufgezeigt, wie auf dem gesamten Eisen- und Stahlsektor die Probleme zu bewältigen sind. Aber ich glaube, daß es genauso notwendig wäre, hier auch seine Ansicht zu hören, wie er sich die Frage Chemie-Linz, deren Probleme und die Lösung der Probleme vorstellt.

Ich kann mich noch erinnern, daß vor sieben Jahren, unter sicherlich wesentlich anderen Verhältnissen in diesem Haus die Wogen hochgegangen sind, als eine damals beschlossene Fusion zwischen Chemie-Linz und ÖMV hier zweifellos von der damals gerade an die Macht gelangten sozialistischen Regierung verhindert wurde.

Diese Fragen sind heute zweifellos überholt. Die Chemie-Linz hat sich so entwickelt und sich in solche Sparten hineinentwickelt, daß sie heute zweifellos ein Schwergewicht am Fuß der ÖMV wäre, daß an eine solche Fusion nicht mehr zu denken ist.

Aber wie die Probleme gelöst werden sollen, ob wir die österreichisch auch wirklich werden lösen können, auch das hätte ich sehr gerne vom Herrn Bundeskanzler gehört, und wir wissen, daß wir hier sehr ernsten Fragen in die Augen schauen müssen.

Meine Damen und Herren! Das Problem Ranshofen-Berndorf, das der Herr Abgeordnete Hellwagner hier auch aufgezeigt hat, ist keineswegs mit der Bestellung des neuen Vorstandsvorsitzenden gelöst. Also die Frage, wie man die Buntmetallbetriebe und die Leichtmetallwerke weiter koordinieren wird, steht auch noch völlig offen im Raum. Ich glaube, daß wir uns hier sehr ernste Gedanken werden machen müssen.

Zweifellos wird es für die Zukunft notwendig sein – das haben wir in unserer Enquete sehr

klar herausgestellt und betont –, daß wir bei unseren verstaatlichten Unternehmungen den Grundsatz der Gleichbehandlung immer vor Augen haben. Aber in der Form, wie die Zentralisierungsmaßnahmen stattgefunden haben, sind diese Fragen nicht zu lösen. Zweifellos wird wieder eine gewisse Dezentralisation Platz greifen müssen. Wir werden die Öffnung aller Finanzierungsmöglichkeiten für unsere verstaatlichten Unternehmungen herbeiführen müssen, und wir müssen im Rahmen einer aktiven Strukturpolitik und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, aber auch einer effizienteren Energiepolitik und einer aktiven Forschungspolitik an die Lösung der Probleme herangehen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zu diesem ganzen Paket wird zweifellos auch die Frage einer vielleicht noch wirksameren Kontrolle heranzustehen haben, denn sicherlich kommen die Berichte und auch die Rechnungshofberichte oft, sagen wir, so spät zu uns als Kontrollinstanz herein, sodaß also die Frage der wirksamen Kontrolle auch durch den Gesetzgeber bisher keineswegs effizient genug gelöst erscheint.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe hier einige, wie wir glauben, doch sehr wesentliche Kapitel aufgezeigt. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind bereit, unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung unserer gesamten Industrie auch die Fragen der verstaatlichten Unternehmungen positiv weiterzubehandeln in einer Zusammenarbeit, die sicherlich dem Wohle dieses gesamten großen Wirtschaftszweiges dienen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinhuber.

Abgeordneter **Steinhuber** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute die Berichte des Bundeskanzlers an den Nationalrat über die Lage der verstaatlichten Unternehmungen 1976 und 1977 hier im Haus diskutiert werden, dann bin ich nicht nur als Abgeordneter, sondern vor allem als Belegschaftsvertreter sehr froh darüber, und zwar deshalb, weil ich einmal die ganze Diskussion in ein anderes Licht rücken möchte. Ich möchte nämlich aufzeigen, daß trotz weltweiter Wirtschaftskrise in der verstaatlichten Industrie in den letzten achteinhalb Jahren der sozialistischen Regierung unter Bundeskanzler Kreisky in seiner Eigenschaft als Eigentümerverantwortlicher ein Aufstieg, ein großer Aufstieg genommen wurde.

Meine Parteifreunde haben schon sehr aus-

10140

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Steinhuber

fürlich über die allgemeine wirtschaftliche Situation gesprochen, besonder über die VÖEST-Alpine. Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, vorerst auf einige Ausführungen eingehen und möchte sie ins richtige Lot bringen.

Der Klubobmann der ÖVP, Herr Abgeordneter Dr. Mock, hat sinngemäß gesagt: Als die ÖVP die Mitverantwortung und dann in späterer Zeit – sicherlich meinte er die Jahre 1966 bis 1970 – die Alleinverantwortung für die verstaatlichten Betriebe hatte, wurden alle Betriebe, ob privat oder verstaatlicht, gleich behandelt.

Meine Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Ganz so war das nicht. Es wurde auch schon allgemein gesagt, daß die ÖVP verhindert hat, daß die verstaatlichte Industrie in die Finalindustrie vorstoßen konnte. Ich darf Ihnen zwei Beispiele konkret nennen, die ich ja kenne.

In einem verstaatlichten Betrieb war die Situation so, daß man Kündigungen hat vornehmen müssen. Die Baukonjunktur ist aufgelebt, und man hat dann versucht, Türostöcke, Türen, Fensterstöcke zu produzieren: eine große Tischlerei war vorhanden, konkurrenzfähig wäre man gewesen, man hätte auch verdient. Es war damals der Generaldirektor, der der ÖVP angehört hat, der es mit allen Mitteln verhindert hat, daß wir in die Finalindustrie gehen, daß wir diesen Auftrag bekommen, indem er sagte: Das ist Sache des Bewerbes!

Und ein anderes Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wieder im gleichen Unternehmen, Vorsitzender ein ÖVP-Mann. Wir wollten Container produzieren, Aufträge wären hier gewesen, und zwar Auslandsaufträge. Damals war die Antwort die: Wir sind eine Lokomotivfabrik, eine Waggonfabrik und nicht Blechkistenerzeuger! – Heute stürzen wir uns auf diesen Produktionszweig der Container auf internationaler Basis und sind konkurrenzfähig.

Der Herr Abgeordnete Josseck – er ist leider nicht hier – hat gesagt: Die Vorstände ziehen nicht an einem Strang, sie setzen sich nicht einmal zusammen, daher kann es in der verstaatlichten Industrie nicht klappen! – Ich gebe zu, daß solche Situationen hin und wieder irgendwo vorkommen, aber ich kann Ihnen sagen und möchte es dem Herrn Abgeordneten Josseck sehr deutlich sagen – er hat es ja auf den Proporz zurückgeführt, auf die Koalition zwischen Rot und Schwarz – Überall ist es nicht so!

Ich sage als Beispiel, daß bei der SGP der Generaldirektor, also der Vorsitzende des Vorstandes, ein Parteiloser ist, daß zwei Herren des Vorstandes der ÖVP angehören und nur ein Herr des Vorstandes der sozialistischen Fraktion. Bitte, meine Herren, das zur Kenntnis zu

nehmen. Und ich kann euch sagen, daß sich diese Herren sehr wohl zusammensetzen und daß diese Herren anständig für das Unternehmen arbeiten, und daher geht es auch aufwärts; darauf komme ich noch zu sprechen.

Wenn wir diese verstaatlichten Betriebe, diese verstaatlichten Unternehmen nun näher beleuchten, dann müssen wir das immer unter dem Gesichtspunkt sehen, daß es in der Welt 20 Millionen Arbeitslose gibt, daß es eine Weltwirtschaftskrise gibt, die schon so lange andauert wie nie zuvor in den Zeiten der Zweiten Republik. Und trotzdem ist es diesen verstaatlichten Betrieben, diesen Unternehmungen gelungen, von 1970 bis jetzt die Beschäftigungszahlen um 5 000 zu erhöhen, nämlich von 110 000 auf 115 000. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darüber hinaus ist es dieser Bundesregierung gelungen, zum Teil mit großem Einsatz von Budgetmitteln, daß in Österreich der höchste Beschäftigungsstand vorhanden ist, nämlich mit 2,8 Millionen.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich mich, da, wie ich schon gesagt habe, sehr ausführlich im allgemeinen gesprochen wurde, besonders einem Kapitel zuwende, nämlich dem der verstaatlichten Waggonbauindustrie. Darüber wurde noch kein Wort verloren.

Ich darf an der Spitze meiner Ausführungen noch sagen, daß diese gute Beschäftigungslage in der österreichischen Waggonbauindustrie ein großes Verdienst des Herrn Bundeskanzlers ist, ein Verdienst des Herrn Bundeskanzlers deshalb, weil er vor Jahren mit seinem persönlichen Einsatz einen Großauftrag aus dem Iran vermittelt hat.

Dieser Großauftrag wurde unter allerstärkster Konkurrenz hereingenommen. Bei der Anbotstellung haben die Deutschen mitgemacht, die Franzosen, und wir sind mit der westlichen Konkurrenz ungefähr gleich gelegen. Nur sind dann die Rumänen gekommen und haben zu Dumpingpreisen angeboten, weil der Materialpreis in Österreich so hoch war, wie die Rumänen den Waggon verkauft haben. Durch Interventionen des Herrn Bundeskanzlers ist es dann doch gelungen, daß wir diesen Auftrag bekommen haben. Das hat für Hunderte von Menschen wieder Arbeitsplätze gegeben. Es handelte sich bei diesem Auftrag um 500 Güterwaggons und um 50 Luxuspersonenwaggons, um einen Auftragswert, meine sehr verehrten Damen und Herren, von 800 Millionen Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niemand zuvor – das soll sehr deutlich zum Ausdruck gebracht werden – als der Bundeskanzler Kreisky, kein Verantwortlicher, kein Minister für die verstaatlichte Industrie in den

Steinhuber

früheren Zeiten hat sich jemals bemüht, Auslandsaufträge hereinzubekommen. Herr Bundeskanzler! Im Namen der Arbeiter- und Angestelltenschaft herzlichen Dank für Ihre Bemühungen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wie hat sich diese österreichische Waggonindustrie unter der Regierung Kreisky entwickelt? – Der Auftragsstand betrug im 1. Quartal 1970 ... *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bitte, hören Sie zu, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sagen, es ist schlechter geworden. Ich werde Ihnen jetzt das Gegenteil beweisen.

Der Auftragsstand betrug im 1. Quartal 1970 bei der verstaatlichten Waggonbauindustrie rund 1,8 Milliarden Schilling. Heute beträgt der Auftragsstand im 2. Quartal 1978 7 Milliarden Schilling! Im Bericht allerdings – es sind die Zahlen vom Vorjahr – ist der Auftragsstand noch mit 6,4 Milliarden Schilling angegeben.

Und einen erheblichen Anteil – das muß gesagt werden – hat dabei diese sozialistische Bundesregierung, weil sie mit der Budgetpolitik wesentlich dazu beigetragen hat, den Österreichischen Bundesbahnen jene finanziellen Mittel zuzuführen, moderne Waggon, Lokomotiven und Triebfahrzeuge zu bestellen.

Natürlich sind bei diesem Auftragsstand von 7 Milliarden Schilling nicht nur das rollende Material bei der Waggonbauindustrie enthalten, sondern auch die Kraft- und Arbeitsmaschinen, der Kran- und Stahlbau, der Kessel-, Apparate- und Behälterbau. Dadurch, daß die Waggonindustrie Aufträge hat, werden auch Tausende Menschen in der eisenerzeugenden, in der eisenverarbeitenden, in der Elektroindustrie und in vielen Gewerbebetrieben beschäftigt. Und was ich in diesem Zusammenhang ganz besonders hervorheben möchte und hervorheben muß, daß durch diese Waggonaufträge mindestens 130 und etwas darüber – ich glaube, es sind 136 – Gewerbebetriebe als Zulieferanten Beschäftigung haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sehen: Die Österreichischen Bundesbahnen sind durch diese Budgetpolitik der Bundesregierung der größte Auftraggeber, und hier lebt nicht nur die verstaatlichte Industrie Österreichs, sondern auch die Privatindustrie. Diese Tausenden Menschen haben Arbeit, Arbeit durch die gute Budgetpolitik des Finanzministers und dieser Bundesregierung.

Der Beschäftigungsstand in der Waggonindustrie – das muß ich noch sagen, weil ich jetzt einen Vergleich bringe – ist von 1970 mit 4 258 Beschäftigten bis Ende 1977 auf 4 594 Beschäftigte angestiegen: also eine Erhöhung um 336 Beschäftigte oder um 7,9 Prozent.

Und jetzt gestatten Sie mir einen Vergleich: In der Zeit von 1966 bis 1970, also in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung und – das muß auch gesagt werden – ohne weltweite Wirtschaftskrise, ist nämlich der Beschäftigtenstand von 5 243 Beschäftigten auf 4 258 Beschäftigte, also um 985 – nahezu um 1 000 – Beschäftigte oder um 18,8 Prozent gesunken.

Dieser Vergleich zeigt ganz klar und deutlich, daß in der Zeit der ÖVP-Regierung in der verstaatlichten Waggonbauindustrie abgewirtschaftet wurde. Und ich erinnere mich noch, wie damals, 1967, als es eine ganz kleine und kurzfristige Wirtschaftskrise gab, aber ich darf das gar nicht so formulieren, sondern muß sagen: einen kleinen Wirtschaftsabschwung gegeben hat, Hunderte Kollegen gekündigt wurden. Das muß nochmals und wieder gesagt werden.

Heute sehen wir – und dafür sprechen die unwiderlegbaren Zahlen –, daß es unter einer sozialistischen Regierung wieder aufwärtsgeht, aufwärtsgeht für Österreich, aufwärtsgeht für die verstaatlichte Industrie. Deshalb nehmen wir Sozialisten diesen Bericht gerne zur Kenntnis. *(Beifall der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wimmersberger.

Abgeordneter **Wimmersberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich heute eigentlich wirklich nur mit diesen beiden ÖIG-Berichten beschäftigen. Auf Grund der Aussagen des Kollegen Fauland muß ich aber doch einiges ins rechte Lot rücken, was nämlich die Hilfen oder die Unterstützung der Bundesregierung für die Eisen- und Stahlindustrie betrifft.

Zuerst einmal – wenn ich nur ganz kurz erwähnen darf –: Die Mittel der Arbeitsmarktförderung besonders hervorzuheben, finde ich nicht ganz richtig, denn es waren für das Werk Linz zirka 12 Millionen Schilling, für die anderen Werke 23 Millionen Schilling, im gesamten also 35 Millionen Schilling, währenddem wir in der Zeit von 1974 bis heute, also bis Ende 1977 rund 290 Millionen Schilling in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Hier sehen Sie also kein Verhältnis zum Ausland. Wir können sagen, daß das nur eine ganz, ganz kleine Hilfe gewesen ist.

Ich darf auch, was die Zinsstützungsaktion anbelangt, sagen: Wenn hier immer wieder von Milliardenbeträgen gesprochen wird – bitte, per Saldo wird diese Zinsstützung etwa 100 Millionen Schilling im Jahr, und das auf 5 Jahre, ausmachen.

10142

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Wimmersberger

Sicherlich ist das etwas, aber nachdem man das dann immer mit der Investitionshöhe und mit den Milliarden bringt, könnte das vielleicht ein falsches Bild machen.

Nun, meine Damen und Herren, auch noch zu etwas anderem, nämlich zu den Ausführungen des Kollegen Fauland, der eben behauptet hat, daß ich in Linz immer wieder betone, daß die Ergebnisse auf Grund der Fusion derart negativ sind.

Meine Damen und Herren! Das ist nun einmal eine Realität, und es hat heute schon ein Kollege gesagt, daß die Zustimmung der sozialistischen Kollegen zur Fusion nur gegeben wurde unter dem seinerzeitigen Versprechen der 2 Milliarden Schilling. Das war, bitte schön, in Linz genau dasselbe; für die Fusion VÖEST-Alpine als Morgengabe oder zur Überwindung der Schwierigkeiten – jede Fusion bringt ja letzten Endes auch Kosten mit sich – diese 2 Milliarden.

Nun wird immer wieder behauptet, daß, da heuer noch einmal 500 Millionen kommen sollen, heuer also 1 Milliarde kommen wird, damit das die 2 Milliarden wären.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur feststellen, daß seinerzeit 2 Milliarden versprochen wurden, daß dann im Jahre 1974/75 zirka 1 Milliarde zugeführt wurde. Wie?, das habe ich in diesem Hohen Haus schon öfter ausgeführt, also: Schütt aus, hole zurück! und so weiter. Das haben wir uns ja letzten Endes selber gezahlt. In weiterer Folge also jetzt diese Milliarde. Das macht 2 Milliarden. Für die Investitionen von über 20 Milliarden haben wir aber einen Bedarf von zirka 4 Milliarden. Ich möchte das hier einmal gesagt haben, damit man nicht immer das unter der Fusion gegebene Versprechen verwechselt mit den Dingen, die eben jetzt für die Strukturbereinigung und besonders auch für den Bereich der VEW notwendig sind.

Meine Damen und Herren! Nun zu den beiden ÖIG-Berichten aus dem Jahre 1976/77. Man kann hier nur feststellen, daß jeder Bürger, der ein fleißiger Zeitungsleser ist oder sich die Unterlagen, die Bilanzen und so weiter ansieht, mindestens ebenso informiert ist wie aus diesen ÖIG-Berichten. Man kann eindeutig feststellen, daß über alle diese Daten man letzten Endes unter Umständen sogar besser aus der Tagespresse informiert wird.

Ich möchte mit wenigen Worten hier sagen – das ist meine Kritik an diesem Bericht –: Viele Worte und keine beziehungsweise wenig Aussagen.

Die Aussagen zur tatsächlichen Lage der Verstaatlichten fehlen zur Gänze. Aussagen wie „Die stagnierende oder sinkende Auslastung der

österreichischen Wirtschaft bremste die Produktivitätsentwicklung und verschärfte die Ertragslage, das Nationalprodukt je Erwerbstätigen nahm um 2,5 Prozent zu“ sind eigentlich – das muß ich schon sagen, Herr Bundeskanzler – sehr bemerkenswert in einem Bericht an das Parlament, in dem so etwas drinnen steht!

Zuerst eine negative Aussage und, damit das Volk nicht unruhig wird, gleich ein Trostpflaster, mit dem niemand etwas anfangen kann.

Im Bericht wird außerdem ständig mit Umsatz- und Erlösziffern jongliert, eine fundierte Aussage über die Ertragslage jedoch bewußt vermieden. Aber ich kann mir vorstellen, daß es dem Herrn Bundeskanzler unangenehm ist, über echte Probleme der Verstaatlichten zu diskutieren, da er ja dann auch klare Aussagen beziehungsweise Lösungsvorschläge bringen müßte.

So würde mich zum Beispiel sehr die Entwicklung des Verhältnisses von Eigen- und Fremdkapital bei den einzelnen Betrieben interessieren, aus dem abzulesen wäre, wie sehr der Eigentümer es bis heute verabsäumt hat, das Risikokapital an die Bedürfnisse des Wachstums der Unternehmen anzupassen.

Ich darf nur feststellen, daß wir hier in den letzten Jahren Änderungen von 60 : 40 auf 40 : 60 haben. Meine Damen und Herren! Eine äußerst bedenkliche Entwicklung.

Die jüngsten Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers, keine Finanzhilfe für die Verstaatlichten zu gewähren, aber gleichzeitig großzügig die Erlaubnis für Betriebsschließungen zu geben ... (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist ja nicht wahr! Warum sagen Sie das! Ich habe Ihnen ja heute schon gesagt, daß das nicht wahr ist!*) Ja, Herr Bundeskanzler, es hat auch die Presse unwidersprochen ... (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist gelogen! Nein! Es ist immer widersprochen worden! Auch hier im Hause widersprochen worden! Es sind ja schließlich die Wahlen schon vorbei, jetzt brauchen Sie ja nicht mehr zu lügen!*) Herr Bundeskanzler! (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist gelogen! Ich habe das nicht gesagt!*) Herr Präsident! (*Abgeordneter Dr. Kreisky: Jawohl, ich halte fest: Das ist gelogen! Weil ich es hier richtiggestellt habe!*)

Natürlich ist es leichter – das muß ich schon feststellen –, daß man die Seiten mit Blabla füllt, als daß man die Probleme und Lösungskonzepte wirklich vorbereitet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Besonders wissenschaftlich liest sich aber auch folgende Aussage im Bericht 1976, Seite 11:

„Da angesichts der immer weiter zunehmenden Verschärfung des Wettbewerbes auch in

Wimmersberger

absehbarer Zeit mit einer stärkeren Anhebung der Preise auf internationalen Märkten kaum zu rechnen sein dürfte, werden zielsichere Maßnahmen getroffen" – wortwörtlich – „werden müssen, um die Ertragsschwäche dieser Unternehmungen zu überwinden. Auf die Dauer wäre dies aber nur dadurch zu erreichen, daß erstens kostengünstiger produziert werde, zweitens daß die bisher angebotenen Werkstoffqualitäten weiter verbessert würden und daß drittens schließlich einschlägige Programme zu entwickeln wären, damit durch weitergehende Spezifikation anstelle der bisher am meisten hergestellten Vor- und Zwischenerzeugnisse in einem größeren Ausmaß auch Finalprodukte angeboten werden können, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger wären.“

Meine Damen und Herren! Was sollen diese Schlagworte? „Zunehmende Verschärfung des Wettbewerbes“, „müssen zielsichere Maßnahmen getroffen werden“, – bitte welche? Es muß „kostengünstiger produziert“ werden – eine unwahrscheinlich tiefgründige Aussage. „Werkstoffqualitäten müssen verbessert werden“, „einschlägige Programme sind zu entwickeln“. – Ich glaube, hierzu ist jeder Kommentar überflüssig.

Angebracht wäre es auch, den Inhalt einiger Aussagen kontrollierbar abzugrenzen. Oder wollte man, wenn man von preisbereinigten Umsätzen spricht, nur einen Hinweis auf die nicht unbedeutende Inflationsentwicklung geben?

Einer besonderen Betrachtung, die leider fehlt, wäre die Entwicklung der Personalkostenanteile in Prozenten und der Herstellkostenwert. So betrugen die Personalkosten in der Stahlindustrie 1973 33,1 Prozent, 1977 fast 41 Prozent, während in Summe gesehen sich die Personalkostenanteile wie folgt darstellen: 1973 31,6 Prozent, 1977 30,4 Prozent. Dies alles trotz steigender Rohstoffkosten und laufend vorgenommener Rationalisierungsinvestitionen – aber darüber schweigt man.

Einige Worte zur Produktionsentwicklung. Wenn man das Jahr 1968 mit 100 ansetzt, ergibt sich folgende Entwicklung in der Stahlindustrie: 1973 127,4, 1977 124,5, also minus 2,9. Wieder die Gesamtbetrachtung der Verstaatlichten: 1973 129,8, 1977 127,4, also 2,4. Demgegenüber die Entwicklung der Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie. 1973 64 000, 1977 69 374. In Summe gesehen: 1973 106 000, 1977 115 152. Auch hier wäre es angebracht, Herr Bundeskanzler, wenn Sie einige Worte sagen würden.

Das Desinteresse der Regierungspartei an der verstaatlichten Industrie tritt jedoch besonders in dem Kapitel Ausblick zutage. So kündigt man

zum Beispiel an: „Neben den öffentlichen Gebietskörperschaften werden die Investitionen, insbesondere bei der Post und Bundesbahn gegenüber dem Vorjahr gesteigert.“ Ich weiß nicht, was ich mit der Steigerung der öffentlichen Gebietskörperschaften anfangen soll. Aber bitte!

Außerdem müßte der Herr Bundeskanzler am 12. Juni 1978 schon in der Lage sein, wenn er schon von Steigerungen der Investitionen spricht, wenigstens Zahlen nennen zu können, damit man die Auswirkungen dieser Steigerungen auf die Gesamtindustrie beurteilen kann. Oder sind vielleicht diese Steigerung und ihre Auswirkung vernachlässigbar.

Nichtssagende Zitate aus ausländischen Quellen, die für die österreichische Industrie keine Aussagekraft haben, füllen die Seiten. Noch dazu kommt es zu einigen Widersprüchen, wie zum Beispiel auf Seite 51 des Berichtes 1977. Da steht: „Soweit es die wesentlichen Industrieländer betrifft, dürfte die Nachfrage im Bereich des Maschinenbaues für die nächsten Jahre eher stagnieren.“

Im nächsten Absatz folgt die Aussage: „In Anbetracht dieser Situation erscheint in den Jahren 1976–1980 eine jährliche Wachstumsrate von rund 4 Prozent real für die österreichische Maschinen- und Stahlbauindustrie möglich und als durchaus positiv zu beurteilen.“

Auf Seite 52 stellt man fest: „Die Zulieferungen an den Maschinen-, Stahl- und Leichtmetallbau werden um jährlich 5,7 Prozent steigen.“

Ich frage mich, bitte, was soll dieser Blödsinn?

Wenn wir über die Kostengestaltung des Leistungsvollzuges lesen, so bleibt mir zum Abschluß eigentlich nur noch, die Bitte auszusprechen, die Bundesregierung möge doch ein Ergänzungsblatt zu diesen beiden Berichten herausgeben oder überhaupt nur ein Blatt, auf dem dann zu stehen kommt: „Wenn wir einmal keine Verluste mehr haben, werden wir Gewinne machen.“

Ansonsten, kann man nur sagen, meine Damen und Herren, sind derartige Berichte nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt werden, und es ist eine Zumutung für den Steuerzahler, aber auch für alle, die daraus Informationen erwarten, so etwas dem Hohen Haus vorzulegen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thalhammer: Zustimmung tun Sie schon!)*

Es ist ja uninteressant. Schauen Sie nach. Schauen Sie doch nach, was da drinnen steht. In jeder Tageszeitung steht dasselbe. *(Abg. Thalhammer: Stimmen Sie jetzt zu oder nicht? Die anderen Kollegen haben immer gesagt, Sie stimmen zu! – Zwischenruf des Bundeskanzlers)*

10144

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Wimmersberger

Dr. Kreisky.) Herr Bundeskanzler! Da hätten wir es halt nicht so lange liegen lassen dürfen.

Aber noch einmal zu dem, was der Kollege Fauland festgestellt hat, daß wir vielleicht mit der Verunsicherung bei den Betriebsratswahlen gearbeitet und dadurch Stimmen gewonnen hätten.

Meine Damen und Herren! (*Abg. Thahammer:* Nicht „vielleicht“!) Nein, das ist nicht wahr. Ich werde Ihnen jetzt gleich etwas sagen. Das ist die falsche Ansicht, die hier vorherrscht. Wenn man einem Aufsichtsratsmitglied – bitte schön, ob er Aufsichtsratsmitglied ist oder nicht, das ist eine andere Frage, das ist etwas anderes – vom Unternehmen einen Auftrag gibt, über die Widerrufbarkeit oder Unwiderrufbarkeit von Pensionszusagen ein Gutachten zu machen, und 147 000 S eben dafür zahlt, dann hätte die Belegschaft doch ein Recht darauf, zu wissen, was in dem Gutachten steht. Und in diesem zitierten Flugblatt ist sonst nichts anderes gestanden, als daß das geschehen ist.

„VÖEST-Treuepension ja oder nein?“

Was ist das Ergebnis des Gutachtens? Wir fragen die sozialistischen Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat beziehungsweise Obmänner: „Warum wissen Sie nichts davon? Oder wollen Sie nichts sagen?“

Das war unsere Frage und das ist, glaube ich, eine berechtigte Frage. Es ist klar, daß, wenn sich das Unternehmen derartige Gutachten geben läßt, dann die Belegschaftsvertreter auch den Inhalt dieses Gutachtens letzten Endes wissen wollen. Und das war es und nichts anderes. Und was die Gründe für die Verluste betrifft, muß ich sagen, daß das eben diese präpotente Art ist, daß man hier die Mitbestimmung mit Füßen tritt und glaubt, man kann die Minderheiten eben beiseite schieben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kokail.

Abgeordneter **Kokail** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Diskussion über den Zustand der verstaatlichten Industrie oder über den Zustand der Alpine – die Diskussion oder der Streit zwischen Abgeordneten Fauland und Gorton – kann man den Streit sehr leicht ausräumen mit der Feststellung, daß der Abgeordnete Gorton sicher recht hat, wenn er sagt, es wurde schon investiert. Das ist richtig. Es wurde investiert. Nur, glaube ich, muß man dazu sagen, daß diese Investitionen im gesamten Alpine-Bereich überwiegend Ersatzinvestitionen waren, und der restliche Teil – und das gehört auch einmal offen

ausgesprochen – waren zum Großteil echte Fehlinvestitionen. Denn sonst könnte es doch nicht eintreten um Himmels willen, daß heute in der VÖEST in Linz Ihre eigenen Parteigänger auf dem Standpunkt stehen, der 15. Monatslohn, das Treuegeld wären überhaupt kein Problem für die VÖEST, wenn man nicht diese verlorde, diese schlechte, mies geführte Alpine-Montan übernehmen hätte müssen.

Daß man tatsächlich die Alpine unter Generaldirektor Oberegger, aber auch unter den Nachfolgern nicht so geführt hat, wie die VÖEST-Linz geführt wurde, geht auch daraus hervor, daß man jetzt im Zuge der Fusionierung, im Zuge der Anpassungen der zwei Bereiche etwa zwei Drittel der vorgesehenen Investitionsmittel für diese Alpine-Betriebe benötigt, um sie wieder konkurrenzfähig zu machen, um sie wieder einem anständigen Standard, wie es in der Industrie üblich ist, zuzuführen.

Der Herr Abgeordnete Burger hat erklärt: Schwierigkeiten in Judenburg, Schließung des Stahlwerkes in Judenburg. Unter Drohungen wurde die Belegschaft oder die Belegschaftsvertretung praktisch gezwungen, dieser Schließung zuzustimmen.

Ich glaube, dazu kann man eines sagen: daß wohl einer der am schlechtesten ausgestatteten Alpine-Betriebe dieses Gußstahlwerk Judenburg war. Auf der anderen Seite, glaube ich, sollte man auch einmal sehr offen sagen, daß dieses Programm, dieses Rationalisierungsprogramm in der Hütte Judenburg gemeinsam mit den Belegschaftsvertretern abgesprochen wurde und es in einer sehr großen und gut besuchten Belegschaftsversammlung praktisch einstimmig von den Gußstahlwerkarbeitern zur Kenntnis genommen wurde. Und als örtlich zuständiger Abgeordneter für dieses Gebiet – Burger, du bist halt doch 50 Kilometer weit weg – kann ich sagen, daß die Gußstahlwerkbediensteten diese Umstellung, die den Gußstahlwerkarbeitern in der Zukunft die Arbeitsplätze sichern wird, sehr gerne zur Kenntnis genommen haben. Das hat sich im übrigen auch in den letzten Betriebsratswahlergebnissen vor etwa einer Woche sehr deutlich niedergeschlagen.

Aber nun zu dem Problem: Durch die Umstrukturierung der Industrien in der Obersteiermark weiß man nicht, wohin mit den Arbeitern. Ich weiß nicht, womit die Aussage begründet werden kann. Ich kann nur eines sagen, es gibt im Zusammenhang mit der Schließung in Fohnsdorf keinen einzigen arbeitslosen Bergarbeiter, es gibt im Zusammenhang mit der Schließung des Stahlwerkes Judenburg keinen einzigen arbeitslosen Judenburger Stahlwerksarbeiter, aber ich werde im Laufe meiner Ausführungen auf das Problem

Kokall

Aichfeld-Murboden, Kollege Burger, noch näher eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich hat die weltweite Eisen- und Stahlkrise auch Auswirkungen auf den Bergbau und natürlich auch Auswirkungen auf den österreichischen verstaatlichten Bergbau. Ich darf daran erinnern, daß man am steirischen Erzberg einerseits durch Rieseninvestitionen, durch große Rationalisierungsmaßnahmen und auf anderer Seite eben durch diese Stahl- und Eisenkrisen, durch einen verringerten Erzabsatz, Probleme hat, und diese Probleme sind nicht klein. Im Rahmen der VÖEST-Alpine wird versucht, diese Probleme dadurch zu meistern, daß in der Zeit, in welcher der Erzabsatz eben nicht so floriert, wie er florieren müßte, eben mehr Abraum durchgeführt wird. Dadurch hat man die Möglichkeit, die Bergleute in Eisenerz weiter zu beschäftigen. Steigt der Erzabsatz wieder, hat man die Möglichkeit, diese Bergleute bei der echten Erzgewinnung einzusetzen. Daß bei so einer Betriebspolitik in dieser Zeit natürlich keine großen Gewinne heraus schauen können, muß, glaube ich, jedem Betriebswirtschaftler klar sein.

Wenn man den Bergbau in Österreich genauer betrachtet, muß man doch ein bißchen zurückblicken. Wir haben im österreichischen Bergbau fast bis zum Jahre 1960 eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gehabt. Mit dem Jahre 1960 kam der Knick. Gewisse Bergbauprodukte waren halt ganz einfach in Österreich nicht mehr gefragt, zum Teil hat man sie aus dem Ausland wesentlich billiger einführen können. Das hat dann dazu geführt, daß man in den Jahren 1960 bis 1970 in Österreich 53 Bergbaubetriebe schließen mußte, die größten Betriebe in der Zeit 1966 bis 1970, was ich gleich dazusagen möchte.

Im Zeitraum 1971 bis 1978 war es immerhin noch notwendig, 11 Betriebe zu schließen. Also es haben sich die Schließungsmaßnahmen, das Sterben der Bergbaubetriebe in Österreich wesentlich verlangsamt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber, Herr Kollege Burger, auch noch darauf hinweisen, daß es vom Jahre 1960 bis zum Jahre 1970 in ganz Österreich keinen einzigen Bergbauaufschluß gegeben hat. Außer Schließungen hat es im Bergbau von 1960 bis 1970 nichts gegeben!

Wesentlich anders schaut der Bergbau in den Jahren 1970 bis 1977 aus, unter einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, und ich darf der Ordnung halber einige sehr bedeutende Bergbauaufschlüsse anführen:

Aufschluß des Unterflözes im Zangtal: 350 gesicherte Arbeitsplätze,

Inbetriebnahme des Scheelit (Wolfram)-Bergbaues Mittersill, mit der Hütte in Pöfing-Bergla 250 bis 300 sichere Arbeitsplätze,

Aufschluß des Großtagebaues Oberdorf im weststeirischen Kohlenrevier: etwa 650 sichere Arbeitsplätze für Bergarbeiter.

Der Ordnung halber möchte ich auch das Abteufen einer modernen Schrägschachtenanlage beim Kohlenbergbau der SAKOG in Oberösterreich anführen.

Weiters, glaube ich, soll man nicht darauf vergessen, daß zurzeit sehr intensive Untersuchungen an der burgenländisch-ungarischen Grenze laufen, daß bereits verhandelt wird, um auch in diesem Gebiet zu einem modernen Großtagebau auf Braunkohlenbasis zu kommen.

Diesen Fakten stehen Betriebsschließungen in den Jahren 1960 bis 1970 gegenüber, wovon ich auch einige anführen möchte.

Im Jahre 1960 Schließung des Kohlenbergbaues Wiesenau in Kärnten: rund 200 Beschäftigte. Arbeitsplatzbesorgung für diese Beschäftigten: Null Komma Josef, Herr Kollege Burger!

1961: Schließung des Bergbaues Ratten in der Oststeiermark: etwa 250 Beschäftigte. Diese Bergleute pendeln heute noch über die Fischbacher Alm in das Mürztal Gebiet, weil sie sonst nirgends Arbeit gefunden haben und weil die damals Verantwortlichen nicht bereit waren, mit der Schließung so lange zu warten, bis ein Arbeitsplatz in diesem Gebiet geschaffen ist.

1965: Schließung von Grünbach, des einzigen Steinkohlenbergbaues in Österreich: 700 Beschäftigte zum Schließungstermin. Arbeitsplatzbesorgung für die dort Beschäftigten: null! Sozialpaket für die dort Beschäftigten: null! *(Abg. Burger: Wer war denn der Ressortminister in dieser Zeit?)* Minister Bock von der ÖVP!

1968 – ich strapaziere die LAKOG heute noch einmal –: Schließung des Lavanttaler Kohlenbergbaues: 1 400 Beschäftigte, wo man noch dazu einen Grubenbrand zum Anlaß genommen hat, um so schnell als möglich den Betrieb loswerden zu können. Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Ich war am Tag der Katastrophe in diesem Betrieb. Ich habe den damaligen Generaldirektor der Alpine, Generaldirektor Roth, getroffen, der mir als erster entgegeng gekommen ist und gesagt hat: Gott sei Dank, jetzt haben wir endlich eine Möglichkeit, diesen Betrieb dicht zu machen.

Wenn man schaut, wo sich heute die Bergbaubeschäftigten dieser LAKOG in Österreich befinden, dann muß man sich tatsächlich schämen. *(Ruf bei der ÖVP: Wo sind jene, die Sie freigemacht haben?)* Herr Kollege! Ich

10146

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Kokail

komme noch dazu. Beruhigen Sie sich! Ich weiß, daß die Wahrheit nicht immer angenehm ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte hier feststellen, daß es in Gesamtösterreich sehr wenige Großbaustellen, sehr wenige Tunnelbaustellen gibt, wo nicht Bergarbeiter aus dem Lavanttal Arbeit und Brot finden, weil es damals ganz einfach niemand veranlaßt hat, in diesem Gebiet entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen.

Jetzt zu Ihrem Zwischenruf, wo sich die Leute befinden, die bei den Betriebsschließungen von 1970 bis 1977 freigeworden sind. Pöfing-Bergla, von 1970 bis 1975 ist es zu keiner Schließung gekommen, erste Schließung war 1975 Pöfing-Bergla: 200 Beschäftigte. 160 Beschäftigte in der Wolframhütte in Bergla, die neu errichtet wurde. Es war sogar ein nahtloser Übergang vorgesehen – und das wurde auch durchgezogen –, sodaß diese Bergarbeiter ihre letzte Schicht am Samstag im Bergbau verfahren konnten und bereits am Montag in der Wolframhütte tätig werden konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mühlbach am Hochkönig, der zweite Betrieb: ungefähr 150 Beschäftigte zum Zeitpunkt der Schließung, Installation, Neuansiedlung des Armaturenbetriebes Seiler, keine Pendler. Es gibt noch eine Schachtbaufirma am Mühlbach, die sich neu installiert hat. Es braucht niemand zu pendeln. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Erzbergbau Hüttenberg. Im Erzbergbau Hüttenberg gibt es derzeit 89 Beschäftigte. Es besteht mit den Treibacher-Chemiewerken, die sich in unmittelbarer Nähe befinden, ein Vertrag, der vorsieht, daß nach Abschluß der Schließungsarbeiten diese 89 Bergleute übernommen werden. Auch für Arbeitsplätze gesorgt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Nun zum Problem Fohnsdorf; ich möchte doch einige Sätze dazu sagen, weil ich selbst Fohnsdorfer bin und mehr als zwei Jahrzehnte in diesem Bergbau beschäftigt war. Ich glaube, mit gutem Recht sagen zu können: Die Lösung des Problems Fohnsdorf, wie sie diese Regierung durchgeführt hat, könnte man als internationales Beispiel hinstellen, denn so problemlos, so ohne jede soziale Härte einen Betrieb mit doch mehr als 1 000 Beschäftigten in einen anderen Bereich überzuführen, verdient doch, daß man den Verantwortlichen für diese Maßnahmen – und das ist diese Bundesregierung unter Bundeskanzler Kreisky – im Namen der Fohnsdorfer Bergarbeiter besten und herzlichsten Dank ausspricht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch die Installation eines Umschulungszentrums in Fohnsdorf, durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden war es möglich,

enorme und namhafte Betriebsansiedlungen in unser Gebiet zu bringen. Ich erinnere an die Firma Bauknecht in Spielberg – 8 km von der Schachanlage entfernt, zur Zeit 1800 Beschäftigte – und an die Ansiedlung der Firma Eumig in Fohnsdorf, wo bereits 300 Bergarbeiter beschäftigt sind. Diese Zahl wird sich bis zum Sommer des nächsten Jahres auf etwa 600 erhöhen. Dazu kommt die Ansiedlung der Firma Siemens in Fohnsdorf mit zurzeit etwa 420 Beschäftigten einschließlich Lehrlingen. Daneben gibt es noch große Investitionen im Hütten- und Maschinenwerk Zeltweg, wodurch zusätzlich 420 Arbeitsplätze für unser Gebiet geschaffen werden.

Die derzeitige Lage in Fohnsdorf stellt sich so dar, daß wir noch etwa 250 Bergarbeiter im Betrieb beschäftigt haben. Auf diese 250 Bergarbeiter warten 300 Arbeitsplätze in Zeltweg und 300 Arbeitsplätze bei der Firma Eumig, wobei auch die Firma Bauknecht noch weiterhin bereit ist, alle, die zur Firma Bauknecht wollen, jederzeit und kurzfristig zu übernehmen.

Ich glaube, mit diesem Projekt Aichfeld-Murboden ist es gelungen, in unserem Gebiet eine echte Umstrukturierung herbeizuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht noch ein Satz zur Bergbauförderung. Die Bergbauförderung wurde 1963 während der Koalitionsregierung eingeführt. In den Jahren 1963 bis 1970 wurden pro Jahr im Durchschnitt etwa 80 Millionen Schilling für den gesamten Bergbau Österreichs, der in dieser Zeit noch viel größer war, ausgegeben. Die Vergleichsziffer für die Jahre 1971 bis 1977 – ich habe bewußt 1978 ausgelassen –, und zwar jährlich für wesentlich weniger Bergbaubetriebe, denn die meisten habt ihr ja schon vorher zugesperrt: 161 Millionen Schilling. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Den Geldwert muß man berücksichtigen!)*

Ich glaube, daß sich die Politik dieser Bundesregierung, aber auch die Politik innerhalb der verstaatlichten Industrie nicht nur für die österreichische Industrie insgesamt, sondern auch besonders für unser Gebiet Aichfeld-Murboden sehr positiv ausgewirkt haben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nun, meine Damen und Herren, einen Entschließungsantrag einbringen und ersuche den Herrn Präsidenten, den Antrag gleich vorlesen zu können.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kokail, Dr. Nowotny, Hellwagner und Genossen betreffend die

Kokail

weitere Entwicklung der verstaatlichten Industrie in Österreich.

Die SPÖ hat sich stets für die Existenz und Entwicklung der verstaatlichten Industrie in Österreich eingesetzt. Demgegenüber hat die ÖVP häufig ein zwiespältiges Verhältnis zur verstaatlichten Industrie in Österreich gezeigt und insbesondere bis in die jüngste Zeit häufig die Weiterentwicklung der verstaatlichten Industrie in Bereiche höherwertiger Produkte und Verarbeitungsstufen behindert. *(Abg. Graf: Das ist ein Wahlplakat, Herr Kokail, und keine Resolution! Das ist ein Wahlplakat!)*

Horchen Sie zu, Herr Abgeordneter. *(Abg. Graf: Ich horche ja!)* Ich weiß, es ist nicht angenehm, wenn einem Sünden vorgehalten werden. Das ist nicht angenehm. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Herr Kokail, Sie überschätzen meine Empfindlichkeit! - Ruf bei der ÖVP: Schlechtes Wahlplakat!)*

Die Entwicklung der verstaatlichten Industrie ist seit 1970 durch tiefgreifende Reorganisation und Strukturverbesserung gekennzeichnet, die zu einem erheblichen Teil gegen massive Widerstände der ÖVP durchgesetzt werden mußten. Die von der ÖVP nur geforderten, aber nicht verwirklichten branchenweisen Zusammenfassungen wurden durchgeführt, gleichzeitig wurden im Produktionsprogramm bedeutende Verbesserungen und Umstellungen vorgenommen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist kein Entschließungsantrag!)*

Die Investitionen waren in den siebziger Jahren etwa dreimal so hoch als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, wobei es der verstaatlichten Industrie gelungen ist, diese sehr intensive Investitionstätigkeit zu mehr als 80 Prozent aus selbst erwirtschafteten Mitteln zu finanzieren. Die Umsätze und die Exportleistungen haben sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Dadurch gelang es auch, die Beschäftigungsentwicklung im Bereich der verstaatlichten Industrie wesentlich günstiger zu gestalten, als dies in vergleichbaren Branchen im Ausland der Fall war. Während etwa in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Industriebeschäftigten seit 1970 um fast 10 Prozent zurückging, konnte der Beschäftigtenstand im ÖIAG-Bereich im langjährigen Schnitt gehalten werden (Beschäftigtenstand 1971: 111 000, 1977: 115 000 Beschäftigte). *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Interesse der Weiterführung der erfolgreichen Entwicklung stellen die unterfertigten Abgeordneten hiemit folgenden

Entschließungsantrag:

Die Bundesregierung wird ersucht:

1. Die erfolgreichen Strukturverbesserungsmaßnahmen, insbesondere im Bergbau-, Eisen- und Stahlbereich, fortzusetzen.

2. Den bisher bewährten Weg der Finanzierung der verstaatlichten Industrie über den Kapitalmarkt im Wege der ÖIAG fortzusetzen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

3. Entsprechend den wirtschaftlichen Erfordernissen auch Eigenkapitalzuführungen an die verstaatlichte Industrie im Wege der ÖIAG vorzusehen.

4. Über die bisher der VÖEST-Alpine von der ÖIAG zugeführten Mittel von 2,016 Milliarden Schilling diesem Unternehmen weitere Mittel zuzuführen.

5. Die bereits gewährte Bundeshaftung von 4 Milliarden Schilling für die VÖEST-Alpine erforderlichenfalls zu erhöhen.

6. Den Antrag auf Erhöhung des derzeitigen Haftungsrahmens des Bundes gemäß ÖIAG-Anleihegesetz von 6 Milliarden Schilling auf 10 Milliarden Schilling für Mittelzuführungen an verstaatlichte Unternehmungen ehestens dem Nationalrat zuzuleiten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte namens meiner Fraktion auch Sie ersuchen, nicht nur Lippenbekenntnisse zur verstaatlichten Industrie abzulegen, sondern einmal offen für diesen Wirtschaftsbereich, in dem weit über 100 000 Menschen arbeiten, einzutreten und ihn echt zu unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Kokail und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

**Dringliche Anfrage
der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Mag. Höchtel, Staudinger und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen betreffend
die Nichtberücksichtigung der Familien bei der
Lohnsteueranpassung**

Präsident: Ich unterbreche nunmehr die Verhandlung über die Punkte 1 und 2 der heutigen Tagesordnung, und wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Meißl, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer **Meißl:** Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dipl.-Ing. Dr.

10148

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Schriftführer

Leitner, Mag. Höchtl, Staudinger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Nichtberücksichtigung der Familien bei der Lohnsteueranpassung.

Am Montag dieser Woche hat der Finanzminister sich mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes über eine Lohnsteueranpassung per 1. Jänner 1979 geeinigt.

Von einer Berücksichtigung der Familien durch eine entsprechende Anpassung der Familienbeihilfen ist jedoch keine Rede.

Eine solche Familienbeihilfeanpassung ist aber unbedingt notwendig, weil von den Sozialisten die Kinderabsetzbeträge im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer abgeschafft wurden und der entsprechende Betrag nunmehr mit der Familienbeihilfe ausgezahlt wird.

Dieses Verhandlungsergebnis steht in krassem Gegensatz zum einstimmigen Beschluß des Familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt vom 26. Mai 1977. Damals wurde anlässlich der Abschaffung der Kinderabsetzbeträge aus dem Lohn- und Einkommensteuerrecht über Antrag des Österreichischen Familienbundes einstimmig, also auch mit den Stimmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Kinderfreunde, folgender Beschluß gefaßt:

„Anlässlich der bevorstehenden Erlassung eines Bundesgesetzes über die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs stellt der Familienpolitische Beirat beim Bundeskanzleramt fest:

Die vorgesehene Überweisung eines Betrages von 7 224 Millionen Schilling aus dem Aufkommen an Einkommensteuer (§ 39 Abs. 5 FLAG) an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen stellt den Ersatz für die bisherige und hinkünftige entfallende Steuerermäßigung für Familien dar.

Es wird daher erforderlich sein, bei allen kommenden Änderungen des Einkommensteuergesetzes die Steuerermäßigung bzw. Steueranpassungen an die geänderten Einkommens- und Geldwertverhältnisse vorzusehen, die Überweisung an den Ausgleichsfonds im selben Umfang zu erhöhen, wie dies bei den sonstigen oder vergleichbaren Absetz- bzw. Freibeträgen geschieht.“

Der Österreichische Gewerkschaftsbund war durch die SPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat Maria Metzker vertreten, für die SPÖ-Kinderfreunde übten die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Erika Seda und Bundesrat Hans Matzenauer das Stimmrecht aus.

Diese Nichtberücksichtigung der Familien bei der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß die

Sozialisten zwar viel von Familienpolitik reden, in Wirklichkeit aber nichts für die Familien tun wollen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende Anfrage:

1. Wurde bei den Verhandlungen zur Lohn- und Einkommensteueranpassung auch eine entsprechende Anpassung der Familienbeihilfen – nachdem die Kinderabsetzbeträge von Ihnen seit 1. 1. 1978 aus dem Einkommensteuerrecht eliminiert wurden – mitverhandelt?

2. Beabsichtigen Sie, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage über eine Familienbeihilfen-erhöhung entsprechend der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer zuzuleiten?

3. Wenn ja, werden Sie den Aufwand dafür aus dem Aufkommen an Einkommensteuer dem Familienlastenausgleichsfonds ersetzen?

4. Wenn nein, warum sehen Sie sich außerstande, dem einstimmigen Verlangen des Familienpolitischen Beirates nachzukommen?

In formeller Hinsicht wird verlangt, gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates die dringliche Behandlung dieser Anfrage noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident: Danke. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Kohlmaier als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 93 Abs. 1 der Geschäftsordnung das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die spürbarste Folge der Amtierung einer sozialistischen Bundesregierung ist eine außerordentliche Verschärfung der Besteuerung in Österreich. Gewaltige, nicht enden wollende Belastungen werden den Bürgern auferlegt, immer wieder neue Belastungen werden angekündigt.

Im Vordergrund dieser Belastungen steht, neben anderen Ereignissen, die die Tagespolitik erregen, die kalte, die stille, sozusagen die schleichende Steuererhöhung, die dadurch eintritt, daß die Steuerprogression, die immer höhere Besteuerungssätze vorsieht, je höher das Einkommen ist, nicht angepaßt wird.

Diese gleichbleibende Steuerprogression bei ständig sinkendem Geldwert und Lohn- und Einkommensanpassungen führt dazu, daß heute mittlere Einkommen so besteuert werden wie früher hohe Einkommen und daß kleine Einkommen heute so besteuert werden wie früher mittlere Einkommen. Das rapide Ansteigen des Aufkommens etwa an Lohnsteuer belegt diesen Umstand.

Dr. Kohlmaier

Selbst das Existenzminimum für die alten Menschen, die Ausgleichszulage, wäre schon in die Zone der Besteuerung gekommen, wenn man sich nicht mit einem kleinen Trick geholfen und die Geringfügigkeitsgrenze für die Einhebung der Steuer hinaufgesetzt hätte. Vom Betrag her wäre heute bereits das Existenzminimum der Pensionisten steuerpflichtig, was geradezu ein absurder Zustand ist.

Meine Damen und Herren! Wir haben daher zunächst im Arbeiter- und Angestelltenbund, dann von der gesamten Partei aus eine Anpassung der Steuersätze an den geänderten Geldwert verlangt. Ich verwende hier bewußt diese Formulierung: „Anpassung der Besteuerung an die geänderten Geldwertverhältnisse“, weil es unzutreffend ist, das Wort Steuersenkung zu verwenden, da dies etwa den Schluß zulassen könnte, wir wollten, daß der Finanzminister weniger einnimmt als vorher. Wir wissen, wie dringend er das Geld braucht. Wir wollen uns nur dagegen wehren, daß er durch diese kalte Steuererhöhung ständig profitiert, daß er, ohne einen Finger zu rühren und ohne ein Gesetz ändern zu müssen, die Staatsbürger in einer immer härteren Weise abkassiert. Das ist unser primäres Ziel. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dieser von der schleichenden Steuererhöhung begünstigte Finanzminister hat natürlich ein eminentes Interesse daran, daß sich nichts ändert. Er hat ganz unumwunden gesagt, er wolle so spät und so wenig wie möglich geben.

Es mußte sich dann auch der Österreichische Gewerkschaftsbund bequemen, die Verhandlungen etwas energischer zu führen, nicht lockerzulassen. Seit vorgestern ist das Ergebnis dieser Verhandlungen bekannt. Es sieht nun so aus, daß die Österreicher, wenn sie Arbeitnehmer sind, zwischen 117 S und 183 S im Monat Steuerersparnis haben werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen: Dieser Betrag ist lächerlich. Ich würde ihn geradezu als Trinkgeld bezeichnen. Ich bin überzeugt, Herr Finanzminister, das sind Summen, die Sie bei Konzertabenden oder ähnlichen Anlässen als Trinkgeld geben. *(Ruf bei der SPÖ: Und Sie?)* Das ist die Steuersenkung, die Sie heute den Staatsbürgern anbieten, und mit Recht hat mein Kollege Keimel gesagt, daß das eine Augenauswischerei sei.

Diese Steuersenkung ist aus zwei Gründen wertlos, meine Damen und Herren. Grund Nummer eins: Die Progressionsverschärfung geht weiter trotz dieser Erhöhung einzelner Absetzbeträge. Dieser Vorgang des ständig stärkeren Zupackens der Progression wird weitergehen, wird verschärft weitergehen, weil

nämlich eine Erhöhung der Absetzbeträge an dieser Progressionssteigerung überhaupt nichts ändert. Und bei der nächsten Teuerungsabgeltung, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten bekommen werden, wird durch das Zupacken der Progression diese bescheidene Steuersenkung, diese Trinkgeld-Steuersenkung wieder beseitigt sein. In den meisten Fällen wird sogar mehr geopfert werden müssen, als jetzt durch diesen fixen Nachlaß gegeben wird. Davon bin ich überzeugt.

Diese Steuersenkung ist auch noch aus einem zweiten Grund absolut wertlos, nämlich weil Sie fast im selben Atemzug, Herr Finanzminister, neue Belastungen angekündigt haben: ein Streichen der Lebensmittelsubventionen, was sicher früher oder später zu einer Verteuerung der Grundnahrungsmittel führen wird; in Aussicht gestellte Gebührenerhöhungen, was zum Beispiel schon dazu geführt hat, wie Ihr Ministerkollege Staribacher festgestellt hat, daß eine Heizölverbilligungsaktion nicht durchgeführt werden konnte; eine Streichung der Sparförderung.

Ich bin absolut überzeugt, daß die Bürger durch diese neuen Belastungen mehr zahlen werden, als sie durch diese geringfügige Steuersenkung, durch diese Trinkgeld-Entlastung bekommen. Deswegen ist diese Lösung wertlos, Herr Bundesminister für Finanzen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber man soll sich nicht wundern, wenn es solch ein Ergebnis gibt. Man muß die Umstände betrachten, unter denen dieses Verhandlungsergebnis zustande gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Dem Finanzminister gegenüber saß eine Verhandlungsgruppe, geleitet von einem Parteifreund des Finanzministers, der vor kurzem einmal gesagt hat, die Steuerprogression gehe eigentlich zuwenig hoch hinauf, er könnte sich vorstellen, daß man den höchsten Progressionssatz auf 80 Prozent erhöht. Es hat hier also jemand verhandelt, der gesagt hat ... *(Bundesminister Dr. Androsch: Ich habe das nicht gesagt!)* – Nein, Herr Minister, Ihnen saß gegenüber ein Parteifreund, der gesagt hatte, er könnte sich vorstellen, daß der höchste Steuersatz sich auf 80 Prozent steigert. Dem ist also die Besteuerung in Österreich noch zu wenig. Das ist Ihr Verhandlungspartner, Herr Finanzminister.

Natürlich könnte man jetzt sagen, das war gemeint für ganz hohe Spitzeneinkommen. Das mag sein, daß es so gemeint war, aber wir sehen ja gerade jetzt an dieser Praxis, Sie ändern ja die Progressionssätze nicht, Sie ändern die Progressionsstufen nicht, Sie lassen uns ja alle in die hohen Progressionsstufen hineinwachsen. Und

10150

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Kohlmaier

wenn wir auf 80 Prozent gehen, dann ist es nur eine Frage der Zeit – sofern es weiter eine sozialistische Bundesregierung gibt, was ich ja sehr stark bezweifeln möchte –, dann wäre es nur eine Frage der Zeit, wann wir eines Tages alle in diesem 80-Prozent-Steuersatz drinnen sind, dann haben wir die sozialistische Trinkgeld-Gesellschaft: Was wir arbeiten, liefern wir ab, wir dürfen aber ein bißchen etwas behalten, damit wir uns wenigstens Zigaretten kaufen können oder ein Bier um die Ecke.

Sie haben also, Herr Minister, einen Verhandlungspartner gegenüber gehabt, dem die Steuer noch zu gering ist. Na, da soll einen nichts wundern!

Ich glaube überhaupt, daß bei den sozialistischen Gewerkschaftern, meine Damen und Herren, der Steuermasochismus ausgebrochen ist. Vor kurzem hat die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter getagt. Dort wurde beschlossen – ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich das im Rundfunk gehört habe –, die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter lehnt eine Milderung der Progression ab, meine Damen und Herren. Das ist Steuermasochismus! Da erinnere ich mich, daß man einmal in einen Saal hineingerufen hat: Wollt ihr den totalen Krieg? – Und die Verblendeten haben zurückgerufen: Wir wollen ihn! – Das kommt einem so vor, als wenn heute gerufen wurde: Wollt ihr die totale Steuer? – Und die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre rufen zurück: Wir wollen sie! – Das ist die Verblendung, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich weiß: jetzt kommt wieder das Argument, wir kennen es . . . (Abg. Pansi: *Man kann Ihnen nicht zumuten, daß Sie das begreifen, daß die Leute um den Arbeitsplatz kämpfen!*) Ja, das kenn' ich: Herr Kollege Pansi, Sie sind gut programmiert, ich weiß es, das klappt bei Ihnen immer sehr genau. Jetzt kommt das Argument – ich habe sogar in meinem Manuskript gewußt, Sie sagen das jetzt: Sie brauchen das Geld, um die Arbeitsplätze zu sichern!

Das ist falsch, meine Damen und Herren! Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Steuerhöhe und Vollbeschäftigung. Es ist mir keine volkswirtschaftliche Theorie bekannt, die sagt, je mehr in einem Staat, in einer Volkswirtschaft Steuer gezahlt wird, umso mehr Arbeitsplätze gibt es! Das ist nicht wahr, meine Damen und Herren! Das ist nicht richtig! Es stimmt nur unter einer Voraussetzung: Wenn Sie es so einrichten wollen, daß immer ein Staatsbürger von den Steuern des anderen lebt, das heißt, daß einer arbeitet und der andere von ihm miterhalten wird, aber das, meine Damen und Herren, würde

uns ja in eine absolute Armut-Situation hineinführen.

Wir glauben – und ich darf hier den Bundesparteibeamten Dr. Taus zitieren, der das so plastisch ausgedrückt hat – an eine aktive Arbeitsplatzsicherung, eine Arbeitsplatzsicherung, die so aussieht, daß jeder die Möglichkeit hat, den Wohlstand selbst zu erwerben, nicht von den Steuern des anderen zu leben. Denn wer ist der andere? Jeder stellt sich dann auf den Standpunkt: Ich leb' vom anderen!, und wer erarbeitet dann den Wohlstand? Vollbeschäftigung durch Steuerleistungen der anderen sichern – das ist auf die Dauer kein gangbarer Weg. Wir wollen eine aktive Arbeitsplatzsicherung! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, es ist einfach so: Die Steuern reichen nicht, weil Sie schlecht gewirtschaftet haben. Das ist ein ganz einfacher Sachverhalt, den Sie halt nicht wahrhaben wollen.

Und wenn ich noch einmal zurückkehre zu diesen Verhandlungen, die wir verfolgen durften, wo wir in den Medien gehört haben, wie das vor sich gegangen ist: Auf der einen Seite der Abgeordnete Dallinger, dem die Steuerprogression noch zu schwach ist, auf der anderen Seite der Staatsbürger Dr. Hannes Androsch, der das Glück hat, einen Steuerberater Dr. Hannes Androsch zu haben, der gleichzeitig Bundesminister für Finanzen ist. Aber das Glück ist ein doppeltes: Sie haben auch . . . (Zwischenruf von Bundesminister Dr. Androsch.) – Ich bin nicht pragmatisiert in der Sozialversicherung, nein, das bin ich gar nicht. Sie sind als Finanzminister nicht pragmatisiert, das werden Sie merken, Herr Finanzminister! (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. – Neuerlicher Zwischenruf von Bundesminister Dr. Androsch.) Ach so? Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt mitteilen, was der Herr Minister hier da so hinter meinem Rücken geflüstert hat: Ich bekomme mein Geld für Nichtsarbeiten! – Herr Minister, es müßte Ihnen eigentlich das genügt haben, was ich Ihnen öffentlich entgegnet habe. (Bundesminister Dr. Androsch: *Hat mir nicht genügt!*) Entweder Sie wollen es nicht wahrhaben, oder Sie finden keinen anderen Ausweg aus Ihren Schwierigkeiten, als andere zu verleumden. (Bundesminister Dr. Androsch: *Das sind nicht meine, das sind Ihre Schwierigkeiten!*) Das geht nicht, Herr Minister! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich verdiene mir mein Brot auf ehrliche Weise. An sich bin ich Ihnen darüber keine Rechenschaft schuldig, und man weiß ja, was man von Ihren Feststellungen zu halten hat, aber bitte. (Abg. Dr. Fischer: *Hoffentlich!*) Ja, absolut,

Dr. Kohlmaier

Herr freigestellter Beamter Dr. Fischer! Das hat ja den Anstoß des Bundeskanzlers erregt.

Aber, meine Damen und Herren, Dr. Androsch hat nicht nur das Glück, einen Steuerberater zu haben, der Minister ist, er lebt auch unter einem Minister, der Steuerberater ist. Er selbst ist natürlich von all diesen Dingen nicht so betroffen; wir haben ja erfahren, daß seine Steuerleistung relativ bescheiden ist – spricht für die Tüchtigkeit Ihres Steuerberaters, Herr Dr. Androsch! (*Abg. Dr. Fischer: Gratuliere neuerlich, so wie gestern!*) Danke, ich nehme Ihre Gratulation gern entgegen; ich fasse sie als Ausdruck Ihres besonderen Wohlwollens auf, Herr Dr. Fischer! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Nun, die Situation bei dem Verhandlungspartner Dr. Androsch ist ja so, daß er, wenn er sein Vermögen angibt, Aktiva aufweist und relativ viele Passiva, also Schulden – das ist nichts Unehrenhaftes, Schulden zu haben. Ein guter Kaufmann kann ohne weiteres Schulden haben – und die Schulden führen dazu, daß er wenig Steuern zahlt. Nur ist der Unterschied: Bei der Republik, wo er der Säckelwart ist, führen die Schulden dazu, daß wir viele Steuern zahlen. Das ist der Unterschied zwischen Dr. Androsch und der Firma Österreich. In einem Fall wirken die Schulden steuermindernd, im anderen Fall leider steuererhöhend.

Wir haben also den Zeitungen entnommen, Steuersenkung bringt soundso viel Schilling, „Arbeiter-Zeitung“, Seite 2: „Dallinger zufrieden.“ – Gut.

Ich möchte den Herrn Abgeordneten Dallinger fragen: Seine Zufriedenheit mag seine persönliche sein, aber glaubt er wirklich, daß er damit die heute so belasteten Steuerzahler, Arbeiter und Angestellte, wirklich gut vertreten hat, daß die mit seiner Zufriedenheit übereinstimmen können? – Meine Damen und Herren, darf ich hier das ganz offen sagen: Ich fühle mich von dem Verhandler Dallinger als Steuerzahler schlecht vertreten (*Abg. Dr. Fischer: Das spricht für ihn!*), und Ihre Zufriedenheit, Herr Abgeordneter Dallinger, ist sicher nicht die Zufriedenheit derer, die Sie hier zu vertreten hatten und die Sie in meinen Augen unzureichend vertreten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Unser Hauptanliegen ist heute die Lage der Familie, und ich habe zu meiner Überraschung festgestellt – und das ist der Grund, warum wir Sie heute zu einer offenen Aussage, Herr Finanzminister, zwingen wollen –, ich habe zu meiner Überraschung festgestellt, daß in dieser gesamten Berichterstattung über das Ergebnis der Verhandlungen nichts über die Lage der Eltern, über die Lage der Familien hervorgekommen ist. Es geht nicht an, Herr Bundesmini-

ster für Finanzen, daß Sie das ganz einfach ausgelassen haben, und ich fordere Sie auf, das heute nachzuholen, heute hier gegenüber dem Parlament, nicht gegenüber einem schaumgebremsten ÖGB-Verhandler, sondern gegenüber der Volksvertretung zu sagen, wie Sie dieses Problem lösen werden, denn Sie müssen es lösen!

Hohes Haus! Die Lage der Familien ist nachweisbar und entscheidend verschlechtert worden. Ich weiß, bei Ihnen wird jetzt wieder die tibetanische Gebetsmühle kommen: den Familien geht's so gut, es ist so viel geschehen für die Familien. Ich bitte Sie jetzt nur eines, meine Damen und Herren von der SPÖ, Herr Finanzminister und vor allem die Redner der SPÖ: Gehen Sie jetzt bitte mit folgender Überlegung mit, überprüfen Sie die Zahlen, die ich hier nenne, und widerlegen Sie sie, wenn Sie es können!

Ich greife zurück auf das Jahr 1973. Damals hatten die Familien – und ich greife eine Drei-Kinder-Familie als Beispiel hervor – einen Steuervorteil bei drei Kindern von 11 600 S im Jahr. Die Beihilfen für drei Kinder waren im Jahr 1973, also vor fünf Jahren, 14 490 S; das gibt zusammen einen Vorteil für die Drei-Kinder-Familie, für die Eltern, die Ernährer dieser Drei-Kinder-Familie, von 26 090 S; das ergibt pro Monat 2 175 S Hilfe des Staates, der Gesellschaft, der Gemeinschaft für diese drei Kinder.

In der Zwischenzeit ist die Steuerermäßigung abgeschafft worden, ist umgestellt worden von 14 auf 12 Zahlungen – Scheinmaßnahmen, die den Eindruck einer Erhöhung hervorgerufen haben.

Und vor allem, Herr Finanzminister, ist seit damals, von Anfang 1973 bis jetzt, eine Teuerung laut Verbraucherpreisindex – ich rede nicht von den Kinderkosten, sondern von der Teuerung nach Verbraucherpreisindex – von 44,2 Prozent eingetreten.

Wenn ich also diese Zahl von Hilfe für drei Kinder von 2 175 S im Jahre 1973 mit diesen 44,2 Prozent Teuerung erhöhe, dann müßte, damit die Hilfe für die Drei-Kinder-Familie heute dieselbe Kaufkraft hat, ein Betrag von 3 135 S herauskommen. Die Familienbeihilfe für drei Kinder beträgt aber nur 2 840 S. Das bedeutet, daß die Kaufkraft der Hilfe für Drei-Kinder-Familien heute um 300 S geringer ist als vor fünf Jahren.

Meine Damen und Herren! Das ist der eklatanteste Beweis dafür, daß die Lage der Familien schlechter geworden ist, daß es den Familien heute schlechter geht denn je! Da kann Ihre Propaganda nichts daran ändern! (*Beifall bei der ÖVP.*)

10152

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Kohlmaier

Ich wiederhole noch einmal: Ich bitte alle, die hier noch zu Wort kommen in diesem Haus, ich bitte den Herrn Finanzminister: Lassen Sie diese Zahlen überprüfen! Widerlegen Sie meine Berechnungen! (*Abg. Dr. Fischer: Leicht!*) Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, Sie sind herzlichst eingeladen!

Ich behaupte hier, daß die Familienbeihilfe bei einer Drei-Kinder-Familie heute 300 S weniger Kaufkraft hat als vergleichsweise im Jahre 1973. Ich bitte das nachzurechnen, zu überprüfen. Widerlegen Sie es. Wenn Sie es nicht widerlegen können, dann müssen Sie mir recht geben in der Feststellung, die ich noch einmal treffe: Die Familien sind in den letzten Jahren von Ihnen benachteiligt worden! Es geht den Familien schlechter denn je! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Oder, Herr Finanzminister, eine andere, ganz bescheidene Rechnung. Die letzte Beihilfenerhöhung ist so erfolgt, daß wir den neuen Satz ab 1. Jänner 1977 hatten. Damals waren es 450 S. Von damals bis jetzt ist eine 6,5prozentige Teuerung eingetreten. Wenn Sie nur bei der Beihilfe unter Außerachtlassung der Komponente Steuer die Kaufkraft der Beihilfe vom Beginn des Jahres 1977 herstellen wollten, müßten Sie sie um etwa 30 S erhöhen. Damit hätten Sie die Kaufkraft der reinen Beihilfe wieder auf den Stand vom 1. Jänner 1977 gebracht. Sie hätten aber nichts, nichts auf dem Sektor Steuer getan. Und das ist der springende Punkt unserer Anfrage.

Hohes Haus! Das ist der Grund, warum ich im Familienpolitischen Beirat anlässlich der Umstellung von Steuerabsetzbeträgen auf Familienbeihilfen einen Antrag gestellt habe – ich möchte heute der Frau Abgeordneten Metzker und allen, die hier mitgewirkt haben, dafür sehr herzlich danken, daß sie mitgegangen sind –, der Ihnen, Herr Finanzminister, eine Pflicht auferlegt, eine ganz entscheidende Pflicht, der Sie sich nicht entziehen können. (*Bundesminister Dr. Androsch: Das kann nur der Nationalrat!*) Ich weiß, nur der Nationalrat kann Ihnen eine Pflicht auferlegen. Darf ich so formulieren: eine moralische Verpflichtung auferlegt. (*Bundesminister Dr. Androsch: Das kann er auch nicht!*) Nicht einmal eine moralische. Okay, ich nehme zur Kenntnis: Der Familienpolitische Beirat, wo Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund und Kinderfreunde mitgestimmt haben, hat Ihnen wahrscheinlich eine unmoralische Verpflichtung auferlegt. Ich nehme das zur Kenntnis. (*Bundesminister Dr. Androsch: Beraten!*) Er berät Sie. Also gut: Ich erläutere jetzt den Raf, den wir Ihnen gegeben haben. Ich hoffe, daß sie nicht ratlos von hier weggehen werden, Herr Finanzminister. Sie

werden einen guten Rat jetzt von mir noch einmal interpretiert bekommen. Ich bin überzeugt, Sie können mitgehen mit allem, was ich sage.

Sie haben die Steuerabsetzbeträge für Kinder abgeschafft und haben gesagt: Ab morgen gibt es nur noch Beihilfen.

Darüber kann man diskutieren, was besser ist. Sicher war gut bei dieser Lösung, daß die nicht einkommensteuerverpflichtigen Kleinstbezieher sogar mehr bekommen haben. Das ist anzuerkennen, die Umstellung hat einem gewissen Kreis von Kleinsteinkommenbezieher einen Vorteil gebracht. Das anerkenne ich, meine Damen und Herren. Im bäuerlichen Bereich, bei Kleinsteinkommen. Das war ein Positivum.

Aber darf ich mich jetzt auf die Überzahl derer konzentrieren, Hohes Haus, die schon vorher Steuer gezahlt haben und die nachher Steuer gezahlt haben, und zwar mehr Steuer gezahlt haben. Es gibt heute keinen Kinderabsetzbetrag mehr. Der Kinderabsetzbetrag als Steuererleichterung ist eingebaut worden in die Familienbeihilfe. Das haben wir gemeinsam einstimmig beschlossen.

Wenn es noch einen Kinderabsetzbetrag gäbe, dann hätte der Herr Abgeordnete Dallinger als Verhandlungspartner des Finanzministers zweifellos nicht darauf verzichten können, daß auch dieser Kinderabsetzbetrag genauso erhöht wird wie alle anderen Absetzbeträge. Sie hätten es – und da bleibe ich beim Wort „unmoralisch“, Herr Abgeordneter Dallinger – moralisch überhaupt nicht vertreten können, Sie hätten es auch nicht unternommen, davon bin ich überzeugt, auf den Kinderabsetzbetrag zu vergessen.

Und wenn der Kinderabsetzbetrag noch existieren würde – existierte, sprachlich genau genommen – und Sie, Herr Abgeordneter Dallinger, eine Erhöhung dieses Kinderabsetzbetrages durchgesetzt hätten, hätte der Finanzminister einen zusätzlichen Steuerverlust gehabt. So erspart er sich den. Er erspart sich, daß man sich auch um die Kinder umschaue muß, meine Damen und Herren.

Deswegen haben wir im Familienpolitischen Beirat einstimmig beschlossen, wann immer eine Erhöhung der Absetzbeträge, also eine Steuermilderung kommt, muß oder soll – bitte, Sie müssen nicht, Herr Finanzminister, soll, wird gebeten, wird freundlichst eingeladen, wird, darf ich im Sinn der Familien sagen, angefleht – der Herr Finanzminister das, was er als Kinderabsetzbetrag hätte auch nachlassen müssen, in den Familienbeihilfenfonds überweisen, damit dort aus diesen Mitteln eine kräftige entsprechende Erhöhung der Kinderbeihilfen erfolgen kann.

Dr. Kohlmaier

Das ist eine Frage der Logik, Hohes Haus, das ist nicht einmal so sehr eine Frage der Moral, das ist ganz klar. Denn wenn Sie das nicht tun, Herr Finanzminister, dann kommen Sie in den Verdacht, daß Sie die Kinderabsetzbeträge einmal abgeschafft haben, um für ewige Zeit und für alle Zeiten die Sorge für die Kinder los zu werden. In den Verdacht kommen Sie, Herr Finanzminister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie seinerzeit eine Überweisung von 7 Milliarden Schilling an den Familienlastenausgleichsfonds vorgenommen haben, dafür, daß Sie ja jetzt für die Kinder keinen Nachlaß mehr geben müssen und alle Nachlässe größer werden und auch der Kindernachlaß größer werden müßte, wenn es ihn noch gäbe, so haben Sie die Pflicht, Herr Finanzminister, diese 7 Milliarden Schilling zu erhöhen und das dem Familienlastenausgleich zu überweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das, Herr Minister, ist der Kern unserer Frage: Sind Sie bereit, dieser einstimmigen Entschliebung des Familienbeirates zu folgen? Sind Sie bereit, auch in Zukunft daran zu denken, wenn Sie jetzt wieder Steuern senken – ich möchte ja fast nicht sagen, Minisenkungen durchführen –, sind Sie bereit, auch dem Umstand Rechnung zu tragen, daß es Familienhalter schwerer haben als Menschen, die keine Kinder haben, und daß der Finanzminister an diesem Kreis nicht vorbeigehen darf, wenn er nicht – ich sage es noch einmal – das einfach tun will, was, ich fürchte, Ihre Absicht ist, ich fürchte, was der Beirat vorausgesehen hat, der Beirat scheint Sie gut zu kennen, daß Sie sich mit den 7 Milliarden Schilling losgekauft haben, losgekauft von der Familien- und Kinderfreundlichkeit für alle Zeiten. Das ist eine Kindesweglegung durch 7 Milliarden Schilling, Herr Finanzminister, eine Kindesweglegung, die wir uns nicht bieten lassen werden, das muß ich Ihnen hier sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mich interessiert natürlich hier auch das eine, ob die Verhandler, die hier für alle Eltern die Verhandlungen mit Ihnen geführt haben, das bedacht haben, konkret gesprochen, ob der Herr Abgeordnete Dallinger von diesen Problemen Kenntnis genommen hat in der Diskussion. Ich hoffe, daß die Frau Abgeordnete Metzker diesen Standpunkt des Familienpolitischen Beirates eingebracht hat und daß Sie, Herr Finanzminister, an dem nicht vorbeigehen können.

Ich habe hier in diesem Zusammenhang nur eine Feststellung zu treffen, die mich immer wieder zu einem gewissen Bedauern veranlaßt. Ich verstehe eines nicht, Hohes Haus: Die Regierung Kreisky leistet sich eine Familienstaatssekretärin. Da werden so ungeheuer wichtige Dinge verhandelt, wie Entlastungen für

die Bürger, die immer stärker belastet sind, da werden Alleinverdiener-Absetzbeträge erhöht, was sehr schön ist, und da wird von den Kindern nicht gesprochen. Da existiert eine Familienstaatssekretärin, die diese Frage, die wir heute im Hohen Haus stellen, öffentlich offenbar nicht gestellt hat.

Ich frage mich wirklich zunehmend: Was ist die Existenzberechtigung einer Familienstaatssekretärin, die offenbar eine ganz schweigende Funktion hat oder eigentlich nur dazu da ist, das zu rechtfertigen, was geschehen ist, aber nicht ein Anwalt der Familie zu sein.

Hohes Haus! Eine Familienstaatssekretärin, die sich nicht als Anwalt der Familie, sondern als Anwalt der Regierung und des Finanzministers fühlt, ist absolut fehl am Platz. Sie ist nur eine Belastung für die Bundesregierung, aber keine Hilfe für die österreichischen Familien. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Einstellung der Frau Staatssekretär Karl sieht man ja auch an einem Punkt, nämlich an dieser Entschliebung des Familienbeirates, wo wir den Finanzminister ermahnen oder bitten – wenn Sie es so lieber haben, Herr Finanzminister; nicht „lieber Herr Finanzminister“, sondern: wenn Sie es so „lieber haben“, Herr Finanzminister –, nicht zu vergessen auf den Kinderabsetzbetrag, den Sie nur abgeschafft haben, hoffentlich nicht um ihn loszuwerden, sondern zukünftig kräftig zu dotieren, weil Sie ja hoffentlich ein Kinderfreund sind. Dieser Beirat ist nicht vielleicht zusammengetreten auf Einladung der Frau Staatssekretär Karl, die gesagt hat, wir müssen darüber reden, daß das alles in Ordnung geht. Wir in diesem Familienbeirat müssen immer selbst verlangen, daß wir zusammentreten dürfen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in diesem Familienbeirat nicht ständig Sitzungen verlangen würden, dann würden Jahre vergehen und die familienpolitische Tätigkeit der Frau Karl würde sich darauf beschränken, daß sie in Sonntagsreden die Schulbücher anpreist oder sich vielleicht darum kümmert – das tut sie ja, das muß man auch anerkennen –, daß bei den Familienberatungsstellen etwas weitergeht. Ich möchte diese Verdienste nicht mindern.

Aber was die wirtschaftliche Lage der Familien betrifft, ist die Frau Karl weggetreten. Ich habe wirklich das Gefühl, man muß einmal die Frage stellen: Was haben solche Staatssekretäre für einen Sinn? Ich glaube überhaupt, daß der Herr Bundeskanzler mit seinem Team der Staatssekretäre immer ein bisserl Pech hat. Jetzt haben wir einen Wirtschaftsstaatssekretär, der hat auch so eine irgendwie schweigende Rolle. Aber das ist nicht das augenblickliche Thema.

10154

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Kohlmaier

Meine Damen und Herren! Der Grund unserer Anfrage – ich darf noch einmal zusammenfassen –: Wir verlangen heute von Ihnen, Herr Finanzminister, holen Sie nach die unterlassene Erklärung betreffend die Erhöhung der Familienbeihilfen. Ich weiß nicht, warum Sie dazu nicht Stellung genommen haben. Vielleicht wollten Sie es sich für einen netteren Anlaß aufsparen. Wir haben heute ein legitimes Interesse daran, von Ihnen zu erfahren: Wird die Steueranpassung, diese Mini-Anpassung, ein Anlaß sein, den Familien mehr zu geben – ja oder nein – und wieviel mehr zu geben? Ich verweise noch einmal darauf, daß Sie, um den Zustand des Jahres 1973, also vor fünf Jahren, wieder herzustellen, 100 S pro Kind geben müßten. Ich weiß, das haben Sie nicht. Vielleicht haben Sie es doch, wenn Sie die 7 Milliarden Schilling aufstocken. Dann haben Sie es vielleicht im Lastenausgleich. Bitte geben Sie heute hier der Öffentlichkeit und der Volksvertretung bekannt: Was machen Sie im Zuge dieser Steueranpassung mit den Kindern, mit den Familien? – Das wollen wir von Ihnen hören, und wir wollen in diesem Punkt nicht locker lassen.

Die zweite Frage, die Sie bitte heute auch beantworten müssen: Werden Sie der Beiratsempfehlung Rechnung tragen? Werden Sie das, was Sie sich dadurch ersparen, daß Sie keinen Kinderabsetzbetrag mehr erhöhen müssen, dem Familienlastenausgleichsfonds geben? Das werden Sie bitte hier heute sagen.

Ich hoffe sehr, daß Sie uns heute eine bejahende, eine großzügig bejahende Antwort im Sinne der Familien geben. Ich würde es mir erwarten, Herr Finanzminister. Denn wir haben immerhin schon so halbe Zusagen bekommen, daß für die Ausgleichszulagenbezieher und daß für die Familien etwas geschehen muß. Ich bin hier nicht für die halbe Zusage. Ich bin dafür, daß Sie ganz klar sagen, was geschieht. Wir erwarten, daß eine großzügige Lösung kommt und daß Sie den Familienfonds in Zukunft kräftig dotieren, weil Sie heute keine Kinderabsetzbeträge mehr haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir, wenn wir diese Dinge diskutieren – das möchte ich noch abschließend feststellen –, etwas nicht übersehen sollen, nämlich die Umstände, die hinter diesen Vorgängen stehen, die hinter diesen vordergründigen Zahlen, die ich genannt habe und die wir jetzt vom Herrn Finanzminister hören werden, stehen, die Tatsache nämlich, daß sozial- und familienpolitische Leistungen zunehmend unfinanzierbar werden.

Hohes Haus! Wäre ich sozialistischer Abgeordneter, dann würde ich manchmal die Zeit herbeisehnen, wo es einen ÖVP-Finanzminister

gab, den man mit Sozialforderungen so richtig in die Enge treiben konnte und der sie dann zu finanzieren hatte und der nichts dagegen sagen konnte. Herr Minister Androsch! Sie haben in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 22. August 1978 gesagt: Sie treten ein für eine Bremsung und Begrenzung der staatlichen Zuschüsse für die Pensionen.

Hohes Haus! Ich bitte Sie, mir ehrlich die Frage zu beantworten: Was wäre in diesem Haus geschehen, wenn das je ein Finanzminister der ÖVP gesagt hätte? – Die Hölle wäre los gewesen! Der seinerzeitige Sozialsprecher Ing. Häuser hätte hier eine dreistündige beinharte Rede gehalten, wo er wahrscheinlich ein vernichtendes Argument nach dem anderen in Richtung Finanzminister geschleudert hätte. Heute sind wir alle – zumindest was die linke Seite des Hauses betrifft – so unendlich fromm geworden und nehmen zur Kenntnis: Der Finanzminister hat kein Geld.

Herr Finanzminister! Diese mangelnde Finanzierbarkeit der Sozialleistungen und vor allem diese Sorgen, die Sie bei den Pensionszuschüssen haben, haben ja schon dazu geführt, daß Sie die Chancen der Familien verringert haben. Es ist weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet geblieben, weil das Vorgänge sind, die der einfache Staatsbürger einfach nicht verstehen kann. Sie haben rund 3 Milliarden Schilling aus dem Familienlastenausgleich hinausgenommen und zur Finanzierung der Pensionen herangezogen, weil Sie die Finanzierung der Pensionen aus dem Budget nicht mehr gewährleisten können. Dieser Vorgang, der im vorigen Herbst über die Bühne gegangen ist, daß man Familiengelder gekürzt hat, Einnahmen für den Familienlastenausgleich gekürzt hat, damit Sie sich Pensionsgelder ersparen, dieser Vorgang, den man zur selben Stunde noch nicht gespürt hat, dieser Vorgang beginnt jetzt seine Auswirkungen zu haben. Das führt jetzt dazu, Herr Finanzminister, daß Sie, wenn Sie für die Familien etwas tun können, maximal eine kleine optische Maßnahme setzen können, daß Sie aber das nicht beseitigen können, was eingetreten ist und was ich Ihnen nachgewiesen habe, daß Sie pro Kind um 100 S heute an Kaufkraft weniger geben und daß Sie allein zur Abgeltung der Preissteigerungen seit 1. Jänner 1977 im Beihilfensektor ohne Steuerberücksichtigung 30 S geben müßten.

Sie haben keine Bewegungsfreiheit mehr. Sie können nur noch eines tun: Irgendwelche optische Maßnahmen setzen, ohne die Sie es nicht aushalten.

Ich bin überzeugt, daß sich hier genau dasselbe abspielt, was sich bei der sogenannten Steuersenkung, die hier ausgehandelt wurde,

Dr. Kohlmaier

abspielt. Eine winzige Maßnahme, damit man sagt: Wir haben etwas getan. Ut aliquid fecisse videtur: Wir haben ja ohnedies etwas getan. – Das ist so wenig und so klein, so bescheiden und so spät, daß es durch die anderen Belastungen, die kommen, sehr bald wieder aufgesaugt sein wird, daß es eigentlich nicht einmal ausreicht, die vergangenen Belastungen nur einigermaßen abzudecken. Das ist die Situation, vor der wir heute stehen, Herr Finanzminister. Sie sind in der äußerst schwierigen Lage – ich bedauere Sie deswegen nicht, weil Sie sich das ja selbst eingebrockt haben –: Sie können überhaupt nur mehr noch irgendwo etwas geben, was Sie anderswo wegnehmen. Sie können die Chancen einer Bevölkerungsgruppe nur noch dadurch verbessern, daß Sie einer anderen Bevölkerungsgruppe etwas abnehmen. Sie können die Pensionsdynamik nur noch aufrecht erhalten, indem Sie aus dem Familienlastenausgleich 3 Milliarden Schilling entnommen haben.

Das, bitte, sage ja nicht nur ich, sondern das hat indirekt auch der Bundeskanzler Kreisky bestätigt, der am 28. Juli gesagt hat: Es wird in Österreich keine sozialen Verbesserungen geben, die den Staat zusätzlich etwas kosten.

Hohes Haus! Ich kenne kaum soziale Verbesserungen, die den Staat nicht zusätzlich etwas kosten. Das bedeutet – fortgesetzt der Gedanke des Herrn Bundeskanzlers –: Es wird in Österreich keine sozialen Verbesserungen mehr geben. Wenn ich diesen Umstand, den der Herr Bundeskanzler selbst verkündet hat, in die Terminologie der Sozialistischen Partei aus ihrer Oppositionszeit übersetze, dann ist das die Verkündung des Sozialstopps. So weit sind wir schon.

Ich möchte Sie daher abschließend nochmals ersuchen, Herr Finanzminister: Treten Sie aus der Reserve. Treten Sie auch aus der Reserve, die die Frau Staatssekretär Karl in diesen Dingen regelmäßig einnimmt. Sagen Sie heute zwei Dinge.

Erstens: Wie werden Sie sich der Pflicht entledigen, anlässlich einer Steuersenkung auch etwas für die Kinder zu tun? Wie großzügig oder wie kleinlich werden Sie dabei sein?

Und die zweite Frage: Werden Sie das tun, worum Sie der Familienpolitische Beirat gebeten hat und was – ich sage es noch einmal – für Sie eine moralische Verpflichtung ist: Werden Sie, weil Sie, wenn Sie heute Steuern senken, an die Kinder nicht mehr denken müssen, da es keinen Absetzbetrag mehr gibt, das, was Sie für die Kinder geben müßten, in den Familienlastenausgleichsfonds überweisen, damit dort Mittel vorhanden sind, aus denen wir auch in den nächsten Jahren anständige Kinderbeihilfen zahlen können?

Ich habe die Sorge, daß die Mittel dort nicht vorhanden sind, denn Sie haben die Beiträge, die in den Lastenausgleich fließen, gekürzt, und Sie sind jetzt bei der Überweisung aus den Steuermitteln sehr zurückhaltend. Ich fürchte, Sie werden nichts Zusätzliches geben.

Hohes Haus! Unsere Anfrage geschieht in diesem Sinne im Interesse der Transparenz. Wir möchten Klarheit darüber haben, was Sie tun. Sagen Sie es heute hier, sagen Sie es dem Hohen Haus, wir haben ein Recht darauf, es von Ihnen zu erfahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch gemeldet. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Bei den abschließenden Gesprächen mit Vertretern des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Bundeswirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und der Bundeskonferenz der freien Berufe über eine Steuersenkung wurde vergangenen Montag folgendes Ergebnis erzielt:

Erstens: Der allgemeine Absetzbetrag wird von 4 400 S auf 4 800 S erhöht. Diese Maßnahme kommt 2,8 Millionen Unselbständigen und 306 000 Selbständigen zugute. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweitens: Der Alleinverdienerabsetzbetrag wird von 2 400 S auf 3 200 S erhöht. Durch diese Regelung werden 900 000 Unselbständige und 100 000 Selbständige zusätzlich begünstigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Drittens: Der Absetzbetrag für Arbeitnehmer, die Ihnen, nehme ich an, Herr Dr. Kohlmaier, auch am Herzen liegen, wird von 2 000 S auf 3 000 S erhöht. Diese Verbesserung kommt 2,8 Millionen Arbeitnehmern zugute. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Viertens: Die Angehörigen der freien Berufe werden eine Begünstigung im Rahmen der Investitionsrücklage in Anspruch nehmen können.

Fünftens: Der Freibetrag bei der Gewerbesteuer wird von 40 000 S auf 60 000 S, also um 50 Prozent erhöht. Davon profitieren jedenfalls 135 000 Gewerbebetriebe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dieses Ergebnis bedeutet für einen Arbeitnehmer eine Ersparnis bis zu 117 S pro Monat und für einen alleinverdienenden Arbeitnehmer bis zu 183 S im Monat.

Die Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages bringt für den einzelnen Gewerbebetrieb eine

10156

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Vizekanzler Dr. Androsch

Steuerentlastung in Höhe von immerhin rund 3 000 S pro Jahr.

Diese Vereinbarungen bedeuten für alle Gebietskörperschaften, das heißt Bund, Länder und Gemeinden, sowie die Wohnbauförderung und den Katastrophenfonds einen Einnahmeausfall von rund 4,8 Milliarden Schilling – in Ihren Augen ein Trinkgeld.

Das Bundesbudget ist für 1979 davon mit einem Einnahmeausfall von 3 Milliarden Schilling betroffen. Man muß sich nur vorstellen: 117 S oder 183 S pro Monat und insgesamt 4,8 Milliarden Schilling sind für den Anfragebeogründer ein Trinkgeld. Man kann sich vorstellen, wie mit Geld umgegangen würde, wenn er dafür verantwortlich wäre. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Da lachen aber die Hühner!)*

Herr Dr. Kohlmaier meinte, das mit der Steuerbelastung und der Progressionswirkung und den Progressionsstufen begründen zu können. *(Zwischenruf des Abg. Amtmann.)* Ihr seid wirklich nicht vornehm, das ist richtig, da kann ich nur beipflichten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe zum zweitenmal seit 1970 den Herrn Professor Seidel um ein Gutachten zu den Staatsfinanzen ersucht; dieses liegt vor und ist im August auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Auf Seite 17 der nunmehr vorliegenden gedruckten Fassung, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, können Sie zu dieser Ihrer Behauptung folgende Feststellung finden:

„Zumindest für die siebziger Jahre gilt: Die mittelfristige Zunahme der Belastungsquote war geringer“ – nämlich bei Einkommen- und Lohnsteuer-, „als auf Grund der Steigerung der Realeinkommen bei gegebener Tarifprogression zu erwarten gewesen wäre. Die periodischen Steuersenkungen haben nicht nur die Inflationseffekte wettgemacht, sondern bewirkten außerdem, daß die Belastung eines gegebenen Realeinkommens (mit Ausnahme der höchsten Stufen) mit Lohnsteuer allmählich zurückging.“ Das und nur das ist die Wahrheit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und Ihre Behauptungen werden durch pausenloses Wiederholen nicht richtiger. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben recht: Es wird nicht richtiger, wenn Sie es wiederholen!)*

Darf ich noch einmal zitieren, was der Herr Professor Seidel gesagt hat; die Wahrheit scheint Ihnen nicht ganz angenehm zu sein, paßt nicht in Ihr Konzept. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben ja gesagt, es wird nicht richtiger, wenn Sie es wiederholen!)* Herr

Dr. Schwimmer, es war schon zu verstehen, daß ich Ihre Wiederholungen gemeint habe und sonst keine.

Diese Wirkung hat zur Konsequenz, daß die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltssumme in Österreich nicht einmal ganz 11 Prozent gegenüber 17 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland bei gleichen Steuereinkommen beträgt. Und Sie haben geradezu flehentlich nach einer großzügigen Lösung gerufen, offenbar ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Ja, es gibt andere Bereiche auch, wo man das von Ihrer Seite hören kann, offenbar halten Sie es mit dem guten englischen Grundsatz, den jemand einmal formuliert hat: Opposition ist die Kunst, soviel zu verlangen, daß das nie eine Regierung erfüllen kann. Auf der einen Seite die Einnahmen senken, auf der anderen Seite die Ausgaben erhöhen und das Defizit skandalisieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie von den Pensionen gesprochen haben, so habe ich überhaupt keine Sorge, daß die Pensionisten nicht wissen, wo und bei wem die Sicherheit für die Pensionen liegt und welche Verbesserungen seit 1970 gekommen sind, die Sie vor 1970 abgelehnt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darüber hinaus, nämlich zu den Vereinbarungen, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, wurde seitens der Verhandlungspartner des ÖGB eine Erhöhung der Familienbeihilfe zur Sprache gebracht und vom Bundesminister für Finanzen in Aussicht gestellt. Sie sind Ihnen aber sicherlich bekannt, Sie haben sie nur jetzt ein bißerl vergessen gehabt.

Im Zusammenhang mit den abschließenden Beratungen und Entscheidungen über das Budget 1979 hat die Bundesregierung folgendes vorgesehen, und zwar Dienstag so beschlossen, und ich darf damit die Fragen 1 und 2 beantworten:

Erstens: Eine Erhöhung der Familienbeihilfe um monatlich 30 S pro Kind. Das ist die neunte Erhöhung der Familienbeihilfe seit 1970. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ab 1. Jänner 1979 wird daher jedes Kind in Österreich Familienbeihilfe in folgender Höhe erhalten: ein Kind 910 S; im Vergleich dazu: 1969 waren es 200 S, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier *(Abg. Dr. Mock: Von einer Inflation haben Sie nie etwas gehört!)*, zwei Kinder 1860 S, drei Kinder 2 930 S, vier Kinder 3 900 S und fünf Kinder 4 910 S je Monat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweitens: Erhöhung der Familienbeihilfe für behinderte Kinder, das scheint Ihnen überhaupt kein Anliegen zu sein, zusätzlich um 50 S.

Vizekanzler Dr. Androsch

(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Das haben wir zuerst verlangt! Das war unser Antrag, Herr Minister!) Und obwohl, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, dies Ihnen kein besonderes oder überhaupt kein, ich weiß es nicht, Anliegen zu sein scheint: Erhöhung der Ausgleichszulagen um 15 S und für Verheiratete um 22 S.

Die Verbesserung bei den Ausgleichszulagen erfolgt zusätzlich zu den beschlossenen Pensionserhöhungen für das Jahr 1979 um 6,5 Prozent, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese zusätzliche Maßnahme – das ist richtig – erfolgt als Ausgleich für die in Aussicht genommene Reduktion der Milch- und Brotpreisunterstützungen.

Zu der Frage 3 und 4 erlaube ich mir folgendes auszuführen:

Die Erhöhung der Familienbeihilfe wird aus den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds getragen, wobei hierfür ein Betrag von rund 800 Millionen Schilling erforderlich sein wird. Die budgetäre Situation erlaubt nicht, den Aufwand aus der Einkommen- und Lohnsteuer zu ersetzen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Also nein, Herr Minister!)*

Außerdem ist es primär Aufgabe des Familienlastenausgleichsfonds, derartige Maßnahmen zu finanzieren. Der Familienlastenausgleich ist dazu auch in der Lage, weil entsprechende Einnahmen auf Grund der Vollbeschäftigung gegeben sind und in den guten Konjunkturjahren Reserven angesammelt wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Zusammenhang, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, darf ich daran erinnern, daß unter der Verantwortung der ÖVP 1966 bis 1969 beträchtliche Mittel des Familienlastenausgleichs zweckwidrig verwendet und damit den Familien vorenthalten wurden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das damals – nämlich die zweckwidrige Verwendung der Mittel – war offenbar Ausdruck besonders guten Wirtschaftens, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe. Es war eine besonders moralische Haltung gegenüber den Familien und ist Ausdruck besonderer Kinderfreundlichkeit, wenn man Milliarden an Mitteln dem Familienlastenausgleich vorenthalten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie müssen ja den damaligen Finanzminister, es waren zwei, unglaublich in die Enge getrieben haben, daß es Ihnen möglich war, diese Mittel so zweckwidrig verwenden zu können.

In übrigen erlaube ich mir darauf hinzuweisen, welche Verbesserungen familienpolitischer Art seit 1970 eingetreten sind. Der Aufwand des Familienlastenausgleichsfonds betrug im Jahre 1969 6 848 Millionen Schilling, das bedeutet pro Kind und Jahr durchschnittlich 3 520 S.

Im Jahre 1978 beträgt der Aufwand unter Nichtberücksichtigung, unter Weglassung des Abgeltungsbetrages für die Übernahme der Kinderabsetzbeträge 22 228 Millionen Schilling. Das ist pro Kind und Jahr 10 100 S, das ist eine Steigerung von 187 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Allein von 1970 bis 1977 – also die Regelung 1978 und das geplante 1979 nicht berücksichtigt – wurden die Familienbeihilfen achtmal um insgesamt 250 S erhöht; das sind 33 S pro Jahr.

Dagegen wurden die Familienbeihilfen zwischen 1966 und 1969 nur zweimal erhöht, und zwar um jeweils 20 S, das ist pro Jahr eine Erhöhung um 10 S, also nicht einmal ein Drittel. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine dieser Erhöhungen stand im Zusammenhang mit einem Stützungsabbau bei Milch um 1 S je Liter per 1. 1. 1967 unter ÖVP-Verantwortung, wobei dieser Stützungsabbau eine Konsumentenpreiserhöhung von 27 Prozent zur Folge hatte.

Die Familienbeihilfe, Hohes Haus, ist aber nur eine der familienpolitischen Maßnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds. Tatsächlich wurde die Leistungspalette wesentlich erweitert. Gegen Ihren Widerstand, von seiten der ÖVP, wurden 1971 die freien Schulfahrten eingeführt. Sie werden von etwa 900 000 Kindern in Anspruch genommen. Der Aufwand ist hierfür zum letzten Stand jährlich über 2 Milliarden Schilling; das ist pro Kind etwa 2 640 S. Dieser Aufwand lohnt sich vom Sicherheitsstandpunkt, durch den Einsatz von Schulbussen konnten die Gefahren des Schulwegs deutlich vermindert werden. Er ist aber vor allem ein wesentlicher Beitrag, um Chancengleichheit in der Bildung, insbesondere im ländlichen Raum, herbeizuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Rund 1 450 000 Schülern kommen die unentgeltlich bereitgestellten Schulbücher zugute. Der Aufwand für die freien Schulbücher beträgt 980 Millionen Schilling im Jahr. Das sind 658 S pro Kind. Durch die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 1 700 auf 16 000 S und die Begleitmaßnahmen auf Grund des Mutter-Kind-Passes konnte die Säuglingssterblichkeit in Österreich erheblich verringert werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die von dieser Regierung geschaffene zusätz-

10158

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Vizekanzler Dr. Androsch

liche Familienbeihilfe für behinderte Kinder wird am 1. Jänner 1979 1 100 S pro Monat betragen, sodaß sich für diese besonders unterstützungswürdige Gruppe Barleistungen aus dem Familienlastenausgleich von monatlich insgesamt 2 010 S ergeben. Das ist gegenüber 1970, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, eine Steigerung um 1 000 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich muß in diesem Zusammenhang noch einmal die Bedeutung der mit 1. 1. 1978 durchgeführten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Familienbeihilfen hervorgehoben werden. Diese Maßnahme brachte 300 000 Familien eine finanzielle Besserstellung gegenüber dem früheren System. Besondere Nutznießer dieser Maßnahme waren kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, darunter 90 000 bäuerliche Familien.

Allein diese Maßnahme erforderte Mittel des Familienlastenausgleichsfonds von 1,8 Milliarden Schilling.

Die von mir soeben aufgezählten familienpolitischen Maßnahmen, zu den in anderen Bereichen eine Reihe weiterer öffentlicher Unterstützungen und Förderungen und Verbesserungen bei diesem gekommen sind, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß die Familienpolitik für diese Bundesregierung ein Anliegen ganz besonderer Art immer war und auch in Zukunft bleiben wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir aber auch noch eine persönliche Bemerkung, weil der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier offensichtlich in Ermangelung von Sachargumenten gemeint hat, er müsse zu dem bekannten Mittel des persönlichen Arguments greifen.

Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier! Meine Eltern waren Steuerberater, haben das 1941 unter Umständen, die Sie sich leicht vorstellen können, beginnen müssen aufzubauen. Ich habe selbst diesen Beruf ergriffen, wozu besondere Qualifikationen, die nur durch besondere Prüfungen zu erwerben sind, erforderlich sind, und dieser Beruf, wie jeder andere freie Beruf, kann nur eigenverantwortlich ausgeübt werden. Es gibt keine Sicherheit. Man hat keinen Vertrag, man hat keine Pragmatisierung. Und es muß ein Politiker jederzeit die Möglichkeit haben, in seinen Beruf zurückzugehen. Es hat viele vor mir gegeben, die freie Berufe hatten, und ich hoffe, daß es nach mir viele geben wird, die aus diesem Berufsstand kommen, ob das beim Amt des Vizekanzlers Dr. Bock oder Dr. Withalm war, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ich lasse weder die Tätigkeit meiner Eltern, noch meine eigene, noch den gesamten Berufs-

stand der freien Berufe von Ihnen diskreditieren. *(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 93 Abs. 5 der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht ein Wort zur letzten Ausführung des Herrn Finanzministers. *(Vizekanzler Dr. Androsch – zu Abg. Dr. Kohlmaier –: Für zwei Bezüge aus öffentlichen Kassen müssen Sie sich genießen! – Abg. Dr. Gruber: Dann muß sich auch der Herr Fischer genießen!)*

Herr Finanzminister! Die ÖVP greift keinen freien Beruf an. *(Abg. Dr. Gruber: Sagen Sie das Ihren Kollegen, Herr Finanzminister, die haben Bezüge aus allen Kassen. – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Herr Minister! Zu Ihren letzten Ausführungen. Die ÖVP greift keinen freien Beruf an. Die ÖVP greift nicht einen Steuerberater an. Ich glaube, die Verbindung Finanzminister mit einem Steuerberatungsbüro ist einfach inkompatibel. Das ist in allen Demokratien so, nur in Österreich ist es anders, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mühlbacher: Was war denn der Herr Bock von Beruf? – Bundesminister Dr. Androsch: Bei Withalm war es möglich!)*

Withalm war kein Finanzminister *(Bundesminister Dr. Androsch: Aber Staatssekretär!)* und Withalm hat auch kein Steuerberatungsbüro gehabt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nach meiner Auffassung ist das inkompatibel, unvereinbar nennt man das. *(Rufe bei der SPÖ: So eine Gemeinheit! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und zum zweiten. Herr Minister! Das, was Sie hier in Ihrer Antwort geleistet haben, ist ein so typisches Beispiel sozialistischer Familienpolitik, ein trauriges Kapitel. Sie stellen sich hin und sagen, was Sie alles geleistet haben. Sie haben jetzt wieder 30 S versprochen aus Mitteln, die der Familie schon längst zustehen, Herr Minister. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Was haben Sie gemacht? Sie haben es ihr weggenommen!)*

Jetzt sagen Sie hinter mir: Sie haben es weggenommen. Herr Minister, wenn Sie eine Unwahrheit wiederholen, wird das nicht richtiger. Eigentlich sollte man von einem Finanzminister verlangen können, daß er seine Jahresabschlüsse genau kennt, daß er auch weiß, wie das im Familienlastenausgleichsfonds aussieht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Ich habe im Sommer dieses Jahres Ende August von Ihnen eine Antwort auf eine Anfrage bekommen. In dieser Antwort steht drinnen, daß das Gesamtvermögen des Reservefonds 13,958 Milliarden Schilling beträgt. Und da steht drinnen, daß von diesem Reservefonds 10,5 Milliarden Schilling auf der Postsparkasse liegen. Das haben Sie hingetragen, den Familien vorenthalten und dann machen Sie der ÖVP den Vorwurf, Herr Minister, daß sie Reserven angesammelt hat. *(Zwischenruf Vizekanzlers Dr. Androsch.)* Nach Ihren Ausführungen, Herr Minister, ist das ja drinnen. Was haben Sie denn 1970 gemacht? 1970 gab es Überschüsse von 799 Millionen Schilling, und 1970 war Androsch Finanzminister. Die 799 Millionen Schilling wurden genau so behandelt wie die Millionen vorher. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Stimmt nicht!)*

Die sind genauso dem Reservefonds, dem papierernen, wenn Sie wollen, zugeführt worden, Herr Minister. Und das Jahr vorher hat es 296 Millionen Schilling Überschüsse gegeben. Noch ein Jahr vorher hat der Finanzminister 28 Millionen dazuzahlen müssen, weil damals sozialistische Abgeordnete mit uns gemeinsam gesagt haben, wir müssen dem Finanzminister auf die Finger schauen. Wo ist denn in der SPÖ heute eine Rosa Jochmann, die hier erklärt hat, wir müssen alle Jahre dem Finanzminister auf die Finger schauen, wie das beim Familienlastenausgleichsfonds aussieht, damit der Herr nicht in Versuchung kommt, das Geld irgendwie anders zu verwenden. *(Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Wo sind denn die Zeiten, wo eine sozialistische Abgeordnete, Rosa Weber, hier mit uns gemeinsam geschaut hat, daß die Gelder der Familie zugeflossen sind? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Es hat ja keine Änderung im Beitragsaufkommen gegeben. Es ist ja alles gleichgeblieben, so schaut das in der Tatsache aus. Das sind die Überschüsse, Herr Minister, in der ÖVP-Zeit. *(Der Redner zeigt eine Tabelle vor.)* Und das sind die Überschüsse bei Ihnen, klatschen Sie recht fleißig. Das sind die 11 Milliarden Schilling, die Sie der Familie vorenthalten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und dann stellen Sie sich hierher und sagen, wir sind so gut. *(Ruf bei der SPÖ: So ein Kabarettstück!)*

Herr Minister. Ich weiß schon, daß Sie aus dem letzten Loch pfeifen, daß Sie unseren Staat verwirtschaftet haben, daß die Staatsfinanzen bankrott sind. Das weiß ja jeder. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Minister, wenn Ihre Ausführungen bezüglich Steuersatz et cetera stimmen, dann kam die Familie besonders zum Handkuß. Der

steuerliche Kinderabsetzbetrag, Herr Minister, wurde am 1. Jänner 1973 eingeführt mit 4 200 S pro Kind, und heute und auch nächstes Jahr – nach den Ausführungen des Herrn Ministers – wird er auch 4 200 S sein. Seit 1973 keine Verbesserung für die Familie. Alle anderen Bereiche haben nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers beachtliche Verbesserungen erreicht, aber die Familie hat keine bekommen. Da stellt sich der Herr Finanzminister hierher und sagt, wie gut die Familienpolitik der Regierung ist. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, das ist eine besondere Familienpolitik, das haben Sie nämlich zum Schluß gesagt.

Eines muß man ja den Sozialisten lassen – das habe nicht ich gesagt, sondern ein bekannter Soziologe Österreichs –: Sie machen eine konsequente, und zwar die konsequenteste Familienpolitik aller Parteien in Österreich, eine marxistische, die zur Auflösung der Familie führen muß. *(Abg. Hatzl: Wo haben Sie diesen Unsinn her?)*

Wenn das alles so gut wäre, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, dann wundert es mich eigentlich, daß wir 1969 in Österreich noch 121 000 Geburten hatten und 1977 85 590 Geburten. Und von dieser Zahl kommen noch 7,5 Prozent Ausländergeburten weg. Wir haben also insgesamt nur noch 79 000 Geburten von Österreichern und 92 000 Sterbefälle in unserem Land.

Herr Minister! Das ist ja mit eine Ursache, daß der Familienlastenausgleichsfonds Geld hat, denn wenn 35 000 Kinder fehlen, mit der Geburtenbeihilfe allein sind das 572 Millionen Schilling und mit einem Jahr Kinderbeihilfe für diese 35 000 Kinder sind das weitere 390 Millionen Schilling, und das pflanzt sich ja fort. Das ist ja mit das „Geheimnis“, daß der Familienlastenausgleichsfonds Geld hat. Das ist ja nicht Ihr Verdienst, sondern es ist die Tatsache, daß die Geburten abnehmen, daß die Österreicher nicht sehr kinderfreundlich sind und daß die Sozialistische Partei alles dazu tut, diese Kinderfeindlichkeit zu pflegen. *(Abg. Dr. Reinhart: Das ist eine Unterstellung! – Abg. Hatzl: Das sind Urtöne, die Sie da von sich geben!)*

Ich werde Ihnen das gleich sagen. Der Herr Universitätsprofessor Dr. Berger hat kürzlich in einem Vortrag folgendes gesagt: Die Familie steht immer im Brennpunkt unserer menschlichen Gesellschaft, ja sie ist der Brennpunkt in und für diese Gesellschaft. Sie ist das Zentrum hoher und höchster menschlicher und gesellschaftlicher Intensität, und nur Dummköpfe, asoziale Egoisten, bornierte Parteiideologen und Anarchisten sind imstande, diese Tatsache zu verkennen. Die Familie wird von den Marxisten als Hindernis gegen eine gesellschaftsverän-

10160

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

dernde Situation angesehen, bei der menschliche Grundwerte ungültig erklärt werden.

Jetzt zum geistigen Hintergrund. Selbstverständlich, Herr Abgeordneter Fischer: Abtreibung statt Recht auf Leben, Fristenlösung für die Ehe. Es wird also ein zweiseitiger Vertrag einseitig gekündigt: Die De-facto-Freigabe der Pornographie, obwohl der Herr Minister Broda es anders verkündet. Sie können Kinderporno übelster Art in Wien in Romanschwemmen kaufen. *(Abg. Hatzl: Die Leute werden nicht wenig erstaunt sein, was Sie da alles von sich geben!)*

Der zweite Bereich: die soziale Benachteiligung der Frau und Mutter. Sicher gibt es ein Karenzgeld, aber nur für 40 Prozent der Mütter, die ein Kind bekommen, die anderen 60 Prozent bekommen keines, weil sie entweder zu Hause ihre Familie versorgen, die sind ein Karenzgeld nicht wert. Weil sie Studenten sind und nicht arbeitslosenbezugsberechtigt, weil es eine Bäuerin ist. Hohes Haus! Sehr geehrte Herren Abgeordneten von der linken Seite! Vom Karenzgeld zahlt ja ein Viertel der Familienlastenausgleichsfonds. Unsere Auffassung war es, daß wenigstens dieses Viertel alle Mütter bekommen sollen. Aber Sie haben immer nein gesagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Erst kürzlich ist eine deutsche Untersuchung herausgekommen, wo es zum Schluß heißt: Es bleibt insofern die dringende Aufgabe in der Familienpolitik, alles zu tun, um Mütter mit ihrer Mutterrolle zu versöhnen, wohl zuallererst auch um der Kinder willen. – Das vernachlässigen Sie.

Dann die Benachteiligungen im Pensionsrecht. *(Abg. Dr. Reinhart: Wo zum Beispiel?)* Das werde ich Ihnen sagen. Wenn eine Frau ... *(Abg. Dr. Reinhart: Wo?)* Warten Sie ein bißchen, ich sage es Ihnen sofort: Wenn zwei berufstätige Ehepartner in Pension gehen, beide haben 5 000 S Pension, dann haben sie miteinander 10 000 S. Wenn eine Ehepartnerin eine Mutter ist, die fünf oder sechs Kinder aufgezogen hat, dann haben sie miteinander 5 000 S. Und nun stirbt der Mann, die eine Frau hat 8 000 S und die andere hat 3 000 S. Und das nennen Sie „Anerkennung“ der Mütterleistung. Ich habe hier eine andere Auffassung, meine sehr geehrten Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die materielle Abgeltung der Kinderkosten ist der dritte Bereich. Hier rühmen sich die Sozialisten besonders, wir haben das eben vom Herrn Minister gehört. *(Abg. Dr. Reinhart: Jetzt wird es chinesisches! – Märchenstunde!)* Herr Minister! Hier haben wir ein betrübliches Wechselspiel von drei Bereichen, die Sie ja meisterhaft spielen, man könnte sagen: drei rote Pfeile gegen die Familie.

Das erste: der Fonds sammelt große Überschüsse an. Ich habe davon schon gesprochen, zu Ihrer Zeit, Herr Minister, auf Kosten der Familie.

Das zweite: Der Fonds führt Naturalleistungen ein. Sie haben das ja auch gerühmt.

Und das dritte: Der Fonds hat Leistungen zu erbringen zur Entlastung des Finanzministers. Davon haben wir auch gehört.

Und alle drei Dinge nennt man dann „positive sozialistische Familienpolitik“. Hier haben wir eine andere Auffassung, Herr Minister.

Ich habe bereits gesagt: am 1. Jänner 1978 fast 14 Milliarden Schilling Guthaben, 10,5 Milliarden davon auf der Postsparkasse. Wenn ich gesagt habe, die Familien sind der größte Zwangssparer in Österreich, hat sich der Herr Finanzminister immer dagegen gewehrt. Ich möchte noch einen kennen, der ein Sparkassenbüchel oder ein Sparkonto, wenn Sie wollen, mit 10,5 Milliarden Schilling bei der Postsparkasse hat. Sagen Sie mir einen solchen Österreicher oder ein solches Unternehmen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das Geld hat er ja gebraucht!)*

Herr Minister Androsch, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, zählen Sie Ihre Überschüsse zusammen, es kommen genau 11,350 Milliarden heraus. Das haben Sie der Familie vorenthalten. *(Beifall bei der ÖVP. – Vizekanzler Dr. Androsch: Gestpart!)*

Herr Minister! In Ihrer Anfragebeantwortung ist heuer ja etwas sehr Interessantes zu verzeichnen. Sie sagen, im ersten Halbjahr 1978 haben Sie einen tatsächlichen Verlustabgang im Fonds von 368 Millionen Schilling. Im Vorschlag haben Sie insgesamt für das ganze Jahr 5,5 Milliarden Schilling Abgang vorgesehen. Also haben Sie sich wieder einmal sehr saftig verrechnet zuungunsten der Familie.

Und dann gibt es noch etwas Interessantes. Sie haben vorschauweise aus dem Reservefonds 1,150 Milliarden Schilling genommen, das ist ein ganz netter Kassenstärker bei 368 Millionen Schilling Abgang.

Herr Minister! Sie haben sich gerühmt, daß der Fonds Naturalleistungen eingeführt hat. Sicher – das wissen wir alle – führen diese Naturalleistungen, obwohl sie im Grunde berechtigt sind, zu einem Mißbrauch. Sie sind gegen das Sparen gerichtet.

Herr Minister! Das freie Schulbuch in dieser Form, in der Sie es eingeführt haben – nicht das freie Schulbuch, aber daß wir in Österreich jährlich 12 Millionen Schulbücher wegschmeißen –, ist ein Luxus in der heutigen Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, das können Sie überall hören. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg.*

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Hatzl: Mit viel Familien dürften Sie nicht zusammenkommen, sonst würden Sie anders reden!)

Aber ich weiß schon, warum man das so eingeführt hat. Die Bücher werden ständig schlechter im Inhalt, vielleicht sagen Sie, besser, weil Sie materialistischer, marxistischer werden. Und die Bücher werden schlechter im Einband, damit sie ja nicht so lange halten.

Das gleiche gilt auch für die Schülerfreifahrten, Herr Minister. Wir haben ja von der Frau Minister Firnberg selbst gehört, welcher Mißbrauch hier betrieben wird.

Herr Minister! Sie sagen, weniger Geld für die Sozialversicherung, weniger Geld für die Familien. Sie sind nicht in der Lage, eine Anpassung der Kindersteuerabsetzbeträge vorzunehmen. Und die 30 S, die Sie heute hier angekündigt haben, Herr Minister, sind nichts anderes als die Inflationsabgeltung seit 1. Jänner 1977. Gleichzeitig haben Sie gesagt, die 30 S werden gegeben, weil die Lebensmittelsubventionen gekürzt werden. Na was ist es denn? – Entweder für die Lebensmittelsubventionen, dann gibt es keine Abgeltung der Inflation, oder eine Abgeltung der Inflation, dann gibt es keine Abgeltung für die Milch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für die Sozialversicherung, Herr Minister, leistet der Familienausgleichsfonds schon sehr lange sehr viel. Karenzurlaubsgeld: 370 Millionen aus Familiengeld, Mutter-Kind-Paß: 310 Millionen aus Familiengeld. Das sind auch miteinander 680 Millionen Schilling.

Zu Ihren Worten, jedes Kind ist uns gleich viel wert, muß man doch sagen: Den Sozialisten ist jedes Kind gleich wenig wert, und vor allem das Kind in der größeren Familie ist Ihnen sehr wenig wert, weil hier ja die Familienlasten, die Kinderkosten vom Ernährer zu tragen sind, weil ein Viertel, im besten Fall ein Drittel der Kinderlasten durch die Familienbeihilfe abgegolten wird. Das andere hat der Ernährer zu tragen. Und wenn er für drei Kinder zu sorgen hat oder für noch mehr, kommen hier beachtliche Geldleistungen zusammen.

Die Absetzbeträge bleiben also eingefroren, obwohl sie – ich wiederhole das noch einmal – seit 1. Jänner 1973 unverändert sind. Nur 1975 hat man fürs erste Kind eine Angleichung vorgenommen. Hier gab es einmal eine kleine Verbesserung. Zuerst hat man die Kinderfreibeträge in Absetzbeträge umgewandelt, dann hat man sie umgewandelt in die Familienbeihilfe, aber diese bleiben eingefroren.

Herr Minister! Ich muß Ihnen sagen, das ist sehr bedauerlich, das ist keine Familienpolitik. Kürzlich hat der Herr Bundeskanzler angekün-

digt, daß eine Kürzung der Lebensmittelsubvention notwendig ist, weil sich die Österreicher ja ein Auto leisten können, und der Herr Landwirtschaftsminister hat erklärt, das sei doch keine Angelegenheit, das gibt keine große Belastung für die Pensionisten und kinderreichen Familien ab, weil man den Milchpreis mit Sodawasser vergleicht. Herr Minister, die große Familie trinkt kein Sodawasser, die trinkt Brunnenwasser, Herr Minister. Aber Butter soll vielleicht auch die Familie essen können.

Wenn die Landwirtschaft kostendeckende Produzentenpreise gefordert hat, dann hat es immer geheißen, das geht nicht, die arme Familie kann sich das nicht leisten. Aber wenn die Regierung zur Entlastung des Herrn Finanzministers innerhalb von 2½ Monaten neue Grundnahrungsmittelpreiserhöhungen ankündigt, dann ist das auf einmal in Ordnung, weil sich das der Österreicher leisten kann, weil es ihm „so gut“ geht.

Präsident Minkowitsch: Herr Abgeordneter! Die 20 Minuten sind abgelaufen. Ich bitte zu beenden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** *(fortsetzend)*: Ich darf, Herr Präsident, noch den Entschließungsantrag bringen.

Präsident Minkowitsch: Das ist bereits nach dem Ablauf der 20 Minuten.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** *(fortsetzend)*: Es ist unsere Aufgabe, die Familie funktionsfähig zu halten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das geht nicht mit der sozialistischen Familienpolitik ... *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Es ist Schluß. Ich gebe dem nächsten Redner das Wort: Herr Abgeordneter Dallinger.

Abgeordneter **Dallinger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich persönlich bin Ihnen für die heutige dringliche Anfrage sehr dankbar. Sie haben sich damit selbst demaskiert.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kohlmaier und die Hinweise auf die Steueranpassungsergebnisse, die zum Ausdruck bringen, daß ein Normalsteuerpflichtiger sich 117 S im Monat erspart und der Alleinverdiener sich 183 S im Monat netto erspart, und das damit abzutun, daß das Lächerlichkeiten und Trinkgelder wären, sind eine Demaskierung, die so deutlich zeigt, wie Sie solche Beträge einschätzen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schimmer.)*

10162

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dallinger

Ich werde die Herren von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bei den nächsten Lohn- und Gehaltsverhandlungen fragen, wie sie solche Beträge bezeichnen, wenn sie sie uns bei den laufenden Verhandlungen anbieten. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Sch w i m m e r: Herr Dallinger, wenn jemand nächstes Jahr um 200 S mehr durch die Progression zahlt, und Sie lassen 117 S nach, bleiben immer noch 83 S mehr Steuer!)*

Meine Damen und Herren! Ich habe anlässlich der Beendigung der Verhandlungen das Verhalten des Herrn Dr. Mussil als zwielichtig bezeichnet, und er hat sich darüber sehr erregt. Ich stehe nicht an zu erklären: Es ist nicht nur das Verhalten des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil zwielichtig, sondern auch das Verhalten der Österreichischen Volkspartei in dieser Frage *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Sch w i m m e r: Weil Sie keine Argumente haben, nur Beschimpfungen und Beleidigungen!)*, weil sie es so hinstellen, als ob hier sozialistische Masochisten zu Verhandlungen gegangen wären, um dann das Ergebnis zu erzielen, und nicht so, wie es ist und war, daß eine offizielle Delegation des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der auch ein offizieller Vertreter der Fraktion Christlicher Gewerkschafter angehört hat *(Abg. Dr. Kohlmaier: Der einen anderen Standpunkt vertritt!)*, mit den Interessenvertretungen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Industriellenvereinigung und den Kammern der freien Berufe dort offizielle Verhandlungen geführt hat und das Ergebnis auch akzeptiert worden ist beziehungsweise am kommenden Freitag im Bundesvorstand des ÖGB zur Behandlung stehen wird.

Und ich bin sehr neugierig, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei und insbesondere vom ÖAAB, wie die Herren, unsere Freunde und Kollegen von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, das Ergebnis bezeichnen werden, ob sie auch meinen, daß das ein Trinkgeld sei und eine Lächerlichkeit, die man negieren und über die man nicht reden kann. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Stolz brauchen Sie nicht zu sein, Herr Dallinger!)*

Meine Damen und Herren! Wir sind stolz darauf, in Österreich 2 800 000 unselbständig Erwerbstätige jetzt und nun in Arbeit zu haben. Wir sind stolz darauf, daß wir das nicht erst seit jetzt haben, sondern nahezu kontinuierlich mit Saisonschwankungen in den letzten Jahren, zu einer Zeit, wo es in Europa 6 Millionen und im OECD-Raum 17 Millionen Menschen ohne Arbeit gibt, davon 50 Prozent junge Menschen unter 25 Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben absolute Vollbeschäftigung, keine

Jugendarbeitslosigkeit, eine Erhaltung des Lebensstandards, wie wir ihn in den letzten Jahren in den Zeiten der Hochkonjunktur erreicht haben, und wir setzen jetzt Maßnahmen, daß wir bei wirtschaftsbezogenen Gehalts- und Lohnverhandlungen zu Raten kommen, die bei 4,7, 4,2, 4,5 Prozent liegen.

Wenn Sie das, meine Damen und Herren, negieren und meinen, daß da Beträge herauskommen, die Bettelbeträge wären, so bitte ich, in Betracht zu ziehen, daß bei einem Durchschnittseinkommen von 10 000 S, das immerhin sehr viele Menschen in diesem Lande haben, eine 4,5prozentige Gehaltserhöhung eine Bruttoerhöhung von 450 S bringt, bei 4,2 Prozent von 10 000 S 420 S brutto und daß dann in Ergänzung mit dieser Lohn- oder Gehaltserhöhung eine Steuerersparnis von 117 oder 183 S, insgesamt gesehen, eine nennenswerte Erhöhung ausmacht, bezogen auf die gegenwärtige wirtschaftliche Situation. Das, meine Damen und Herren, negieren Sie.

Als wir Hochkonjunktur hatten, im Jahr 1973, im Jahr 1975, haben wir keine Steueranpassung durchgeführt, sondern eine echte Steuerreform herbeigeführt, die bedeutende gesellschaftsreformatorische Veränderungen brachte und insbesondere den Einkommensbeziehern aus unserem Bereich der Arbeitnehmer bedeutende Verbesserungen bei der Progression und auch bei den Fixbeträgen und insbesondere bei den familienpolitischen Maßnahmen gebracht hat.

Das haben Sie damals anerkannt durch einstimmige Beschlüsse im ÖGB, zum Teil auch durch einstimmige Beschlüsse im Hohen Haus. Da haben Sie gesehen, daß wir zu Zeiten, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, echte Verbesserungen durchsetzen können und echte Erleichterungen gebracht haben, Veränderungen in der Progression bis zu einem Monatseinkommen von 35 000 S, und zwar schon prophylaktisch auch für die Zukunft, daß wir in den nächsten zwei, drei Jahren dort das auffangen, was an Lohn- und Gehaltserhöhungen auf Grund der damaligen Inflationsrate eintreten wird.

Die damaligen Inflationsraten waren zugegebenermaßen höher als die heutige, aber wir hatten auch nicht geahnt, daß es uns innerhalb so kurzer Zeit gelingt, von einer extremen Inflationsrate von 9,4 Prozent auf 3,6 Prozent im Jahre 1978 herunterzukommen. Auch das ist eine Maßnahme, die den Arbeitnehmern und insbesondere den Familien zugute kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Kohlmaier, die 3,6 Prozent, die wir zu erreichen hoffen, werden die drittniedrigste Inflationsrate in Europa sein, und wir sind mit

Dallinger

Recht stolz, daß wir das erreicht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Unter der ÖVP-Regierung hatten wir zum Teil einige Zehntelprozent über dem allgemeinen Europeaniveau, und jetzt sind wir ganz an der Spitze in positiver Weise, und das ist der Erfolg unserer Politik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie würden hier ganz anders auftreten, wären Sie in der Lage, uns echte Vorwürfe zu machen, würden Sie echt darauf hinweisen können, daß wir schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehler gemacht haben. Sie würden dann ganz anders in Erscheinung treten als mit solchen Lächerlichkeiten, daß Sie eine Verbesserung auf dem steuerlichen Sektor, die immerhin für viele Menschen – leider, möchte ich fast sagen – in diesem Lande noch nennenswert ist, als lächerlich bezeichnen und abqualifizieren, daß die, die da verhandelt haben, Steuerparasiten gewesen wären. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Stimmt meine Berechnung, Herr Abg. Dallinger?*)

Herr Dr. Kohlmaier, Sie haben sich selber qualifiziert, indem Sie Verhandler des ÖGB, auch Ihre eigenen Parteifreunde, als Masochisten bezeichnet haben, die eine solche „Lächerlichkeit“ als Ergebnis mit nach Hause bringen. Ihr Kollege Klingler, mein Freund Kollege Klingler aus der Gewerkschaft ... (*Abg. Dr. Kohlmaier: und auch mein Kollege!*) Das mag sein, aber hier haben Sie sich jedenfalls sehr von ihm distanziert, denn Sie haben nur auf mich Bezug genommen.

Ich darf Ihnen sagen, im ÖGB ist es nicht üblich, daß jemand ad personam irgendwo verhandelt, sondern man verhandelt als Vertreter dieser Organisation, dieser Institution, und wer immer dort sitzt, ist ein offizieller Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Das war auch Ihr Parteifreund Klingler, der sich sehr bemüht hat, gemeinsam mit uns zu diesem Ergebnis zu gelangen. (*Abg. Dr. Gruber: Der sich bemüht hat, zu einem besseren Ergebnis zu kommen!*) Wir haben uns sehr ernsthaft bemüht, zu einem guten Ergebnis unter Bedachtnahme auf die gegebenen Verhältnisse zu gelangen.

Wenn Sie behaupten, daß wir die Familien vergessen hätten, dann will ich Ihnen sagen, daß wir beim Verhandeln unsere Forderungen insofern modifiziert haben, als wir für die Alleinverdiener nicht – wie wir das ursprünglich verlangt haben – 600 S Erhöhung durchgesetzt haben, sondern 800 S erreichten, daß wir beim Arbeitnehmerabsetzbetrag mit dem Hinweis der Unternehmervertreter bedroht wurden, daß man deswegen zum Verfassungsgerichtshof gehe, weil das eine Ungleichheit vor dem Gesetz wäre.

Wir haben auch darauf hingewiesen, und der Herr Finanzminister hat darauf Bezug genom-

men, daß bei den Familienbeihilfen sich etwas ändern muß, weil sehr wohl natürlich auf Grund der gesetzlichen Veränderungen per 1. Jänner 1978 das nicht mehr in dem Kreis verhandelt werden konnte, daß aber bei der Erhöhung der Familienbeihilfen etwas getan werden muß. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat schon damals am Montag zugesagt, etwas zu tun, und er hat das heute mit dem Hinweis konkretisiert, daß 30 S pro Monat gewährt werden.

Da wir als gemeinsamen Beschluß des ÖGB damals, als das noch in unserem Forderungsprogramm stand, eine Erhöhung der Kinderabsetzbeträge von 4 200 S auf 4 500 S verlangt haben, also eine Erhöhung um 300 S, ist das, was jetzt als Vorschlag des Finanzministers wahrscheinlich beschlossen werden wird, etwas darüberliegend im Ergebnis, als wir es seinerzeit ursprünglich verlangt haben. Die 30 S ergeben eine Erhöhung um 360 S pro Jahr, das ist also um 60 S höher, als das im damaligen seinerzeitigen Forderungsprogramm beinhaltet war.

Nun kann man auch hier wieder den Aufwand für die 30 S Erleichterungen für die Familie negieren. Aber es macht immerhin in Summe 800 Millionen für das Jahr 1979 aus, und es wird in den kommenden Jahren sogar etwas mehr ausmachen. Der Gesamtaufwand des „Trinkgeldes“, das wir per 1. Jänner 1979 bekommen, Herr Dr. Kohlmaier, wird mit dieser Verbesserung inbegriffen etwa 5,6 Milliarden Schilling pro 1979 ausmachen, und das in einer Zeit, wo es Schwierigkeiten verschiedenster Art gibt, wo wir auf all das Bedacht nehmen und wo wir jenen, die einen wesentlichen Beitrag für die Erhaltung des Staates und auch der Wirtschaftskraft des Staates geleistet haben, eben eine Anerkennung geben wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie gemeint haben, Herr Dr. Kohlmaier, es gebe jemanden, der eine Erhöhung des Steuersatzes über derzeit 62 Prozent Höchststeuersatz verlangt, und das zum Teil indirekt getan haben, dann möchte ich mich, obwohl das ja kein offizieller Beschluß meiner Partei und auch nicht des ÖGB ist, dazu bekennen, daß ich es gewesen bin, aber nicht erst seit heute, sondern schon vor vier Jahren auf Grund eines Beschlusses des 8. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Privatangestellten. Hören Sie, Herr Dr. Kohlmaier: auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Gewerkschaftstages, der verlangt hat, daß im Hinblick auf die soziale Symmetrie, die der Herr Dr. Mussil bedroht sieht, der Höchststeuersatz nicht 62 Prozent betragen soll, sondern ab einer bestimmten Einkommenshöhe eben noch weiter erhöht werden kann! Aus Ihrer Sicht befinden wir uns da ja in guter Gesellschaft, weil die meisten

10164

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dallinger

kapitalistischen Staaten der Welt Steuersätze haben, die über 90 Prozent im maximalen Ausmaß hinausgehen.

Meine Damen und Herren! Niemand hat gemeint, daß das im Durchschnittseinkommen der Fall sein soll, sondern wenn jemand ein Jahreseinkommen von 2 Millionen Schilling hat: Warum soll dann der übersteigende Teil nicht etwas höher besteuert werden als 62 Prozent? Wo liegt die soziale Symmetrie, daß einer, der 8 000 S im Monat verdient, für den Zuwachs von einigen hundert Schilling eine progressive Steuer zu bezahlen hat und der andere, der Millionen hat, der durch Sie vertreten wird, *(Abg. Dr. Kohlmaier: Genau darum geht es uns, Herr Dallinger! Jetzt sind wir dort!)* weil Sie sich ja darüber ereifern, mit 62 Prozent schon genug hat?

Nein, nein, Herr Dr. Kohlmaier, wir bekennen uns zur progressiven Besteuerung, wir bekennen uns ausdrücklich dazu. Und das, was wir jetzt machen, eine Erleichterung für die kleinen Einkommensbezieher zu schaffen, nimmt ja gerade Bezug darauf, daß natürlich auch eine progressive Entwicklung bei Einkommenshöhen vorhanden ist *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier)*, aber daß dem mit geringerem Einkommen eine relativ größere Erleichterung gebracht werden soll. Daher sind wir der Auffassung, daß das, was wir tun, in Wirklichkeit genau für den Kreis geschieht, den Sie hier zu vertreten vorgeben. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nicht für die Angestellten!)*

Die Maßnahmen auf familienpolitischem Gebiet, die Erhöhung der Familienbeihilfe, die Verbesserung der Alleinverdienerabsetzbeträge, die Erleichterung der Steuerlast bei den kleineren Einkommen, die zahlreichen Erleichterungen, die der Herr Finanzminister in seiner Fragebeantwortung geschildert hat, all das ist ja Ausdruck dafür, daß wir die kleinen Einkommensbezieher in der jetzigen Situation besonders begünstigen wollen und auch werden und daß zu anderen Zeiten, wo es wieder zu einer Veränderung bei den Einkommensgrößen kommt, entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, wie wir das im Jahre 1971 getan haben, im Jahre 1972 getan haben, im Jahre 1973 getan haben, im Jahre 1975 getan haben und wie wir das auch im bescheidenen Maße allerdings, im Jahre 1979 tun werden.

Meine Damen und Herren! Es hat keine Regierungszeit in Österreich seit dem Jahre 1945 gegeben, wo in so rascher Folge, und zwar in so extremer Art und Weise und vom Ausmaß her gesehen in so hohem Ausmaß, Steueränderungen zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung vorgenommen worden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn kritisiert wird, daß ab 1. Jänner 1978 eine Umstellung vorgenommen wurde, dann möchte ich Ihnen sagen, daß da 300 000 Menschen in diesem Lande, 300 000 Familien erstmalig in den Genuß einer Steuerermäßigung gekommen sind, die sie vorher nicht hatten, weil sie keine Steuerpflicht hatten und daher ein Steuerabsetzbetrag für sie sich nicht ausgewirkt hat. Darunter war insbesondere die ländliche Bevölkerung im starken Maße betroffen. Aber davon habe ich von Herrn Dr. Leitner nichts gehört, der sich nur mit den Pornographen beschäftigt. Da soll er nach Oberösterreich zu Herrn Humer gehen, und der hat sich mit der Potenz der Familienerhalter beschäftigt.

Meine Damen und Herren! Wir haben echte Hilfe geleistet für jene, die tatsächlich eine Familie zu ernähren haben, und wir werden das auch in der Zukunft tun. Wir werden das auf mehrfache Art und Weise tun. Und das wollen Sie sich, bitte, ins Stammbuch schreiben.

Wir werden das tun in der Weise, daß wir bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen – ich sage noch: auf die wirtschaftliche Möglichkeit bezogen – Erhöhungen verlangen werden.

Wir werden das zweitens dadurch tun, daß wir trachten, die Inflationsrate noch mehr, als uns das bisher gelungen ist, abzusenken und dadurch die Wirtschaftskraft beziehungsweise die Einkommen vom Ausmaß her in positiver Weise zu stabilisieren.

Und wir werden das drittens tun in der Weise, daß wir die Steuer so ermäßigen, daß sie doch auch für die breiten Massen und insbesondere für die kleineren Einkommensbezieher gesenkt wird.

Und wir werden das so kontinuierlich tun, wie wir das in der Vergangenheit getan haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Worin lag daher der Sinn der heutigen Anfrage? Denn das, was ich Ihnen gesagt habe, das konnten Sie durch Besprechungen in Ihrem Kreis auch selber erfahren. Daß wir eine schwierige Situation im Staatshaushalt haben und daß daher eine Einkommensminderung für den Staatshaushalt von 3 Milliarden und für die Gemeinden und Länder im Ausmaß von 2 Milliarden sehr schwer verkraftbar sein wird, das war auch Ihnen bekannt. Daß wir uns bemüht haben, für die Familie das Maximale zu tun, und das auch in der Zukunft tun werden, das war auch Ihnen bekannt. Kann man höchstens sagen, daß Sie versucht haben, auch heute den Anlaß dazu zu benutzen, um den Finanzminister persönlich zu verunglimpfen.

Nun, das ist ein Stil, dessen Sie sich

Dallinger

befleißigen können. Das ist eine Art und Weise, wie sie wahrscheinlich in den nächsten Tagen noch öfter zum Ausdruck kommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen sagen: Sie werden nur eines erreichen ... (*Abg. Dr. Kohlmaier: Worin?*) Herr Dr. Kohlmaier, ich habe Sie bisher als integeren Beamten gekannt und ich habe immer gerne mit Ihnen diskutiert. Ich hatte aber auch bisher noch nicht das Unglück, Sie in der Weise kennenzulernen, wie ich das heute bei Ihren Ausführungen leider erleben mußte. Ich habe Sie geschätzt und ich werde Sie in beruflicher Hinsicht auch weiter schätzen. Als Parlamentarier behagt mir Ihr Stil nicht, weil er nicht ein Stil ist, der in die Richtung zielt, etwas zu erreichen, etwas durchzusetzen und sich gemeinsam zu etwas zu bekennen, sondern weil er ein Stil ist, der Mißtrauen, Zwietracht säen soll. Und deswegen ist Ihr Verhalten und Ihre Tätigkeit zwiespältig, deswegen ist er gegen jene gerichtet, die Sie zu vertreten vorgeben, und deswegen werden wir uns mit ganzer Kraft einsetzen, daß wir erstens diese Steueranpassung per 1. Jänner 1979 durchsetzen, die Erhöhung der Familienbeihilfen als Begleitmaßnahme ebenfalls realisieren und daß wir in Zukunft die wirtschaftlichen Voraussetzungen durch Vollbeschäftigung und im Hinblick auf die Einkommen durch eine Erhöhung der Realeinkommen erreichen werden. Das ist das Ziel unserer Politik. Dieser Politik haben wir uns verschrieben und dieser Politik werden wir mit allen Mitteln nachstreben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Melter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Steuern (*Ruf bei der SPÖ: Zahlt keiner gern!*) zahlt sicherlich keiner gern, nicht einmal die Sozialisten, auch wenn die Steuern von einem sozialistischen Finanzminister vorgeschrieben werden. Das dürfte unter Umständen auch eine Auswirkung bei den Wiener Wahlen gehabt haben. Das kann man, glaube ich, kaum bestreiten. Nach unserer freiheitlichen Auffassung sollte die Steuergesetzgebung gerecht sein und die Lasten so verteilen, daß jeder nach seinem Leistungsvermögen zur Kasse gebeten wird.

Im Hinblick auf diesen Beurteilungsgrundsatz muß man wohl sagen, daß das derzeitige Steuerrecht diese Bedingung nicht erfüllt, weil die steuerliche Leistungsfähigkeit der Familie im Steuerrecht überhaupt keine Berücksichtigung mehr findet. Und ohne die immer mehr zunehmenden Belastungen der Familienerhalter zu berücksichtigen, wird nun eine Änderung des

Steuergesetzes vorgenommen und dabei den Familien indirekt eine neue Belastung auferlegt.

Wenn wir berücksichtigen, daß nach den Erklärungen des Finanzministers Stützungen abgebaut und damit natürlich Preissteigerungen verursacht werden, so trifft dies gerade im Bereich der Nahrungsmittel besonders die Familien, die Familien mit Kleinkindern und Kindern, denn Milch und Milchprodukte sowie Mehl und Mehlprodukte sind wohl wesentliche Bestandteile der Ernährung von Kindern.

Die durch die Subventionsverminderung bewirkte Teuerung wird zweifellos durch die angekündigten 30 S Verbesserung der Familienbeihilfen nicht aufgewogen. Diese 30 S stehen meines Erachtens auch nicht mit der Steueränderung in Zusammenhang. Wohl kann man einen Zusammenhang mit der Teuerung dieses Jahres feststellen, denn die Teuerung wird heuer etwa 3½ Prozent betragen, und 3½ Prozent von den 880 S, das ist die geringste Familienbeihilfe, das ergibt etwa die 30 S sogenannte „Beihilfenverbesserung“. Sie ist aber, wenn man die Teuerung in Betracht zieht, praktisch nur die Erhaltung der Kaufkraft vom 1. Jänner 1978 zum 1. Jänner 1979. Es wird unberücksichtigt gelassen die Teuerungsrate des vergangenen Jahres, es wird unberücksichtigt gelassen die allgemeine Einkommenssteigerung. Es ist dies eine indirekte Benachteiligung der Familien, die Kinder großziehen haben.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Familienpolitische Beirat schon seit Jahren einvernehmlich – einvernehmlich! – die Forderung erhoben hat, daß mindestens 50 Prozent der Kinderkosten durch die Familienbeihilfen auszugleichen wären. Diese Meinungsäußerung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als es noch die Steuerfreibeträge beziehungsweise die Steuerabsetzbeträge gegeben hat. Daraus ergibt sich, daß mit Aufhebung der steuerlichen Berücksichtigung diese 50-Prozent-Rate überholt ist und daß sich automatisch damit eine Erhöhung der Mindestleistung im Familienbeihilfenrecht ergeben muß.

Es bleibt dabei unberücksichtigt, daß mit den derzeitigen Familienbeihilfen nicht einmal bei einem einzigen Kind ein Kostenanteil von 50 Prozent erreicht wird. Er war im Jahre 1977 unter 45 Prozent und ist natürlich im Jahre 1978 noch weiter abgesunken.

Man muß dazusagen, und die Frau Staatssekretär Karl muß das als Vorsitzende des Familienpolitischen Beirates ja bestätigen, daß im Beirat wiederholt Beschlüsse gefaßt worden sind, die besagten, daß die Forderung auf mindestens 50 Prozent immer wieder zu erheben ist, und daß man auch die Forderung gestellt hat,

10166

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Meller

die in den einzelnen Jahren erzielten Überschüsse für die Verbesserung der Barleistungen, also der Familienbeihilfen, einzusetzen.

Aber was ist in diesem Bereich geschehen? Nichts ist geschehen mit der Verwertung der Überschüsse. Der Herr Finanzminister hat sie auf die hohe Kante gelegt und sich damit eine gewisse Kreditwürdigkeit auf Kosten der Familien verschafft. Das ist aber kein Vorteil für die Familien, denn sie hätten Anspruch darauf, eine angemessene Entschädigung für ihre Leistung im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft dieses Landes zu erhalten.

Der Familienlastenausgleich hat in den Jahren 1975, 1976 und 1977 im Gegensatz zu den Haushaltsvoranschlägen, die der Herr Finanzminister dem Hause vorgelegt hat, in allen drei Jahren Überschüsse erzielt, obwohl zweimal Abgänge von mehr als 500 Millionen Schilling vorausgesagt worden sind, unter anderem auch unter Hinweis darauf, daß den Vorausschätzungen realistisches Zahlenmaterial zugrunde gelegt worden ist.

Im Hinblick auf diese Realitäten muß man sagen, daß das Ergebnis äußerst bedauerlich ist und beweist, wie sehr der Herr Finanzminister in seine eigene Tasche gewirtschaftet hat – auch wieder auf Kosten der Familien, denen allein in den genannten drei Jahren 3 790 Millionen Schilling vorenthalten worden sind.

Wenn man nun den Beschlüssen des Familienpolitischen Beirates im Bundeskanzleramt gefolgt wäre, an denen auch sozialistische Organisationsvertreter und sozialistische Abgeordnete mitgewirkt haben, dann hätte dies zur Folge haben müssen, daß in jedem dieser drei Jahre jährlich mindestens 1 Milliarde Schilling für die Leistungsverbesserung der Familienbeihilfen hätte eingesetzt werden müssen. Damit wäre unter Umständen die Möglichkeit vorhanden gewesen, in die Nähe dieser 50 Prozent Kostenvergütung für die Familienerhalter je Kind zu kommen, und zwar unter Einführung einer entsprechenden Altersstaffelung, weil ja bekannt ist, daß die Kinderkosten mit zunehmendem Alter ebenfalls erheblich zunehmen.

Aber hier hat der Finanzminister im Zusammenhang mit dem Belastungspaket der sozialistischen Bundesregierung dadurch einen Riegel vorgeschoben, daß er etwa eine Einnahmenverminderung der Fondseinnahmen dekretierte durch die Herabsetzung des Beitrages von 6 auf 5 Prozent der Lohnsumme. Das bewirkte natürlich einen ganz erheblichen Einkommensausfall.

Und er hat das zweite Geschäft gemacht mit der sogenannten Ersatzleistung für die Übernahme der bisherigen Absetzbeträge in die Direktleistung. Wir Freiheitlichen waren für

diese Übernahme in die Direktleistung, also 350 S Erhöhung der Barleistung, dafür keine Absetzung mehr von der Steuerverpflichtung.

Nun, der Herr Abgeordnete Dallinger hat diese Vorgangsweise ja auch begrüßt und erklärt, daß man mit diesen 30 S heuer die Steueränderung mitberücksichtigen würde. Da muß man aber den Herrn Finanzminister fragen, wie er die Teuerung des heurigen Jahres ausgleicht und wie er bereit ist, den allgemeinen Einkommenszuwachs jedes Erwerbstätigen auszugleichen, wobei die unterhaltsberechtigten Familienmitglieder keinerlei Berücksichtigung gefunden haben. Ihnen steht aber genauso wie den Alleinverdienern ein entsprechender Anteil an der wirtschaftlichen Besserung zu, man darf diese Verbesserung den Familien einfach nicht vorenthalten.

Wir Freiheitlichen haben bei der letzten Diskussion um das Familienlastenausgleichsgesetz im Hinblick auf die damals zweifellos eindeutig vorhandene Leistungsfähigkeit des Fonds einen ganz konsequenten Abänderungsantrag gestellt, der vorsah, daß einerseits die Barleistungen verbessert werden in Verwertung der Überschüsse, die erzielt worden sind im Vergleich Voranschlag zum Rechnungsabschluß. Das wäre also allein mit dem Überschuß eines Jahres finanzierbar gewesen, die Erhöhung der Familienbeihilfe für das erste Kind, wobei wir eine Vereinheitlichung für alle Kinder vorgeschlagen haben, allerdings mit dem wesentlichen Zusatz, daß bei Vollendung des 10. und des 15. Lebensjahres des Kindes jeweils eine Erhöhung um 100 S vorgenommen wird. Leider hat die Mehrheit dieses Hauses diesem Antrag die Unterstützung verweigert und damit dokumentiert, daß man trotz vorhandener Mittel den Familien ihren angemessenen Anteil nicht geben will. Das ist die sogenannte Familien- und Kinderfreundlichkeit der Sozialisten!

Was den zweiten Punkt betrifft, nämlich den Mehrertrag an Lohn- und Einkommensteuer durch Fortfall der Absetzbeträge dem Familienlastenausgleich zu überweisen, waren wir auch konsequent. Es wurde heute wiederholt darauf hingewiesen: 300 000 Familien, 600 000 Kinder hätten von dem Steuerabsetzbetrag keinen Vorteil oder keinen vollen Vorteil gehabt. Der Herr Abgeordnete Dallinger hat behauptet, alle 300 000 Familien hätten keinen Vorteil gehabt. Das stimmt, wenn man die seinerzeitige Begründung zur Regierungsvorlage heranzieht, jedenfalls nicht, diesbezüglich könnte der Herr Finanzminister seinen Kollegen Dallinger sicher berichtigen.

Wir haben auch seinerzeit darauf hingewiesen, daß wir sehr erhebliche Zweifel an der Richtigkeit dieser Zahlen haben. Sie stützen sich

Melter

nämlich auf Statistiken, die schon drei oder vier Jahre alt sind und demzufolge im Hinblick auf die Einkommensverbesserung und damit die höhere steuerliche Belastung zweifellos ganz entscheidend überholt sind.

Wir waren als Freiheitliche der Auffassung: Wenn man die Absicht gehabt hat, im Steuerrecht einen Absetzbetrag für den Mehraufwand beim Unterhalt von Kindern zuzubilligen, dann sollte dieser Mehraufwand aus dem Steuerertrag auf jeden Fall vergütet werden. Wir haben demzufolge auch gefordert, daß die 350 S je Kind auf jeden Fall zu Lasten des Aufkommens an Lohnsteuer beziehungsweise Einkommensteuer vom Finanzminister dem Fonds zu vergüten sind.

Aber auch dafür haben wir kein Verständnis gefunden. Wir müssen also sagen, daß man durch diese Maßnahmen, Herabsetzung des Beitrages für den Familienlastenausgleich von 6 auf 5 Prozent und durch Verminderung der Ersatzleistung des Finanzministers aus dem Steuerertragnis für den Familienlastenausgleich mit etwa 1,8 Milliarden Schilling Differenz, einen Raub an den Familien begangen hat, die daher nicht in jene Lage versetzt werden, die ihnen an und für sich unter Berücksichtigung ihrer Opferbereitschaft auch für die Gemeinschaft zustehen würde.

Bei den bisherigen Debattebeiträgen hat es schon eine Diskussion über die Großartigkeit der Auswirkungen der Vereinbarungen über die Änderungen des Einkommensteuerrechtes gegeben.

Der Herr Finanzminister hat gesagt, die Vorteile für die Steuerpflichtigen würden sich zwischen 117 S und 183 S bewegen. Dr. Kohlmaier hat in seiner Kritik diese Begünstigung als Bagatelle, als Lächerlichkeit, als Trinkgeld bezeichnet. Große Aufregung darob beim Finanzminister und beim Abgeordneten Dallinger.

Nun, wie sehr diese Beurteilung Bagatelle oder Trinkgeld berechtigt ist, kann man etwa auch einem Bericht der Volksanwaltschaft entnehmen, wo nämlich der Herr Finanzminister selbst einen Betrag von 100 S als einen nicht wesentlichen Betrag bezeichnet hat, den man unberücksichtigt lassen könnte. Es handelte sich dabei um den Antrag eines Steuerpflichtigen, ihm ein an und für sich zustehendes Lohnsteuerguthaben im Härteausgleich gutzuschreiben.

Im Bericht der Volksanwaltschaft wird dazu folgendes gesagt:

„Die Volksanwaltschaft ist diesen Ausführungen nicht gefolgt. Abgesehen davon, daß das Finanzamt den Antrag des J. B. über ein Jahr

unerledigt gelassen und somit gegen die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen verstoßen hat, konnte die Volksanwaltschaft aus grundsätzlichen Erwägungen der Ansicht des Bundesministers für Finanzen nicht beitreten, daß Billigkeitsmaßnahmen im Falle einer Gutschrift von nur rund 100 S nicht zweckmäßig sind.

Die Volksanwaltschaft hat daher dem Bundesminister für Finanzen am 26. Mai 1978 empfohlen, dem Beschwerdeführer das sich aus dem Jahre 1975 ergebende Lohnsteuerguthaben zurückzuerstatten.“

Hier hat also der Herr Finanzminister auch einen Betrag von 100 S als Bagatelle bezeichnet. (*Bundesminister Dr. Androsch: Für ein ganzes Jahr! Da geht es um einen Monat!*) Ja, aber Betrag ist Betrag. Es ist eine Bagatelle, wie Sie gesagt haben.

Wenn man die heutigen Lebenshaltungskosten zum Maßstab heranzieht, dann kann man sehr wohl von einem sehr bescheidenen Betrag sprechen.

Es muß nun auch darauf hingewiesen werden, daß der Familienpolitische Beirat einen Beschluß gefaßt hat – das steht ja auch in der Anfrage –, und an diesem Beschluß haben auch zwei Abgeordnete der sozialistischen Fraktion, und zwar die Abgeordnete Dr. Seda und die Abgeordnete Metzker, mitgewirkt. Es ging um die 7,2 Milliarden Schilling an Einkommensteuer für den Ausgleichsfonds. Hier haben alle Mitglieder im Beirat beschlossen, daß bei einer Änderung des Ertrages der Steuerpflicht auch dieser Betrag abzuändern ist.

Wir hoffen nun, daß die sozialistischen Abgeordneten, die an diesem Beschluß im Beirat mitgewirkt haben, bereit sind, denselben Beschluß auch hier im Hohen Hause zu unterstützen.

Demzufolge bringe ich folgenden Entschließungsantrag ein.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Melter, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen betreffend Erhöhung der Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ein.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die durch die Familienlastenausgleichsgesetz-Novelle 1977 vorgesehene Überweisung eines Betrages von 7 232 Millionen Schilling aus dem Aufkommen an Einkommensteuer (§ 39 Abs. 5 FLAG) an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen stellt den Ersatz für die damals entfallene Steuerermäßigung für Familien dar.

10168

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Melter

Der Bundesminister für Finanzen wird daher aufgefordert, bei der kommenden Änderung des Einkommensteuergesetzes die Überweisung an den Ausgleichsfonds im selben Umfang zu erhöhen, wie dies bei den sonstigen oder vergleichbaren Absetz- beziehungsweise Freibeträgen geschieht.

Präsident **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter, die Frist ist abgelaufen.

Abgeordneter **Melter** (*fortsetzend*): Ich bitte um Unterstützung dieses Entschließungsantrages. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Melter und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Magister Höchtl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Kohlmaier hat in der Begründung dieser dringlichen Anfrage darauf hingewiesen, daß eine eindeutige Schlechterstellung der Lage der Familie seit dem Jahre 1973 nachweisbar ist, er hat konkrete Daten, konkrete Vergleiche dafür vorgelegt und hat sowohl den Finanzminister als auch die Vertreter der sozialistischen Fraktion aufgefordert, den Versuch zu starten, diese Darlegung zu widerlegen, wenn sie dazu in der Lage wären.

Diese Daten lauteten – nochmals –: Im Jahre 1973 war in der Situation einer Familie mit drei Kindern ein Steuervorteil von jährlich 11 600 S gegeben. Zuzüglich der Beihilfen, die damals 14 490 S jährlich betrugen, ergab das einen jährlichen Betrag von 26 090 S. Umgerechnet auf den Monat wäre damals ein Betrag von 2 175 S erfolgt.

Die Steuerermäßigung ist durch die Sozialistische Partei abgeschafft worden, die Umstellung im System hat auch eine entsprechende Schlechterstellung herbeigeführt. Seither haben wir insgesamt 44,2 Prozent an Inflationsrate zu verzeichnen. Wenn diese Inflationsrate allein berechnet worden wäre und entsprechend in diese für die Familie vorgesehenen Beiträge einkalkuliert würde, müßte das bereits jetzt bei einer Dreikindfamilie einen Betrag von 3 135 S monatlich betragen. Tatsächlich sind es 2 840 S.

Da noch immer weder vom Finanzminister noch vom Kollegen Dallinger eine Widerlegung dieser Zahlen erfolgte, muß ich also annehmen, daß tatsächlich diese Gegebenheit, wie Kollege Kohlmaier sie aufgezeigt hat, der Realität entspricht, das heißt, die sozialistische Bundes-

regierung hat seit diesem Jahre 1973 zu einer echten Schlechterstellung der Familien in Österreich beigetragen.

Zum zweiten: Wir haben in dieser dringlichen Anfrage eindeutig betont, daß am 26. Mai 1977 ein einstimmiger Beschluß des Familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt erfolgte, in dem es – ich zitiere wörtlich – heißt:

„Es wird daher erforderlich sein, bei allen kommenden Änderungen des Einkommensteuergesetzes die Steuerermäßigung beziehungsweise Steueranpassungen an die geänderten Einkommens- und Geldwertverhältnisse vorzusehen, die Überweisung an den Ausgleichsfonds im selben Umfang zu erhöhen, wie dies bei den sonstigen oder vergleichbaren Absetz- beziehungsweise Freibeträgen geschieht.“

Dieser Antrag, dieser Beschluß ist auch, worauf bereits auch Kollege Melter hingewiesen hat, von der sozialistischen Kollegin Maria Metzker vertreten worden. Ich hoffe, daß Kollegin Metzker, die sich ja bereits gemeldet hat, zu dieser ihrer damaligen Haltung Stellung nimmt und jetzt hier begründet, wie sie sich zur Haltung des Finanzministers verhält, der sich an diesen Rat des Familienpolitischen Beirates nicht hielt, der in weiser Vorherschau dessen, was tatsächlich erfolgen wird, erteilt worden ist. Ich hoffe auch, daß die Frau Abgeordnete Metzker dann zu diesem Entschließungsantrag, den wir von der Österreichischen Volkspartei hier einbringen werden, ihr Ja sagen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spitzenfunktionäre der Sozialistischen Partei vergessen ja niemals bei einer Aufzählung von angeblichen Verdiensten ihrer Regierung die Familienpolitik besonders herauszustreichen. Sie setzen sie oft sogar an die erste Stelle. Ich glaube, wenn wir die verschiedenen Daten, die allein in dieser Diskussion, anläßlich dieser dringlichen Anfrage, hier vorgebracht worden sind, mit der Wirklichkeit, die uns die Sozialistische Partei beschert hat, vergleichen, können wir zu dieser Propaganda nur sagen: Es ist eigentlich beschämend für eine derart große Partei mit einer großen Tradition, wie sie die Sozialistische Partei aufweist, wenn sie ihre Propaganda darauf aufbauen muß, daß Menschen über diese traurige Wirklichkeit eben nicht informiert werden, denn Wählertäuschung, glaube ich, kann nie die Basis seriöser Politik und damit nie die Basis für dauerhafte Erfolge sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei glauben deshalb, daß der Sozialismus auch in Österreich zunehmend dies spüren wird, wie ja bereits die

Mag. Höchtl

Beispiele anlässlich der letzten Wiener Landtagswahlen eindeutig ein Signal für diese Bewegung sind. Denn Wählertäuschung ist nicht etwas, was der Österreicher hinnimmt. Der österreichische Wähler möchte die Wahrheit und nicht Daten serviert bekommen, die ganz einfach mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten jetzt die verschiedenen Bereiche der Gesetzgebung durchschauen, die in den letzten Jahren seitens der Sozialistischen Partei initiiert worden sind, ich möchte nur zwei hernehmen, um vielleicht eindeutig zu beweisen, wie stark eigentlich Benachteiligungen in dieser Zeit der sozialistischen Regierung erfolgten.

Ich erwähne beispielsweise das Steuerrecht. Sie wissen, daß durch die Individualbesteuerung alleinverdienende Familienerhalter schwerstens gegenüber Doppelverdienern und Alleinstehenden benachteiligt werden. Das führt dazu, meine Damen und Herren, daß für Kinder faktisch Steuern gezahlt werden müssen. Das ist eine Situation, gegen die wir von der Österreichischen Volkspartei uns immer gewehrt haben und uns auch in Zukunft wehren werden. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie die Behandlung des Familienlastenausgleichsfonds von Ihrer Partei her betrachten, dann müssen Sie auch zur Feststellung kommen, daß ganz einfach dieser Fonds, als gesellschaftliche Solidariatsleistung institutionalisiert, zunehmend einem Verstaatlichungsprozeß unterworfen ist.

Vor zirka 10 Jahren sind es noch rund 97 Prozent der Einnahmen gewesen, die in Form der direkten Familienbeihilfe an die Familien weitergeleitet wurden. Derzeit sind es zirka 68 Prozent. Das bedeutet eine eindeutige Tendenz zu Sachleistungen anstatt Geldleistungen und damit zur Budgetsanierung der Gebietskörperschaften aus dem Familienfonds. Auch eine Tendenz, zu der wir von der Österreichischen Volkspartei stets unser klares Nein gesagt haben, und wir werden dies auch in der kommenden Zeit immer klar betonen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich versuche, diese Tendenzen, die aus den verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen für die Familienpolitik insgesamt entstanden sind, kurz zu analysieren, dann möchte ich fünf Punkte nennen.

Zunächst einmal ist es eine echte Individualisierung der Familie, die durch diese Bewegung entstanden ist, das heißt, es werden primär die einzelnen Glieder der Familie gesehen, es wird nicht die Familie als Einheit, als Ganzes betrachtet.

Zum zweiten nehmen Sie eine Privatisierung der Familie vor. Das heißt, daß man ihr immer weniger gesellschaftliche Relevanz, immer weniger staatliche Bedeutung zumißt.

Das dritte: Wir glauben, daß dem Übel einer vaterlosen Gesellschaft Ihrerseits noch mit dem zusätzlichen Übel einer mutterlosen Gesellschaft begegnet werden möchte, was letzten Endes dazu führen müßte, daß wir eine familienlose Gesellschaft hätten.

Viertens: Wir glauben, daß wir eine eindeutige Tendenz zu einer Abschichtung der Generationen haben. Das heißt einerseits die Erwerbstätigen im Betrieb, andererseits die Kinder, wiederum andererseits die Alten in kollektiven Ganztageseinrichtungen.

Schließlich und endlich haben wir noch eine fünfte Tendenz festzustellen, nämlich die Tendenz einer klaren wirtschaftlichen Deklassierung. Das heißt, Familien mit einem Einkommen sowie Familien ab zwei Kindern sinken im Lebensstandard rasch unter die Armutsgrenze. In einem Drittel der Haushalte leben derzeit zwei Drittel der Kinder. Vielleicht auch ein neues System der Ausbeutung, das wir derzeit konstatieren müssen.

Ich meine, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das sind ganz einfach Tendenzen, die aufgezeigt gehören, weil es ein gesellschaftspolitisches Anliegen ist, das diskutiert gehört, wobei wir von der Österreichischen Volkspartei glauben, daß diesen Tendenzen, die hier zutage treten, nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte gar nicht näher auf die Entwicklung eingehen, die sich allein bei den Geburtenzahlen in den letzten Jahren entwickelt hat und die sich sehr klar in einem sehr negativen Tendenzbereich zeigt. Wenn wir im Jahre 1963 noch 134 809, im Jahre 1976 nur mehr 86 937 Lebendgeburten hatten, dann, glaube ich, ist es nicht zuletzt auch eine gewisse faktorielle Schuld dieser Einstellung dieser sozialistischen Bundesregierung zum Wert des Kindes und zum Wert der Familien, daß wir eine derartige Tendenz haben, die in Österreich leider eingetreten ist. *(Abg. Heinz: Da müßt ihr euch halt ein bißchen anstrengen!)* Ja, Herr Kollege, wir versuchen immer, unsere Beiträge zu leisten. *(Heiterkeit.)*

Wenn ich insbesondere die Situation der jungen Familie betrachte, dann glaube ich, echt feststellen zu können, daß für die junge Familie heutzutage eine immer schwierigere Situation entsteht, die sie finanziell allein nicht mehr verkraften kann. Insbesondere dann, wenn Jungfamilien mit Kindern ganz einfach in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten gera-

10170

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Mag. Höchtl

ten, kommt dann wiederum ein Schritt seitens der Mütter, wo sie gezwungen sind, aus der Familie heraus wiederum in den Beruf hineinzukommen. So haben wir eine Erziehungssituation vor uns, die alles andere als positiv, alles andere als günstig ist, eine Erziehungssituation, die wir im Interesse der Familie und im Interesse der Kinder bei Gott nicht haben wollen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei glauben deshalb, daß wir mit positiven Vorschlägen, wie zum Beispiel der Institutionalisierung einer Wohnstarthilfe, echter steuerrechtlicher positiver Lösungen oder der Gelegenheit, daß Mütter tatsächlich mindestens bis zum dritten Lebensjahr beim Kind bleiben können und dafür entsprechendes Karenzgeld bekommen, die Möglichkeit des Ausweges aus dieser Situation haben; eine Möglichkeit, die aber möglichst rasch realisiert werden soll, um den Familien zu helfen, um die Situation der Kinder zu verbessern.

Wenn wir jetzt die Ankündigungen gerade in den letzten Wochen ansehen, wonach in dieser schwierigen Situation, in der sich die jungen Familien befinden, noch zusätzlich Reduktionen von Förderungen erfolgen sollen – beispielsweise, vom Bundeskanzler angedeutet, in der Wohnbauförderung oder, auch teilweise angekündigt, in der Bausparförderung –, dann sind das ganz einfach Entwicklungen, gegen die wir uns entschieden zur Wehr setzen. Wir fordern die Regierung auf, alle derartigen Reduktionen von Leistungen, die die jungen Familien in eine noch schwierigere Situation bringen würden, eindeutig zu unterlassen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei haben immer in der Familie einen ganz zentralen Wert unserer gesellschaftspolitischen Auffassungen gesehen. Wir haben immer die Meinung vertreten, daß die Familie auch in Zukunft unersetzliche Aufgaben zu erfüllen haben wird. Wir glauben, daß die Familie als eine zentrale Notwendigkeit mit einem wesentlichen Schwerpunkt politischer Aktivitäten zu versehen ist, und bringen deshalb diesen nun von mir zu verlesenden Entschließungsantrag ein, wobei ich alle hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen bitte, ihre Zustimmung zu geben.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Staudinger, Mag. Höchtl und Genossen betreffend die Anpassung der Familienbeihilfen im Zusammenhang mit der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß gleichzeitig mit der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer mit 1. Jänner 1979 eine entsprechende Anpassung der Familienbeihilfen erfolgt, weil seit 1. Jänner 1978 die Kinderabsetzbeträge aus dem Lohn- und Einkommensteuerrecht eliminiert wurden. Der Aufwand dafür ist dem Familienlastenausgleichsfonds vom Aufkommen an Einkommensteuer abzugelten.

Ich bitte Sie nochmals, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dazu Ihre Zustimmung zu geben, und ersuche die Kollegin Metzker, diese ihre Haltung, die sie beim damaligen Beschluß gezeigt hat, auch hier im Plenum zu wiederholen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Minkowitsch: Der soeben von Mag. Höchtl verlesene Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht ebenfalls in Verhandlung.

Nächste Wortmeldung: Frau Abgeordnete Maria Metzker. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Maria **Metzker** (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Sie haben in Ihren Dringlichkeitsantrag auch jene Frage inkludiert, die mich betrifft, und zwar über den damaligen Beitritt im Familienpolitischen Beirat, die Beträge, die möglicherweise über die vereinbarte Summe der damaligen Absetzbeträge zu einem späteren Zeitpunkt hinausgehen, in den Familienlastenausgleich zurückzuführen.

Ich habe damals in meiner Funktion als Vertreterin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gesprochen und meine Stimme, sozusagen die Beifügung oder den Beitritt, abgegeben. *(Abg. Dr. Gruber: Respekt! Respekt!)* Diese Meinung im Österreichischen Gewerkschaftsbund ist dadurch zustande gekommen, wie schon mein Vorredner, Kollege Dallinger, gesagt hat, daß wir sowohl beim 8. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes über diese Fragen der Familie und der Familienbeihilfe gesprochen und Beschlüsse abgegeben haben als auch – sogar noch – mehr in der Steuerkommission des ÖGB, in der ja alle Fraktionen vorhanden sind und wo auch diese Frage im Forderungsprogramm enthalten war. Daran hat sich sicher nichts geändert. Aber Sie können heute nicht von mir verlangen, daß ich Ihren Anträgen beitrete, denn ich habe mein Mandat und ich habe das, was ich im Familienbeirat erklärt habe, vom Österreichischen Gewerkschaftsbund bekommen. Ich muß erst mit meinen Kollegen

Maria Metzker

und mit der Kommission sprechen, ob das, was wir damals besprochen haben, unter den geänderten Verhältnissen, wie es auch der Herr Finanzminister ausgedrückt hat, heute noch aufrechtbleibt, umso mehr, als ja in der Zwischenzeit Verhandlungen zwischen dem Herrn Finanzminister und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund bzw. der Kommission stattgefunden haben. An diesen Verhandlungen habe ich nicht teilgenommen und kann daher hier darüber keine Aussage machen. Aber Sie können überzeugt sein, daß ich selbstverständlich bei meinem früheren Standpunkt bleibe. *(Abg. Dr. Gruber: Sehr gut!)*

Ich möchte nur sagen: Ich persönlich bleibe bei diesem Standpunkt und ich werde diesen Standpunkt auch in der Steuerkommission des ÖGB vertreten. Sie können von mir nur nicht erwarten, daß ich hier einen Blankoscheck für den Österreichischen Gewerkschaftsbund abgebe, ohne mit meinen Kollegen und mit der Steuerkommission darüber zu sprechen. Das ist doch irgendwie selbstverständlich, das werden Sie doch begreifen.

Von meinem Standpunkt aus, eben angesichts der geänderten Konjunkturlage und der finanziell schwierigen Situation, die seit dem Jahre 1973 und in der Nachfolge sowohl für den Finanzminister als auch für verschiedene Berufsgruppen bzw. soziale Gruppen in Österreich entstanden ist, möchte ich sagen: Man kann doch all diese Familienprobleme, die Familienleistung oder die direkte Familienzulage, wie es hier ausgesprochen wurde von meinen Vorgängern, nicht allein messen an der Lohnsteueranpassung beziehungsweise an der Erhöhung der Familienbeihilfe, denn diese Familienbeihilfe, die direkte finanzielle Leistung, ist doch nur ein Teil der gesamten Familienpolitik. So verstehen wir es auch als Sozialisten, daß diese direkte Leistung, von der heute die Rede ist, ja nur eine Unterstützung der Familie sein kann, die tatsächliche Familienpolitik aber doch bedeutend umfangreicher sein muß.

Es wurde ja heute schon, glaube ich, vom Herrn Finanzminister erwähnt und auch, nehme ich an, vom Herrn Abgeordneten Dallinger, daß die Familienpolitik für uns weit reicht, und zwar angefangen von der Heiratsbeihilfe, der Beihilfe zur Hausstandsgründung, die von Ihnen eigentlich auch nicht goutiert wurde, über die Geburtenbeihilfe, den Karenzurlaub bis zu allen direkten und indirekten Leistungen für die Schulkinder, bis zur Studienbeihilfe und bis zu den Waisenpensionen, wenn Sie es so haben wollen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

All diese Maßnahmen – ich weiß nicht, ob ich Zeit habe, darauf zurückzukommen – können doch nur die Basis unserer Familienpolitik sein.

Und diese Basis muß meiner Meinung nach für alle gleich sein; das hat Herr Höchtl ja auch ausgesprochen. Ich habe mich sehr gewundert über seine Meinung: Immer weniger staatliche Bedeutung wenden die Sozialisten der Familie zu. Bisher haben wir immer gehört, daß wir die Familie verstaatlichen wollen. *(Abg. Dr. Gruber: Das ist ein Mißverständnis! Das scheinen Sie mißverstanden zu haben!)*

Wir haben uns immer dagegen gewehrt, denn wir sind der Auffassung, daß in erster Linie die Familie für die Kinder, für deren Erziehung und so weiter verantwortlich ist. Sie sind doch immer damit gekommen – ich will jetzt nicht in der Vergangenheit graben –, Sie waren doch diejenigen, die nicht von dem Mindestsatz für alle Kinder gesprochen haben. Das ist auch aus dem Beitrag des Herrn Abgeordneten Kohlmaier heute für mich ersichtlich geworden, weil er wieder – er hat es nicht ausgesprochen – auf den schichtenspezifischen Ausgleich zurückgegriffen hat, weil Sie doch gesagt haben: Ja wenn er mehr hat, dann muß er auch mehr von der Steuer für seine Kinder bekommen. *(Abg. Dr. Gruber: Hat er das gesagt?)* Ja, ich habe es so verstanden, wenn Sie gesagt haben: Derjenige, der wenig hat, hat eben wenig, und den muß man fördern, aber dem, der mehr Steuer zahlt, muß man auch in entsprechender Weise entgegenkommen.

Sie haben das eigentlich durch Ihr Beispiel, Herr Abgeordneter Kohlmaier, noch untermauert. Darf ich sagen, wie ich es verstanden habe? *(Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Thalhhammer: Jetzt tun Sie so, als ob Sie nicht wissen, was Sie gesagt haben!)* Sie haben das Beispiel von drei Kindern gebracht, wobei Ihrer Meinung nach rechnerisch ein Nachteil entstanden ist. Ich habe das in der Schnelligkeit nicht überprüfen können, aber eines muß ich sagen: Ich bin überzeugt, Sie haben richtig gerechnet, aber, Herr Abgeordneter, drei Kinder in einer österreichischen Familie sind doch nicht typisch für Österreich. Ich kann nur von der Allgemeinheit, ich kann nicht von den ganz oberen reden, und ich kann nicht von den ganz unteren reden, die wir besonders fördern müssen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Es geht auch um zwei Kinder!)*

Ja, wir können das weiterspielen mit fünf Kindern, mit sechs Kindern. Aber ich möchte sagen, es ist nicht typisch. Es ist auch so, daß die Steuerersparnis oder der Steuervorteil bei drei Kindern groß ist. Ja wie viele können diesen Steuervorteil überhaupt in Anspruch nehmen, daß sie soviel verdienen, daß in der Höhe, wie Sie gesagt haben, von 11 600 S – ich glaube, es soll 12 600 S heißen – sie diesen in Anspruch nehmen können. Ich glaube, Sie haben doch in erster Linie davon gesprochen, daß jene, die mehr haben und mehr verdienen, auch noch

10172

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Maria Metzker

mehr aus dem Familienlastenausgleich haben sollen. *(Ruf bei der SPÖ: Schichtenspezifisch!)*

Unser Standpunkt – ich wiederhole das – ist der, daß wir für alle Kinder gleich eine Mindestlage haben, aber ... *(Abg. Dr. Gruber: Die drei Kinder haben, sollen unter die Räder kommen!)* Nein, ich möchte noch etwas sagen, Herr Abgeordneter Gruber. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Wollen Sie zuhören? *(Abg. Dr. Gruber: Das ist nicht typisch, daher vernachlässigen wir das!)* Nein, es ist nicht typisch, weil ich der Meinung bin, daß Sie von den kinderreichen Familien sprechen, man muß mehr tun für die kinderreichen, und die mit drei Kindern zähle ich für österreichische Verhältnisse schon zu den Kinderreichen. Dann ist das nicht typisch, weil es kann ein Kinderreicher reich sein und er kann arm sein. Die Anzahl der Kinder sagt noch nichts über den sozialen Status der Familie aus. Ich muß den fördern, der wenig hat, dem muß ich etwas geben. Aber der, der mehr hat, braucht ja nicht gefördert zu werden. Folglich ist Ihr Standpunkt falsch. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Was ist mit dem, der drei Kinder hat und wenig verdient?!)*

Dort müssen wir natürlich zusätzlich Hilfe anbieten, wo die einzelne Familie aus den verschiedenartigsten Gründen und nicht aus eigener Kraft das erfüllen kann. Wir haben ja solche Beispiele, Herr Abgeordneter Gruber. Denken Sie an die alleinstehenden Mütter. Es ist ja heute auch schon hier gesprochen worden vom Karenzurlaubsgeld, daß diese Frau bedeutend mehr kriegt, nämlich 4 246 S. Sie bekommt unter Umständen die Sonderunterstützung, daß sie bis zum dritten Lebensjahr des Kindes zu Hause bleiben kann und dadurch natürlich auch unter Umständen noch, wenn der Vater fehlt und der Vater nicht bezahlt, weil er nicht Vater sein will, den Unterhaltsvorschuß.

Das sind alles Maßnahmen, die wir für richtig halten. Aber wenn der Vater ein Einkommen von 25 000 S hat, bin ich nicht der Meinung, daß wir hier für diese sogenannten kinderreichen Familien besonders viel tun müssen.

Ein anderes Beispiel, was wir auch tun. Bei den Arbeitslosen, wenn der Vater oder die Mutter arbeitslos sind kommen zum Arbeitslosengeldgrundbetrag noch die Familienzuschläge dazu. Heute ist auch vom Karenzurlaubsgeld gesprochen worden, der Herr Abgeordnete Leitner hat gesagt, daß wir es nur 40 Prozent der Mütter gewähren.

Sie meinen die Selbständigen und die Bauern, und ich nehme an, bei den 60 Prozent müssen Sie dann auch die Mütter der Arbeitnehmer

dazuzählen, sonst geht sich das auf die 100 Prozent nicht aus.

Aber darf ich Sie noch einmal daran erinnern, daß wir das Karenzurlaubsgeld ursprünglich, wie es eingeführt wurde, der Gegenseite sehr abringen mußten, ich sage jetzt bewußt nicht, welcher Gegenseite, und daß man ursprünglich für den Karenzurlaub überhaupt keine Bezahlung bekommen hat, erst später das halbe Arbeitslosengeld. Aber was wollen nun Sie? Sie wollen für die Bäuerin, aber nicht nur für die Bäuerin, sondern auch die mithelfende Bäuerin das Karenzurlaubsgeld in der gleichen Höhe haben, wie es die Arbeitnehmerin hat, obwohl wir prinzipiell die unselbständige Arbeitnehmerin nicht mit der selbständigen vergleichen können. Aber mir geht es ja nicht nur um die Leistung.

Da haben wir versucht, einen Weg zu finden, liegt ein Entwurf vor, wie wir uns das vorstellen. Aber Ihre Gegenvorschläge oder Ihre Anträge, die gekommen sind, lassen uns bisher ja keine Möglichkeit offen. Ich hoffe, daß wir uns irgendwo finden können. Aber Sie wollen ganz einfach keine Beiträge zahlen, das steht überhaupt nicht drinnen.

Sie wollen aus dem Familienlastenausgleich den Teil haben so wie die Arbeitnehmer, gut, ist in Ordnung. Aber eines muß ich Ihnen sagen: Was zahlen Sie denn von der bäuerlichen Seite in diesen Familienlastenausgleich ein? Von den 19,5 Milliarden, die wir im vergangenen Jahr gehabt haben, sind 66 Millionen aus den bäuerlichen Kreisen gekommen. Wenn wir dieses Mutterschaftsgeld einführen, ist die Hälfte dieses Betrages von den 66 Millionen Schilling weg. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner.)*

Und wenn Sie sagen: die andere Hälfte aus der Bauernkrankenkassa, muß ich Ihnen da sagen, 50 Prozent zahlt doch der Bund in die Bauernkrankenkassa ein. Ich frage Sie, was zahlen Sie jetzt wirklich ein zu diesem Mutterschaftsgeld? Glauben Sie wirklich, daß die Arbeitslosenversicherung dafür gradstehen soll? *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Genau wie alle anderen!)* Das ist eben nicht genauso wie alle anderen.

Ein weiteres Beispiel, Herr Leitner, weil Sie immer sagen, Sie wollen das gleiche, aber Sie wollen nicht das gleiche bezahlen, Sie wollen nicht das gleiche leisten. Sie wollen nicht die gleichen Verpflichtungen, Sie wollen nicht die gleichen Opfer bringen. Denken Sie an die Krankenversicherung. Ich habe es gestern hier gesagt. 7,4 Millionen sind in Österreich in der Krankenversicherung, und davon haben wir 2,6 beziehungsweise 2,7 Mitversicherte. Das ist richtig, und dazu stehen wir.

Maria Metzker

Aber, lieber Herr Kollege Leitner, das muß ja auch bezahlt werden, das muß ja auch hereinkommen.

Das gleiche haben Sie bei der Pensionsversicherung. Sie wollen eine Pensionsversicherung für alle. Ich frage Sie, wer soll das alles zahlen? Aus den Pflichtbeiträgen können wir es nicht mehr zahlen. Aber Sie wollen nichts dazuzahlen. Die Hausfrau darf ja keinen Pflichtversichertenbeitrag nach Ihrer Meinung leisten. Folglich: Wie sollen die Arbeitnehmer oder die selbständig Erwerbstätigen und auch die selbständigen Bauern Aufbringer sozusagen für die überwiegende Mehrheit der Pensionsleistungen sein? Ich frage Sie wirklich, wie das gehen soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich könnte noch eine Reihe von Beispielen anführen, wie sehr wir außerhalb dieser Leistungen der direkten Familienbeihilfe auch in der Sozialversicherung und so weiter und so weiter Beiträge für die Familie geleistet haben.

Darf ich Sie erinnern, weil Sie vom Geburtenrückgang gesprochen haben, Herr Abgeordneter Leitner: Minus 35 000. Mir persönlich ist es Wurscht, ob das Kinder von Gastarbeitern sind oder ob das österreichische Kinder sind, weil wenn wir 50 oder 60 Jahre zurückgehen, so müßten wir feststellen, daß viele von uns Gastarbeiterkinder waren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist mir wirklich vollkommen gleich. Eines glaube ich nicht, Herr Abgeordneter. Geburtenrückgang gibt es in allen Industrieländern. Das ist eine Wohlstandserscheinung.

Ich bin ein absoluter Gegner, mit Familienbeihilfen Bevölkerungspolitik zu machen. So eine Zeit haben wir gehabt, und ich möchte, daß so etwas nicht wieder kommt, daß wir Kinder bekommen nur des Geldes wegen, ganz gleich, ob die Kinder gut betreut werden, ob sie gewünscht werden oder nicht. Ich glaube, davon sind wir weg. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich möchte nur sagen: Wir brauchen als Sozialisten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben nicht nur in der Familienpolitik, wie sie in den Beihilfen da ist, sondern wir haben im gesamten in der Sozialpolitik, in der Sozialversicherung, in allen Bereichen, wo es möglich war, auch in der Wohnungspolitik und wo immer es sein mag, mehr geleistet, als jede andere Regierung vorher geleistet hat. Ich bin überzeugt, wir werden es im Rahmen des Möglichen auch weiter tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Vorrednerin hat

ein bemerkenswert emotionelles Referat gehalten und hat in ihren letzten Passagen auf eine Zeit angespielt, die mir als jungem Mann nicht mehr in dieser konkreten Wirklichkeit erlebbar war, wie es das für viele ältere Mitglieder unseres Hauses der Fall war. Eine Zeit, aus der sich nach Meinung vieler, die hier im Hause sitzen, Bevölkerungspolitik als etwas, was man besser nicht in den Mund nimmt, ergeben hat. Mit der Konsequenz, daß hier im Hause über Fragen der Bevölkerungspolitik, ihrer Bedeutung für den Bestand unserer Gemeinschaft in Wirklichkeit überhaupt nicht diskutiert wird. Ja wenn eine Äußerung mit Blickwinkel auf Bevölkerungspolitik fällt, dann ist sie eher eine Äußerung wie die letzte der Frau Kollegin Metzker, die die Zeit verdammt, in der man ihrer Meinung nach falsche bevölkerungspolitische Maßnahmen, übertriebene bevölkerungspolitische Maßnahmen gesetzt hat.

Ich will mir kein Urteil über diese für mich nicht eine lebendige Realität gewesene Zeit anmaßen. Mich als eher Jüngeren beschäftigt vielmehr die Frage: Wie wird denn die Entwicklung unserer Gemeinschaft aussehen? Wie sehen die Bevölkerungsprognosen, wie sieht die wirtschaftliche Entwicklung aus? Welche Konsequenzen entstehen aus dem dramatischen Geburtenrückgang der letzten Jahre?

Ich tue das ganz emotionslos, weil ich glaube, daß es zu den wesentlichen Aufgaben des Parlaments gehört, sich mit der Perspektive zu beschäftigen, mit den Ausblicken auf die Zukunft, mit Ausblicken, die über den Teller- rand der nächsten Nationalratswahlen hinausreichen, die als Perspektive weiterreichen als der jeweils nächste Wahltermin. Ich glaube daher, daß eine familienpolitische Maßnahme – familienpolitische Maßnahmen überhaupt – unter dem Blickwinkel der Gesamtentwicklung unserer Gesellschaft und auch unter dem Blickwinkel der Bevölkerungspolitik diskutiert werden muß. Wir können uns von der Verantwortung für die Zukunft nicht dadurch drücken, daß wir für die nächste Budgetperiode, für die nächste Regierungsperiode die Pensionen als gesichert akzeptieren und auch die Gründe darlegen, daß die Zahlung der Pensionen in den nächsten fünf oder zehn – ja selbst zwanzig – Jahren nicht gefährdet ist.

Bevölkerungspolitische Maßnahmen sind nicht so zu setzen, daß man von heute auf morgen eine Änderung bewirken kann, die dann auch sofort den gewünschten Erfolg zeitigt. Bevölkerungspolitische Maßnahmen sind langfristige Maßnahmen, die in ihren Auswirkungen eben weit über eine einzelne Generation hinausgehen, gleichgültig, ob man jetzt die

10174

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

Zeitdauer dieser Generation mit 25 oder 30 Jahren ansetzt. Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen müssen daher auf große Distanz gesehen und beurteilt werden.

Ich glaube daher, daß es für uns hoch an der Zeit ist, die wirklich dramatische Entwicklung des Rückganges unserer Geburtenziffern unter die Lupe zu nehmen. Denn es ist ja nicht so, daß auch unsere Wissenschaftler mit ihren Ergebnissen erfolgreich gewesen wären, wenn sie versucht haben zu prognostizieren, wie denn die zukünftige Entwicklung in Österreich aussieht. Wenn ich hier die Darlegungen des Institutes für Versicherungsmathematik an der Technischen Universität in Wien aus dem Jahr 1975 ansehe – das liegt keineswegs lange zurück –, dann finde ich dort, daß für das Jahr 1976, also für das darauffolgende Jahr, noch eine ganz richtige Geburtenprognose mit 87 482 Kindern erstellt worden war. Aber schon für das Jahr 1977, also für ein Jahr später, stimmt diese Prognose nicht mehr; da zeigt sich bereits eine Differenz von nahezu 2 000 Kindern! 2 000 Kinder sind weniger auf die Welt gekommen, als es die Prognose vorgesehen hat. Wenn sich das Verhältnis vom ersten Halbjahr zum zweiten Halbjahr von 1977 auf 1978 nicht verändert hat, dann werden wir im heurigen Jahr gegenüber der ursprünglichen Prognose noch einmal um 500, zusammen also um 2 500 Kinder, unter der Prognose liegen.

Dazu muß man sich aber vor Augen führen, daß diese Prognose mit einem Rückgang der Fruchtbarkeit in den jeweiligen Altersgruppen gearbeitet hat, die an sich schon bedenklich stimmen muß. Denn für die 30- bis 35-Jährigen wurde für den Zeitraum 1973 bis 1980 – dieser wurde zugrundegelegt; dann wurden die Fertilitätsziffern als konstant angenommen – ein Rückgang von nahezu 25 Prozent berechnet, das heißt, daß die tatsächlichen Rückgänge noch über diesen prognostizierten Werten liegen und daß damit auch alle weiteren Konsequenzen, die sich aus dieser Prognose ergeben und die an sich schon in mancher Hinsicht pro futuro bedenklich stimmen müssen, auch nicht der Realität entsprechen, sondern daß sich die Situation dramatischer gestalten wird.

Da kann man sich jetzt nicht einfach darüber hinwegsetzen, indem man sagt: Familienpolitik habe mit dieser bevölkerungspolitischen Situation nur am Rande zu tun. Da kann man sich nicht darüber hinwegsetzen, daß man sagt: Kinder zu haben oder nicht zu haben, ist eine persönliche Entscheidung; wir wollen Wunschkinder und nicht eine blinde Vermehrung, die sozial negative Auswirkungen zur Folge hat. Ich glaube, so pauschal und allgemein kann man sich nicht aus der Affäre ziehen.

Es ist unbestritten, daß das persönliche Recht

des einzelnen und der persönliche Wunsch des einzelnen, ein Kind, mehrere Kinder oder kein Kind zu haben, unangetastet bleiben muß. Nur: Daß der Staat in zunehmendem Maß die Rahmenbedingungen für die Mehr-Kinder-Familie so verschlechtert, daß es bereits als verantwortungslos bezeichnet werden muß, überhaupt bei dieser Perspektive Kinder in die Welt zu setzen, kann nicht die Aufgabe einer vernünftigen bevölkerungspolitischen Zielsetzung sein. Es geht doch nicht an, daß sich die Bedingungen für die Mehr-Kind-Familie verschlechtern. Man kann da nicht mit Durchschnittsziffern rechnen. Das ist eine beliebte Zahlenspielerie. Das ist so wie bei den Arbeitslosen. Man sagt: Wir haben nur ein, zwei Prozent; was sind schon ein, zwei Prozent?, und setzt sich damit über die Problemstellung hinweg.

So wie sich die Schwierigkeiten der Arbeitslosen ad personam manifestieren, indem nämlich der einzelne eben lang in diesem bitteren Zustand der Arbeitslosigkeit verharren muß, wenn er in einer Gegend mit ungünstigen Betriebsbedingungen angesiedelt ist und er sehr oft nicht die Möglichkeit findet, einen adäquaten Arbeitsplatz zu erreichen, so trifft eben ihn im speziellen – so auch die Familie mit mehreren Kindern – die volle Wucht der Belastung. Da tut es nichts zur Sache, daß die durchschnittliche Familie weniger als zwei Kinder hat. Es sind eben soundso viele und gar nicht so wenige, wie aus dem Voranschlag, aus den Erläuterungen zum Voranschlag 1978, hervorgeht, die Anspruchsberechtigten mit drei Kindern sind. Immerhin weist die Erläuterung zum Kapitel 56, Titel 560, des heurigen Voranschlages eine Zahl von 169 000 Anspruchsberechtigten unter der Kategorie mit drei Kindern und immerhin noch 67 000 mit vier Kindern sowie 43 000 mit fünf und weiteren Kindern aus. Für diese Vier-, Fünf- und Mehr-Kind-Familien ist es völlig unerheblich, ob die eineinhalb-Kind-Familie, die statistische 1,8-Kind-Familie gut versorgt ist und relativ günstige Bedingungen vorfindet.

Selbst bei der Betrachtung der direkten Förderungsmaßnahmen der Familienbeihilfe muß man sagen, daß sie sichtbar benachteiligt ist, vor allem dann, wenn man sich ansieht, wie zum Beispiel eine sozial-liberale Koalition in einer solchen Frage agiert. Wie es mir überhaupt scheint – das läßt sich an dem Beispiel der familienpolitischen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland sehr schön nachweisen –, daß dort sozial noch nicht zum Widerspruch zu sozialistisch geworden ist, wie das hier bei uns der Fall zu sein scheint, wenn man sich diesen Vergleich anschaut.

Die Staffelung der Familienbeihilfe in der

Dipl.-Ing. Hanreich

Bundesrepublik Deutschland geht von einem Kind mit 50 Mark aus, die als 100 Prozent angesetzt werden, bei zwei Kindern 260 Prozent, bei drei Kindern 560 Prozent, bei vier Kindern 860 Prozent.

Bei uns ist die Relation so, wenn man die Einkindfamilie mit 100 Prozent ansetzt, daß bei vier Kindern lediglich der gut vierfache Betrag bezahlt wird, nämlich 430 Prozent. Das zeigt deutlich, daß man nicht bereit ist, die unterschiedliche Belastung, die sich bei der zunehmenden Zahl der Kinder ergibt, auch wirklich zu berücksichtigen. (*Abg. Pansi: Wollen Sie die deutsche Regelung? Wollen Sie auch 350 S für das erste Kind?*) Es sind ja parallel noch steuerbegünstigende Maßnahmen, das ist ja nur die direkte Förderung, wohingegen die Berücksichtigung der Kinder im Steuerrecht dort nicht verlorengegangen ist, währenddem Sie sich bei uns völlig darüber hinweggesetzt haben, daß es notwendigerweise auch einen schichtspezifischen Ausgleich geben muß.

Es ist doch nicht einzusehen, daß alles über einen Kamm geschoren wird und daß man sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, daß nur der Mindestbezugsempfänger betrachtet werden soll und kann.

Ich hege überhaupt keinen Zweifel daran, daß es die Aufgabe der Sozialpolitik ist, vorrangig den sozial Schwachen zu unterstützen, und daß die Frau Kollegin Metzker mit Recht darauf hinweist, daß der sozial Schwache im Vordergrund zu stehen hat. Aber das heißt ja nicht, daß er allein zu stehen hat. Keinem Familienvater, der als Akademiker seinem Beruf nachgeht und einige Kinder hat, wird es einfallen, seinen eigenen Lebensstandard an dem Einkommen eines persönlich noch so integren Straßenarbeiters zu messen. Das ist einfach nicht zumutbar.

Und trotzdem geht man von dieser These aus, wenn man die totale Gleichbehandlung der Kinder als selbstverständlich ansieht, obwohl dabei die Tatsache auftritt, daß eben das vergleichbare Akademikerehepaar, wo womöglich beide berufstätig sind, in einer so unvergleichlich besseren Gesamtsituation steht, daß der auch gut verdienende einzelne mit mehreren Kindern bereits in die schichtenspezifische Armutsgrenze hineinfällt.

Noch paradoxer allerdings wird die Situation dessen, der sich der an sich ja erfreulichen und auch mit vielen Vorzügen und sehr vielen gefühlvollen Aspekten verbundenen Aufgabe der Kindererziehung unterzieht, dann, wenn man die wirtschaftliche Gesamtsituation über das Leben des einzelnen hinweg betrachtet.

Sehr drastisch ist das dargestellt in einem Artikel, in dem ein Vorschlag für eine Neurege-

lung des Rentensystems gebracht wird, der sich in der „Deutschen Zeitung“ findet und in der folgender Satz zu finden ist: „In der Tat scheint es als schreiende Ungerechtigkeit, daß ein Paar ohne Kinder doppelt verdienen und damit auch zweifach Rente beziehen kann, während ein Ehepaar mit Kindern einen realen Familienlastenausgleich ja keineswegs erhält, die Kinder zur Gewährleistung der Altersversorgung des kinderlosen Paares aufzieht und dafür seinen Lebensabend mit der einfachen Rente beschließt.“

Diese Betrachtung nicht nur der jeweils augenblicklichen Situation der Familie mit mehreren Kindern und nicht nur der Situation, die sich daraus ergibt, daß verschiedene persönliche Vorteile aufgegeben werden müssen, die heute so hoch im Kurs stehen, wie Freizügigkeit in der Freizeit, Urlaubsmöglichkeiten in viel größerem Ausmaß, sondern die Betrachtung dieses Gesamtzusammenhanges, die bis hin zur Pensionierung des Ehepaar benachteiligt, das heute der gegenüber der Gemeinschaft absolut notwendigen Verpflichtung der Kindererziehung nachkommt, diese Betrachtung muß mit aller Deutlichkeit angestellt werden.

Ich glaube, daß man sich daher nicht damit begnügen sollte, sich auf die Frage zu beschränken, ob jetzt eine geringfügige Abgeltung von gestiegenen Lebenshaltungskosten, ob eine völlig unzureichende Abgeltung der erwarteten Subventionsabstriche bei den Grundnahrungsmitteln im nächsten Budget geleistet wird, sondern daß man darüber hinaus einmal mit wesentlich größerer Intensität und mit einer viel differenzierteren Argumentation die Gesamtsituation der Familie mit Kindern in unserem Staat analysieren müßte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich glaube, es würde den Staatssekretär für Familienfragen in seiner Funktion wirksam werden lassen und ihn in der Erfüllung seiner Aufgabe bestätigen, wenn es gelingen würde, wenigstens eine ernst zu nehmende Debatte über die unterschiedliche Belastung der kinderlosen und kinderreichen Familien in Gang zu bringen. Eine Debatte, die nicht nur an der Oberfläche bleibt, eine Debatte, die sich nicht nur auf demonstrative Abgeltungen beschränkt, von denen heute ja leider jeder Staatsbürger schon sagen muß, es war halt im Topf nicht mehr drinnen, sondern daß man sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, ob wir die wirtschaftliche Zukunft von uns allen in unserem Land überhaupt werden bewältigen können, wenn wir nicht zu bevölkerungspolitischen Maßnahmen greifen, die zu einer einschneidenden Veränderung der Situation der kinderreichen Familien führen. Denn Maßnahmen, die

10176

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

dann als Gesamtverbesserung dargestellt werden, weil vom Familienlastenausgleich Bücher zur Verfügung gestellt werden oder das Schulfahrgeld aufgebracht wird, genügen nicht, genügen bei weitem nicht zum Ausgleich. *(Präsident Minkowitsch gibt das Glockenzeichen, da die Redezeit abläuft.)* Und sie sind im Falle der Schulbücher im Gegenteil eine Herausforderung für die Familie mit mehreren Kindern, die das als Verschwendung empfindet.

Daher, glaube ich, ist es unbedingt notwendig, daß die Situation kinderreicher Familien in Österreich in absehbarer Zukunft einmal unter anderen Aspekten und unter einer längerfristigen Perspektive diskutiert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Die Zeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter. Danke.

Bevor ich die nächste Worterteilung vornehme, möchte ich feststellen, daß ich nach Einsichtnahme in das Stenographische Protokoll dem Herrn Abgeordneten Fachleutner für den Ausdruck „Halbstarker“ den Ordnungsruf erteile.

Die nächste Wortmeldung ist Frau Staatssekretär Karl. Ich erteile ihr das Wort.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Elfriede **Karl**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Hanreich hat damit geschlossen, daß er meinte, es wäre notwendig, eine ausführlichere Analyse der Situation der Familien in Österreich vorzunehmen. Ich darf Ihnen dazu sagen, Herr Abgeordneter Hanreich, daß im Bundeskanzleramt zurzeit an einem zweiten Bericht der Bundesregierung über die Situation der Familie gearbeitet wird, an einem Bericht, der wesentlich umfangreicher sein wird, als es der erste Familienbericht war, und der auch eine ganze Reihe von Untersuchungen zu verschiedenen Familienproblemen enthalten wird. Dieser Familienbericht wird voraussichtlich im ersten Quartal des nächsten Jahres dem Parlament zugeleitet werden.

Zum zweiten: Die Herren Abgeordneten Dr. Leitner, Mag. Höchtl und Hanreich haben sich mit Fragen der Geburtenentwicklung befaßt, und vor allem Herr Dr. Leitner und Herr Mag. Höchtl haben gemeint, daß am Geburtenrückgang, der seit 1964 eingetreten ist, die aktuelle Familienpolitik schuld wäre.

Meine Herren! Wenn Sie die Fachliteratur zu diesem Thema studieren *(Zwischenruf)* – auch schuld –, dann werden Sie daraus entnehmen, daß einerseits sehr verschiedene Ursachen vermutet werden und andererseits – ich sage deswegen auch: vermutet – auch Fachleute darüber einig sind, daß man über die Ursachen

dieser Entwicklung zu wenig weiß. Ich darf dazusagen, daß derzeit vom Demographischen Institut an der österreichischen Akademie der Wissenschaften eine Untersuchung über das Geburtenverhalten der Österreicher, also über die Gründe für die Entscheidung, Kinder und wie viele Kinder zu kriegen, durchgeführt und diese Untersuchung maßgeblich aus Bundesmitteln unterstützt wird.

Wenn Sie aber darauf bestehen, einen Zusammenhang oder Auch-Zusammenhang zwischen Familienpolitik und Geburtenentwicklung zu sehen, dann kann ich Ihnen zwei Ziffern nicht ersparen: Der Geburtenrückgang hat 1964 eingesetzt, seine Spitze und seinen höchsten Wert hat er erreicht von 1969 auf 1970. 1970 sind 9 076 Kinder weniger geboren worden als 1969, und wir haben im April 1970 die Regierung übernommen. Sie können sich also ausrechnen, wann die Entscheidungen für die Geburten im Jahr 1970 gefallen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Jahr 1977 hat sich dagegen der Geburtenrückgang laut Statistischem Zentralamt auf 2 351 reduziert.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, in dieser Debatte doch auch einiges zu den Fragen des Steuerrechts und des Familienlastenausgleichs zu sagen, und mit zwei Zahlen beginnen.

1970 haben die Ausgaben aus dem Familienlastenausgleich – das war das letzte Budget, das Ihre Partei zu verantworten hatte – 7,1 Milliarden betragen. Die Kosten des Kinderfreibetrages wurden auf Grund einer Anfrage, die ich 1973 auf Grund eines Ersuchens des Familienpolitischen Beirates an das Finanzministerium gerichtet habe, damals mit 4,5 Milliarden Schilling geschätzt, also sind insgesamt für Familienförderung 11,6 Milliarden Schilling ausgegeben worden.

Im Jahr 1978 werden die Ausgaben – wieder Steuerbegünstigung, Familienlastenausgleich zusammengerechnet, das ist ja nun ein Topf – etwa 28 bis 29 Milliarden Schilling betragen, das sind etwa 17 bis 18 Milliarden Schilling mehr oder das Zweieinhalbfache. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu kommen noch einige Dinge, die aus anderen Budgetmitteln finanziert werden, die es 1970 auch nicht gegeben hat, so zum Beispiel die Schüler- und Heimbeihilfen, die immerhin rund 353 Millionen Schilling kosten oder das höhere Karenzurlaubsgeld, das 1970 etwa 800 oder 850 S betragen hat, jetzt für die verheiratete Frau 2 840 S beträgt; die Alleinstehende hat 1970 etwa 1 650 S bekommen, sie bekommt heute 4 246 S.

Staatssekretär Elfriede Karl

Nun weiß ich schon, daß wir in vielen Maßnahmen nicht übereinstimmen und daß wir grundsätzlich verschiedene Auffassungen von manchen Dingen haben, die besonders in einem Vergleich Steuerpolitik – Familienbeihilfenpolitik Ihrer Regierungszeit und unserer deutlich werden. Ich möchte mich jetzt wirklich auf Steuern und Familienbeihilfen konzentrieren und nicht noch einmal all die Dinge aufzählen, die es 1970 nicht gegeben hat und heute schon gibt. Sie haben 1970 eine Familienbeihilfe, umgerechnet auf Zwölftel, bezogen auf das erste Kind, von 233 S gehabt. Sie haben 1968 einen Steuerfreibetrag für die Kinder eingeführt, der die hohen Einkommen besonders begünstigt hat, sehr im Gegensatz zu der Meinung, die der Gesetzgeber früher gehabt hat. Denn bis 1968 hat es eine degressive Kinderermäßigung gegeben in Form eines prozentuellen Abschlages der Steuergruppe II, der bei bestimmten Einkommensgruppen aufhörte, das heißt, bis 1968 war man der Meinung, daß bei sehr hohen Einkommen keine Steuerbegünstigung, sondern nur eine Familienbeihilfe notwendig wäre. 1968 hat sich das umgekehrt: Bei sehr hohen Einkommen war auch eine in ihren effektiven Auswirkungen sehr hohe Steuerbegünstigung notwendig.

Meine Damen und Herren! Da Sie immer wieder die kinderreichen Familien zitieren: Ihre Kinderfreibeträge haben den kinderreichen Familien nur in den höchsten Einkommensstufen genützt, aber sonst gar nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn bei gleichem Einkommen war natürlich die Auswirkung dieses Kinderfreibetrages umso geringer, je mehr Kinder jemand gehabt hat, denn Steuerbegünstigungen kann man eben nur so weit in Anspruch nehmen, als das Einkommen dazu reicht.

Wir haben dann den Kinderabsetzbetrag eingeführt, der, nur am Rande erwähnt, etwa 50 Prozent mehr gekostet hat als die Kinderfreibeträge, und wir haben letztlich die Steuerbegünstigung in eine direkte Geldbeihilfe umgewandelt. Damit bekommen alle Eltern alle finanziellen Hilfen, die es für Kinder gibt, also auch die weniger verdienenden. Und das, meine Damen und Herren, kommt vor allem der Mehrkinderfamilie zugute, denn sie war es ja in erster Linie, die die Kinderabsetzbeträge nicht ausnutzen konnte. Und je mehr Kinder, umso höher die Einkommensgrenze, wo dieser Kinderabsetzbetrag nicht ausgenutzt werden konnte. Das heißt, durch unsere Politik haben die Mehrkinderfamilien, und ich bin überzeugt, auch die so viel zitierte Dreikinderfamilie, wesentlich mehr gewonnen – es läßt sich im Einzelfall nicht genau nachrechnen –, als es der Preis- und Einkommensentwicklung entspricht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Höchtl die jungen Familien erwähnt hat, dann muß ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter: Junge Familien verdienen manchmal nicht sehr viel, und gerade diesen jungen Familien hilft die direkte Leistung mehr. Abgesehen davon, daß ihnen natürlich die Heiratsbeihilfe statt der Steuerbegünstigung mehr hilft und daß ihnen selbstverständlich auch die Geburtenbeihilfe mehr hilft. *(Beifall bei der SPÖ. – Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Der Herr Abgeordnete Hanreich hat mit Deutschland verglichen und erwähnt, was eine sozial-liberale Koalition alles kann. Herr Abgeordneter Hanreich, ich muß Ihnen dazu sagen: Es ist richtig, die Differenz zwischen erstem, zweitem und drittem Kind ist in Deutschland wesentlich größer. Nur wenn Sie die Sache umrechnen – bitte, Sie irren, es gibt in Deutschland keine Steuerbegünstigung mehr für Kinder, ich habe mich jetzt noch ausdrücklich erkundigt; die haben schon etwas früher als wir die reine direkte Geldleistung eingeführt –, dann kriegen sie für das erste Kind 50 Mark, für das zweite Kind 80 Mark, für das dritte Kind 150 Mark, das sind zusammen 280 mal sieben, ergibt 1 960 S. In Österreich kriegen sie für drei Kinder 2 840 S. Also der Betrag ist an sich wesentlich höher, selbst wenn die D-Mark nicht mit 7 S, sondern mit einem etwas höheren Kurs umzurechnen ist.

Das beweist sehr deutlich auch eine andere Zahl, die wir haben. Wir haben sehr genau, was wir für die Grenzgänger in die Schweiz, in die Bundesrepublik und nach Liechtenstein an Ausgleichszahlung leisten, und wir haben sehr genau, wie viele Kinder diese Grenzgänger haben. Und wissen Sie, meine Damen und Herren, daß wir für die Grenzgänger als Differenz zwischen der Familienbeihilfe, die sie im Ausland bekommen, und der österreichischen Familienbeihilfe im Durchschnitt pro Kind und Monat 144 S dazuzahlen? *(Beifall bei der SPÖ.)* Diese Vergleiche mit dem Ausland beweisen sehr deutlich die bessere Situation in Österreich.

Es ist hier auch wieder die Relation Kinderkosten – die außerordentlich schwer festzustellen sind – und Familienbeihilfe besprochen worden. Ich möchte auch darauf kurz eingehen, vor allem, weil erwähnt worden ist, die Familienbeihilfe würde nur ein Viertel bis ein Drittel der Kinderkosten betragen.

Ich habe als Grundlage für die Berechnung der Kinderkosten eine Quelle hergenommen, von der ich hoffe, daß sie Ihnen unverdächtig ist: Es ist ein Flugblatt, das der Katholische Familienverband Ende des vorigen Jahres herausgegeben hat. Ich habe die Kinderkosten,

10178

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Staatssekretär Elfriede Karl

die darin enthalten sind, mit der seither eingetretenen Preissteigerung valorisiert.

Wenn Sie jetzt vergleichen, dann zeigt sich, daß wir bei den Kleinkindern bis zu drei Jahren 97 Prozent der so errechneten Kosten refundieren, bei den drei- bis sechsjährigen Kindern, also im Vorschulalter, 62 Prozent, bei den sechs- bis zehnjährigen 52 Prozent und bei den zehn- bis fünfzehnjährigen 43 Prozent. Bei den älteren Kindern muß man dann sehen, daß ein Teil der Kinder mit 15 Jahren in irgendeiner Form in das Erwerbsleben eintritt, daß es für sozial schwache Familien dann, wenn die Kinder weiter die Schule besuchen, in Form der Schüler- und der Heimbeihilfen direkte Geldbeihilfen gibt, und man muß bitte natürlich auch sehen, daß bei den schulpflichtigen Kindern Schulbücher und Schulfahrten – die Kosten sind recht unterschiedlich hoch, je nachdem, welche Schule das Kind besucht und wie weit die Eltern von dieser Schule weg sind – voll abgegolten werden.

Das heißt, die Annahme, daß ein Viertel bis ein Drittel der Kinderkosten gedeckt werden, stimmt schon lange nicht mehr. Und man kann jetzt legitimerweise die ganze Familienbeihilfe, wie sie ausbezahlt wird, zu diesem Vergleich heranziehen, denn jetzt bitte kriegen ja alle alle Leistungen; früher konnte man das nicht, denn um die Steuerbegünstigung ist ja ein Teil der Eltern umgefallen.

Und nun noch zu der Frage, die der Herr Abgeordnete Kohlmaier und teilweise auch der Herr Abgeordnete Melter angeschnitten haben: Beitragskürzung im Vorjahr, und es wird heuer zu den 7,2 Milliarden Schilling, die wir aus dem Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer an den Familienlastenausgleichsfonds überweisen, nicht ein zusätzlicher Betrag überwiesen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube doch, und ich habe das schon im Vorjahr hier von diesem Platz und auch bei anderer Gelegenheit gesagt: Man muß das in einem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sehen, man muß die Bedeutung sehen, die das Maßnahmenpaket des Vorjahres zur Arbeitsplatz- und Stabilitätspolitik hatte, und man muß für heuer und für die Tatsache, daß eben dieser zu überweisende Betrag nicht erhöht wird, in Betracht ziehen, daß doch das Budget eine gewaltige wirtschaftspolitische Bedeutung hat.

Wenn wir heute 2,8 Millionen Beschäftigte haben und wenn wir eine Arbeitslosenrate von 1,8 Prozent haben, also wesentlich geringer als im ganzen übrigen Europa, wenn es gelungen ist, Jugendarbeitslosigkeit weitestgehend zu vermeiden, dann, meine Damen und Herren, hat das für mich auch vom familienpolitischen Standpunkt aus die größte Bedeutung. *(Beifall)*

bei der SPÖ.) Denn erstens sind Arbeit und Einkommen die wichtigsten Existenzvoraussetzungen für die Familie, familienpolitische Leistungen können das Arbeitseinkommen nur ergänzen, aber niemals ersetzen. Und zweitens sind die Fondseinnahmen ja sehr stark wirtschaftsabhängig: Sie orientieren sich an der Einkommensentwicklung, aber auch an der Zahl der Beschäftigten. Und wenn uns der Herr Abgeordnete Leitner vorhin vorgeworfen hat, daß ja bei uns die Überschüsse so hoch waren, wir haben daher Reserven bilden können, trotz der Leistungssteigerung, und in der Regierungszeit der ÖVP waren sie so nieder, dann muß ich halt sagen, daß eben Einkommen und Beschäftigung ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik sind und daß das offensichtlich auch die Auswirkungen einer anderen Wirtschaftspolitik sind, denn natürlich sind die Fondseinnahmen höher, wenn die Beschäftigtenzahl um rund 350 000 steigt.

Und um jetzt noch einmal auf diese Beitragsreduktion zu kommen: Auch ein hoher Beitragsprozentsatz zum Fonds nützt nichts, wenn die Grundlage stagniert oder allenfalls sogar rückläufig ist.

Sodaß ich zum Schluß sagen möchte, daß Wirtschafts- und Budgetpolitik im allgemeinen, auch wenn Sie das immer aus dieser familienpolitischen Debatte ausklammern wollen, in zweifacher Weise Bedeutung für die Familienpolitik haben: einmal für die Höhe der Fondseinnahmen – das haben die letzten Jahre deutlich erwiesen – und zum anderen auch dadurch, daß eben das Ergebnis dieser Politik, nämlich eine neue Beschäftigten Spitze und eine außerordentlich geringe Arbeitslosenrate – wesentlich geringer als erwartet – für die Familien etwas außerordentlich Positives sind. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Redner der großen Oppositionsparteien haben sich heute mit einer Kritik an der sozialistischen Politik für die Familien beschäftigt.

Der Kollege Dr. Kohlmaier hat unter anderem gesagt, genauso wie der Kollege Höchtel, daß, mit einem Wort, die Lage der Familien dauernd schlechter wird, daß die Belastungen für die Familien ebenfalls andauern. Für die Familien geschieht nichts, so meinte er, und alles, was da jetzt gesagt wird von sozialistischen Regierungsabgeordneten, sei – wie nannte er es? – die sogenannte tibetanische Gebetsmühle.

Nun, Herr Kollege Dr. Kohlmaier, wenn Sie hier zum Pult kommen, hart kritisieren, mit

Pfeifer

Tiefschlägen gegen unseren Finanzminister nicht sparen, dann gestatten Sie mir, daß ich auch auf Ihre Ausführungen repliziere.

Ich möchte das dem Kollegen Höchtel nicht vorwerfen, aber gestatten Sie einen berechtigten Einwurf. Der Kollege Höchtel ist zwar nicht im Saal, aber Sie werden es ihm sicher ausrichten. Ich weiß nicht: Hat er die Heiratsbeihilfe, die so „schlecht“ für die Familien ist, zurückgeschickt? Hat er die Geburtenbeihilfe nicht in Anspruch genommen, weil diese „schlechte“ sozialistische Regierung diese Dinge für die Familien eingeführt hat? Und – ich weiß nicht, ob er sie dann nicht doch auch in Anspruch genommen hat.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie sprechen hier mit zwei Gesichtern, Sie argumentieren hier widersprüchlich. Wenn Sie über die Familie reden, wenn Sie unsere Bundesregierung und Ihre Maßnahmen, ich möchte sagen, mehr unsachlich als sachlich kritisieren, dann, glaube ich, meinen Sie ja unter „Familie“, meine Damen und Herren von der Opposition, auch die Familie in den ländlichen Räumen, die bäuerliche Familie auf dem Lande. Davon haben Sie kein Wort gesprochen. Sie wissen ganz genau, warum Sie das nicht getan haben, denn da würden Sie als Opposition ein wenig in Argumentationsnotstand kommen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und jetzt lassen Sie mich als sozialistischen Bauern doch auch einmal bei der bäuerlichen Familie, bei den Älteren in der bäuerlichen Familie beginnen, weil der Abgeordnete Dr. Kohlmaier von der „Trinkgeldgesellschaft“ gesprochen hat.

Wie war denn, bitte, der Ist-Zustand – reden wir vom Ist-Zustand –, den es Ende der sechziger Jahre, als Sie noch an der Regierung waren, in den bäuerlichen Regionen, in den bäuerlichen Familien gab? Wissen Sie, wem Sie nicht nur bloß ein „Trinkgeld“, sondern, wie Ihre Bauern es selber bezeichnet haben, ein „Tabakgeld“ gegönnt haben und nicht mehr? – Ihren landwirtschaftlichen Zuschußrentnern, die im ländlichen Raum in den ländlichen Familien gelebt haben! Damals gab es einen ÖVP-Finanzminister auf der Regierungsbank.

Und warum haben Sie denn dieses Tabakgeld, dieses Trinkgeld, diese Trinkgeldgesellschaft zu Ihrer Zeit nicht zugunsten der Bauern, der Zuschußrentner verändert, meine Damen und Herren? – Weil der ÖVP-Finanzminister kein Geld hatte und weil Sie nicht in der Lage waren, etwas dafür zu tun! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Helga Wieser: Bei den Zuschußrentnern mußte protestiert werden!)*

Ja, sehr verehrte Frau Kollegin Wieser, ich weiß, daß Sie diese Dinge, genauso wie Ihre

Kollegen, nicht gerne hören. Ihre Proteste kommen jetzt seit dem Jahre 1970. Sie kommen viel zu spät. Sie konnten damals im Parlament nicht protestieren, nicht böse sein, aber ich hatte nicht die Ehre, mich damals mit Ihnen auseinanderzusetzen, liebe gnädigste Frau! *(Abg. Helga Wieser: Aber daß die Zuschußrenten erhöht wurden, da mußte protestiert werden!)*

Aber darf ich Ihnen eines sagen: Sie haben sich damals auch in der Interessensvertretung in Ihren Reihen nicht durchgesetzt, denn damals hätten Sie alles tun müssen, damit der ÖVP-Finanzminister mehr Mittel hergibt. Und das haben Sie nicht erreicht. Dort durften Sie es nicht erreichen. Das sind doch die Fakten, meine Damen und Herren! *(Abg. Dr. Mussil: Sie sollten nicht über die Bauern reden, Sie sind völlig entbauert!)*

Und nun kommen Sie her und sagen, alles, was da für die ländlichen Familien geschieht, was für die Familien geschieht, sei schlecht, Herr Kollege Mussil. In den ländlichen Regionen im Waldviertel haben Sie auch nichts getan, Herr Kollege Mussil. Warum haben Sie denn die Bauern in Ihrem Wahlkreis, die sie ja auch wählen, nehme ich an, nicht vertreten? Warum haben Sie denn den Finanzministern Schmitz und Koren nicht gesagt, daß sie mehr für die Zuschußrentner zur Verfügung stellen sollen, Herr Kollege Dr. Mussil? Wollten Sie das nicht oder haben Sie geglaubt, es wird sich sowieso einmal ein sozialistischer Finanzminister um diese Dinge kümmern? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich vom Ist-Zustand der Familien in den ländlichen Regionen in Ihrer Zeit spreche, meine Damen und Herren, dann muß man auch das Wort, das nicht ich hier geprägt habe, sondern das Sie hier, Kollege Dr. Kohlmaier, gesagt haben, ebenfalls wieder verwenden, denn Sie haben vom „Sozialstopp“ gesprochen.

Sie werfen dieser Regierung den Sozialstopp vor. Sie machen nur einen Fehler: Sie vergessen, daß es in diesem Haus viele Abgeordnete gibt, die auch in unserer Oppositionszeit, in Ihrer Regierungszeit hier anwesend waren, und nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir damals, nämlich in der Zeit Ihrer Regierung, feststellen mußten, daß es einen Sozialstopp gab!

Denken Sie einmal: Welche Aktivitäten waren denn notwendig, um überhaupt für die Witwenpension einiges zu erreichen? Wir haben damals nichts erreicht, und unsere Freunde haben sich sehr dafür verwendet. Aber bei der Frau Sozialminister der ÖVP war damals nichts zu machen, weil der Finanzminister der ÖVP ganz einfach nein gesagt hat.

Sehen Sie, und jetzt kommen Sie her und kritisieren und sagen: Das ist alles schlecht! Sie

10180

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Pfeifer

sagen, den Familien gehe es schlecht, und es werde so sein, daß, mit einem Wort, auf Grund der Politik dieser Regierung die Familien noch schlechter dran sind als – so formulieren Sie es ja immer wieder – je zuvor.

Ich glaube, man muß einiges von dem, was heute der Herr Vizekanzler, was heute die Frau Staatssekretär schon formuliert haben, noch einmal wiederholen. Man kann es Ihnen nicht oft genug sagen. Sie können doch wirklich nicht die Auffassung vertreten, daß wir uns von Ihnen kritisieren lassen und uns dann nicht zum Wort melden!

Ja wie schaut es denn mit den Schüler- und Heimbeihilfen aus? Wem kommen denn diese Schüler- und Heimbeihilfen hauptsächlich zugute? – Schauen Sie sich doch einmal die Zahlen an! Wissen Sie, daß für die Schüler- und Heimbeihilfen allein in Niederösterreich im Jahre 1975 rund 81 Millionen ausbezahlt worden sind? Wenn man nun diese Zahlen mit der Großstadt Wien vergleicht, dann stellt man fest, daß man, wenn man eben Zahlenvergleiche anführt, auf den ersten Blick deutlich sieht, daß der ländliche Raum von diesen Aktivitäten, den Schüler- und Heimbeihilfen, den Schülerfreifahrten und Schulfahrtsbeihilfen, ganz besonders partizipiert.

Es war unsere Politik und ist unsere Politik, diesen großen Nachholbedarf – Sie haben uns da ja sehr viel übriggelassen – einmal zu schließen und alles für die Menschen besser zu gestalten. Wir haben das getan und wir sind den Menschen auch im Wort geblieben.

Und, meine Damen und Herren, wenn man sich jetzt die Ziffern ansieht, wie es mit den positiven Beschlüssen unserer Bundesregierung, unseres Parlaments für die Menschen, für die Familien dieser Republik aussieht, so muß man doch festhalten, daß wir allein für die Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen einen Betrag von 2,4 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt haben, allein 1 860 Millionen als Familienbeihilfe, 183 Millionen als Geburtenbeihilfe, Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrten 244 Millionen, für unentgeltliche Schulbücher 120 Millionen. *(Abg. Dr. Mussil: Ein Tropfen auf den heißen Stein!)*

Ja, Sie wollen das nicht, Herr Dr. Mussil. Das ist halt Ihr Problem. Wir wollen es, wir haben es den Menschen versprochen und wir haben es den Menschen auch gebracht, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen in der ländlichen Region diese Familienpolitik verstehen und, mit einem Wort, auch honorieren. Denn glauben Sie mir: Sie wissen, wie es vorher

war, sie wissen, wie das Schicksal der Zuschußrentner vor 1970 war, die wir zu Bauernpensionisten gemacht haben. Und sie wissen, was Sie auf dem Gebiete ... *(Abg. Dr. Leitner: Wer hat die Bauernpensionisten gemacht? Wir haben das 1969 beschlossen!)*

Wissen Sie, ich habe ein bisserl ein Problem mit der Zeit; mit Ihnen nie, nur Probleme mit der Zeit. Ich möchte Ihnen nur eines sagen – darf ich ganz kurz darauf antworten –: Ich weiß, Sie machen einen Fehler, wenn Sie mir das einwerfen. Ich werde Ihnen gleich sagen, wie es war.

Ich war im Unterausschuß über dieses Pensionsgesetz dabei. Und wissen Sie, wie das gelaufen ist? – Sie haben damals in Ihrer Torschlußpanik auf dem Gebiete des Sozialwesens folgenden Standpunkt vertreten: Alles, was nichts kostet, wird sofort beschlossen und sofort eingeführt! *(Abg. Steiner: Also doch beschlossen!)*

Ja, aber wer hat die Mittel zur Verfügung gestellt, bitte, wer hat denn die Mittel zur Verfügung gestellt? Alles, was ein wenig mehr kostet, wird beschlossen und später eingeführt, und alles, was sehr viel kostet, wird auch sofort beschlossen, aber die anderen, die sollen dann schauen, wie die Mittel für die Bauern herkommen! – Das war Ihre Argumentation, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Wir werden diese Sozialpolitik, die so viel mehr denn je für die bäuerliche Familie gebracht hat, nicht nur beibehalten, sondern im Rahmen des Möglichen auch ausbauen und fortführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Staudinger.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage, die dem Herrn Finanzminister Vizekanzler Dr. Androsch gestellt wurde, war ganz klar und ganz eindeutig. Die Frage hieß: Ob er bereit ist, im Zusammenhang mit der Steueranpassung an den Ausgleichsfonds Überweisungsbeträge in jenem Umfange zu erhöhen, wie dies bei den sonstigen oder vergleichbaren Absetz- beziehungsweise Freibeträgen geschieht. Und die Antwort war auch vollkommen klar. Der Herr Finanzminister hat gesagt nein.

Der Abgeordnete Pfeifer befaßt sich nicht etwa damit, wie die Frage gelaute hat oder wie die Antwort gelaute hat, sondern er redet von der Bauernpensions-Versicherung, von den Zuschußrentnern. Herr Pfeifer hat nicht Schwierigkeiten, nicht Probleme mit der Zeit, sondern er hat Probleme mit der Wahrheit. Die Wahrheit

Staudinger

ist nämlich, Herr Abgeordneter Pfeifer, daß wir das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz im Jahre 1969 beschlossen haben und daß wir Ihnen dann sechs Jahre lang nachgelaufen sind mit erhobenen Händen, Sie zu bitten, unseren Anträgen aus dem Jahre 1969 zu folgen und die Zuschußrenten allmählich in eine Bauernpension umzuwandeln. *(Beifall bei der ÖVP.)* Vergeblich die ganze Zeit. Aber so wird einfach die Wahrheit auf den Kopf gestellt. An der Weigerung des Herrn Finanzministers, im konkreten Fall die Überweisungsbeträge zu erhöhen, ändert das nichts.

Und wenn die Frau Staatssekretär Karl die Segnungen sozialistischer Familienpolitik herbetet wie die Geheimnisse des freudreichen Rosenkranzes, dann ändert das auch nichts an der Tatsache, daß der Herr Finanzminister Vizekanzler Dr. Androsch heute klar und deutlich gesagt hat: Nein, eine Erhöhung der Überweisungsbeträge an den Ausgleichsfonds erfolgt nicht. Damit ist klar und schlüssig bewiesen, daß richtig ist, was Abgeordneter Dr. Kohlmaier gesagt hat: Ein Loskauf von der Familienpolitik, den der Herr Finanzminister gemacht hat, eine Kindesweglegung, und das also hinter dem schönen Paravant jener Vorteile, von denen die Frau Staatssekretär Karl geredet hat, für die einkommenschwachen, kinderreichen Familien. Aber hinter diesem schönen Paravant ist die viel weniger schöne Situation des Staatsbudgets gestanden und die Notwendigkeit, mit allen vertretbaren und unververtretbaren Mitteln dieses Staatsbudget zu sanieren, die Situation zu verbessern.

Die Frau Abgeordnete Metzker – Respekt! – steht hier draußen und hat eine unerhört schwierige Situation. Sie erklärt für sich: Ich distanzieren mich nicht von der Forderung, die ich mitbeschlossen habe, Sie können von uns nicht verlangen, daß ich sie hier im Hause öffentlich vertrete, aber ich bin der Meinung – sagt sie direkt oder indirekt –, daß diese Forderung richtig und gerechtfertigt ist.

Auch der Herr Finanzminister Vizekanzler Dr. Androsch sagt nicht etwa, diese Forderung sei ungerechtfertigt, sondern er sagt ganz einfach, es fehlen die Mittel dafür. Er behauptet nicht, das sei eine leichtfertige Forderung, er sagt auch nicht, daß dieser Forderung ihre innere Berechtigung irgendwie bestritten wird, ich glaube auch nicht, daß er es mutwilligerweise ablehnt, sondern er sagt: es sind keine Mittel dafür vorhanden.

Um das einigermaßen zu kaschieren, zählt er dann auf, welche steuerlichen Verbesserungen im Zusammenhang mit der steuerlichen Anpassung per 1. 1. 1979 erfolgt. Und bei jedem Wort, das er spricht, bricht die SPÖ-Parlamentsfrak-

tion in Beifall aus, wie wir es gewohnt sind. Es hat hier in diesem Hause ja noch nie eine Maßnahme gegeben – so schlimm sie für den Österreicher auch gewesen ist oder so wenig vorteilhaft –, daß Sie nicht frenetisch Beifall dafür geklatscht hätten.

Aber es war ein Applaus, der aus der Kälte kam. Denn Sie werden zugeben, bitte schön, daß das, was der Herr Finanzminister dem Österreicher per 1. 1. 1979 bietet, den Österreicher kalt läßt beziehungsweise höchstens ärgert, weil es unzureichend ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Oder, Herr Abgeordneter Dallinger, behaupten Sie, daß es ausreichend ist?

Wenn von den Vorteilen sozialistischer Familienpolitik geredet wird, Frau Staatssekretär Karl: Das Justizministerium stellt amtlich fest, daß der Aufwand für ein Kind im Alter von 10 bis 15 Jahren mit 2 699,40 S anzusetzen ist, rund 2 700 S also. *(Vizekanzler Dr. Androsch: Der Unterhalt!)*

Der Unterhalt, die Notwendigkeit des Aufwandes für ein Kind natürlich. Und das, was die Familie für ein Kind bekommt, sind 880 S. Kann da irgend jemand sagen, daß die Forderung die hier gestellt wurde und die in die Anfrage gekleidet wurde, ungerechtfertigt wäre. Der Herr Finanzminister sagt, diese 4,8 Milliarden Schilling Aufwand sei keine Bagatelle.

Zum Abgeordneten Dr. Kohlmaier sagt er, wenn er das als eine Bagatelle bezeichnet, dann fragt er sich na, wie denn mit dem Geld umgegangen würde, wenn die ÖVP an der Regierung wäre. Nun, Herr Vizekanzler, es war, glaube ich, leichtsinnig, auf den leichtfertigen Umgang mit Geld im Zusammenhang mit der ÖVP-Regierung noch nie vorwerfen können.

Ich erinnere mich an das, was der Rechnungshof dem Abgeordneten Leitner auf seine Anfrage bekanntgegeben hat betreffend die Repräsentationsaufwendungen; ich erinnere mich an die 13 000 S-Torte, an die Arbeitessen für zwei Mithelfer des Herrn Finanzministers in der Höhe von 112 000 S im Jahr, an 132 000 S laufende kleine Ausgaben für Blumen, Wein, Kaffee, Whisky, Bonbonieren usw., zusätzlich zu den Repräsentationsausgaben von 245 000 S.

Ich erinnere mich, bitte schön, daran, daß in diesem Jahr der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky den Ansatz von 3,5 Millionen Schilling für Repräsentationskosten auf 5,7 Millionen Schilling überzogen hatte. Leichtfertigen Umgang mit dem Geld hier in diesem Zusammenhang ins Gespräch zu bringen, ist Ihrerseits ein Leichtsinns, Herr Vizekanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich knüpfe dort an. Leichtfertiger Umgang mit dem Geld. Der Herr Bundeskanzler

10182

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Staudinger

hat am 24. Oktober 1969 hier im Haus zur ÖVP gesagt: Sie haben Österreich in einem unvorstellbaren Ausmaß in Rekordzeit verschuldet, 1969. Damals betrug das Budgetdefizit brutto 7,2 Milliarden Schilling und netto 2,2 Milliarden Schilling. Die Finanzschuld belief sich auf 43,6 Milliarden Schilling.

Herr Vizekanzler, ich rede gar nicht von 1975, 1976, 1977, 1978, obwohl auch darüber geredet werden könnte. Aber im Jahre 1973 – mitten in der Hochkonjunktur, da war von einem Ölpreisschock noch gar keine Rede – betrug das Budgetdefizit 12,8 Milliarden Schilling, 1974, obwohl der Ölpreisschock sich kaum noch auswirken konnte, 18,5 Milliarden und dann stieg es auf 37,2 Milliarden, obwohl Sie gesagt haben, die von Koren prognostizierten 25 Milliarden seien eine Horrorzahl.

Die Finanzschuld Ende 1977 betrug 165 Milliarden Schilling. Der Rechnungshof redet von 230 Milliarden Schilling. Ist das ein Ausweis einer guten Politik? Noch einmal. Ich stelle 1975 außer Debatte, aber die Ausreden auf eine angespannte finanzielle Lage sind der Offenbarungseid und erfordern das Einbekenntnis, wir sind schuld daran. Die sorglose Ausgabenpolitik von 1970 bis 1974 ist hier insbesondere unter Anklage zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn in den Hochkonjunkturjahren – das höchste Wirtschaftswachstum, Koren-Plan usw. – 1970 bis einschließlich 1974 wenigstens ein ausgeglichenes Budget erstellt worden wäre, dann wäre das Rekorddefizit des Jahres 1975 mit 37,2 Milliarden Schilling natürlich in einem viel größeren Maße konjunkturwirksam geworden oder aber man hätte mit geringeren Defiziten die gleiche Wirkung erzielt.

Aber so sind in den Jahren 1970 bis 1974 die Staatsschulden um 16,3 Milliarden Schilling aufgebaut worden, und das ist ein Faktum, über das keine noch so aufgeregte Diskussion hinwegtäuschen kann.

4,8 Milliarden Schilling, die Sie nun in die Steueranpassung hineinbuttern müssen, sind natürlich viel Geld, aber die 30,9 Milliarden Schilling, die Sie per 1978 in den Voranschlag hineinnehmen müssen für den Schuldendienst: 30,9 Milliarden Schilling – 38 Milliarden, glaube ich, ist etwa das Aufkommen an Lohnsteuer –, das ist eben auch keine Bagatelle.

Für diese Verbindlichkeiten, für diese notwendigen Aufwendungen tragen Sie selbstverständlich mit die Verantwortung. Wenn ein österreichischer Wirtschaftspublizist sagt, wir leben nicht nur auf Kosten unserer eigenen Zukunft, sondern wir verleben auch die Zukunft bereits unserer Kinder und unserer Enkelkinder,

dann ist das ein Signal, das uns zu denken geben sollte.

Schuld und Verantwortung für das, was heute auf dem Gebiete der Familienpolitik nicht möglich ist, stehen außer Zweifel. Entgegen allen Versprechungen, es werden keine neuen Belastungen kommen, mit Ausnahme der Umsatzsteuererhöhung sind keine weiteren Steuererhöhungen vorgesehen – der Herr Vizekanzler am 16. Dezember 1975 im Parlament, der Herr Bundeskanzler am 16. Juli 1975 im Fernsehen – hat es auch bei der Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer eine Erhöhung gegeben, eine Kraftfahrzeugsteuererhöhung, eine Vermögensteuererhöhung, die Gerichts- und Stempelgebühren wurden erhöht, die Zigarettenpreise angehoben, die Postgebühren erhöht, der Milchpreis wurde erhöht, die Telephongebühren wurden erhöht, die Bahntarife erhöht, es gab höhere Sozialversicherungsbeiträge und, last, not least, die LKW-Steuer wurde eingeführt.

Und der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky mußte am 5. Oktober 1977 bei der Chemie in Linz die Worte aussprechen: Genossen, ich kann euch nicht helfen. Die Belastungen werden auch für euch nicht angenehm sein. Aber ich kann euch nicht helfen.

Nun besteht keine Hoffnung, daß die Situation sich ändert, solange die SPÖ die Verantwortung hat in diesem Staate.

Am 25. Februar 1976, Herr Vizekanzler, haben Sie im Parlament ein Budgetkonzept avisiert, welches Ende Mai, Anfang Juni von der Regierung zu beraten und zu beschließen sein werde. Am 25. Februar 1976. Wer von uns hat von diesem Budgetkonzept schon etwas gesehen oder gehört? *(Ruf bei der ÖVP: Niemand!)*

Am sozialistischen Parteitag in Linz hat der Herr Vizekanzler für 1977 ein Sparbudget angekündigt, weil die Hypothek, die mit der Kreditaufnahme in den Rezessionsjahren aufgenommen wurde, so schnell wie möglich abgetragen werden müsse.

1977 beträgt das Budgetdefizit 42 Milliarden Schilling etwa, und 1978 wird es etwa 50 Milliarden betragen. Von einem Abbau des Budgetdefizites kann keine Rede sein. Und wenn im Sommer 1977 die Beiratsstudie für 1980 ein Budgetdefizit von mehr als 65 Milliarden Schilling prognostizierte und eine Finanzschuld von 304 Milliarden Schilling, sagt dazu der Herr Finanzminister – die „Salzburger Nachrichten“ vom 15. Juli zitieren das –, er weise die Prognose zurück, die Finanzschuld Ende 1979 werde höchstens 140 Milliarden Schilling betragen.

Die Finanzschuld Ende 1978 wird etwa 200 Milliarden Schilling betragen, und kein

Staudinger

Mensch von uns gibt sich der Illusion hin, daß die Staatsschuld bis Ende 1979 auf 140 Milliarden abgetragen werden könnte.

Herr Abgeordneter Pfeifer, ist das nun ein Sozialstopp oder nicht? Ist es wahr, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky am 28. Juli gesagt hat: Es wird in Österreich keine sozialen Verbesserungen geben, die dem Staat etwas kosten!? Ist es wahr oder nicht? Und wenn es wahr ist, ist das ein Sozialstopp oder nicht? (*Abg. Dr. Kohlmaier: Natürlich ist es einer! – Zustimmung bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Pfeifer! – Er schaut in die Zeitung, er hat Schwierigkeiten mit dem Zuhören.

Die Ergebnisse, vor denen wir heute stehen, gehen zu Lasten der Familie. Das ist der SPÖ-Weg, den dieses Parlament, die Mehrheit dieses Parlamentes unter der Führung des Herrn Finanzministers ging, vom fröhlichen Konjunkturritter, der mit leicher öffentlicher Hand Milliarden Geschenke austeilte, bis zum defizitären Staatsfinancier, der von Regierungsklausur bis zu Regierungsklausur immer wieder neue Steuern präsentiert, um einigermaßen über die Runden zu kommen.

Der Herr Vizekanzler hat am 2. Juni 1970 gesagt: Die Wahrheit ist eine wirksame Waffe. – Und er hat angekündigt, das Budgetdefizit auf tragbare Größen zurückzuführen: Milchpreisstützung wird abgebaut, Sparförderung, Wohnbeihilfe und dergleichen.

Die Wahrheit ist, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, daß auch nach diesen gravierenden Maßnahmen das Budgetdefizit – das ist der Unterschied zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung – noch immer astronomische Höhen haben wird und daß der Staatsschuldendienst von Jahr zu Jahr wachsen wird und die verfügbaren, auch die für die Sozialpolitik verfügbaren Mittel von Jahr zu Jahr niedriger sein werden.

Das „moderne Österreich“, das beim Machtwechsel von 1970 als Heilsziel sozialistischer Politik verkündet wurde, endet in fachlichem Unvermögen, in politischer Ratlosigkeit und in budgetären Pleiten. Und es ist einfach das nicht von der Hand zu weisen, was hier in der Anfrage behauptet wird, daß nämlich diese Nichtberücksichtigung der Familien bei der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer ein neuerlicher Beweis dafür ist, daß die Sozialisten zwar viel von Familienpolitik reden, in Wirklichkeit aber nichts für die Familien tun; nichts tun wollen, oder nichts tun können – für die Familien bleibt das das gleiche! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Staudinger hat jetzt am Ende seiner Ausführungen bereits eine Budgetdebatte geführt und besonders auf die Staatsschulden und auf das Defizit unseres Budgets hingewiesen.

Herr Abgeordneter Staudinger, wir können jetzt ruhig auch eine Wirtschaftsdebatte führen, aber ich möchte nur eines sagen: Die Gründe, die zu dem Defizit geführt haben, das Sie angeführt haben, sind ja darin gelegen, daß wir für eine Vollbeschäftigung in Österreich eingetreten sind. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Staudinger: 1973?! – Abg. Dr. Mussil: ... weil Sie mit dem Geld nicht umgehen können, sonst gar nichts!*) Und für uns ist es, wenn wir jetzt von der Familienpolitik reden, eines der wichtigsten Dinge, die Familie zu fördern, wenn wir eine Vollbeschäftigung haben! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Denn alle familienpolitischen Maßnahmen nützen nichts, wenn wir in Österreich Arbeitslosigkeit haben: wie es dann um die österreichische Familie steht. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe des Abg. Staudinger.*)

Herr Abgeordneter Staudinger! Sie sagen auch, Sie bekamen nicht die richtige Antwort vom Herrn Finanzminister auf Ihre dringliche Anfrage. Sie bekamen die Antwort. (*Abg. Staudinger: Nein! – Abg. Dr. Fischer: Die gebührende! – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Lesen Sie diese Frage durch. Sie bekamen die Antwort, nämlich hinsichtlich der Frage: Was geschieht mit der Familienbeihilfe? Sie hörten, daß diese ab 1. Jänner 1979 um 30 S erhöht wird.

Und da kam dann noch außerdem ein Entschließungsantrag von Ihnen, wo gesagt wird: Es muß die Familienbeihilfe erhöht werden! Und jetzt, bitte, mein Gedankengang: Wo liegt eigentlich der Sinn Ihrer dringlichen Anfrage? (*Abg. Dr. Mussil: Denken Sie einmal nach!*)

Erstens waren bei den Steuerverhandlungen im Finanzministerium, Herr Abgeordneter Mussil, mehr Vertreter der Österreichischen Volkspartei dabei als von der SPÖ. Also Sie wußten ganz genau, was dort verhandelt wurde. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die ÖVP hat dort keinen Vertreter hingeschickt! Die Bundeskammer!*) Aber es waren Ihre Leute ja dort. Sie werden ja sicherlich noch mit dem Herrn Abgeordneten Mussil oder mit dem Herrn Sallinger reden. Das nehme ich doch an. (*Abg. Dr. Mock: ... zwischen Interessensvertretung und Partei!*) Reden Sie mit dem Herrn Sallinger nicht mehr? – Das kann sein. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dann wird er Ihnen auch sagen können, was dort gesprochen worden ist. Das ist das erste.

10184

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Mühlbacher

Zweitens bin ich davon überzeugt, daß Sie sicherlich auch schon gewußt haben, daß wir planen, ab 1. Jänner 1979 die Familienbeihilfe zu erhöhen. *(Ruf bei der ÖVP: Um wieviel?)*

Jetzt muß ich Ihnen etwas unterstellen: Sie wollen nämlich auf einen fahrenden Zug aufspringen und dann noch sagen, Sie haben ihn in Gang gesetzt! *(Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Mussil: Auf einen rückwärtsfahrenden Zug vielleicht! - Heiterkeit.)*

Ihr Antrag geht dahin, die Familienbeihilfe zu erhöhen, und das wurde Ihnen auch gesagt. *(Zwischenruf des Abg. Kern. - Abg. Dr. Schwimmer: Um wieviel Prozent erhöhen?)* Aber Sie waren jetzt - und das sagte der Herr Abgeordnete Staudinger - nicht interessiert an den Ergebnissen dieser Verhandlungen, denn die haben Sie ja so negiert. Ich möchte sie aber noch einmal vorbringen. Insbesondere ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Herr Mühlbacher! Um wieviel Prozent werden die Beihilfen erhöht?)* 30 %! Sie werden rechnen können. Rechnen Sie sich den Prozentsatz aus. Rechnen Sie es sich aus. *(Abg. Dr. Schwimmer: 3 Prozent, Herr Mühlbacher!)* Sie werden ja auch noch die Möglichkeit haben, dazu zu sprechen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das nennen Sie einen fahrenden Zug?)*

Aber um noch auf die Ergebnisse dieser steuerlichen Verhandlungen zurückzukommen. Ich erwähne auch die von Ihnen als „Trinkgeld“ befundenen Beträge.

Ja verehrter Herr Kohlmaier, es ist ein Unterschied in der Wertigkeit von 100 S für einen, der 9 000 S im Monat verdient, und einen, der 50 000 S im Monat verdient. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sicherlich haben Sie recht!)* Ich bin überzeugt, daß derjenige, der 50 000 S im Monat verdient, ohne weiteres 100 S als Trinkgeld geben kann. Aber daß 100 S auch ein wesentlicher Betrag sein können für einen Familienvater, der 9 000 S hat, das können Sie nicht in Streit stellen. Und für Familien in diesen Einkommensbereichen ist es auch getan worden. Und es sind nicht 100 S, sondern es ist mehr. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)*

Darüber hinaus wurde der Alleinverdienerabsetzbetrag erhöht - wie Sie gehört haben -, der allen zugute kommt, auch den Selbständigen. Ich will das auch etwas vom Standpunkt des gewerblich Selbständigen beleuchten.

Es ist der allgemeine Absetzbetrag erhöht worden, der auch dem Selbständigen, den gewerblich Selbständigen zugute kommt.

Es sind die Freibeträge bei der Gewerbesteuer erhöht worden um 50 Prozent. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Von 40 000 Schilling auf 60 000 Schilling, das sind 50 Prozent.

Herr Abgeordneter Mussil! Wenn Sie hier jetzt sagen: Das ist zu wenig!, dann darf ich Sie daran erinnern, daß es richtig ist, daß auch ich für einen höheren Betrag eingetreten bin. Aber die Bundeskammer ja nicht höher ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Die Bundeskammer hat da ein bißchen Bremse gespielt. Wir wollen heute nicht darüber reden, warum Sie dort gebremst haben.

Aber hier ist klar ersichtlich, daß der größte Teil der Begünstigungen, die zur Geltung kommen, für alle Einkommens- und Lohnsteuerpflichtige wirksam werden, wobei die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbesteuer eine besondere Erleichterung für unsere Klein- und Mittelbetriebe geben wird. Das ist zu begrüßen.

Es ist nur überraschend gewesen, Herr Abgeordneter Mussil, daß Sie gesagt haben: Ja, das nehmen wir!, aber beim ganzen Paket dann gesagt haben: Dem können wir nicht zustimmen! - und dann waren Sie sehr angerührt, als man Ihnen Ihre Haltung bei der Verhandlung ein bißerl klargestellt hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)*

Die Selbständigen - darf ich Ihnen das sagen? - sind da gar nicht so schlecht gefahren. Bringen Sie das doch in die richtige Relation! Wir haben 2,8 Millionen nicht selbständige Arbeitnehmer, und etwas über 300 000 Selbständige. Jetzt legen Sie das um, und Sie werden sehen, was das den Staat für die Selbständigen und für die nicht Selbständigen kostet. Daher verstehe ich Ihren Standpunkt überhaupt nicht.

Wenn ich aber noch einmal zurückkommen darf auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kohlmaier hinsichtlich des Sozialstopps beziehungsweise des Stopps von Verbesserungen auf sozialem Gebiet: Haben Sie das auch mit Ihren Kollegen vom Wirtschaftsbund abgesprochen, die jedesmal dagegen sind, wenn wir eine soziale Verbesserung in Angriff nehmen? Sie sollten sich einmal in Ihrer Partei kümmern, wie der Interessenausgleich dort geschieht! Das wäre auch interessant! In Wirklichkeit ist es nichts anderes, als daß Sie eine Lizitationspolitik ins Gespräch bringen und sich wieder da ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Lizitationspolitik des Freien Wirtschaftsverbandes!)* Lizitationspolitik des ÖAAB, möchte ich dazu sagen.

Aber ich kann also schon meinen Beitrag dazu abschließen. Zu der Familienförderung der Sozialistischen Partei möchte ich Ihnen nur nochmals in Erinnerung rufen, was unsere Frau Staatssekretär Karl ausgeführt hat. Nehmen Sie sich das zu Herzen! Hier ist alles voll enthalten.

Ich möchte nur damit abschließen, daß ich sagen kann: Die Familie wird von uns, der Sozialistischen Partei, besonders gefördert, und

Mühlbacher

ein klarer Beweis ist, daß wir in dem heurigen Jahr 30 Milliarden über den Familienlastenausgleichsfonds ausbezahlen. 30 Milliarden, das sind um 336 Prozent mehr als vor 10 Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich bringe einige zusammenfassende Feststellungen zu dieser heutigen Debatte.

Erstens: Wir haben den Herrn Finanzminister durch die dringliche Anfrage veranlaßt, die Karten vor diesem Hohen Haus auf den Tisch zu legen.

Zweitens: Die Berechnung, die ich Ihnen vorgetragen habe und aus der sich eindeutig ergibt, daß eine Drei-Kinder-Familie in den letzten fünf Jahren 300 S an Kaufkraft verloren hat, konnte von keinem sozialistischen Redner, auch nicht von der Frau Staatssekretär, die viele Zahlen gebracht hat, widerlegt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann daher davon ausgehen, daß Sie ihre Richtigkeit anerkennen, und diese Tatsache ist viel stärker als alle Statistiken, Zahlen und Milliardenbeträge, die hier genannt wurden. Denn das spürt die einzelne Familie, darauf kommt es an.

Wenn die Frau Metzker gesagt hat, die Drei-Kinder-Familie sei untypisch, so verstehe ich ihr Argument nicht. Heißt untypisch nicht hilfsbedürftig? Damit könnte ich doch fast jede soziale Hilfe ad absurdum führen. Wie vielen untypischen Fällen helfen wir! Heute wurde vom behinderten Kind gesprochen. Ist das behinderte Kind typisch? – Nein, es ist untypisch, Gott sei Dank, und hier müssen wir besonders helfen. Diese Argumentation kann ich also nicht verstehen.

Meine Damen und Herren! Eine Familienbeihilfenerhöhung um 30 S bedeutet in einem zweijährigen Zeitraum eine dreiprozentige Erhöhung. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, fragen: Welche Gewerkschaft würde sich mit einem dreiprozentigen Angebot des Dienstgebers binnen zwei Jahren zufriedengeben? – Keine einzige, aber bei den Familien vertreten Sie einen ganz anderen Standpunkt.

Drittens: Der Herr Finanzminister hat heute erklärt – ich bin sehr froh, daß das jetzt klar ist, wenn ich auch über das Ergebnis sehr betrübt bin –, daß jetzt aus dem Steuertopf für die Kinder nichts geschehen wird und nichts geschehen kann. Das bedeutet, Herr Bundesminister für

Finanzen, daß Sie den Familienlastenausgleich und die Familien im Regen stehen lassen. Und wir haben jetzt die Gewißheit, daß das, was wir seinerzeit vermutet haben, leider wahr wird: Die Umstellung von Steuerabsetzung auf Beihilfen war nicht so sehr eine Frage der Gerechtigkeit, sondern offenbar ein Anlaß für Sie, die Dinge loszuwerden. Das ist bedauerlich, Herr Finanzminister, und das wissen wir jetzt!

Eine Bemerkung noch zum Herrn Abgeordneten Dallinger. Sie haben gesagt: Der Kollege Klingler von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter war dabei und hat mitgezogen. Sie wissen als Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten genau, daß es die gewerkschaftliche Solidarität verlangt, daß man, wenn man nach außen tritt, einen Standpunkt vertritt. Sie wissen aber ebenso genau, daß der Kollege Klingler in der Steuerkommission des ÖGB sehr wohl andere Vorstellungen vertreten hat, mit denen er nicht durchgekommen ist. Das weiß ich von ihm selbst, und Sie wissen es auch sehr gut. Ich würde also bitten, das Dabeisein des Kollegen Klingler nicht so darzustellen, als ob die Fraktion Christlicher Gewerkschafter und die sozialistischen Gewerkschafter in dieser Frage einer Meinung wären. Es sind hier sehr wohl ganz wesentliche Auffassungsunterschiede zu registrieren.

Herr Kollege Dallinger! Ich darf Ihnen aber – ich meine das jetzt ernst – dennoch einen Dank hier in dieser Debatte aussprechen; einen Dank zunächst dafür, daß Sie niemals die beiden Ebenen vermengt haben, auf denen wir uns begegnen: die berufliche, wo Sie für mich eine Autoritätsperson sind, und die politische, wo wir Gegner sind. Ich möchte auch sehr dafür danken, daß Sie an dieser Stelle meine berufliche Tätigkeit anerkannt haben. Sie haben es mir damit erspart, dem Herrn Finanzminister entgegenzutreten, der so getan hat, als ob es diese berufliche Tätigkeit nicht gäbe. Ich möchte Ihnen dafür wirklich sehr herzlich danken!

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Dallinger gemeint hat, ich trüge hier jetzt einen Zwiespalt und zuviel Kritik in diese Debatte hinein, so lassen Sie mich eines feststellen: Sie haben gesagt, Sie seien mit dem Ergebnis der Steuersenkung zufrieden. Und ich sage Ihnen: Es gibt sehr viele, die damit unzufrieden sind, vor allem, wenn sie bedenken, welche Belastungen schon vorher waren und welche noch kommen werden. Wenn man diese Belastungen, die viel größer angelegt waren, in Betracht zieht, dann kommt einem diese Steuerentlastung wirklich bescheiden vor.

Herr Abgeordneter Dallinger! Sie vertretendie Zufriedenen, wir vertreten die Unzufriedenen.

10186

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Kohlmaier

Es stellt sich nur eines immer mehr heraus: Die Zufriedenheit beschränkt sich bei Ihnen auf die Funktionäre, die Basis denkt anders. Das haben Sie in Wien gesehen, das haben Sie in der Steiermark gesehen und das haben Sie in der VÖEST-Alpine gesehen. Wenn Sie diesen Standpunkt nicht überlegen und immer glauben, daß der Funktionär recht hat und nicht die Vertretenen, dann werden Sie die bitteren Erfahrungen der letzten Tage noch öfter machen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Melter und Genossen betreffend Erhöhung der Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Anpassung der Familienbeihilfen im Zusammenhang mit der Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt. *(Ruf bei der ÖVP: Gegen die Familien!)*

Wiederaufnahme der Tagesordnungspunkte 1 und 2

Präsident **Probst**: Ich nehme die Verhandlung über die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung wieder auf.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Neumann, und zwar zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Mein Vorredner zum ÖIAG-Bericht war der Abgeordnete Kokail. Wegen der fortgeschrittenen Stunde möchte ich mich nicht, wie ich das ursprünglich vorhatte, mit dem ÖIAG-Bericht, sondern mit meinem Vorredner Kokail in Form einer tatsächlichen Berichtigung befassen.

Abgeordneter Kokail hat in seinen Ausführungen, als er über den österreichischen Kohlenbergbau gesprochen hat, unter anderem behauptet, in der Zeit von 1966 bis 1970, als

unsere Gemeinschaft in Österreich die Alleinverantwortung trug, sei keine einzige Kohlengrube in Österreich neu eröffnet worden.

Ich stelle fest: Das ist nicht richtig. In dieser Zeit wurde unter anderem sehr wohl auch eine neue Kohlengrube in Österreich mit namhafter Unterstützung aus der damaligen Bergbauförderung und des Landes Steiermark eröffnet, und zwar das Georgi-Feld in meinem Heimatbezirk Voitsberg, das über 300 Bergleuten Beschäftigung gegeben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum zweiten hat Abgeordneter Kokail auch von der Schließung von Kohlengruben in der Zeit von 1960 bis 1970 gesprochen. Er hat hohe Ziffern genannt, über 50 an der Zahl, und hat gemeint, daß die wichtigsten davon in der Zeit der ÖVP-Regierung, damals ohne jede Hilfsmaßnahme, geschlossen wurden.

Ich stelle fest: Auch das ist nicht richtig.

In der Zeit der ÖVP-Alleinverantwortung wurden in Österreich insgesamt lediglich zwei Kohlengruben geschlossen – im Gegensatz zur Zeit seit 1970: 11, wie er selbst sagte –, und bei beiden Kohlengruben wurden Hilfsmaßnahmen sehr wohl durchgeführt, wurden nicht nur Ersatzarbeitsplätze geschaffen, sondern es wurde eine Sonderunterstützung für Bergleute geschaffen, die heute noch bei den Bergleuten unvergessliche und voll wirksame soziale Hilfsmaßnahme, nämlich die Grete Rehor-Pension. Das möchte ich festgestellt haben zu den Ausführungen des Abgeordneten Kokail.

Auf meine übrigen Ausführungen zum ÖIAG-Bericht, wo es viel zu sagen gäbe, möchte ich wegen der vorgeschrittenen Stunde verzichten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Brandstätter. *(Abg. Haberl: Brandstätter verzichtet auch!)*

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich schon nicht verzichte, so werde ich es auf Grund der vorgeschrittenen Stunde wenigstens sehr kurz machen.

Wenn man sich die beiden Berichte anschaut, dann muß man leider feststellen, daß dort sehr wenig erfreuliche Tatsachen zutage treten, daß vielmehr sehr oft davon die Rede ist, daß die Betriebe sehr schwer zu kämpfen haben. Es wird zum Beispiel von einer weltweiten Krise und von der internationalen Konjunkturschwäche gesprochen.

Das ist sicher richtig, all das ist heute schon gesagt worden. Daß es international sehr schwer

Brandstätter

ist und daß das natürlich auch auf Österreich seine Rückwirkungen hat, ist ebenfalls richtig.

Aber eines ist zumindest genauso richtig: Gerade die Regierung Kreisky hat auch sehr viel zu den Schwierigkeiten, die es heute in den Betrieben gibt, beigetragen. Eine sehr wesentliche Ursache der schwierigen Situation ist darin zu suchen, daß die Belastungen, die während dieser Zeit und gerade in den letzten Jahren sprunghaft anstiegen und weiter ansteigen, hier wesentlich zu den Schwierigkeiten in den Betrieben beigetragen haben.

Ich darf nur ein paar Beispiele nennen: Daß die zusätzlichen Belastungen durch die SPÖ-Steuerpolitik in den letzten sechs Jahren, von Anfang 1973 bis Ende 1978, im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen 11 Milliarden Schilling ausgemacht haben, ist eine Tatsache.

Ein Beispiel: Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer brachte durch die zu geringe Entlastung der Altanlagen ebenfalls im Bereich der Verstaatlichten eine zusätzliche Belastung von 2,3 Milliarden Schilling.

Die zweimalige Anhebung der Vermögensteuer und das 2. Abgabenänderungsgesetz kosteten die ÖIAG-Gruppe rund 250 Millionen.

Die Lkw-Steuer wird diesen Bereich mit etwa 400 Millionen Schilling jährlich belasten.

Daß auf Grund der Transportkostenintensität der Betriebe natürlich auch die Tarifierhöhungen bei den Bundesbahnen, die immerhin seit dem 1. 5. 1972 rund 60 Prozent ausgemacht haben, ebenfalls eine wesentliche Belastung darstellen, möchte ich auch sagen.

Man hat heute schon von unserer Währungspolitik gesprochen, und es wird immer wieder es so dargestellt, als ob das eben nicht anders möglich wäre.

Ich möchte feststellen, daß die Wechselkurspolitik von Dezember 1973 bis Juni 1978 eine Aufwertung des Schillings, gemessen an den Währungen der 22 wichtigsten Handelspartner, im Ausmaß von 25,7 Prozent ausgemacht hat. Daß das gerade für die Betriebe, die sehr viel exportieren müssen – die Verstaatlichte hat eben überdurchschnittlich zu exportieren –, sehr schwer ist, liegt ebenfalls auf der Hand.

Man kann im Bericht lesen:

Die Schwierigkeiten lagen in erster Linie im weltweiten Absinken des Preisniveaus bei weiter steigenden Produktionskosten. Ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil trat durch die Abwertung der ausländischen Währungen in westlichen Absatzländern gegenüber dem österreichischen Schilling ein.

Es ist sicher nicht am Platz, hier zu versuchen, das einfach zu unterspielen. Wenn Herr Dr. Kreisky sagt, Dr. Koren möge Vorschläge zur Wechselkurspolitik machen, dann werde man bereit sein, darüber zu reden, möchte ich eines sagen: Es ist sicher ganz selbstverständlich, daß unsere Auslandsverschuldung natürlich hier eine wesentliche Schwierigkeit darstellt. Es ist klar, daß man, wenn man im Ausland so viele Schulden hat, es in der Wechselkurspolitik schwieriger hat. Das ist doch selbstverständlich. Aber wer daran schuld ist, ist, glaube ich, auch vollkommen klar. Es ist eben diese Regierung.

Wenn Herr Dr. Kreisky sagt, daß er mit seinen Schulden gut schläft, muß man sagen: Die Arbeiter – ich glaube, auch das muß man feststellen – schlafen heute nicht mehr so gut, vor allem die Arbeiter in jenen Betrieben, von denen Herr Dr. Kreisky gesagt hat, daß sie eben geschlossen werden müssen, wenn sie eben keine entsprechenden Erträge mehr abwerfen können.

Der Aufwertungsverlust – und das ergaben die Berechnungen innerhalb der letzten vier Jahre – beträgt bei der Verstaatlichten rund 2 Milliarden Schilling.

Es wird auch sonst versucht, es so hinzustellen, als ob es nicht so schwer wäre. Ich muß sagen, Verniedlichungen sind gerade in diesem Bereich sicher nicht am Platz.

Es ist sehr interessant, was man hier lesen kann, zum Beispiel von einer Beruhigung des Investitionsklimas. Angeheizt war dieses Klima schon sehr lange nicht. Es steht dann auch, das Investitionsklima wird sich verschlechtern. Was ist die Tatsache? Tatsache ist, daß heute den Betrieben einfach das Geld fehlt, um die unbedingt notwendigen Investitionen durchführen zu können.

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, es ist eine Tatsache, die Sie alle ganz genau kennen, auch von der linken Seite: Nur wer in der Lage ist, Investitionen zu tätigen, kann konkurrenzfähig bleiben, und nur jene Betriebe, die entsprechend investieren können, haben auch ihre Arbeitsplätze gesichert. Das ist ganz sicher.

Ein Kapitel, das man auch sehen konnte, ist zum Beispiel im Anlagenbau, daß der Eigenanteil bei der VÖEST auf 20 Prozent in manchen Bereichen zurückgegangen ist, während 80 Prozent der Anlagen, die hier notwendig sind, aus dem Ausland eingeführt werden; früher hatte man immerhin einen Eigenanteil von 40 bis 50 Prozent zu verzeichnen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist es, wenn man sich die Berichte anschaut, eine

10188

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Brandstätter

Tatsache, daß diese Betriebe oft sehr, sehr schwer zu kämpfen haben.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind immer, auch das wurde heute schon gesagt, aber ich möchte es trotzdem noch einmal erwähnen, für die verstaatlichten Betriebe eingetreten. Es ist eine Tatsache, daß die verstaatlichten Betriebe im österreichischen Wirtschaftsleben einen derart wesentlichen Faktor darstellen, daß an ihrem guten Bestehen alle unsere Mitbürger interessiert sein müssen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind immer für die Verstaatlichte eingetreten, wir werden das auch in Zukunft tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer.

Abgeordneter Dr. **Ettmayer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde werde ich nur mehr die Hälfte von dem Material vorbringen, das ich eigentlich vorbringen könnte. Ich möchte aber doch auf einige Argumente, die heute im Laufe des Tages vorgebracht wurden, eingehen.

Im Raum steht die Behauptung der Sozialistischen Partei, die Österreichische Volkspartei hätte sich nie so richtig um die Verstaatlichte angenommen. Faktum ist, meine Damen und Herren, daß die Verstaatlichungsgesetze in Österreich unter einer absoluten Mehrheit der Volkspartei beschlossen wurden, daß bereits am ersten Parteitag der ÖVP Julius Raab gesagt hat, man muß neue wirtschaftliche Formen anerkennen und ihnen eine Chance geben, und daß Weinberger sich damals schon sehr vehement dafür eingesetzt hat, daß die Verstaatlichung nicht nur eine Umstellung in den Besitzverhältnissen bedeutet, sondern auch den Arbeitnehmern in den verstaatlichten Betrieben und darüber hinaus dem gesamten Volk zugute kommt.

Ich möchte hier ganz klar eines sagen, meine Damen und Herren: Wir haben uns immer zur Verstaatlichung bekannt, bekennen Sie sich auch zum privaten Unternehmertum. Es wäre wirklich an der Zeit, daß Sie zur privaten Wirtschaft in Österreich dieselbe Haltung, dieselbe positive Haltung einnehmen, die wir zur verstaatlichten Industrie immer eingenommen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn aus der heutigen Diskussion ist wieder ganz klar hervorgegangen: Zur Frage der sozialen Marktwirtschaft, zur Ordnung unserer Wirtschaft hat die Sozialistische Partei in Österreich eine Zwitterstellung. Auf der einen Seite kritisieren Sie ständig die soziale Markt-

wirtschaft, Sie kritisieren ständig die negativen Entwicklungen, die Sie noch dazu übertreiben, Sie sind aber nicht bereit zu sagen, welche Wirtschaftsordnung Sie wirklich haben wollen.

Ob das im Laufe der Programmdiskussion gewesen ist, ob das jetzt Äußerungen von Ihnen zu ordnungspolitischen Problemen sind, Sie reden von einer demokratischen Marktwirtschaft, Sie reden von einer halben Planwirtschaft, Sie sagen aber nie genau, was Sie eigentlich wollen.

Ich glaube, man kann ganz klar sagen, daß die Sozialistische Partei von dem Erbe, das sie von der ÖVP übernommen hat, sehr gut lebt, aber gleichzeitig sich den Luxus erlaubt, dieses Erbe in den Grundzügen zu kritisieren.

Die ÖIAG und die verstaatlichte Industrie in Österreich wurden in den Grundzügen von der ÖVP, insbesondere vom damaligen Staatssekretär Taus, festgelegt. Wir haben damals erreicht, daß eine Struktur geschaffen wurde, die entpolitisiert ist, wo eben darauf Wert gelegt wurde, daß der Parteieinfluß in den Vorständen und in den Aufsichtsräten zurückgedrängt wird, und wir haben uns insbesondere auch dafür eingesetzt, daß neue Finanzierungsformen gefunden werden, mit denen dann besonders der Schutz der Arbeitsplätze sichergestellt werden konnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ganz eigenartig: Auf einmal hat man heute vormittag gesehen, daß Sie sich dagegen wehren, daß man Ihnen das sagt, wozu Sie sich immer bekannt haben. Sie bekennen sich ja zu mehr Zentralismus, Sie bekennen sich ja zu mehr Staatseinfluß und zu mehr Bürokratie. Was hat denn sonst Generaldirektor Geist immer versucht während seiner Tätigkeit, als mehr Einfluß zu bekommen auf die einzelnen Betriebe, als das Weisungstecht zu bekommen?

Erst vor kurzem hat man wieder gehört, am Gewerkschaftstag der Bau- und Holzarbeiter, glaube ich, war es, daß ganz offen von der sozialistischen Fraktion die Forderung nach mehr Staat erhoben wurde. Ob das jetzt im Bereich der Vermögensbildung ist, ob das im Schulunterrichtsgesetz war, die Vorschläge, mit denen Sie gekommen sind, haben immer nach mehr Staat und nach mehr Bürokratie verlangt.

Hingegen haben wir uns immer auch im Bereich der verstaatlichten Industrie dafür eingesetzt, daß die einzelnen Betriebe mehr Möglichkeiten haben, selbst ihre Wirtschaftspolitik zu entscheiden und selbst auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten, insbesondere die Finanzierung, festzulegen.

Es ist sicherlich kein Zufall, wenn man das Ergebnis anschaut, wie die verstaatlichten

Dr. Ettmayer

Betriebe zur Zeit der ÖVP abgeschnitten haben und wie sie seit 1970 dastehen:

Das Jahresergebnis zur Zeit der ÖVP-Regierung plus 214 Prozent, zur Zeit der SPÖ-Regierung eine Verschlechterung von 148 Prozent. Bei den Investitionen ÖVP-Zeit plus 50 Prozent, SPÖ-Zeit minus 21 Prozent. Dividendenleistungen ÖVP plus 310, SPÖ minus 91. Und ebenso sind die Zahlen bei den Exporterlösen und bei der Verschuldung.

Und wenn der Herr Abgeordnete Wille heute gesagt hat, man müsse diese Verstaatlichtenzahlen in Verbindung bringen mit der übrigen Wirtschaft: Sicherlich, die übrige Wirtschaft haben Sie in den letzten Jahren genauso belastet wie die verstaatlichte, und deshalb sind natürlich die Zahlen schlechter, Faktum ist jedenfalls, daß es in der verstaatlichten Industrie noch nie so viele negative Zahlen gegeben hat wie jetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde heute schon verschiedentlich gesagt: Die verstaatlichte Industrie wurde in den letzten Jahren mit insgesamt 11 Milliarden Schilling belastet. 11 Milliarden Schilling! Und das sollte man verkraften in einer Zeit, in der es notwendig ist, auf Grund der ursprünglichen Grundstofforientierung, der Energiekrise oder im Zusammenhang mit den Fusionierungen schwere wirtschaftliche Probleme und schwere wirtschaftliche Situationen zu überwinden.

Sie haben es sich ja immer einfach gemacht. Sie haben dekretiert, es wird fusioniert, Sie haben den einzelnen Betrieben aber nicht gesagt, was genau geschehen soll, Sie haben dann keine finanzielle Unterstützung gegeben. Sie haben einfach gesagt, es muß zusammengelegt werden, und haben dann geglaubt, mit dem allein reicht es.

Auf den Engpaß im Zusammenhang mit der Eigenkapitalausstattung wurde ja schon verschiedentlich eingegangen. Die einzige Antwort, die der Herr Bundeskanzler darauf findet, ist eben dann die Aussage: Keine Mittel aus dem Budget, keine Kapiterhöhungen!

Ich glaube, das ist wirklich etwas wenig. Wir haben deshalb zu Recht in unserer Verstaatlichten-Enquete genau aufgezeigt, welche Möglichkeiten wir sehen, um eben die verstaatlichte Industrie auch finanziell wieder zu stärken.

Ich möchte aber doch noch ganz kurz neben diesen wirtschaftlichen Fragen auf einige politische Fragen eingehen. Es ist zweifellos eine Tatsache, daß gerade im Bereich der verstaatlichten Industrie ein tiefer Wandel festgestellt werden kann, der innerhalb der Sozialistischen Partei vor sich gegangen ist. Vor einigen Jahren – man kann das nachlesen von Otto Bauer bis in

die sechziger Jahre herauf – hat die Sozialistische Partei, was die verstaatlichte Industrie betrifft, zum Teil utopische Vorstellungen gehabt, zum anderen Teil doch auch ideologische und idealistische.

Heute muß man sagen, daß die verstaatlichte Industrie hauptsächlich dazu benützt wird, um einen Apparat dafür abzugeben, daß die Sozialistische Partei ihre Macht entsprechend ausüben kann. Die verstaatlichte Industrie ist ein Paradebeispiel dafür, daß sich unter Kreisky der Sozialismus als Gesinnung zum Sozialismus als Geschäft entwickelt hat.

Wenn Hellwagner dazu feststellt, daß ja die Kompetenzen gleich verteilt sind, dann kann man dazu – leider, muß ich sagen – nur laut lachen. Denn zum Nachteil der Arbeitnehmer ist es leider so, daß in ganz wichtigen Fragen, ob das jetzt Arbeitsplatzbewertung ist, ob das Wohnungsvergabe ist, ob das jetzt die Vorrückungen sind, gerade in Ranshofen-Berndorf Kommissionen entscheiden, die ausschließlich von sozialistischen Parteigängern besetzt sind und wo der einzelne überhaupt keine Chance hat, sich gegen dieses Kollektiv durchzusetzen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie bei Ihnen Personalprobleme gelöst werden, das sieht man ja daran – ich brauche gar nicht lange Beweise anzutreten –, daß sehr oft der Gefügigste genommen wird. Man braucht ja nur einen Blick auf die Regierungsbank zu werfen.

Meine Damen und Herren! Sie können ruhig den Kopf schütteln. Es ist ja traurig – die österreichische Bevölkerung zahlt Ihnen das jetzt laufend in den einzelnen Wahlgängen zurück –, daß Sie ganz brutal immer wieder die Macht in Anspruch nehmen und gerade in der verstaatlichten Industrie die Verantwortung dann einfach auf andere abwälzen, ob das jetzt im Zusammenhang mit dem Versprechen des Herrn Bundeskanzlers war, er würde 2 Milliarden Schilling anlässlich der Fusion zur Verfügung stellen, wo dann die ÖIAG gezwungen wurde, das zu tun, ob das im Zusammenhang mit dem Austro-Porsche-Projekt war, wo Gremien der Sozialistischen Partei darüber beraten haben, was geschehen soll, und wo dann die Vorstände und die Organe der einzelnen Gesellschaften das durchführen hätten sollen. Es war immer so, daß Sie auf der einen Seite die Macht ausgeübt und auf der anderen Seite die Verantwortung abgewälzt haben.

Und zur Frage der Bürokratisierung möchte ich nur mehr ein Beispiel bringen: Neben der ÖIAG gibt es bekanntlich die Sektion IV, die im Jahr zwischen 25 und 28 Milliarden Schilling kostet. Im Rahmen dieser Sektion IV gibt es eine

10190

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Dr. Ettmayer

Abteilung, die damit beauftragt ist, die Transaktionen der Gelder aus dem Budget für die Verstaatlichte durchzuführen. Herr Bundeskanzler, ich frage Sie, welche Tätigkeit muß diese Abteilung in den nächsten Jahren, in den nächsten Monaten vielleicht nur verrichten, wenn Sie ganz klar erklärt haben, daß es eben kein Geld aus dem Budget mehr geben wird. Vielleicht wäre es doch an der Zeit, hier an eine Entbürokratisierung zu denken und diese Sektion aufzulösen.

Denn was wir in Zukunft brauchen, das ist nicht nur eine klare wirtschaftspolitische Linie in der verstaatlichten Industrie, sondern vor allem auch eine klare Verantwortung und der politische Wille, diese Verantwortung zu übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht einfach darum, die anstehenden Probleme, sei es nun im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit, sei es im Bereich der Forschung, sei es auch im Bereich der Ausbildung, zu lösen. Und das kann man nur dann tun, wenn man gerade diesem Fragenproblem und diesem Problemkreis einerseits mehr Verantwortung beimißt und auf der anderen Seite auch bereit ist, so zu agieren, daß man gerade diesen Bereich nicht nur als Schlachtfeld, als Machtfeld mißbraucht. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Berichte getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz angeführten Gesellschaften zum 31. 12. 1976, III-86 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht des Bundeskanzlers über die Lage der verstaatlichten Industrieunternehmen zum 31. 12. 1977, III-122 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über

den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der verstaatlichten Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kokail und Genossen betreffend die weitere Entwicklung der verstaatlichten Industrie in Österreich.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen. *(E 35.)*

3. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (862 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schiffsanlagengesetz geändert wird (955 der Beilagen)

4. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (874 der Beilagen): Bundesgesetz über die Erteilung von Konzessionen für die gewerbsmäßige Ausübung der Binnenschifffahrt (Binnenschifffahrts-Konzessionsgesetz) (956 der Beilagen)

5. Punkt: Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (875 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden (957 der Beilagen)

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 3 bis 5 der heutigen Tagesordnung, über welche die Debatte ebenfalls unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Verkehrsausschusses über

die Regierungsvorlage (862 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schiffsanlagengesetz geändert wird (955 der Beilagen),

die Regierungsvorlage (874 der Beilagen): Binnenschifffahrts-Konzessionsgesetz (956 der Beilagen) und

die Regierungsvorlage (875 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden (957 der Beilagen).

Berichterstatter zu Punkt 3 ist der Herr Abgeordnete Libal. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte**r Libal**: Hohes Haus! Durch Artikel I Z. 8 der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1974, BGBl. Nr. 444, wurde die Vollziehungskompetenz des Bundes in der Binnenschifffahrt hinsichtlich der Schifffahrtskonzessionen, Schifffahrtsanlagen und Zwangsrechte an solchen Anlagen auf die Donau, den Bodensee, den Neusiedlersee und die Grenzstrecken sonstiger Grenzgewässer eingeschränkt, die Vollziehung bezüglich aller übrigen Binnengewässer den Ländern übertragen.

Der Verkehrsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. Juni 1978 in Verhandlung genommen. Den Bericht im Ausschuß erstattete der Abgeordnete Dr. Lenzi. Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Ing. Gradinger, Hietl, Dr. Schmidt, Ing. Letmaier und Kammerhofer sowie des Bundesministers für Verkehr Lausecker wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (862 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Berichterstatter zu Punkt 4 ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatte**r Hietl**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Auftrag des Verkehrsausschusses berichte ich über die Regierungsvorlage (874 der Beilagen): Bundesgesetz über die Erteilung von Konzessionen für die gewerbsmäßige Ausübung der Binnenschifffahrt (Binnenschifffahrts-Konzessionsgesetz).

Durch den gegenständlichen Gesetzentwurf soll das Binnenschifffahrtsverwaltungs-gesetz, BGBl. Nr. 55/1935, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 230/1967, BGBl. Nr. 90/1971 und BGBl. Nr. 12/1973, das die konzessionsrechtlichen Regeln für die Binnenschifffahrt beinhaltet, ersetzt werden. Der vorliegende Entwurf trägt dem Umstand Rechnung, daß sich einige dieser, seit nunmehr über zehn Jahren bestehenden Regeln in der Praxis als reformbedürftig erwiesen haben.

Der Verkehrsausschuß hat den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. Juni 1978 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Schmidt, Ing. Gradinger, Ing. Letmaier und Kammerhofer sowie der Bundesminister für Verkehr Lausecker. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (874 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Berichterstatter zu Punkt 5 ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatte**r Dr. Lenzi**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (875 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden.

§ 13 des gleichzeitig mit dieser Regierungsvorlage der parlamentarischen Behandlung zugeleiteten Entwurfes eines Binnenschifffahrts-Konzessionsgesetzes (874 der Beilagen) sieht die Aufhebung des Binnenschifffahrtsverwaltungs-gesetzes, BGBl. Nr. 550/1935, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 230/1967, BGBl. Nr. 90/1971 und BGBl. Nr. 12/1973 vor. Durch den gegenständlichen Gesetzentwurf soll eine Reihe von auf das Binnenschifffahrtsverwaltungs-gesetz gestützten Verordnungen auf Gesetzesstufe gestellt werden, um ihre Weitergeltung auch nach der Aufhebung dieses Gesetzes zu gewährleisten.

Der Verkehrsausschuß hat den vorliegenden Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. Juni 1978 in Verhandlung genommen. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Verkehrsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (875 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Ich danke den Herren Berichterstattern.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prechtl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich erlaube mir folgenden Abänderungsantrag dem Hohen Haus vorzulegen:

10192

Nationalrat XIV. GP - 103. Sitzung - 12. Oktober 1978

Prechtl**Abänderungsantrag**

der Abgeordneten Prechtl, Dr. Schmidt und Genossen zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schifffahrtsanlagengesetz (862 der Beilagen) in der Fassung des Berichtes des Verkehrsausschusses (955 der Beilagen) geändert wird.

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

1. Im Artikel I ist folgende Z. 1 einzufügen:

1. Im § 1 Abs. 2 ist der Klammerausdruck

„(§ 2 des Binnenschifffahrtsverwaltungs-gesetzes, BGBl. Nr. 550/1935, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 230/1967)“ durch den Klammerausdruck

„(§ 1 des Binnenschifffahrts-Konzessions-gesetzes, BGBl. Nr. .../1978).“ zu ersetzen.

2. Im Artikel I ist folgende Z. 2 einzufügen:

2. § 1 Abs. 3 1. Satz hat zu lauten:

„Die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes finden auf Schifffahrtsanlagen keine Anwendung, die bei einem Einsatz des Bundesheeres gem. § 2 Abs. 1 lit. a und b des Wehrgesetzes 1978 oder bei der Vorbereitung dieses Einsatzes verwendet werden.“

3. In Artikel I erhalten die Z. 1 bis 5 die Bezeichnung Z. 3 bis 7.

4. In Artikel I ist folgende Z. 8 einzufügen:

8. Der § 5 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die Festsetzung oder Verlängerung von Vollendungsfristen für Anlagen auf Wasserstraßen, ausgenommen die in die Landesvollziehung fallenden Angelegenheiten dieser Gewässer, bedarf, wenn hiebei ein Gesamtausmaß von zehn Jahren überschritten werden soll, bei sonstiger Nichtigkeit des Bescheides der Zustimmung des Bundesministers für Verkehr. Die Zustimmung ist nur zu erteilen, wenn triftige Gründe wirtschaftlicher oder bautechnischer Natur vorliegen.“

5. In Artikel I ist folgende Z. 9 einzufügen:

9. Im § 6 Abs. 3 sind die Worte „Binnenschifffahrtsverwaltungs-gesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 230/1967“ durch die Worte „Binnenschifffahrts-Konzessionsgesetzes, BGBl. Nr. .../1978,“ zu ersetzen.

6. In Artikel I erhalten die Z. 6 bis 14 die Bezeichnung Z. 10 bis 18.

7. In Artikel I hat in der nunmehrigen Z. 17 der § 38 Abs. 2 lit. d zu lauten:

„d) die Bewilligung von Schifffahrtsanlagen gemäß § 4 Abs. 12, ausgenommen die in die Landesvollziehung fallenden Angelegenheiten der Wasserstraßen.“

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? – Der Herr Abgeordnete Libal.

Berichterstatter **Libal**: Hohes Haus! Da das heute meine letzte Sitzung ist und ich aus diesem Hohen Haus ausscheide, darf ich mich von allen Kolleginnen und Kollegen herzlichst verabschieden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident **Probst**: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jeden der drei Gesetzentwürfe getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Entwurf, mit dem das Schifffahrtsanlagengesetz geändert wird. Da Zusatz- und Abänderungsanträge vorliegen, lasse ich getrennt abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Eingang zu Artikel I abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Es liegt nun ein Zusatzantrag der Abgeordneten Prechtl, Dr. Schmidt und Genossen auf Einfügung neuer Ziffern 1 und 2 im Artikel I vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffern 1 bis 5 des Artikels I in der Fassung der Regierungsvorlage, die nunmehr die Bezeichnung 3 bis 7 erhalten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Es liegt nun ein Zusatzantrag der Abgeordneten Prechtl, Dr. Schmidt und Genossen auf Einfügung neuer Ziffern 8 und 9 im Artikel I vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Zusatzantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Präsident Probst

Wir kommen nun zur Abstimmung über die bisherigen Ziffern 6 bis 12 – nunmehr 10 bis 16 – und die bisherige Ziffer 13 – die nunmehr die Bezeichnung 17 erhält – bis einschließlich § 38 Abs. 2 lit. c.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Zu § 38 Abs. 2 lit. d in der neuen Ziffer 17 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Prechtel, Dr. Schmidt und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes – die bisherige Ziffer 14 erhält die Bezeichnung 18 – samt Titel und Eingang in 862 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Binnenschiffahrts-Konzessionsgesetzes samt Titel und Eingang in 874 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Entwurf, mit dem Verordnungen auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auf Gesetzesstufe gestellt werden, samt Titel und Eingang in 875 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Otto Keimel (1027 der Beilagen)

Präsident **Probst**: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Otto Keimel wegen Verdachtes der Übertretung der Straßenverkehrsordnung.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dr. Gasperschitz. Ich bitte ihn zu berichten.

Berichterstatte Dr. **Gasperschitz**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bezirkshauptmannschaft St. Pölten ersucht mit Zuschrift vom 30. Juni 1978, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 6. Juli 1978, um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Otto Keimel wegen Verdachtes der Übertretung der Straßenverkehrsordnung.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 10. Oktober 1978 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gegenständlichen Ersuchen zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten vom 30. Juni 1978 um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Otto Keimel wegen Verdachtes der Übertretung der Straßenverkehrsordnung wird stattgegeben.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Ich danke dem Herrn Berichterstatte.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, 1027 der Beilagen, dem

10194

Nationalrat XIV. GP – 103. Sitzung – 12. Oktober 1978

Präsident Probst

Ersuchen der Bezirkshauptmannschaft St. Pölten um Zustimmung zur strafbehördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Dr. Otto Keimel wegen Verdachtes der Übertretung der Straßenverkehrsordnung stattzugeben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 2107/J bis 2117/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 18. Oktober 1978, 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 35 Minuten